



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 76. Sitzung - endgültige Fassung -

### 1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 6. Juni 2024, 12.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)  
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

<b>Einzigiger Tagesordnungspunkt</b>	<b>Seite</b>
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
<b>Dr. Ole Diehl</b> Ehemals Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amts (Beweisbeschluss Z-77)	<b>9</b>
<b>Christina Beinhoff</b> Ehemals Gruppenleiterin „Außen- und Sicherheitspolitik“ des Bundeskanzleramts (Beweisbeschluss Z-82)	<b>55</b>
<b>Prof. Dr. Claudia Warning</b> Ehemals Abteilungsleiterin „Naher Osten, Asien, Lateinamerika, Südost- und Osteuropa“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Beweisbeschluss Z-83)	<b>97</b>

\* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.  
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.00 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 76. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 35. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regeln des Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### Öffentliche Zeugenvernehmung

#### Dr. Ole Diehl

Ehemals Krisenbeauftragter  
des Auswärtigen Amtes  
(Beweisbeschluss Z-77)

#### Christina Beinhoff

Ehemals Gruppenleiterin  
„Außen- und Sicherheitspolitik“  
des Bundeskanzleramtes  
(Beweisbeschluss Z-82)

#### Prof. Dr. Claudia Warning

Ehemals Abteilungsleiterin  
„Nahe Osten, Asien, Lateinamerika,  
Südost- und Osteuropa“  
des Bundesministeriums für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung  
(Beweisbeschluss Z-83)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Wir werden die Vernehmungen heute voraussichtlich wegen namentlicher Abstimmungen und Wahlen zu Gremien gegen - es ändert sich ja minütlich - 12.20, 13.40 und 15.30 Uhr unterbrechen müssen. Das kann schwanken. Wir verfolgen das immer nebenbei, wie die Abläufe sind, und unterbrechen rechtzeitig die Sitzung. An den Zeugen gewandt muss ich sagen: Das sind die Pflichten der Abgeordneten. Insofern müssen wir das dann auch in unserem Ausschussprozedere berücksichtigen.

### Vernehmung des Zeugen

#### Dr. Ole Diehl

Ich begrüße nunmehr unseren ersten Zeugen, Dr. Ole Diehl, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Diehl, Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. März 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich bei Ihnen, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor. Es ist auch für jeden gleich formuliert.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das bedeutet, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

(Heiterkeit des Zeugen)

- Ja, das ist so.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja, ich glaube es.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Habe ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Am besten hält man sich an die Wahrheit, dann stört einen der Text nicht.

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Habe ich nicht, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nun komme ich zum Ablauf der Vernehmung. Ich werde Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend - oder wenn Sie darauf verzichten - werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Noch Fragen zum Ablauf?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein. Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Dr. Ole Diehl, 60 Jahre alt. Was war es noch? Beruf: Vizepräsident derzeit des Bundesnachrichtendienstes. Ladefähige Anschrift: Chausseestraße, BND. Reicht das? - Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Herr Dr. Diehl, Sie können jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wenn ich darf, würde ich jetzt nicht im Zusammenhang reden über den Untersuchungsgegenstand, sondern darüber, wieso ich nur für vier Wochen oder einen Monat Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes war, weil ich glaube, dass das sowieso viele hier wissen.

Es war bei mir so: Ich bin Karrierediplomat, komme aus dem Auswärtigen Amt, war erst Generalkonsul 15/16 in Masar-i-Scharif. Dann war ich Vizepräsident drei Jahre lang des Bundesnachrichtendienstes. Dann war ich Botschafter in Bagdad.

Im Anschluss war für mich vorgesehen - und wurde ich dann auch -: Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes. Ich brachte, wie ich in meinen Vorposten genannt habe, einiges mit für diesen Posten als Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes - das war eigentlich eine natürliche Wahl -, habe mich auf diesen Job gefreut und dann kurz vor Dienstantritt in dem Urlaub, den ich nach Bagdad noch hatte, [REDACTED]

[REDACTED] Ich habe das dann vor Dienstantritt der Abteilungsleiterin „Zentrales“ und dem Staatssekretär mitgeteilt. [REDACTED]

[REDACTED] das war zu dem Zeitpunkt noch nicht klar. Dann haben wir uns darauf verständigt, dass ich den Posten antrete und dass

wir dann [REDACTED] eine Lösung finden, wie, wenn, für die Zeit, wo ich ausfallen würde, also entweder der Leiter des Krisenreaktionszentrums, also Herr Jokisch, mich dann vertritt oder, wenn das je nach Krisenentwicklung notwendig ist, dann jemand anders die Stelle übernehmen würde.

Ich habe den Posten dann angetreten, ich glaube, am 21. Juli, als Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes, als Leiter 04, habe parallel [REDACTED]

[REDACTED] und habe den Posten angetreten. Und dann haben wir uns darauf geeinigt, dass ich eben abgelöst werden würde durch den zur Verfügung stehenden und mit Afghanistan-Erfahrung gesegneten Kollegen Zahneisen. Eigentlich war vorgesehen, das am 23.08. zu machen. Der Verlauf der Krise, über die wir gleich noch sprechen werden, hat dann dazu geführt - das war auch sowieso vorgesehen -, dass Herr Zahneisen am Montag, dem 16., glaube ich, schon kam und mit mir erst parallel lief und wir dann innerhalb von zwei, drei Tagen festgestellt haben, dass in der Arbeitsintensität, die da stattfand, eben es unsinnig ist, zwei Krisenbeauftragte parallel laufen zu haben. Dann habe ich bis Mittwoch, den 18., den Job nur ausgeführt [REDACTED] und danach dann auch nicht mehr mit diesem Untersuchungsgegenstand zu tun gehabt, weil ich dann eben ausgefallen bin, mehrere Monate ausgefallen bin. - Das wollte ich einfach nur, weil viele von Ihnen das sowieso wissen, glaube ich, hier transparent noch mal sagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung



**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. - Ich würde anregen wollen für das Protokoll, dass wir diese Stellen im Protokoll schwärzen, denn Sie haben ja Details vorgetragen, die, glaube ich, nicht in die Öffentlichkeit gehören. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie so transparent mit uns umgehen, aber das ist ja - - Ich wünsche Ihnen auch persönlich alles Gute, wenn ich das sagen darf, im Namen des Ausschusses. Und wir werden das bei der Form der Befragung heute auch versuchen so kurz wie möglich zu machen. Aber wir werden anregen, dass das im Protokoll - es wird ja erstellt - dann am Ende geschwärzt wird, sodass das nicht nachlesbar ist bei der Veröffentlichung.

Die Mitglieder des Ausschusses haben die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Und wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird Ihnen die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Aus gegebenem Anlass möchte ich noch mal ein paar Bemerkungen zu den Aktenvorhalten machen. Wir haben uns darauf verständigt, dass zunächst die MAT-Nummern genannt werden. Das ist erforderlich, damit man das bezeichnete Dokument auch finden und anschauen kann. Nur dann ist es nämlich möglich sowohl für die Bundesregierung, gegebenenfalls Einwände zu erheben, als auch für die Fragenden, sich zu orientieren, aber auch für den Vorsitzenden, zu entscheiden, ob Dinge zulässig sind oder nicht. Danach kann zitiert werden.

Es ist auch möglich, mehrere MAT-Nummern hintereinander zu nennen. Aber wenn man das tut, jeweils mit der nötigen Pause, die erforderlich ist, um das zu finden. Wer seine Redezeit so nutzen möchte, dem ist es unbenommen, das zu tun. Ich sage nur: Das Herunterrattern von MAT-Nummern hintereinander, ohne dass man es nachvollziehen kann, ist nicht zulässig, sondern es muss schon so sein, dass man in der Lage ist, das zu identifizieren. Wir nehmen da nicht übertrieben viel Zeit, aber so, dass man jedenfalls gucken kann, worum handelt es sich. Das muss möglich sein.

Hinzu füge ich, dass nach dem Nennen der MAT-Nummern die Zitate kommen, möglichst wörtlich. Im Anschluss an das Zitat wird eine Frage formuliert, die keine Bewertung enthält. Fragen, die mit Bewertungen vermischt werden, sind unzulässig. Sie dürfen hier gerne als Abgeordnete Ihre Bewertung vornehmen, sooft und solange Sie wollen - in Statements; aber die Vermischungen mit Fragen sind unzulässig. Wenn Sie also unbedingt eine Bewertung abgeben wollen, tun Sie das im Anschluss an die Antwort des Zeugen, wenn Sie noch Zeit haben, oder wann auch immer, aber jedenfalls nicht vermischt mit Fragen.

Ich sage das ausdrücklich deswegen, weil das nicht nur dem dient, dass wir hier miteinander vernünftig arbeiten können - und die meisten halten sich daran ja auch -, sondern weil ich das in dem Sinne auch unterbinden werde, wenn es anders gehandhabt wird, damit wir nicht Antworten bekommen, die auf Missverständnisse beruhen, oder die Bundesregierung an ihren Rechten gehindert wird oder die Ausschussmitglieder an ihren Rechten gehindert werden oder aber ich zu falschen Beurteilungen komme, was die Zulässigkeit von Fragen angeht, was ich ungern möchte, weil ich als Ausschussvorsitzender auch einen Qualitätsanspruch an meine eigene Arbeit habe.

Insofern ist das das Verfahren, was wir so praktizieren werden, und zwar in aller Konsequenz. Ich hoffe, dass das auf Verständnis aller Fraktionen stößt und wir dann - und ich sage das für den Kollegen Erndl übrigens gleich mit - bei der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sitzungsleitung entsprechend so verfahren. - Das vorab. - Anmerkungen sehe ich keine.

Wir haben jetzt nicht mehr übertrieben viel Zeit. Aber wir können immerhin in die erste Runde starten, und die wird eröffnet von dem Kollegen Nürnberger von der SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, auch für die Hinweise über den Ablauf dieser Befragung. - Guten Tag, Herr Dr. Diehl! Schön, Sie zu sehen. - Ich würde mit Einstiegsfragen beginnen, um das Thema ein bisschen aufzuschließen. Sie haben ja gerade erwähnt, dass Sie am 21. Juli - auch nach Aktenlage ist es so, nicht nur nach Ihrer Erinnerung - den Posten als Krisenbeauftragter angetreten haben. Ich würde Sie bitten, uns darzustellen, wie Sie auf diese neue Funktion vorbereitet wurden, ob es da Einführungen gab, ob es da entsprechende Zusatzangebote vonseiten des Auswärtigen Amtes gab, bevor Sie diesen Posten dann übernommen haben.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Herr Abgeordneter, einen Lehrgang gibt es nicht für diesen Posten. Aber wie ich dargestellt habe, bin ich durch meine Vorverwendungen, glaube ich, durchaus qualifiziert gewesen, das zu machen. Und es gab, meiner Erinnerung nach, drei Tage - das weiß ich nicht mehr ganz genau - - Also, es gab eine Überschneidung mit meinem Vorgänger, Herrn Hartmann, der mich eingearbeitet hat dann. Und das Team hat mich eingearbeitet. Ich meine, das Team im Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes ist ein eingespieltes, und das hat mich eingearbeitet. Es gab keinen Lehrgang ansonsten dafür.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank für diese Antwort. - Können Sie uns an der Stelle, damit wir so einen Zugang zu dieser Position finden, kurz darstellen, welche Aufgaben der Krisenbeauftragte des Auswärtigen Amtes im normalen Betrieb Ihrer Behörde zu bewältigen hat?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Der Krisenbeauftragte vertritt die Belange des Krisenreaktionszentrums, das, was aus dem Krisenreaktionszentrum

kommt, nach außen, gegenüber der Leitung und auch, wenn notwendig, im Deutschen Bundestag oder sonst wo nach außen. Er ist das Bindeglied zwischen der Leitung des Hauses und der Arbeitsebene bei 040, in enger Zusammenarbeit. Er ist auch der Chef des Referatsleiters 040, also des Leiters des Krisenzentrums. Aber es ist eine Zwischenposition. Man ist nicht operativ direkt an den einzelnen Sachbearbeitern, auf deren Rücken die Arbeit liegt oder in deren Händen die Arbeit liegt - - ist man nicht direkt eingebunden. Aber man muss sie trotzdem leiten. - Das ist ein bisschen gestammelt und eine unbefriedigende Antwort, aber ich kann sie nur so geben.

Ich muss vielleicht noch eine Zusatzbemerkung machen. Wir erinnern uns heute jetzt kaum zurück daran, aber als ich den Posten übernommen habe am 21. Juli, waren die ersten Wochen geprägt durch drei Aufgaben für mich. Eine war, mich einzuarbeiten und einarbeiten zu lassen durch meinen Vorgänger, Herrn Hartmann. Die zweite war schon sehr schnell Afghanistan, die dort heraufziehende Krise. Ich habe sehr schnell schon Papiere dazu geschrieben. Aber die dritte war etwas, das mich sehr eingebunden hat, und das war: Ich war letztlich der Coronabeauftragte des Auswärtigen Amtes. Das heißt, ich habe in dieser Zeit sehr viel auch zu tun gehabt mit den Fragen: Was sind Hochrisikoländer? Ich war Vertreter des Auswärtigen Amtes im, ich glaube, es hieß, Coronakrisenstab der Bundesregierung oder so ähnlich, meiner Erinnerung nach. Also, das war auch eine wichtige Aufgabe. Das vergessen wir jetzt, aber es hat sehr viel Arbeitszeit und -intensität in Anspruch genommen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Weil Sie das gerade von sich aus erwähnt haben: Wenn Sie das jetzt im Nachhinein betrachten: Gerade zu Beginn Ihrer Tätigkeit, können Sie zeitlich ungefähr abschätzen, wie viel Zeit Sie für diese Rolle als Coronabeauftragter, Pi mal Daumen, aufgewendet haben und wie viel Zeit Ihnen für die eigentliche Arbeit dann als Krisenbeauftragter zur Verfügung stand?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, da muss ich dazu sagen: Meine Arbeit als Krisenbeauftragter - - Ich wurde nicht abgezogen und war der Coronabeauftragte - es gab keinen anderen -, sondern es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde entschieden: Der Krisenbeauftragte ist hiermit auch der Coronabeauftragte des Auswärtigen Amtes und vertritt das Auswärtige Amt. Ich hatte dazu ein oder zwei Mitarbeiter, die nur das gemacht haben. Ich kann das prozentual nicht sagen. Ich kann Ihnen aber versichern aus meiner Erinnerung: Das hat sich graduell verschoben, mit jedem Tag mehr, je präsenter die Afghanistan-Krise wurde, und zum Schluss ging es dann irgendwie auch ohne Corona. Ich meine, ganz am Ende, als es dann darum ging: „Wen setzen wir auf die Flieger?“, habe ich ab und zu noch mal gesagt: „Müssen die eigentlich Masken aufhaben?“ Aber darum ging es dann irgendwann nicht mehr, weil in der Abwägung dann die anderen Gefahren halt überwogen haben gegenüber der ansonsten vorher sehr präsenten Covid-Ansteckungsgefahr.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir haben jetzt zwei Begriffe schon definiert: den Krisenbeauftragten - den haben Sie erwähnt - bzw. dann das Krisenreaktionszentrum. Es gibt da noch einen dritten Begriff, der häufig benutzt wird und der für die Arbeit eine wichtige Rolle spielt: den Krisenstab. Da würde mich interessieren: Wer ist zuständig für die Entscheidung, einen solchen Krisenstab im Auswärtigen Amt einzurichten?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** War ich. Also, es obliegt dem Krisenbeauftragten, einen Krisenstab einzurichten. Die Frage, auf welcher Ebene er dann tagt, ist immer noch eine weitere. Es gibt Krisenstäbe, die werden geleitet vom Leiter 040, es gibt Krisenstäbe, die leitet der Krisenbeauftragte, und es gibt Krisenstäbe, die leitet Staatssekretär oder Staatssekretärin oder Minister oder Ministerin. Das ist eine Sache, die dann auch von mir vorgeschlagen, von der Leitung entschieden wird.

Aber der Witz des Krisenstabes ist eben: Da geht es dann über das Auswärtige Amt hinaus. Der Krisenstab, da sind dann die Ressorts dran beteiligt, die einschlägigen Ressorts, meistens auf einer Ebene, die der entspricht - - je nachdem, wer gerade leitet. Also, wenn es ein Ministerkrisenstab ist, dann schicken die anderen Ressorts auch oder die betroffenen Ressorts oft auch Minister oder mindestens Staatssekretäre in den Krisenstab.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielleicht ist jetzt die gute Gelegenheit, herunterzubrechen, wie es denn dann in der konkreten Situation war mit der Einrichtung des Krisenstabes für Afghanistan.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Es gibt nicht *die* Einrichtung *des* Krisenstabes. Der Krisenstab ist meinem Verständnis nach immer gewesen und meiner Erinnerung nach eine Sitzung. Es gab keinen Krisenstab für Afghanistan, sondern es gab Krisenstabssitzungen, die sich mit dem Thema Afghanistan beschäftigten, einmal die berühmte am 13., aber dann auch, ich glaube, die Woche darauf, ich weiß gar nicht, wann wir die nächste - - Formal haben wir, ich glaube, am Montag die nächste gemacht - was war das dann? 14.?, 15.?, 16.? - und dann quasi jeden Tag und, wenn ich mich richtig erinnere, auch immer unter Leitung des Ministers. Aber es gibt nicht *den* Krisenstab, sondern es gibt das Krisenreaktionszentrum, es gibt den Krisenbeauftragten des Auswärtigen Amtes, und der ruft Ressorts zusammen zu Krisenstabssitzungen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut. - Sie haben das auch bereits angeführt: Auch die Staatssekretärebene hat in der Hierarchie ihre Rolle. Nach unseren Unterlagen unterstanden Sie dem Staatssekretär Berger. Wie würden Sie das Zusammenspiel zwischen dieser Entscheidungsebene und Ihrer Ebene beschreiben? Gab es da Einflussnahmen, gab es da Vorgaben vonseiten des Staatssekretärs für Ihre Tätigkeit?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Sehr eng und vertrauensvoll. Aber natürlich gab es Vorgaben, denn der Staatssekretär oder, als er dann in Urlaub war, die Staatssekretärin war mein Chef. Ich bin da zugeordnet. Das war erst Berger, dann war es Leendertse, als der in Urlaub war, und die haben die Entscheidungsgewalt und müssen dann selbst entscheiden, ob sie sich diese Entscheidungsgewalt dann vom Minister noch, wiederum, absegnen lassen müssen. Aber sie war eng. Ich war in Krisenfragen der wichtigste Berater des Staatssekretärs oder der Staatssekretärin. Das ist die Aufgabe des Krisenbeauftragten. Aber mit eindeutiger Hierarchie.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir haben zu Beginn festgestellt und im Anschluss an Ihre eigene Aussage, dass Sie dann am 21. Juli tatsächlich den Dienst angetreten haben. Und Sie haben ja bereits auch angedeutet, dass zu diesem Zeitpunkt die Lage in Afghanistan bereits kompliziert war, um es mal neutral auszudrücken. Wenn Sie uns jetzt beschreiben könnten: In den ersten Tagen nach dem 21., also in dieser Woche, bis zum Beginn des Monats August, wie haben Sie da die Lageentwicklung in Afghanistan aus Ihrer neuen Position wahrgenommen? Welche Veränderungen gab es da für Sie?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Wir wurden zugeschüttet - nicht „zugeschüttet“; das ist zu negativ. Uns standen zur Verfügung eine Vielzahl von sich verdichtenden Informationen, sich verdichtenden, aber teilweise auch sich widersprechenden Informationen. Unsere Aufgabe war es, zu gucken: Was für Krisenreaktionszentrumskonsequenzen hat das, was da dräut?

Es gab immer wieder Berichte - oft auch nicht DKORs, sondern eben Mailberichte, nennt man sie, glaube ich - unseres Geschäftsträgers Jan Hendrik van Thiel, der gewarnt hat: Hier zieht sich was zusammen. - Es gab aber auch aus den Medien, es gab von überall Informationen darüber, dass die Situation in Afghanistan sich zuzuspitzen droht. Deswegen habe ich, meiner Erinnerung nach, glaube ich, schon Ende Juli selbst einen Entwurf geschrieben für ein erstes Papier darüber. Ich weiß nicht mehr, wie ich es genannt habe: Evakuierungsgedanken oder -pläne oder -vorbereitungen - ist mir nicht mehr ganz bewusst, muss ich zugeben - für Afghanistan, erste Überlegungen dazu, was uns da drohen konnte. Das weiß ich noch, das war noch im Juli, dass ich da einen ersten Aufschlag gemacht habe, der dann ein bisschen - - Da mischen dann immer alle möglichen - - Da lässt man Leute mitzeichnen und zuliefern und überprüfen und so. Aber das ging sehr früh los.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Genau. Auf diese zwei Punkte möchte ich nämlich jetzt auch ganz spezifisch eingehen.

Sie haben am 23. Juli, also bereits am Tag drei Ihrer Amtstätigkeit, als im Verteiler aufgeführte Person eine Mail des Gesandten van Thiel aus Kabul erhalten - ich beziehe mich da auf und zitiere aus MAT A AA-2.36 VS-NfD, die Blätter 113 und 114 -, in der er an das Auswärtige Amt schreibt und seine Mail am Ende mit dem Fazit beendet:

„Die sog. „Republik“ befindet sich militärisch im Endspiel, fraglich ob USA noch eine Verlängerung herbeibomben können.“

Und weiter zitiere ich aus diesem E-Mail:

„- Wir müssen beschleunigen. Die Zeitachse insb. für den Worst-case verkürzt sich spürbar. Natürlich kann alles immer länger dauern als für den schlechtesten Fall prognostiziert; man kann im Leben auch einfach Glück haben. „Prudent planning“ ist es aber auf den „Worst-case“ eine realistisch umsetzbare Antwort aktuell parat zu haben.“

Dann hat Sie gleich auch am zweiten Tag auf Ihrem Dienstposten eine Mail erreicht, in der eine - hier nicht notwendig, anzugeben, welche - Botschaft fordert, dass die Vorbereitungen für ein Worst-Case-Szenario beschleunigt werden müssen.

Haben diese Nachrichten bei Ihnen dazu geführt, diese Lage in Afghanistan als noch dramatischer einzuschätzen, als vielleicht Ihre vorherige Einschätzung war? Oder, offen formuliert: Haben solche E-Mails Ihre Lageeinschätzung beeinflusst und verändert?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich bin hier das erste Mal. Deswegen weiß ich nicht: Darf ich einfach sagen: „Ja“? Oder soll ich es ausführen, Ja? Ich kann es aber auch ausführen. - Also Ja. Und das sehen Sie daran, dass ich noch - - Also, ich meine mich zu erinnern, dass ich unter anderem - - Aber ich will das noch mal anders anfangen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ja. Jan Hendrik van Thiel saß vor Ort und hat uns sehr drastisch, aber auch sehr gut auf dem Laufenden gehalten darüber, was er mit seiner Sensorik in Kabul aufspürte. Es gab aber zugleich alle möglichen anderen Quellen, bis hin zum „FAZ“-Artikel oder zur „Tagesschau“, woher Sie auch wussten: Das Endspiel hat begonnen in Kabul oder in Afghanistan insgesamt. - Und dieser Begriff - das weiß ich auch noch, dass er irgendwie eingefordert hat: „Prudent Planning“ -, ich meine, damit hat er genau das geschrieben, was ein Krisenreaktionszentrum tun soll, dann auch mündend in Krisenstabssitzungen: Prudent Planning auch für den Worst Case. Und das haben wir getan. Ich habe da - - Ich will jetzt nicht unbedingt - - Das weiß ich in meiner Erinnerung nicht mehr, ob diese Mail, die Sie zitiert haben, Herr Abgeordneter, der Anlass dafür war, dass ich mich hingesetzt habe und ein erstes Papier entworfen habe zu Prudent Planning für Kabul, oder ob ich das auch sonst getan hätte, weil es gab auch andere Quellen, die in dieselbe Richtung deuteten. Aber: Ja, es hat unser Tun beeinflusst.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die nächste Frage kann man auch tatsächlich sehr kurz beantworten; die lautet nämlich: Wann hatten Sie denn ganz persönlich das erste Mal direkt telefonischen Kontakt mit Herrn van Thiel?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das weiß ich nicht mehr. Telefonischen Kontakt? Weiß ich nicht mehr, aber sicher auch in der Woche. Ich darf keine Falschaussagen machen, deswegen: Wenn es da ein Telefonregister gibt - - weiß ich nicht mehr, aber sehr oft und auch sehr früh.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und Sie haben es jetzt bereits auch mehrmals selber zitiert; ich kann Sie darauf hinweisen, dass es der 27. Juli war, an dem Sie einen Entwurf für eine Eventualfallplanung einer Evac Kabul an eine Kollegin und einen Kollegen des Krisenreaktionszentrums gesendet haben. Ich beziehe mich da auf MAT A AA-8.36 VS-NfD, die Blätter 239 bis 242. Am Beginn der Mail schreiben Sie:

„... wir sollen ein „Papier“ mit Eventualplanungen für Evac Kabul vorbereiten.“

War das Ihre eigene Initiative, oder wurden Sie im Rahmen der Hierarchie von anderen Stellen aufgefordert, diese Planung vorzunehmen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich könnte mir das jetzt vorlegen lassen. Aber steht da „wir sollen“ oder „wir sollten“? „Wir sollen“ deutet darauf hin, dass mich irgendjemand beauftragt hat. In meiner Erinnerung war es meine eigene Initiative; kann ich Ihnen also deswegen nicht mehr sagen. Ich meine - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir legen es Ihnen zur Sicherheit noch mal vor, dann können Sie noch mal reinschauen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Okay. Aber wenn da steht: „wir sollen“, glaube ich Ihnen das auch so, Herr Abgeordneter. Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß, dass ich sehr schnell gemerkt habe - - Aber ich weiß nicht mehr, von wem dieser Auftrag dann kam.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

„... wir sollen“. Na gut. Also, weiß ich nicht mehr. Ich kann mich nicht an einen direkten Auftrag erinnern, aber es war in der Luft. Ich meine, ich war auch als - ich habe ja eben mich Coronabeauftragter genannt, das ist kein formeller Titel - - aber als derjenige, an den sich die Staatssekretäre auch in Coronasachen gewandt haben, immer wieder, und der ständig bei den Staatssekretären war, um zu berichten, was die neuen Hochrisikogebiete bedeuten für die Erteilung von Visa aus Brasilien und solche Fragen - - Und bei diesen Gesprächen war immer auch, meiner Erinnerung nach, Afghanistan Thema. Deswegen ist es durchaus möglich, dass ich aus einem dieser Gespräche gekommen bin, da vortragen habe, was wir für Quellen, also nicht Quellen, was wir für Informationen kriegen, und dann das ein Ergebnis war: Dann macht doch mal ein Papier! - Das ist aber ein bisschen spekuliert von mir.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nachdem der Vorsitzende vorhin so ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass man nach der Antwort auch Bewerbungen abgeben darf, möchte ich mir das an dieser Stelle erlauben und sagen, dass wir es durchaus zu schätzen wissen, wenn Beamte, gerade in hervorragenden Positionen, durchaus in der Lage sind, eigene Entscheidungen aus eigener Initiative zu treffen und nicht von Vorgesetzten dazu aufgefordert werden müssen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Deswegen, Herr Abgeordneter, hätte ich mich gefreut, wenn hier „... wir sollten“ stehen würde; aber es steht leider nicht. Also, ich weiß es nicht mehr.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir können auch nachvollziehen, dass in schwierigen Situationen es manchmal auf einen Buchstaben nicht ankommen darf. - Hatten Sie bereits vor diesem Zeitpunkt, wo Sie sagten, Sie müssen diese Pläne fortschreiben bzw. entwerfen, sich jemals schon mit Evakuierungsplänen für Kabul beschäftigt? Hatten Sie vorher Kontakt mit solchen Plänen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Für Kabul nicht, aber für meine eigene Botschaft im Irak - aus anderen Gründen, nicht aus engen Sicherheitsgründen, sondern wir hatten in der Botschaft in Bagdad in der Frühphase, wo es noch keinen Impfstoff gab und noch keiner so ganz genau wusste, was es bedeutet, wenn man Covid-positiv getestet ist, einen Fall. Und da gab es dann - ich Botschafter im Irak - mit einem damaligen tatsächlichen Krisenstab - Hartmann als Krisenstabsvorsitzender - eine Sitzung, wo gesagt wurde: Wenn ihr noch einen Fall kriegt, evakuieren wir die Botschaft. - Das müssen wir hier jetzt nicht bewerten. Aber das hat dann dazu geführt, dass ich als Botschafter mit meinem Team im Irak dann auch Maßnahmen eingeleitet habe, so ähnlich wie das Herr van Thiel als Geschäftsträger in Afghanistan gemacht hat. Also, wir haben noch nichts verbrannt, aber wir haben Sachen zusammengesucht, um sie dann in Ölfässern zu verbrennen, wenn wir dann evakuiert werden. Wir hatten dann das Glück, dass kein weiterer positiv war, und wir wurden nicht evakuiert. Aber ich habe mir als Botschafter im Irak erhebliche Gedanken

darüber gemacht, was es bedeutet, meine Botschaft zu evakuieren, weil dann die Frage ist: „Kann man diesen Compound je wieder benutzen hinterher? Wie kommt man wieder rein?“, und so. Also so. Aber für Afghanistan nicht - obwohl als Generalkonsul in Mazar wir auch Evakuierungspläne hatten, aber da war die Situation nicht so heiß; aber das hatten wir da auch schon.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie schreiben - und das ist uns aufgefallen - in diesem Dokument auch folgenden Satz - es bezieht sich auf die gleiche MAT-Nummer -:

„Das Argument, Evakuierungsüberlegungen oder sogar -vorbereitungen jetzt schon zu treffen sende Richtung „AFG Republik“ das falsche ... Signal, zieht insofern nur noch bedingt.“

Können Sie uns diesen Satz erläutern, was Sie damit genau gemeint haben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich. Ich habe also auch immer in meiner langen Karriere sehr politisch gearbeitet. Ich war Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats im Auswärtigen Amt, habe nah an Ministern gearbeitet und weiß, dass solche Entscheidungen dann auch immer andere Implikationen haben. Das war jetzt eigentlich nicht meine Aufgabe als Krisenbeauftragter, sondern dafür war dann zuständig Wieck, war das, glaube ich, damals oder so, also die politischen Abteilungen. Ich wusste aber - dazu habe ich sehr lange sehr politisch, übrigens auch im Bundestag, gearbeitet -, dass so eine Entscheidung des Krisenbeauftragten, jetzt eine Evakuierung - - wenn das öffentlich wird, dass das auch interpretiert wird in der Öffentlichkeit. Das war aber nicht meine Aufgabe, darüber zu entscheiden. Aber hier habe ich jetzt, glaube ich - - Was habe ich wörtlich geschrieben? Zieht nicht mehr so richtig oder irgendwie so was.

**Jörg Nürnberger (SPD):** „... zieht insofern nur noch bedingt.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** So, genau. Aber ich hatte das Argument drauf, weil ich eben nicht nur Krisenbeauftragter war. Ich würde sogar auch sagen, es ist die Aufgabe des Krisenbeauftragten, auch Politik mitzudenken. Er ist nicht der Leiter 040, dem es nur um die Durchführung von solchen krisenangemessenen Aktionen, Operationen geht, sondern er ist das politische Bindeglied.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie sich heute noch daran erinnern, welche Stellen im Auswärtigen Amt oder darüber hinaus mit Ihnen tatsächlich zu diesem Punkt im Kontakt waren, um Ihnen darzustellen, dass ein Abzug aus deren Sicht das falsche Signal sei oder die Ankündigung eines Abzuges das falsche Signal sei? Welche Stellen in Ihrem Haus hatten diese Position oder vielleicht auch in anderen Ressorts?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, das war immer wieder - - Ich kann Ihnen keine konkrete Situation sagen, weil ich Ihnen eben erstens geschildert habe, das habe ich schon selbst drauf, das musste mir gar keiner mehr sagen, aber es war klar, dass das dabei eine Rolle spielt.

Es hat aber meiner Erinnerung nach nie jemand gesagt, eine Evakuierung wäre das falsche Signal, sondern es ging immer darum: Eine vorzeitige, eine zu frühe Evakuierung wäre das falsche Signal zur falschen Zeit. Darum ging es: den richtigen Zeitpunkt zu erwischen. Und das war diese Abwägung, in der wir standen zwischen meinen Aufgaben als Krisenbeauftragter und meinem Stab: Fokus auf „Nicht den Zeitpunkt verpassen“ und gleichzeitig der politischen Abwägung, aber auch nicht zu früh zu evakuieren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich frage trotzdem noch mal nach: Können Sie das innerhalb Ihres Hauses verorten? Geht es eher um die politischen Abteilungen, geht es um die Hausleitung, oder aus welcher Richtung kamen diese Signale: „Sehr geehrter Herr van Thiel, Sie dürfen das bitte nicht zu früh machen, weil ansonsten das politische Auswirkungen hat, die wir nicht möchten“?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Noch mal: Das musste man mir gar nicht sagen, weil die wussten, dass ich

vorher politisch, ministernah, leitungsnahe gearbeitet hatte. Ich erinnere mich auch daran - ich erinnere mich aber an keine konkrete Sitzung - , dass es nicht nur das eigene Haus war, sondern dass es auch andere Häuser waren, von denen wir wussten: Wenn wir jetzt noch - - von denen wir Signale gekriegt haben - ich weiß aber, muss ich gestehen, nicht mehr, auf welchem Kanal -, Signale aus dem BMZ zum Beispiel: „Wenn wir jetzt ein Evakuierungssignal geben, geht alles kaputt, was wir hier aufgebaut haben“, solche Geschichten. Das war eine Diskussion.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir am Ende dieser Befragungsrunde, und ich unterbreche jetzt die Sitzung bis um 13 Uhr.

(Unterbrechung von  
12.34 bis 13.06 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort. Dass wir nicht ganz pünktlich waren, lag übrigens nicht daran, dass wir uns verrechnet hatten, aber so ein paar kleinere Kurzinterventionen zum Schluss haben das noch ein bisschen verlängert. Die nächste Unterbrechung erwartet uns so ungefähr in einer Dreiviertelstunde.

Jetzt geht es erst mal weiter mit der CDU/CSU-Fraktion und dem Kollegen Röwekamp. Sie haben das Wort.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Schönen guten Tag, Herr Dr. Diehl! Vielen Dank, dass Sie uns heute zur Aufklärung des Sachverhalts zur Verfügung stehen. Und ich würde auch gleich mit Ihnen mitten reingehen in diese heiße Phase.

Sie hatten eben im Zusammenhang mit der Beantwortung der Fragen des Kollegen Nürnberger schon darauf hingewiesen, dass Sie - auch aufgrund Leitungsnahe - im Umgang mit politischen Bewertungen vertraut sind. So habe ich das verstanden; korrigieren Sie mich, wenn es falsch ist. Ich würde Ihnen gerne eine E-Mail vom 17. August 2021 vorhalten, die auch Sie empfangen haben. Und zwar ist das MAT A AA 9.80 VS-NfD, Blatt 40; das ist unsere Num-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mer 3.26. Meine Bitte wäre, dass Sie sich vielleicht noch mal eben kurz mit dem Sachverhalt vertraut machen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Vielen Dank. - In dieser E-Mail wird berichtet über ein Telefonat, das Staatssekretär Berger mit der AG „Außen“ der SPD-Bundestagsfraktion geführt hat, also mit Mitgliedern der AG „Außen“. Und darin heißt es unter anderem - Zitat -:

„Deutliche Anspannung der AG wegen **medialer Kritik an BM/AA**. Positiv aufgenommen wurde das klare Eingeständnis der Fehleinschätzungen von BM noch vor anderen Ministerien. Sorge vor „weiterem Scheinwerferlicht“ auf AA durch viele Sondersitzungen verschiedener Ausschüsse. Angedacht wird Einladung BM Seehofer/BMI in den Innenausschuss. Lageeinschätzung sei durch gesamte Bundesregierung und Partner zu verantworten, nicht alleine durch AA. ... („schwarzer Peter liegt beim AA“). In diesem Zusammenhang insb. **Kritik am Asyllagebericht** vom Mai, Rückfragen zu Visaerteilungspraxis und **Ortskräfteverfahren** ...“

Meine Frage ist: Erinnern Sie sich noch an den Hintergrund dieser Rückmeldung aus der AG „Außen“?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein, ehrlich gesagt. Der 17., da war ich schon am Auslaufen. Also, da habe ich Herrn Zahneisen eingearbeitet. Ich erinnere mich an diesen konkreten Punkt, an diese konkrete Mail nicht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ist Ihnen gegenüber im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit sozusagen diese politische Einschätzung geäußert worden, dass der Schwarze Peter beim Auswärtigen Amt liege, dass man Sorge vor weiterem Scheinwerferlicht auf das Auswärtige Amt habe

und dass man eben auch andere Personen, wie zum Beispiel den Bundesminister Seehofer, in den Innenausschuss laden wolle? Sind Ihnen solche Sachverhalte während Ihrer Tätigkeit bekannt geworden?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, meiner Erinnerung nach gab es wochenlang oder vielleicht Monate - weiß ich nicht mehr - - lange einen Streit darüber, ob man - wie heißt das Ding? - Visa upon oder Visa on Arrival erteilen sollte für Ortskräfte. Das war etwas, wo wir - ich nicht, sondern meiner Erinnerung nach das Auswärtige Amt - gedrängt haben und das damalige BMI, ich nenne es mal, zögerlich war. Das war ein Streitpunkt, den es immer gab.

Es gab - ich will Ihnen auch mal aus dem Gefühl dieser Tage heraus ganz offen hier schildern - ein bisschen - das passt nicht so sehr zu Schwarzem Peter - da dann - wie soll man sagen? - das positive Licht. Dann, als die Evakuierungsmission, die militärische, angelaufen war, waren die Helden im BMVg, und es wurde sehr schnell vergessen, dass auch unser KUT und unser Team, was verblieben war in Kabul am Flughafen, natürlich maßgeblichen Einfluss hatte. Das heißt, die Bundeswehr hat eine glorreiche Arbeit da geleistet, aber wir hatten irgendwie immer so ein bisschen - - das war auch ein bisschen das Gefühl, dass das AA mehr „geblamed“ wird und die anderen Ressorts - kann man das so sagen? - vielleicht die Lorbeeren kriegen oder das positive Feedback kriegen. Das war so ein bisschen die Grundstimmung. - Ja, was soll ich noch sagen?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wenn Sie beschreiben, dass das sozusagen so eine Stimmung oder Grundstimmung war, dann ist meine Frage: War die Einflussnahme auf diese Grundstimmung Gegenstand von Gesprächen, die Sie in dienstlichem Zusammenhang geführt haben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Im Zweifel: Ja. Aber ich kann mich nicht mehr an konkrete Gespräche erinnern, muss ich sagen. Aber ich glaube - ich soll allerdings eigentlich nicht spekulieren -, dass sicher in Gesprächen mit dem Staatssekretär immer mal wieder auch eine Rolle gespielt hat - oder mit der Staatssekretärin; das will ich jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

geschlechts- - also mit einem von beiden oder beiden in unterschiedlichen Gesprächen -, dass immer wieder natürlich auch eine Rolle spielt in so einer Bundesregierung das Gucken auf andere Ressorts und das Gucken: „Was tun wir, und was tun die anderen? Und warum können wir bestimmte Sachen nicht tun? Weil die anderen nicht so reagieren, wie wir das vorgeschlagen haben?“, und so. Das spielt in solchen Entscheidungsprozessen immer auch eine Rolle. Ich kann mich aber an kein konkretes Gespräch erinnern.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Gab es nach Ihrer Erinnerung eine Strategie, wie man dieser politischen Diskussion oder diesem Gefühl, was Sie eben beschrieben haben, der ungerechten öffentlichen Behandlung, wie man dem begegnen sollte?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich kann mich nicht an Strategiegelgespräche erinnern. Und nein, also wüsste ich nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun werden ja zwei Sachverhalte in dieser E-Mail als Kritik wiedergegeben. Das eine ist das Thema Ortskräfteverfahren, und das zweite Thema ist späte Entscheidung für Charterflüge, um das mal so verdeckt zu sagen. Nun wissen wir ja, dass es am 13. August eine Krisenstabsitzung gegeben hat, in deren Zusammenhang eben auch diese Fragen erörtert worden sind, sowohl Charterflüge als auch die Frage Evakuierung der Ortskräfte.

Deswegen meine Frage: War sozusagen aus Ihrer Erinnerung und Bewertung nachträglich, also in diesem Zusammenhang, die Kritik berechtigt, man habe zu spät für Charterflüge plädiert und zu spät das Ortskräfteverfahren und die Visaerteilungspraxis anders geregelt?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, zum einen haben wir nicht am 13. August das erste Mal über Charterflüge gesprochen, sondern das war lange in der Pipeline, das war lange in der Vorbereitung. Ich weiß jetzt gar nicht mehr ganz genau, wann wir die Verträge unterzeichnet haben - ich glaube, erst am Samstag oder so -, aber die Verhandlungen und die Vorbereitungen liefen lange, und es müssten sich auch in Papieren mindestens aus

der Woche davor, wenn nicht weiter vorher Bezüge darauf finden, dass wir vorhatten, den ersten Charterflug, glaube ich, am Montag loszuschicken, und dann aber auch andere Charterflüge in der Pipeline hatten.

Dieser ganze Prozess, wer auf diesem Flug sitzen sollte, auf diesen Flügen sitzen sollte, der war natürlich aus Sicht des Krisenbeauftragten und des Krisenreaktionszentrums auch ein fluider, um es mal so auszudrücken. Die Zuständigkeit für Ortskräfte und dann darüber hinaus auch die Bitte, die Zuständigkeit zu übernehmen, darüber hinaus auch Menschenrechtsverteidigerinnen und insgesamt am Ende dann Tausende nach Möglichkeit außer Lande zu bringen, fiel uns erst nach und nach zu, um es mal so auszudrücken. Ursprünglich waren wir zuständig - - Nicht der Krisenstab, sondern das Krisenreaktionszentrum ist zuständig für die Auslandsvertretung, die Mitarbeiter der Auslandsvertretung, die Deutschen, die im Lande sind, die Vertreter anderer Ressorts, aber auch die deutschen Staatsangehörigen, die in dem Land sind. Und dann kam die Zuständigkeit dafür, dann sollten wir uns auch noch darum kümmern, möglichst viele Ortskräfte rauszukriegen. Und als Drittes kam dann die Zuständigkeit auch noch dafür, jetzt noch die sehr gefährdeten oder tatsächlich sehr gefährdeten Outspoken Afghans außer Landes zu fliegen. Das wurde immer mehr, um es mal so auszudrücken.

Bei den Ortskräften gab es - ich kann das aber auch nicht terminieren - aber einen langen Prozess des Abwägens, wen man zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Visum und mit welchem Pass und mit welchem Covidtest wie rausfliegen kann. Da gab es auch Abwägungen, die darauf hinausliefen, zu sagen: Wenn wir die Ortskräfte zu früh rausfliegen, dann müssen wir zum Beispiel ganz direkt bei uns - - wenn wir die Ortskräfte jetzt rausfliegen, müssen wir eigentlich auch die Botschaft rausfliegen, weil eine Botschaft nicht betrieben werden kann, ein Botschaftscompound nicht betrieben werden kann, jedenfalls auf einem Krisenposten, ohne Ortskräfte. Das war eine Abwägung, die wir zu treffen hatten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich weiß noch, dass wir damals dann überlegt hatten, wir sollten den Ortskräften unserer Botschaft sagen: Wir versprechen euch, wir sagen euch zu, wir fliegen euch dann aus, wenn wir selbst ausfliegen als Botschaftsmitarbeiter. - Und damit die sich dann auch sicher fühlen, sagen wir: Wir helfen. - Wir haben uns dann darum bemüht - ich weiß aber den Ausgang, muss ich gleich vorwegnehmen, nicht mehr -, dass es dann Visa geben sollte schon für deren Familienangehörige, damit die wussten: Ja, wir halten hier aus mit den Entsandten zusammen auf dem Compound, wir selbst kommen raus, und unsere Familienangehörigen sind vorher schon raus.

Es gab aber auch Abwägungsprozesse - da erinnere ich mich auch noch dran, ohne es terminieren zu können - mit dem BMZ. Das BMZ und auch das BMI hatten viel, viel mehr Ortskräfte als wir - aktive, aktuelle Ortskräfte -, wo das dann auch hieß: Na ja, wenn wir die Ortskräfte zu früh rausfliegen, stellen wir dann damit automatisch zwingend auch unsere ganzen Programme ein. - Das war immer eine Abwägung, die auch in den Ressorts unterschiedlich vorgebracht und diskutiert wurde.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Sie haben eben in Ihrer Antwort die Frage der Zuständigkeiten, die nach und nach - so haben Sie es, glaube ich, beschrieben - dem Auswärtigen Amt zugewachsen sind - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Aber auch - Entschuldigung - dem Krisenreaktionszentrum innerhalb des Auswärtigen Amtes.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich würde jetzt - - Sozusagen die Zuständigkeit für deutsche Staatsbürger und so, die ist, glaube ich, hinreichend geklärt, die liegt beim Auswärtigen Amt. Jetzt haben Sie gesagt, die Entscheidung oder die Zuständigkeit für die Ortskräfte sei Ihnen zugewachsen. Ich würde mal fragen: Wo liegt denn eigentlich die originäre Zuständigkeit für die Evakuierung der Ortskräfte? Also wo die Zuständigkeit für das Ortskräfteverfahren und wie das Verfahren ist, ist uns bekannt. Aber ich bin jetzt ein bisschen verunsichert durch Ihre Antwort.

Wo liegt die originäre Zuständigkeit für die Evakuierung von Ortskräften, also von Ausreiseberechtigten?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, ein bisschen haben wir uns, glaube ich, missverstanden, wo Sie jetzt sagen: Die landete nach und nach beim Auswärtigen Amt. Was ich meinte, ist: Sie landete innerhalb des Auswärtigen Amtes nach und nach beim Krisenreaktionszentrum. Eigentlich liegt die Betreuung von Deutschen im Ausland bei 508 oder so, also in der Rechtsabteilung, in den Konsularreferaten, und die wurde uns dann zugewiesen. Und das hat sich immer weiter ausge-

Ich würde jetzt mal sagen: Wenn es darum geht, in anderen Krisen - nicht in dieser Krise; da kann ich mich nicht dran erinnern - die eigenen Ortskräfte außer Landes zu bringen aus irgendwelchen Gründen, liegt die Zuständigkeit eigentlich bei dem Ressort, was diese Ortskräfte - - oder bei der Institution, die die Ortskräfte beschäftigt. Sie wurde dann aber zu dem Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes zugewiesen, wobei ich Ihnen nicht mehr genau sagen kann - - Also, da gab es keinen Rechtsakt oder keinen für mich jetzt erinnerlichen Erlass, wo das so war, sondern die haben wir dann übernommen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich frage das deswegen, weil in Ihrem Papier vom 11.08.2021 zu den Evakuierungsmöglichkeiten Afghanistan - ich weiß nicht, ob Sie das Papier so erinnern; sonst würden wir es Ihnen noch mal vorlegen - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich glaube, das ist die Endfassung des Papiers, was ich am 27. entworfen habe, oder?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, genau, MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 5. Also Ende Juli haben Sie den Entwurf gefertigt, und das ist die Endfassung vom 11.08.2021. Da nehmen Sie ausdrücklich das Thema Evakuierung von Ortskräften auch anderer Ressorts mit auf. Da schreiben Sie auf Seite 2 unter „Berechtigte“ unter anderem:

„Lokal Beschäftigte der Botschaft  
Kabul: 57 Personen“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann schreiben Sie:

„Lokal Beschäftigte anderer Ressorts, der EUDEL“

- europäischen Delegationen -

„o. ä.: unbekannte Zahl im dreibis vierstelligen Bereich“

Und dann schreiben Sie:

„Die unter Punkt f. und g.“

- also auch die Lokalbeschäftigten anderer Ressorts -

„genannten lokal Beschäftigten würden als Angehörige des Gaststaats in der Regel nicht in die Gruppe der zu Evakuierenden fallen. Eine Ausreise wäre somit nur nach Erlangung eines DEU Aufenthaltstitels im sog. Ortskräfteverfahren ... möglich. Um frühzeitige Absetzungsbewegungen zu vermeiden und die Arbeitsfähigkeit der Botschaft aufrechtzuerhalten, sowie unter Berücksichtigung der zu erwartenden persönlichen Gefährdung der Betroffenen wird empfohlen, die unter Punkt f. genannten lokal Beschäftigten der Botschaft ebenfalls im Rahmen einer Evakuierung zu berücksichtigen, aber den Familienangehörigen eine vorzeitige Ausreise im Rahmen des OKV zu ermöglichen.“

Und dann schreiben Sie später, dass den Lokalbeschäftigten anderer Ressorts keine Evakuierungsmöglichkeit geboten werden kann. Deswegen meine Frage: Zu dieser Einschätzung von Ihnen bereits Ende Juli 2021, haben Sie dazu eine Reaktion von der politischen Leitung Ihres Hauses bekommen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also Ende Juli hat die politische Leitung meines Hauses dieses Papier noch nicht zu sehen gekriegt, sondern es ist vorgelegt worden - - Was haben Sie eben gesagt?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Am 11.08.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Am 11.08., da war es dann eine Leitungsvorlage. An eine Reaktion kann ich mich nicht wirklich erinnern. Aber so wie Sie das jetzt vorgelesen haben, deutet es ja darauf hin, dass uns damals die Zuständigkeit für die Ortskräfte - - also am 11.08. die Zuständigkeit zwingend für die Ortskräfte der anderen Ressorts noch nicht zugewiesen war. Sonst hätte ich das so nicht aufgeschrieben.

Und diese Geschichte, die Sie da - - Das habe ich jetzt im Vorlesen - - habe ich das nicht besonders geschickt formuliert, weil es ein bisschen durcheinandergeht mit der Zuständigkeit für unsere eigenen Ortskräfte und deren Familien. Das war originäre Zuständigkeit von uns. Da habe ich dann geschrieben, die müssten dann - - Ich müsste es jetzt noch mal lesen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Soll ich es noch mal vorlegen? Dann legen wir es noch mal vor.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Danke. - Da müsste man sich irgendwie - - Die müssten Visa kriegen, oder so ähnlich war das, hatten Sie eben vorgelesen. Das bezog sich dann auf die 50 - oder was - Ortskräfte unserer Vertretung. Und dann habe ich geschrieben: Mit dem, was wir hier in diesem Papier signalisieren oder vorschlagen, vorstellen, können wir die Tausenden Ortskräfte - ich weiß nicht mehr, es waren von der GIZ allein 1 500 oder so was Ähnliches, dann mal fünf mit den Kernfamilien, und die, ich weiß nicht, 500 oder so vom BMI - mit diesem Modell, was ich hier vorstelle, nicht evakuieren. Dann kam aber offensichtlich danach zu uns die Aufgabe, sie doch zu evakuieren.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wollen Sie vielleicht das Papier noch mal eben ansehen?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Können Sie mir zufällig sagen - dann brauche ich es nicht ganz zu lesen - ,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf welcher Seite das stand, was Sie mir eben vorgelesen haben?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das stand auf Seite 2 unter den Buchstaben.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Da schreibe ich schon: „zwingend oder optional unter die Verantwortung des AA“. Das zeigt, dass das in einem fluiden Prozess war, wo nicht so ganz klar war - - Bei einigen, bei den zwingenden ist es klar, bei den anderen habe ich mit diesem Papier vorweggenommen, dass diese Verantwortung am Ende bei uns landen könnte, aber noch nicht war. So will ich es mal ausdrücken.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wenn Sie dieses Papier jetzt noch mal erinnern und die Daten, die ich jetzt eben genannt habe - Entwurf 27.08. [sic!], da war das übrigens auch schon so drin, und dann 11.08. jetzt ist die Endfassung -: Wann, nach Ihrer Erinnerung, ist die Zuständigkeit für die Evakuierung der Ortskräfte anderer Ressorts im Auswärtigen Amt gelandet?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich Ihnen auf den Tag genau nicht sagen. Steht das in dem Beschluss des Krisen- - Nee, da steht „Evak-Vorbereitung“. Am 13. haben wir, glaube ich, die Evak-Vorbereitung - - Steht da was drin, am 13., in dem Krisenstabsprotokoll, darüber, dass wir die anderen Ortskräfte evakuieren sollen? Kann ich Ihnen nicht mehr aus dem Kopf sagen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): In der Regel ist es so, dass wir die Frage stellen und Sie antworten.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Entschuldigen Sie. Ich denke laut. Sonst müssten Sie mir das einmal vorlegen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dabei wollen wir auch bleiben.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** So soll es auch bleiben, natürlich. - Also, im Laufe dieser Woche, zwischen der Vorlage am 11.08. und der Krise, nicht unbedingt der Krisenstabssitzung, am 13.08. Daran

kann ich mich nicht erinnern, wann genau das war.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Hat es aus Ihrer Erinnerung heraus während Ihrer ja kurzen Tätigkeit im Auswärtigen Amt eine Debatte innerhalb des Auswärtigen Amtes über die Sinnhaftigkeit bzw. Sinnlosigkeit der Evakuierung von Ortskräften anderer Ressorts gegeben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein. Nur über den Zeitpunkt, nicht über die Sinnlosigkeit oder Sinnhaftigkeit. Über den Zeitpunkt und über die Machbarkeit angesichts der Dimensionen und auch über die Frage - das war nämlich auch fluide -, wann die Ressorts überhaupt wollten, dass ihre Ortskräfte evakuiert werden. Das habe ich, glaube ich, vorhin schon einmal gesagt. Darüber gab es - - aber nie über die Sinnhaftigkeit der Evakuierung von Ortskräften anderer Ressorts.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun schreiben Sie in diesem Papier, auch schon in der Version von Ende Juli - Zitat -:

„Der Betrieb des zivilen und militärischen Teils des Flughafens in Kabul sollte nach jetzigem Stand bis Ende des Jahres sichergestellt sein ...“

Können Sie noch erinnern, wie Sie zu dieser Einschätzung gekommen sind?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein. Aber das habe ich mir nicht ausgedacht. Aber kann ich mich nicht mehr daran erinnern.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Erinnern Sie sich noch, ob und, wenn ja, mit wem Sie Gespräche über die Frage der Sicherstellung des Flugbetriebes geführt haben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, das war bei allem, was an Lageeinschätzungen von allen möglichen Institutionen, auch aus dem eigenen Haus, von Jan Hendrik van Thiel von der Botschaft, aus der Politischen Abteilung, aber auch BND, Presseberichterstattung, alles andere, Ressorts - andere



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ressorts weiß ich jetzt nicht -, aber andere Länder, die dann auch von unserer Politischen Abteilung abgefragt wurden - - haben wir ein Lagebild gemacht, wo es darum ging, wie lange wohl der Flughafen noch zur Verfügung steht. Ich kann mich aber nicht erinnern, wieso ich in dem Papier Ende Juli geschrieben habe: „bis Ende des Jahres“.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun heißt es in Ihrem Papier an anderer Stelle - Zitat -:

„Die TLB haben allerdings wiederholt angekündigt, jegliche militärische Präsenz am HKIA nach dem 31. August als Ziel anzusehen und anzugreifen.“

Ich versuche jetzt nur, Ihren Abwägungsprozess noch mal nachzuvollziehen. Da ist jetzt vom 31. August die Rede, also der Ankündigung der Taliban sozusagen: Deadline 31.08. Und Sie schreiben trotzdem: „bis Ende des Jahres sichergestellt“. Können Sie diesen Widerspruch aufklären?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein, und ich würde dann darum bitten, dass Sie mir dieses auch noch mal geben, wo ich geschrieben habe: „bis Ende des Jahres sichergestellt“. Habe ich das?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ach, das steht auch noch in der vom 11.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Okay. Wo steht das? Ich darf keine Fragen stellen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich suche mal eben gerade selber.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir bewegen uns schon ein bisschen in der Nachspielzeit, insofern - -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das ist unter Ziffer 4, sozusagen im ersten Absatz unter Ziffer 4.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Jetzt sehe ich es. Ich habe es gefunden: „sollte“. Kann ich mich nicht daran erinnern, was die Grundlage für diese Einschätzung war, ehrlich gesagt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das war nicht die Frage. Die Frage war, um noch mal zu präzisieren: Warum schreiben Sie vorne: bis 31.12., und hier schreiben Sie dann: Taliban kündigen bis 31.08 - - Meine Frage ist die Abwägung. Es sind ja zwei unterschiedliche Daten.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das stimmt, aber diese unterschiedlichen Daten erklären sich durch das „allerdings“. Ich schreibe erstens, „vorbehaltlich der Sicherheitslage und fortgesetzter Bereitschaft der Türkei“ sollte der Flughafen „nach jetzigem Stand bis Ende des Jahres sichergestellt sein“. Und dann schreibe ich im nächsten Satz: „Die TLB haben allerdings wiederholt angekündigt ...“ Also ich äußere Zweifel selbst an diesem „eigentlich“. Ich weiß nicht mehr, worauf basierend - - Irgendwo muss das hergekommen sein, dass es an der bis Ende des Jahres - wahrscheinlich die Amerikaner, weiß ich aber nicht mehr - sichergestellten Funktionsfähigkeit des Flughafens, dass es Zweifel daran gibt; denn die Taliban „haben allerdings wiederholt angekündigt, jegliche militärische Präsenz“ schon am 31. August als Ziel anzusehen. Also ich sehe keinen Widerspruch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben das jetzt geklärt und wechseln zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni, bitte.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Dr. Diehl! Schön, Sie mal wiederzusehen. Wir kennen uns ja noch aus dem Verteidigungsausschuss.

Ich würde jetzt einmal mit konkreten Fragen anfangen, die sich auf Anfang August beziehen, und der Frage, wie das Krisenreaktionszentrum und Sie damit umgegangen sind. Ich zitiere als Erstes aus MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 311



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bis 313. Das ist eine E-Mail von Herrn van Thiel an Sie, Herrn Potzel und Herrn Jokisch. Und da geht es auch um die Frage der sofortigen Verschärfung der Krisenstufe. Ich zitiere:

„Angesichts dieser Lage dünne die meisten AVen vor Ort ihr Personal aus, fordern ihre Landsleute einschl. der etwas „schwerhörigeren“ Doppelstaatler aktiv, direkt und unüberhörbar ... auf, das Land jetzt **sofort** zu verlassen und, soweit einschlägig, schaffen ihre ausreiseberechtigten AfghanInnen so schnell wie möglich außer Landes. Das wäre auch unsere Handlungsempfehlung an uns selber (einschl. Krisenstufe 3b). Es muss versucht werden, mit allen z.Vfg. stehenden Mitteln die Zahlen von zu Evakuierenden bis zum 31.08. abzubauen.“

Wie sind Sie mit diesem Hinweis von Herrn van Thiel, auf Krisenstufe 3b umzuschalten, umgegangen am 09.08.?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Haben wir geprüft und am 13.08. gemacht, wenige Tage danach.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist das üblich, dass es vier Tage braucht?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** So eine Krise gab es kein anderes Mal. Deswegen kann ich „üblich“ nicht sagen, aber es braucht, klar.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie es für angemessen gehalten, dass es vier Tage gebraucht hat?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Damals schon. Wir haben jetzt nicht, als wir das gelesen haben von Jan Hendrik van Thiel, gesagt: „Jetzt nehmen wir uns vier Tage Zeit, bis wir das machen“, sondern es ist ein Prozess, den wir dann eingeleitet haben und der dann zu diesem Beschluss „Anhebung auf 3b“ am Freitag geführt hat. Und die Meinung von Herrn van Thiel war ja, wie ich jetzt schon mehrfach, glaube ich, gesagt habe, auch nur eine

von verschiedenen Einschätzungen, die wir gekriegt haben darüber, wie die Lage sich verschärft hat vor Ort.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie mir dann noch mal erläutern, wie in der akuten Situation ab Anfang August die verschiedenen Meinungen, die bei Ihnen angekommen sind, gewichtet worden sind?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, einmal muss ich sagen: Diese Geschichte: „Wir müssen ausdünnen, und wir müssen Ortskräfte rechtzeitig rausfliegen oder so“, galt es abzuwägen zu: „Wir müssen aber zugleich die Arbeitsfähigkeit der Botschaft aufrechterhalten“; denn wir haben schon - - oder auf uns kommen zu weitere Aufgaben, Aufgaben, eben deutsche Staatsangehörige außer Land zu bringen, Ortskräfte außer Land zu bringen und dann später auch - aber auch das war im Grunde absehbar oder als Möglichkeit absehbar - betroffene Afghaninnen und Afghanen möglicherweise außer Land zu bringen, und das kannst du nicht mit einer ausgedünnten, mit einer noch stärker ausgedünnten Botschaft, und das kannst du auch nicht ohne Ortskräfte der Botschaft, das kannst du zum Teil auch nicht ohne Ortskräfte der anderen Ressorts. Diese Abwägung haben wir getroffen.

Und ich meine, diese Anhebung auf 3b - ich erinnere mich jetzt nicht ganz genau - - aber ich glaube, jedenfalls für das Auswärtige Amt hatte die gar nicht mehr so wirklich Auswirkungen, weil wir sowieso schon, ich nenne es mal, fast Minimalbesetzung der Botschaft nur noch hatten. Ich glaube, der einzige Unterschied war, dass dann die Mittler aufgefordert wurden durch diese Anhebung, eben auch das Land zu verlassen. Mittler heißt: auch GIZ, und das mussten wir natürlich auch noch mit dem BMZ diskutieren, weil das BMZ die GIZ-Mittler brauchte. Also deswegen hat das ein paar Tage gebraucht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben jetzt gerade einige Gelingensbedingungen für die Evakuierung von deutschen Staatsbürger/-innen aus Afghanistan genannt, die im Kontext der Entscheidung zur Krisenstufe relevant waren. Welchen anderen Gelingensbedingungen haben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie denn damals noch formuliert für die Frage: „Was brauchen wir, um Deutsche evakuieren zu können?“ - neben dem, was Sie gerade gesagt haben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Na ja, wir haben erst daran geglaubt, viel davon noch mit Charterflügen hinkriegen zu können. Das hatte ich schon geschildert. Die hatten wir für die Folgeweche dann - - sollte anlaufen. Wir haben die gechartert. Und dann haben wir aber auch - - standen wir schon - ich weiß nicht mehr ganz genau, ab wann - mit dem BMVg in Verhandlungen darüber, dass es möglicherweise - - Auch da gibt es zwei verschiedene Formen der militärischen Evakuierung, eine - ich weiß den genauen Fachbegriff kurz nicht; „diplomatische“ heißt sie, glaube ich - diplomatische militärische Evakuierung und militärische Evakuierung: einmal, wo wir die Federführung haben und das BMVg quasi Amtshilfe leistet, und dann die richtige, die richtige harte Krisenevakuierung durch das BMVg. All das war schon als Bedingung - oder wie hatten Sie es genannt? Rahmenbedingung -, -

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gelingensbedingung.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** - als Gelingensbedingung - ein schöner Begriff, Gelingensbedingung - schon in der Diskussion. Wir brauchten Flugkapazitäten, und wir brauchten - und das habe ich in diesem Papier auch geschrieben - - wir mussten sicherstellen, dass der Flughafen noch funktioniert. Und Visa auch.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr van Thiel machte in der E-Mail auch darauf aufmerksam, wie andere Auslandsvertretungen mit diesen Fragen umgehen und dass sie, anders als Deutschland, sehr wohl schon ein paar Schritte weiter sind. Hat das in Ihren Beratungen eine Rolle gespielt?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja, da haben wir uns immer - - Das ist sehr deutsch, dass wir immer gucken: Was machen die anderen? - Natürlich, und das haben wir da auch getan und haben versucht, uns eben in beide Richtungen nicht zu sehr von den anderen abzuheben, und hatten da

ein sorgfältiges Auge drauf, wer was tut. Ich meine, mich auch damals noch zu erinnern, weil uns das sehr gewundert hat, dass - ich weiß das Datum nicht mehr - aber die Franzosen irgendwann mal einen Evakuierungsflug angeboten haben, den dann keiner genutzt hat, weil die Doppelstaatsbürger alle noch dableiben wollten. Also es war immer auch ein Blick auf die anderen Staaten, auf das Agieren der anderen, die noch präsent waren in Afghanistan, dabei.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Welche Rolle hat denn die Sicherheitslage für ein mögliches Gelingen der Evakuierung bei den - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Eine ganz entscheidende. Hätte ich sagen sollen, als Sie von „Gelingensbedingungen“ sprachen. Natürlich ist die Sicherheitslage die entscheidende Gelingensbedingung dafür, bis wann man noch evakuieren kann.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und jetzt würde ich noch mal zurückkommen auf die Frage, welche Relevanz die verschiedenen Informationen hatten, die bei Ihnen eingetroffen sind, jeweils auch zur Sicherheitslage.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich - - Haben wir nicht gewichtet im Sinne von „30 Prozent BND und 30 Prozent Medien und 20 Prozent unsere eigene Abteilung“. So kann ich das nicht sagen. Das floss alles ineinander. Wir versuchen, ein Lagebild zu bekommen, in das verschiedene Faktoren Einfluss haben. Gewichtet in dem Sinne, strukturiert gewichtet wurde das nicht, um es mal so zu sagen.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich würde Ihnen noch einen weiteren Vorhalt machen. Und zwar ist das eine E-Mail von Herrn M██████████ aus dem BMVg, die an Sie und Herrn Jokisch ging. Und zwar geht es da um den Planungsstand der Evak-Operation. Das ist MAT A AA-8.41 VS-NfD, Blatt 167.

„Lieber Herr Jokisch,

BMVg SE I 5 würde gerne AA 040 zum derzeitigen Planungsstand Evakuierung DEU StA Kabul ... vortragen. Einstufung - VS-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Geheim. Hierzu werden zwei Terminvorschläge unterbreitet:

1. Priorität: Mittwoch, 11. August 2021 - Nachmittag
2. Priorität: Freitag, 13. August 2021 - Vormittag“

Als Sie in Ihre Rolle gewechselt sind als Krisenbeauftragter, haben Sie sich einen Stand geben lassen vom BMVg zu den Vorbereitungen einer MilEvac?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Als ich Krisenbeauftragter wurde, meiner Erinnerung nach noch nicht, aber dann sehr bald. Und Herr M. [REDACTED] war ja kein Kollege - ja, formaljuristisch schon -, aber der war mein Verbindungsbeamter, der war bei mir im Stab, bei 040 der Verbindungsbeamte des BMVg in das Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes. Das war unser Verbindungs-mann.

Und dass wir hier jetzt über Termine gesprochen haben, wo wir uns vom BMVg in einer offensichtlich geheimen Sitzung dann zeigen lassen wollten, was möglich ist und was nicht möglich ist, zeigt, dass wir das im Laufe dieser Woche schon nicht nur auf dem Schirm hatten, sondern mit dem BMVg in Kontakt getreten waren, um diese unterschiedlichen Formen und Kapazitäten der militärischen Evakuierung zu erörtern. Ich erinnere mich auch noch, dass ich damals, glaube ich, als ich meinen ersten Aufschlag gemacht habe da am 27. Juli, noch nicht mal so genau wusste - muss man dann herausfinden -, welche Flugzeuge für so etwas geeignet sind und zur Verfügung stehen vom BMVg. Und da haben wir den Prozess eingeleitet, vom BMVg das zu erfahren.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das noch mal präzisieren: „niemand so genau wusste“? Wer ist jetzt „niemand“ in dem Zusammenhang?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich, sorry. Dass ich nicht so genau wusste, ob es nur noch 400M gibt oder ob man so was auch mit der Transall machen kann oder so. Das ist nicht unsere Fachexpertise. Das haben wir erörtert mit dem BMVg.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Trotzdem überrascht der Zeitpunkt. Insbesondere - und da verweisen Sie jetzt zu Recht drauf, weil Sie schon seit Ende Juli diese Option ja selbst in Ihren Papieren besprochen haben - verweist der Zeitpunkt und auch die Art und Weise der Kommunikation, nämlich das BMVg richtet sich an Sie - - Das ist, glaube ich, noch erklärungsbedürftig. Warum haben Sie denn nicht in dem Moment, wo Sie es ins Papier geschrieben haben - und da müssen wir mal über MilEvac nachdenken -, selbst die Initiative ergriffen und sich beim BMVg über den Stand der Planungen erkundigt?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich darf nicht spekulieren, aber ich bin sicher, dass ich das über Herrn M. [REDACTED] getan habe. Der saß in meinem Staff, der war beteiligt an der Erstellung dieser Geschichte, und hier scheint es mir darum zu gehen, einen wirklich Geheim eingestuft und damit immer mit bestimmtem Aufwand verbundenen formellen Abstimmungstermin zu machen. Aber diese Abstimmung, diese Anfragen beim BMVg liefen schon länger.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Wie viel Zeit habe ich noch? Mixed messages von der Seite. - Können Sie kurz ausführen zu der Frage „Anmietung von Hubschraubern für die Botschaft“?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Da ging es nicht darum, mit Hubschraubern irgendjemanden außer Landes zu bringen, sondern da ging es darum, dass wir angesichts der sich verschärfenden Sicherheitslage irgendwie sicherstellen wollten, dass die Leute von der Botschaft an den Flughafen kommen. Dazu hatten wir eine Gesellschaft, deren Namen ich nicht mehr so genau weiß, aber mit der die Botschaft auch in Kontakt stand, gefragt, ob sie uns Hubschrauber zur Verfügung stellen können, und das konnten sie. Dann gab es Vertragsabstimmungsprozess, aber wir hatten eine feste Zusage, dass die das tun würden. War dann aber am Ende nicht mehr nötig, ist dann durch die Zeit überholt worden, war geschuldet unseren Planungen, dann wenige Tage später das Ganze in Gange zu setzen oder in Gange setzen zu können jedenfalls.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder zu müssen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

**Stefan Keuter** (AfD): Grüße Sie, Herr Dr. Diehl! Gemäß Fundstelle MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 169, beabsichtigten Sie, am 5. August 21 ein Gespräch mit Brigadegeneral Werres im BMVg, Unterabteilungsleiter SE I, zu führen. Es sollte um Unterstützungselement der Bundeswehr und anscheinend auch um Soldaten der KSK für die Botschaft in Kabul gehen. Worum ging es bei diesem Gespräch genau? Und wie waren Ihre Vorstellungen bzw. die des AAs zu einer möglichen Unterstützung?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich kann mich, ehrlich gesagt - - Also, ich kann mich daran erinnern, dass wir immer wieder diskutiert haben, dass wir - wir als AA, wir als Krisenreaktionszentrum, ich als Krisenbeauftragter - es für vorteilhaft gehalten hätten, wenn Soldaten des KSK bei uns an der Botschaft wären, und dass es einen Abstimmungsprozess mit dem BMVg dazu geben sollte. Ich kann mich, ehrlich gesagt, nicht mal mehr dran erinnern, ob das Gespräch mit Achim Werres dann stattgefunden hat. Ich glaube, nicht. Aber ich kann mich nicht daran erinnern.

Aber es war ein Thema die ganze Zeit, dass wir der Meinung waren, es wäre hilfreich, es wäre gut, wenn KSKler dort wären, aber eben nur zwei. Nicht dass Sie den Eindruck kriegen, wir hätten gedacht, dass da eine Kompanie oder mehr KSK sein sollten, um irgendwelche Kämpfe zu führen, sondern einfach die Fachexpertise der KSKler noch in Ergänzung zu den Bundespolizisten, die da schon wären, erschien uns vorteilhaft.

**Stefan Keuter** (AfD): Das heißt, Sie und das Auswärtige Amt hätten diese Unterstützung der KSK unterstützt?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich kann Ihnen, Herr Abgeordneter, nicht hundertprozentig sagen, ob ich diese Erörterung im Auftrag des Staatssekretärs gemacht habe oder ob es unsere Voraberrörterung war noch auf der Ebene Krisenbeauftragter; kann

ich nicht mehr sagen. Aber wir hätten es unterstützt, -

**Stefan Keuter** (AfD): Okay.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** - ich als Krisenbeauftragter und wir als 040 ... [akustisch unverständlich].

**Stefan Keuter** (AfD): Wir hatten hier im Untersuchungsausschuss den Oberstleutnant „Tobias“, den Führer der KSK unter dem Kommando von Brigadegeneral Arlt, der während der Evakuierungsoperation Enttäuschung und Wut darüber äußerte, dass ihm wichtige Arbeitsgrundlagen, zum Beispiel die sogenannte ELEFAND-Liste, teilweise unvollständig und zu spät vorlag. Nach seiner Erinnerung hatte Oberstleutnant „Tobias“ auf Weisung des BMVg circa im April oder Mai 2021 im Hinblick auf Eventualmaßnahmen eine Erkundung in Kabul vorgenommen. Daraus resultiert der Vorschlag, zur Vorbereitung ein Unterstützungselement von vier bis sechs Soldaten an die Botschaft zu bringen. Seinem Kenntnisstand nach wurde dieser Vorschlag zweimal durch das Auswärtige Amt abgelehnt. Können Sie das dann bestätigen? Oder - - Ich hatte Sie gerade so verstanden, dass es genau andersrum war, oder?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ist meine Erinnerung.

**Stefan Keuter** (AfD): Okay.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Aber kann ich nicht aufklären; muss ich gestehen. Meine Erinnerung ist, dass wir da offen für waren und dass wir das wollten und für vorteilhaft hielten. Nach den ELEFAND-Listen haben Sie jetzt nicht gefragt, ne?

**Stefan Keuter** (AfD): Doch, danach auch.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Doch.

**Stefan Keuter** (AfD): Das wäre nämlich auch meine nächste Frage. Ist es richtig, dass das KSK die ELEFAND-Liste erst am 21. August 21 erhalten hat?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Am 21. Au- - Also, meinem Verständnis



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nach hatten die die von Anfang an, die ELEFAND-Listen. Die haben immer mal wieder darüber geklagt über M [REDACTED], über unseren Verbindungsmann, meiner Erinnerung nach, dass diese Listen nicht so gut waren, wie sie hätten sein sollen und können. Aber ich kann mich nicht dran erinnern und hätte es und würde es jetzt rückblickend - was ich, glaube ich, nicht sagen soll - aber als absurd empfinden, dass die die nicht hatten.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, mein Verständnis ist: Die haben die von Anfang an gehabt.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. Klare Aussage. Vielen Dank. - Am Mittwoch, den 11. August 21, schrieben Sie in einer E-Mail über eine Besprechung mit „D1/ 5-b-2 / Lo4“ - ich hoffe, dass ich das richtig wiedergegeben habe - unter anderem zu Ortskräftecharterflügen gemäß Fundstelle MAT A AA-8.132 VS-NfD, Blatt 177, Folgendes - Zitat Anfang -:

„Vorgabe ist, dass vor dem Großen Zapfenstreich für BW-AFG-Heimkehrer am 30.8., an dem BM teilnehmen wird, noch mindestens 1 Charterflug mit AFG-OK stattzufinden hat; danach dann weitere. Der eine „symbolische“/politisch motivierte Flug lässt sich laut 5-B-2 noch relativ einfach mit OK füllen, die bereits im OKV waren und „visiert“ sind. Danach wird's dann viel schwieriger.“

Zitat Ende. - Von wem kam diese Vorgabe?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich mich nicht erinnern, ehrlich gesagt. Weiß ich nicht. Sorry.

**Stefan Keuter (AfD):** Können Sie sich an den Sachverhalt nicht erinnern oder an diese E-Mail, die Sie geschrieben haben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** An den Sachverhalt so grob - - an den Sachverhalt kann ich mich grob erinnern, dass noch ein Zapfenstreich bevorstand

und dass wir nach Möglichkeit versuchen sollten, Ortskräfte dann vor allem der Bundeswehr auszufliegen noch vor diesem Zapfenstreich, um da einen Zusammenhang herzustellen. Wann war das Ganze, was Sie mir jetzt vorlesen, die E-Mail? 11., ne?

**Stefan Keuter (AfD):** 11. August 21, ja.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Aber genauer, von wem die Anweisung kam, kann ich mich nicht erinnern.

**Stefan Keuter (AfD):** Haben Sie noch eine eigenpsychologische Wahrnehmung, was mit „symbolische“/politisch motivierte Flug“ gemeint war?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Eine was? Eine eigenpsychologische - - Bin ich berechtigt, hier über eigenpsychologische Wahrnehmungen zu sprechen?

**Stefan Keuter (AfD):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eigene Erkenntnisse, das reicht.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Erkenntnisse habe ich darüber nicht. Aber es liegt auf der Hand. Also, ich - - Aber ich soll ja nicht eigenpsychologisch - - Also, ich habe keine Erkenntnis darüber, warum es so war. Aber es liegt auf der Hand, zu sagen, dass es natürlich gut aussieht, wenn man einen Großen Zapfenstreich macht und sagt: Das sind nicht nur die Bundeswehrsoldaten, die hier heim- - wie soll man sagen? - willkommen heißen und denen gedankt und die gewürdigt werden, sondern wenn man da Ortskräfte miteinbezieht. - Das war meiner Interpretation nach damals sicher das Motiv.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. - Wenn man davon ausgeht, dass ein Flug relativ einfach zu füllen ist und es danach schwieriger wird: Haben Sie irgendwelche Kenntnisse davon, warum es schwieriger werden könnte, weitere Flüge vollzubekommen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Weil wir nicht genug - - Also meiner Erinnerung nach, weil wir nicht genug visierte, wie man so schön sagt, also mit Visa



## Nur zur dienstlichen Verwendung

versehene und ausreiseberechtigt - dadurch schon ausreisefähige Ortskräfte zu dem Zeitpunkt offensichtlich hatten.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. - Ich möchte Ihrer Erinnerung vielleicht noch ein bisschen auf die Sprünge helfen. In dieser E-Mail heißt es nämlich weiter - Zitat Anfang -:

„BMVg, BMZ und auch BMI hatten bislang gegenüber 5-B-2 die Linie vertreten, keine Charterflüge für „ihre“ jeweiligen Ortskräfte zu benötigen. BMZ war sogar explizit gegen Charter, weil Sogwirkung für aktuelle OK erwartet wird, die vor Ort gebraucht werden. Zumindest AKK äußerte sich jetzt aber - politisch motiviert - ganz anders ...“

Was waren aus Ihrer damaligen Sicht die politischen Motive des Verteidigungsministeriums bzw. der Verteidigungsministerin?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich nur anknüpfen an das, was ich eben gesagt habe: Durchaus möglicherweise dieser Zapfenstreich, weil es eben durchaus das Ganze des Afghanistan-Einsatzes besser betonen würde, wenn man gleichzeitig auch die Ortskräfte, die mit der Bundeswehr zusammen gekämpft, sagen wir ruhig mal, oder gearbeitet haben und ihren Kopf hingehalten haben, weil man die auch würdigen würde.

Und das zeigt aber zugleich auch etwas, was ich vorher schon gesagt hatte, nämlich dass eben auch im BMZ und so es durchaus zu diesem Zeitpunkt, 11. August, noch Überlegungen gab, dass man die Ortskräfte gar nicht unbedingt jetzt rausbringen will, sondern sie noch braucht vor Ort.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank. - Und leider ist unsere Zeit schon wieder um.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So ist es. - Wir wechseln zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr

Dr. Diehl, auch von meiner Seite! Ich würde gern mit einer Nachfrage starten, anknüpfend an meine Kollegin Nanni. Da ging es ja vorher darum, woher Sie die Informationen für Ihr Lagebild haben und wie Sie diese gewichtet haben. Da haben Sie mit Frau Nanni vorher drüber gesprochen.

Mich würde interessieren, wie Sie bei Lagebewertungen dann auch in der Auswertung systematisch vorgegangen sind. Also, mit welcher Methode haben Sie diese Lage dann analysiert und darauf aufbauend dann zum Beispiel die Entscheidung getroffen, dass jetzt ein Krisenstab einzuberufen sei?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** You got me there. Also nicht wirklich methodologisch, sicher nicht so methodologisch sauber, wie der BND das jetzt in seiner Berichterstattung tut, wenn er verschiedene Quellen hat und sie dann gewichten muss. Das war nicht unsere Vorgehensweise da, muss ich Ihnen sagen, sondern das ist eingeflossen in unser Lagebild, und wir sind dann irgendwann zu einem Schluss gekommen. Aber wir haben jetzt nicht irgendwie bestimmte politikwissenschaftliche Methoden angewandt, um das zu tun.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Können Sie es vielleicht trotzdem noch mal in Worte fassen? Wie fällen Sie dann so eine Entscheidung? Das würde mich schon interessieren. Das ist ja eine weitgehende Entscheidung, dann zu sagen: Okay, wir brauchen jetzt einen Krisenstab. - Was ist das dann? Können Sie es einfach mal darstellen, wie Sie zu der Entscheidung gekommen sind?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Es verdichtet sich einfach, ne? Man hat dann irgendwann einen Zeitpunkt, wo Herr van Thiel meldet: „Es geht zu Ende“, und zugleich dann aber die Amerikaner noch sagen: „Nö, geht nicht zu Ende“, und der BND sagt - ich bin jetzt ein bisschen flapsig -: „Geht nicht zu Ende.“ Und in der Zeitung steht: „Es sind noch ein paar Wochen Zeit und so.“ Dann macht man es nicht. Aber wenn dann am Ende alle oder fast alle sagen: „Es geht zu Ende“, dann macht man einen Krisenstab und ist überzeugt: Es geht zu Ende. - Es ist nicht besonders methodologisch und als selbst Politikwissenschaftler



## Nur zur dienstlichen Verwendung

würde ich jetzt vielleicht sagen: Unter Lessons learned sollte man das methodologischer tun; ist aber nicht geschehen - nicht methodologisch sauber.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke. - Ich würde jetzt gerne auf einen anderen Fragekomplex eingehen, und zwar: Sie waren ja auch mit Ihrem Beginn der Arbeit als Krisenbeauftragter auch für die Sicherheit der Botschaft zuständig und verantwortlich. Wie haben Sie denn die Lage der Botschaft vor Ihrem Amtsantritt und nachdem Sie Ihren Amtsantritt hatten, eingeschätzt, also ex ante und dann in dem Moment, als Sie dann sich so ein bisschen näher damit beschäftigt haben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich bin da jetzt nicht hingefahren und hatte ein festes Bild, wie die Sicherheitslage - - Also, ich meine, ich war selbst mehrfach als Generalkonsul an der Botschaft. Ich weiß, dass die gut geschützt war. Ich weiß, dass sie aber auch Anschläge hatte und so. Aber unter der Sicherheitslageverschärfung, dass es möglicherweise oder dass es sehr wahrscheinlich zu Ende geht mit dem Ghani-Regime, hatte ich das, bevor ich den Job angetreten habe, nicht bewertet, habe dann aber mich in meiner Einarbeitungsphase darüber unterrichten lassen, habe dann erfahren, dass - - Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wann. Ich glaube, im März oder so, war Jokisch, glaube ich, da und hat so eine - wie heißen diese Reisen? - Krisensicherheitsbewertungsreise oder wie immer - - ich habe den Begriff vergessen - gemacht und da auch Schlussfolgerungen raus gezogen, und wir haben darüber gesprochen, ob diese Schlussfolgerungen und die Empfehlungen umgesetzt worden sind; das war Thema bei uns.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Haben Sie sich das Sicherheitskonzept der Botschaft angeschaut mit Amtsantritt oder danach?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Sicher. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob ich das Sicherheitskonzept nun selbst intensivst studiert habe; aber es war groß immer wieder Thema, was war das - - Da habe ich mit Jokisch sicher tausendmal darüber gesprochen, was das Ergebnis seiner Reise war

und ob er davon überzeugt ist und wir dadurch davon überzeugt sind, dass diese Botschaft unter den Bedingungen, wie sie da galten, angemessen, haltbar, sicher ist.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Waren Sie sich der Schwachstellen bewusst, bzw. wo haben Sie Schwachstellen gesehen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, es spielte immer wieder eine Rolle, dass die Botschaft in Kabul auch da - - Ein wesentlicher Teil des Sicherheitskonzeptes der Botschaft war, dass sie in der Green Zone liegt, dass wir eine - wie soll ich es nennen? - gesunde, gesicherte Nachbarschaft haben. Und da gab es dann immer wieder Schwachstellen. Da gab es irgend so ein - wie hieß dieses Feld noch? „Saudi-Feld“ oder so ähnlich - - was da nicht ganz so sicher war. Also, das haben wir immer wieder erörtert. Ich kann es Ihnen aber hier jetzt nicht referieren, aber wir haben das - - Und dann natürlich auch, dass wir Bundespolizisten dahatten und dass wir eine Sicherheitsfirma hatten, die für die Sicherheit zuständig war. Das war immer wieder intensiv Gesprächsgegenstand.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und inwieweit waren Sie über den Umsetzungsstand der Empfehlungen der Krisenkurzberatung informiert?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** War ich, kann ich Ihnen jetzt aber nicht referieren Punkt für Punkt. Aber ich habe mich erkundigt und weiß, dass das ein - - sehr früh Thema war nach meinem Amtsantritt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie müssen jetzt nicht im Detail darauf eingehen, aber - - Was war Ihr Stand? Also, war das alles umgesetzt, oder war da noch ganz viel offen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich glaube, das war weitgehend umgesetzt. Und ich meine nämlich auch, dass das noch mal wieder Anstoß dafür war, dass wir dann noch mal diskutiert haben, ob wir nicht KSKler dahaben wollten. Kann ich Ihnen aber jetzt auch nicht beschwören. Aber das war,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube ich, eine der Sachen, die meiner Erinnerung nach auch schon empfohlen wurde in diesem - - nach der Jokisch-Reise, dass wir dann daraufhin auch weiter noch Gespräche mit dem BMVg dazu aufgenommen haben. Deswegen bin ich irritiert - - als ich von Ihnen, Herr Keuter, eben hörte, dass wir das abgelehnt haben sollen. Das kann ich jetzt nicht rückblickend aufklären.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Die Lage hat sich ja in der Zeit, in der Sie dann in der Funktion waren, wie Sie auch ja schon geschildert haben, sehr schnell verdichtet. War das für Sie Anlass, an den Empfehlungen der Krisenkurzberatung - - sozusagen da noch mal draufzuschauen und zu sagen: „Gut, das und das muss jetzt aber wirklich umgesetzt werden. Wir müssen jetzt - -“, also wie Sie vorher gesagt haben, „Prudent Planning; das muss jetzt aber wirklich gemacht werden“?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Klar, das haben wir ja die ganze Zeit gemacht, ne? Wir haben die ganze Zeit - - waren wir mit Jan Hendrik van Thiel in Kontakt darüber, ob er genug Sicherheitspersonal dahat, ob wir weiter ausdünnen können. Dieser ganze Prozess wurde in den Wochen, in den wenigen Wochen, die ich da war, stetig, ständig vorangetrieben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und auch die logistischen Dinge? Also, Sie haben ja auch im - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja. Ja, wir haben Hubschrauber gechartert.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Da kommen wir vielleicht nachher noch drauf zu sprechen, also auf die Bedeutung des Flugplatzes -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Genau.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** - und wie dann auch die Botschaft weiter funktionieren könne und wie man dahin kommt. Das sind ja alles Dinge, die auch die Krisenkurzberatung auch mit thematisiert hat. Wie sind Sie auf die Dinge eingegangen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das haben wir die ganze Zeit, permanent diskutiert und deswegen ja auch dieses Konzept entwickelt, eben Hubschrauber - war der Fachbegriff „chartern“? ja, glaube ich, schon - anzumieten oder zu chartern, die dann eben - - Das war die ganze Zeit Thema: Wie kommen unsere Leute, wenn wir zu dem Zeitpunkt kommen, dass wir evakuieren müssen, wie kommen die dann zum Flughafen, wenn wir evakuieren müssen? - Und deswegen diese Hubschrauberplanung und das Erstellen einer Planung dafür, solche Hubschrauber zu kriegen, die wir dann meiner Erinnerung nach am Montag auch zur Verfügung gehabt hätten, wenn wir sie da noch gebraucht hätten. Das war ein ständiger Prozess und im Mittelpunkt unseres Tuns dort.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sind denn von den Empfehlungen oder von dem, was Sie jetzt gerade besprochen haben, auch von Ihnen Dinge dann getriggert worden, also im Sinne von gesagt worden: „Das muss jetzt gemacht werden, also das ist jetzt - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Dazu müsste ich die Empfehlung sehen. Weiß ich jetzt - - kann ich Ihnen nicht genau sagen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Wenn Sie wollen, gucke ich sie durch. Kann ich Ihnen aber nicht so sagen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das können wir vielleicht in der nächsten Runde machen. Ich würde jetzt gerne dann die Runde beschließen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Fangen wir vielleicht doch noch mit der nächsten Runde an. Kollege Nürnberger, eventuell müssten wir das dann unterbrechen bei Ihnen; aber vielleicht fangen wir einfach noch mal an.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte gern an das anschließen, was ich zum Ende der ersten Runde mit Ihnen besprochen habe. Und da ging es - und das wurde dann später auch noch von Kollegen schon ausgeführt -, um Ihren Entwurf für eine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Eventualfallplanung vom 27. Juli. Wir haben vorhin, wenn ich das richtig mitbekommen habe, feststellen können, dass dieses Papier dann in diesem Vermerk vom 11. August 2021 mit dem Betreff „Evakuierungsmöglichkeiten AFG“, der unter MAT A AA-8.119 VS-NfD, Blatt 169 bis 174, in den Unterlagen ist, aufgegangen ist. Ist diese Feststellung richtig?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke. - Am Tag darauf, nach dem 11. August, am 12., kam es zur großen Hausbesprechung im Auswärtigen Amt. Ging diese Initiative von Ihnen aus? Und gegebenenfalls, wenn nicht, von wem?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das weiß ich nicht mehr. Ich war zu der Zeit ständig bei der Staatssekretärin, und das weiß ich nicht mehr, wer von uns beiden gesagt hat: Wir brauchen mal eine große Hausbesprechung. - Kann ich Ihnen nicht sagen. Aber die Entscheidung darüber, ob wir eine machen oder nicht, hat am Ende die Staatssekretärin getroffen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut. - Zur Vorbereitung dieser Hausbesprechung schreiben Sie noch am 11. August einige Anregungen an die persönliche Referentin der Staatssekretärin, die sich bei uns unter MAT A AA-8.11 VS-NfD, Blatt 18, finden. Zu Beginn der Mail fragen Sie gleich Folgendes:

„Was ist unser politisches Ziel, wollen wir die Botschaft wenn irgendwie möglich bis zur letzten Minute offen halten (Federführung AP)?“

Haben Sie eine Antwort auf diese Frage von der Referentin oder der Staatssekretärin erhalten?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das waren nicht Fragen, die ich gestellt habe, um sie von Frau M■■■■, glaube ich, oder - weiß ich nicht, ob der Name hier überhaupt bekannt ist -, also von der persönlichen Referentin, oder von Frau Leendertse Antworten haben wollte, sondern das war ein Papier, mit dem ich der Staatssekretärin Hilfe geben wollte, wie sie diese Hausbesprechung führt. Also, ich

hatte nicht erwartet, von ihr jetzt Antworten zu kriegen, sondern ich wollte ihr Anregungen geben, welche Fragen sie in diesem Kreis stellen soll, und habe dann, glaube ich, so wie Sie es eben vorgelesen haben, dahinter geschrieben, von wem die Antwort zu kommen hat.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann lassen Sie mich die Frage noch ein bisschen anders formulieren: Beinhaltet diese Frage oder beinhaltet dieser Satz, der als Frage formuliert ist, die Position des AA zu diesem Zeitpunkt oder zumindest die Position derjenigen Abteilung des AA, für die Sie zuständig waren?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, der Krisen- -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Oder einfacher formuliert: War es Position des AA, die Botschaft bis zum letzten möglichen Zeitpunkt offen zu halten?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Der Krisenbeauftragte, ich, war zu diesem Zeitpunkt tendenziell dafür, die Botschaft eher zu schließen. Die Abteilung AP, die für die Politik und das politische Signal, was damit verbunden war, zuständig war, wäre - meine Erwartung - eher dafür - war auch im Zweifel so -, sie jetzt nicht so schnell wie möglich zu schließen. Für den Krisenbeauftragten und den Leiter des Krisenreaktionszentrums wäre es, wenn er nur einen engen Blick auf seinen Aufgabenbereich hätte, am besten, die Botschaft zu schließen, sobald irgendwo eine Handgranate hochgeht, sage ich mal despektierlich. Das ist für den Krisenbeauftragten am einfachsten oder der sicherste Weg. Aber eben - -

Ich war nicht Leiter 040, sondern ich war, wie ich vorhin schon mal sagte, der Krisenbeauftragte, der dann auch politische Erwägungen zumindest mit antizipiert und dann der Staatssekretärin nahegelegt hat in dieser Besprechung, die dafür federführende Abteilung AP zu Wort kommen zu lassen, wie wichtig es ist, die Botschaft so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Es gab aber - das kann ich Ihnen - - Vielleicht wäre das die kürzere Antwort gewesen: Vor dieser Besprechung gab es jetzt nicht eine eindeutige



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Position des Auswärtigen Amtes: Die Botschaft ist zwingend so lange wie möglich offen zu halten - Doch. Sagen wir mal so: In der Formulierung „so lange wie möglich“ - - Klar, wir alle wollen jede Botschaft so lange wie möglich offen halten. Nur ist eine Frage, wie man dann am Ende entscheidet und definiert, was wie möglich ist.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wann die Möglichkeit eben nicht mehr besteht.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Genau.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Hausbesprechung fand dann am 12. August statt. Wenn man sich auf das Protokoll konzentriert, das unter MAT A AA-8.119 VS-NfD, die Blätter 252 bis 255, Bestandteil des Materials des Untersuchungsausschusses ist, hat zwar der Markus Potzel als künftiger Leiter, vorgesehener Leiter der Botschaft, an der Besprechung teilgenommen, nicht aber der zu diesem Zeitpunkt verantwortliche Geschäftsträger in Kabul, nämlich Herr Hendrik van Thiel. Wissen Sie, welchen Grund es dafür gab, dass er an dieser Besprechung nicht teilgenommen hat?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Entscheidung der Staatssekretärin. Also, die hat eingeladen zu einer Hausbesprechung, nicht ich.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben aber auch nicht reklamiert, dass Herr van Thiel vielleicht auch dabei sein sollte.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Erinnerung ich mich nicht dran.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn man dieses Protokoll liest, dann werden Sie daraus zitiert wie folgt:

„Aus der Sicht von 04 ist, unbeachtet politischer Erwägungen, der Einstieg in die Evakuierungsplanungen jetzt sinnvoll, um ggf. bis Ende des Monats die Botschaft möglichst noch mit kommerziellen Flügen oder mit Unterstützung

Bw durch eine Schnelle Luftabholung (SLA) zu evakuieren.“

Jetzt drängt sich natürlich die Frage auf - und Sie erahnen sie bestimmt schon -: Was haben Sie genau mit dem Begriff „unbeachtet politischer Erwägungen“ gemeint? Welche politischen Erwägungen standen da Ihrer Kenntnis nach noch im Raum?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das, was ich schon mehrfach angedeutet habe, nämlich dass es einmal die Interessen des Krisenbeauftragten gibt, die Leute so schnell wie möglichen Job zu tun und damit seine Verantwortung zu erfüllen und damit die Sicherheit der Leute absolut in den Vordergrund zu stellen und zu entscheiden: „Die müssen so schnell wie möglich raus, und je schneller, desto besser“, dass es aber politische Erwägungen gibt, die mir bewusst waren und die von anderen, und zwar AP im Zweifel, aber auch der Hausleitung, denke ich mal, in Betracht gezogen werden und sicher auch formuliert worden sind: Was bedeutet es eigentlich, wenn wir als Deutsche jetzt gehen? Was für ein Signal senden wir damit an die afghanische Regierung, an die Weltöffentlichkeit, an alle?

Und ich habe aber hier offensichtlich klar formuliert, „unbeachtet politischer Erwägungen“ würde ich dafür plädieren, jetzt in die Evak-Vorbereitung einzutreten - was wir dann ja einen Tag später mit dem Krisenstab auch formalisiert haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ist Ihnen bekannt, ob Herr van Thiel über die Ergebnisse dieser Hausbesprechung informiert wurde, und ist Ihnen bekannt, ob Herr van Thiel Ihnen gegenüber eine Reaktion gezeigt hat, diese Beschlüsse kommentiert hat?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich mich nicht erinnern, ehrlich gesagt. Also, ich vermute sehr stark, dass wir - wir haben ständig mit ihm telefoniert - ihn angerufen haben, aber das kann ich - - weiß ich nicht mehr, gibt - - ist mir kein Protokoll bewusst.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich werde noch ein bisschen weiter insistieren und in der Zeit fortschreiten. Es gibt laut einer Mail vom 12. August - MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 454 - den Hinweis, dass dann für den 13. August um halb neun in der Früh eine Besprechung bei der Staatssekretärin geplant sei, um die Krisenstabssitzung vorzubereiten. In einer Mail von 9.43 Uhr an diesem Tag - wir gehen sehr ins Detail; MAT A AA-8.06, Blatt 378 - schreiben Sie dann zur Vorbereitung des Krisenstabes Folgendes:

„- Heute kein Beschluss zur Evakuierung der Botschaft, diese soll so lange wie möglich offen gehalten werden; heute allerdings **Beschluss zu konkretem Einstieg in Vorbereitung einer Schließung**“

Das ist ja offensichtlich genau in Übereinstimmung mit dem, was Sie bisher ausgeführt haben. Ist das das Ergebnis der Krisenstabssitzung, oder ist das bereits das Ergebnis der hausinternen Vorbesprechung?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das müsste das - - Das ist das Ergebnis nicht der Krisenstabssitzung, weil die war doch danach, oder? Ich soll keine Fragen stellen. Also, da müsste ich das Dokument kriegen. Aber meiner Erinnerung nach war das eine Vorbesprechung bei der Staatssekretärin zur Krisenstabssitzung, die dann danach stattfand. Und es war das Ergebnis der hausinternen Besprechung, die wir mit der Staatssekretärin, aber, wie Sie mich erinnern haben, ohne Herrn van Thiel am Tag davor gemacht haben.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Entschuldigung für die missverständliche Formulierung. Ich versuche mal, die Fragen noch ganz konkret zu stellen. Können Sie sich erinnern, wer nach dieser ersten Vorbesprechung dann das Ziel ausgegeben hat, die Botschaft so lange wie möglich offen zu halten? War das am Ende eine Entscheidung, die die Staatssekretärin getroffen hat oder das Referat AP 05?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich kann mich nur wiederholen und sagen: So lange wie möglich offen hal-

ten wollte ich auch als Krisenbeauftragter. Es waren nur unterschiedliche Definitionen darüber im Raum, wie lange das möglich ist. Aber so lange wie möglich - da waren wir uns alle einig. Wir wollen die Botschaft so lange wie möglich offen halten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt haben Sie ganz zu Beginn unserer Befragung in Runde eins sehr eindrücklich das hierarchische Verhältnis in Ihrer Behörde dargestellt, weswegen mich dann trotzdem interessieren würde: Wer trägt am Ende die formale Verantwortung für eine derartige Entscheidung?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Der Minister.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Liegt die auf Ihrer Ebene, -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nee.

**Jörg Nürnberger (SPD):** - oder liegt die auf der Ebene des zuständigen Länderreferats, oder ist am Ende die Staatssekretärin diejenige Person, die diese Entscheidung formal zu verantworten und zu treffen hat?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Sogar der Minister letztlich, ne? Es obliegt der Staatssekretärin, zu entscheiden, ob sie so etwas selbst entscheidet oder ob sie es dem Minister vorlegt, was sie dann am Samstag ja auch noch gemacht hat.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Der letzte Satz war der entscheidende: Sie hat es getan.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Was? Was getan? Entschuldigung. Den Minister befasst?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mein Vorschlag wäre - - Wir befinden uns ein bisschen zu sehr in dem Modus, dass wir uns die Antworten gemeinsam erarbeiten. Ich würde gerne dabei bleiben: Eine Seite fragt, die andere antwortet.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Entschuldigung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und wenn es Nachfragen gibt, fragen wir nach. Sonst wird es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachher schwierig, das zu sortieren. Es ist immer sehr sympathisch, aber für unsere Rollenverteilung nicht geeignet.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann werden wir die Frage ganz konkret stellen: Stand nach Ihrer Kenntnis die Entscheidung zur Schließung der Botschaft unter dem Vorbehalt des Ministers, und war damit ausgeschlossen, dass diese Entscheidung auch auf anderer Ebene im Haus getroffen werden konnte?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Meine Erkenntnis der Strukturen der Entscheidungsprozesse in jeder Behörde, aber auch im AA ist, dass es den Staatssekretären jeweils obliegt, selbst zu entscheiden, was sie auf ihre eigene Kappe nehmen können und was sie dem Minister vorlegen. Sie müssen die Ver- - Wenn du Staatssekretär bist, musst du selbst entscheiden: Brauche ich da die Absicherung des Chefs oder nicht? Und in diesem Fall: Nee. - Mehr haben Sie nicht gefragt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt habe ich Sie rein akustisch schlecht verstanden.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das steht nicht in irgendeiner Geschäftsordnung: „Diese Frage muss der Minister selbst entscheiden, und diese kann die Staatssekretärin entscheiden“, sondern die Staatssekretäre sind die höchsten Beamten, die so eine Entscheidung auf ihre Schulter nehmen können, wenn sie wollen und wenn sie glauben, dass es richtig ist. Und sie legen sie dem Minister vor, wenn sie selbst meinen: Das ist eine Entscheidung, die der Minister treffen muss.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und deswegen schließe ich meine Frage an, ob diese Entscheidung dann von der Staatssekretärin dem Minister vorgelegt wurde oder nicht.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Am Samstag, nicht am Freitag. Am Samstag hatten wir dann - auf den Tag kommen wir vielleicht noch irgendwie - gesagt, jetzt auch übrigens unter maßgeblicher Anhörung von Jan Hendrik van Thiel - - nachmittags, meiner Erinnerung nach, entschieden: Die Botschaft sollte, muss an den Flughafen evakuieren. - Und dann hat, meiner festen Erinnerung nach, die

Staatssekretärin gesagt: Okay, jetzt ist es so weit, ja; aber das muss ich mit dem Minister noch kurzschließen. - Und dann wurde ich, ich glaube, um 19 Uhr am Samstag, von dem amtierenden Leiter des Ministerbüros informiert, dass der Minister jetzt die Freigabe erteilt - der Minister wohlgermerkt. Ich habe es aber nicht schriftlich, sondern nur mündlich erfahren vom amtierenden Leiter des Ministerbüros, dass der Minister befasst worden sei und entschieden habe, die Botschaft solle jetzt geschlossen und an den Flughafen evakuiert werden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt haben wir einige Zwischenschritte übersprungen. Ich würde gern noch ein paar Zwischenfragen stellen.

Um 11.11 Uhr erhielten Sie dann an diesem Morgen - wir sind immer noch am 12. August - eine Mail der Bundespolizei - unter MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 513 -, in welcher die Bundespolizei mitteilt, dass sie „gegenüber dem BMI mit Nachdruck für die sofortige Evakuierung aller Mitarbeiter der Deutschen Botschaft“ votiert. Um 11.30 Uhr findet dann die Krisenstabssitzung statt, die von der Staatssekretärin Leendertse geleitet wurde. Können Sie aus Ihrer eigenen Erinnerung, sofern Sie beteiligt waren, wovon ich ausgehe, uns den Verlauf dieser Sitzung schildern?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Da sind wir jetzt also am 13., ja? Nicht am 12., sondern die richtige Krisenstabssitzung war am 13. Meiner Erinnerung nach hat - - Ja, ich erinnere mich daran, dass die Bundespolizei sehr früh dafür plädiert hat, die Botschaft jetzt zu evakuieren, dass das BMI dann aber meiner Erinnerung nach - und, ich glaube, das ist auch im Protokoll der Krisenstabssitzung - gesagt hat: Ja, die Polizei, die Bundespolizei selbst, ist dafür, die Botschaft jetzt zu evakuieren, aber wir als BMI stehen bereit, die Sicherheit der Botschaft - - bis wir gemeinsam beschließen, dass sie jetzt - - oder bis beschlossen wird, dass sie jetzt evakuiert wird - - die Sicherheit mit unseren Bundespolizisten zu gewähren. - So meine Erinnerung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gab es auf dieser Krisenstabssitzung auch einen Lagevortrag des BND?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und können Sie sich an den noch im Detail erinnern? Welchen Inhalt hatte der?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja, kann ich mich natürlich noch dran erinnern. Der BND gehörte zu denen, die, wenn auch nicht methodologisch sauber, natürlich mit ihren Lageeinschätzungen eine gewichtige Rolle bei uns spielten, um die Lage zu bewerten.

Der BND hat in dieser Sitzung - das ist, glaube ich, auch öffentlich sagbar, oder? - gesagt - das Zitat werde ich nie vergessen; jetzt nicht ganz wörtliches Zitat, aber fast -: Die Amerikaner werden die Botschaft nicht vor September 11 räumen. - Das war etwas, was wir sehr gerne gehört haben, weil es den Eindruck erweckte, dass wir noch mehr Zeit hatten, als wir gedacht haben. Aber wir haben uns natürlich - -

Wir hatten auch andere methodologisch nicht saubere und differenzierte Lageeinschätzungen, unter anderem von Herrn van Thiel. Und wir haben uns trotz dieser Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes, der diese Aussage getroffen hat in der Krisenstabssitzung, nicht davon abhalten lassen, dann in der Krisenstabssitzung einen konkreten Einstieg in die Evak-Planung jetzt durchzuführen, nicht erst - - Das hätten wir ja, wenn wir jetzt geglaubt hätten, nur das, was der BND sagt, zählt, und wir haben noch Zeit bis - - also noch vier Wochen Zeit - - hätten wir das vielleicht nicht getan; haben wir aber trotzdem.

Das zeigt noch mal, dass verschiedene Lageeinschätzungen hier zusammenfielen und wir am Ende, nicht am Ende, sondern in dieser Krisenstabssitzung, beschlossen haben: Wir treten jetzt in die Planung ein. - Und am nächsten Tag dann: Wir evakuieren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Aber kannten Sie diese Lageeinschätzung des BND vor dieser Krisenstabssitzung?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Diese Lageeinschätzung, nämlich diese Aussage: „Das wird bis September 11 nicht passieren“, bei der der BND sich ja äußerte zu amerikanischem Verhalten, nicht zu afghanischem Verhalten, kannte ich nicht vorher;

die war uns neu. Ich kannte aber ansonsten die sehr gute und sehr hilfreiche BND-Berichterstattung zur Situation in Afghanistan; die haben wir täglich eingefüttert gekriegt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** In der Folge nach dieser Krisenstabssitzung sendet Ihnen Frau K. einen Protokollentwurf zum Krisenstab mit längeren Ausführungen zum Vortrag des BND. Ich beziehe mich auf MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 56, und MAT A AA-8.120 VS-NfD \_Freigabe, Blatt 1 bis 4. Sie schicken dann später, kurz darauf, Frau K. eine Mail mit dem Betreff zurück: „der gekürzte BND-Teil für Vermerk zum Einfügen/Ersetzen“; MAT A AA-8.11 VS-NfD, Blatt 33. Diese Mail enthält dann einen Textbaustein, der im Wesentlichen auch in der Endversion des Krisenstabsprotokolls gelandet ist.

Ich möchte gerne von Ihnen wissen, warum Sie den Entwurf dieses Protokolls abändern wollten und ob dieser Textbaustein aus Ihrer Feder stammt oder von einer anderen Seite zugeliefert wurde. Wir können Ihnen das gerne auch vorlegen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Daran erinnere ich mich sogar noch gut, weil ich war ja auch schon vorher BND-Vize gewesen. Ich weiß, dass der BND in der Regel kein Interesse daran hat, in Krisenstabssitzungen wörtlich protokolliert zu werden, weil die Krisenstabssitzungen eingestuft sind und der BND dort offen redet und dann hinterher das Protokoll Füße kriegen könnte. Deswegen ist es üblich, in Krisenstabssitzungen nur kurz - - also, es ist Wunsch des BND, in Krisenstabssitzungsprotokollen nur kurz wiedergegeben zu werden.

Ich erinnere mich nicht mehr ganz genau daran, aber ich glaube, das habe ich im Zweifel geschrieben. Ich werde mich hingestellt haben und aus dem ausführlicheren Entwurf von Frau K. dann eine Kurzfassung gemacht haben, im von mir so verstandenen Sinne des BND, der es nicht mag, wenn er in Krisenstabssitzungen ausführlichst protokolliert wird und dann hinterher dieses Krisenstabsprotokoll nicht so eingestuft wird wie die Sitzung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und jetzt abschließend zu dem Punkt, den wir die ganze Zeit besprochen haben. Die Entscheidung und Ihre Empfehlung in der Sitzung war dann, die konkrete Evakuierung noch nicht zu beschließen, aber anzustoßen und vorzubereiten. Gab es dazu Widerspruch in der Sitzung? Oder war es so, wie Sie vorhin auch angedeutet haben, dass dieser Punkt einvernehmlich so beschlossen worden ist?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Wurde einvernehmlich beschlossen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann beenden wir die Befragung durch die SPD-Fraktion und unterbrechen die Sitzung jetzt bis um 14.40 Uhr.

(Unterbrechung von  
14.13 bis 14.40 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann setzen wir die Sitzung fort, hier begleitet von fröhlichen und musikalischen Demonstranten, wie wir gesehen haben. Wir waren jetzt bei der CDU/CSU-Fraktion und bei dem Kollegen Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Dr. Diehl, ich hätte noch mal eine Nachfrage zu Ihrer bisherigen Aussage, wonach Sie durch die Büroleitung des Ministers am Samstagabend, also am 14. August, von der Ministerentscheidung zur Evakuierung der Botschaft erfahren haben. Uns liegt hingegen Schriftverkehr vor - das ist MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 61 -, dass Herr Jokisch am gleichen Abend um 20.52 Uhr noch an einen größeren Verteiler schreibt - Zitat -:

„... habe gerade mit Geschäftsträger Bo Kabul gesprochen. Lage hat sich verkompliziert. ... Rege Telefonschalte heute abend oder morgen früh an.“

Und uns liegt weiterer Schriftverkehr vor von Sonntagvormittag. Das ist MAT A AA-9.82 VS-NfD, Blatt 41. Da schreibt Herr van Thiel ans Lagezentrum, Auswärtiges Amt:

„Weitere Lageverschärfung:

USA ziehen aus Lageverschärfung in der Stadt Konsequenzen ...; US EVAK Option ist asap anzunehmen oder zurückzubleiben.

ENTSCHEIDUNG ERFORDERLICH!“

Und es dauert dann am Ende bis sozusagen 10.35 Uhr Ortszeit Kabul, Sonntag, also Sonntagmittag deutscher Zeit, dass in der Botschaft die Entscheidung des Ministers bekannt wird. Können Sie sich erklären, warum es einen halben Tag dauert, bis die Botschaft in Kabul von der Entscheidung zur Räumung erfahren hat?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das ist meiner Erinnerung nach, meiner festen Erinnerung nach unzutreffend. Das ist wie folgt abgelaufen: Wir haben nachmittags am Samstag diese Telefonschalte mit der Staatssekretärin gehabt, in der wir ihr empfohlen haben: Jetzt muss die Botschaft an den Flughafen evakuieren. - Dann hat die Staatssekretärin gesagt: „Okay, das ist jetzt so, aber das muss ich mit dem Minister rückkoppeln“, oder: „Das muss ich vom Minister entscheiden lassen“, oder - - Ich weiß nicht, was es wörtlich war.

Dann habe ich, ich glaube, 19 Uhr - ich weiß es nicht mehr ganz genau -, von Herrn Rössel den Anruf gekriegt - nicht vom Minister selbst; aber von seinem amtierenden Büroleiter -: Der Minister ist gefragt, ist befasst worden und ist einverstanden, dass die Botschaft an den Flughafen evakuiert. - Dann habe ich Herrn Jokisch angerufen und habe gesagt: Jokisch, Jens, ruf den van Thiel an, dass es jetzt losgehen kann. Die sollen an den Flughafen evakuieren. Der Minister hat das freigegeben. - Dann hat Jokisch an dem Abend - also ich war jetzt nicht dabei - aber mir gesagt - und warum sollte er da gelogen haben? -, er hat den van Thiel informiert.

Dann wurde mir rückgekoppelt, wiederum telefonisch, dass das jetzt nicht so ganz einfach sein wird, an den Flughafen zu kommen, und dass die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

am Sonntag erst - - aber die wussten in dem Moment, die Botschaft wusste am Samstag - - jedenfalls habe ich angewiesen, dass sie informiert werden soll. Und ich - - Noch mal: Ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, dass Herr Jokisch das getan hat, mit dem van Thiel zu telefonieren und zu sagen: Der Minister hat entschieden: Ihr sollt jetzt an den Flughafen verlegen.

Dann ging es eben los, zu überlegen: Wie kommen die dahin, und wo werden die da untergebracht? - Das hatten sie auch schon vorher erörtert, aber die Lage hat sich ja ständig verändert am Flughafen. Und dann sind sie am Sonntagvormittag, wo sie eigentlich meiner Erinnerung nach noch eine Erkundungsfahrt an den Flughafen machen sollten und wollten - also beides -, von den Amerikanern zum Flughafen gebracht worden. Also, die Botschaft hat nicht erst am Sonntagvormittag erfahren, dass der Minister entschieden hat, dass sie an den Flughafen verlegen sollen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann würde ich dem Zeugen doch gern das Dokument MAT A AA-9.82 VS-NfD, Blatt 40, vorlegen wollen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** „41“ lese ich hier und „61“. Ich weiß jetzt nicht, was 40 - -

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): 40 umdrehen einmal.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ah, umdrehen. Entschuldigung. Gut.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wenn Sie nur die erste Zeile, also die erste Mail oben lesen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Da deckt sich die Einschätzung von Herrn van Thiel nicht mit meiner.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay, es heißt da - - Ich will es nur noch mal zitieren, damit der ganze Ausschuss das auch weiß. Da schreibt Herr van Thiel am Samstag, 19.42 Uhr, also am Sonntag:

„Grünes Licht für die Evakuierung haben wir Sonntag, 15.08., um 10.35 Uhr“

- gemeint ist in diesem Fall Ortszeit Kabul -

„bekommen.“

Also Sonntagmittag deutscher Zeit. Meine Frage ist: Haben Sie eine Erklärung für die Diskrepanz zwischen Ihrer Information und dieser Aussage von Herrn van Thiel?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Keine Erklärung. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich ganz, ganz, ganz sicher weiß, dass ich am Samstagabend nach dem Telefonat mit Herrn Rössel sofort mit Herrn Jokisch telefoniert habe und ihm gesagt habe - und die warteten ja auf diese Entscheidung -: Informieren van Thiel, dass der Minister entschieden hat, dass sie an den Flughafen verlegen sollen. - Ich kann mir das nicht erklären.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun weiß ich nicht, ob Sie noch erinnern, dass der Kollege Nürnberger Sie eben zu dem Protokoll „Änderungswunsch des BNDs hinsichtlich der Krisenstabssitzung am 13. August“ befragt hat, und ob Sie die Unterlagen dazu vorhaben. Ich würde Ihnen gerne vorhalten MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 1 f. Das ist unser Dokument 3.33.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Wenn Sie da bitte mal auf Blatt 1 unten und 2 oben gehen: Dort ist die Berichterstattung des BND ausführlich protokolliert und wiedergegeben. Meine Bitte wäre, dass Sie sich das eben einmal anschauen.

(Der Zeuge blättert in den  
ihm vorgelegten  
Unterlagen)

Im endgültigen Protokoll heißt es - Zitat aus MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 388/89 -:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Lagevortrag: TLB-Führung derzeit kein Interesse an mil. Einnahme Kabuls, aber Einfluss auf mil. Operationsführung der TLB nicht uneingeschränkt gegeben; Übernahme Kabuls durch TLB vor 11.9. eher unwahrscheinlich. Vollständiger mil. Abzug der IG, diplom. Absetzbewegungen oder Ausreise der AFG Eliten würden Prozess beschleunigen. Schutz-zusage der TLB-Führung für AV, aber mglw. nicht zuverlässig durchsetzbar.“

In dem ausführlichen Protokoll, das dann ja geändert worden ist auf Wunsch des BND, gibt es aber sehr viel ausführlichere Beschreibungen möglicher Gefährdungen dieser Einschätzung, die uns als Ausschuss als sogenannte Kippunkte bekannt sind, die auch so genannt sind. Da heißt es:

- „• Bei folgenden Kippunkte verkürzen sich Zeitlinien:
  - Isolierung von Kabul-Stadt
  - Einnahme ... Provinzhauptstädten ... Kabul
  - Nach Willen der TLB soll eine friedliche Einnahme ... erfolgen – allerdings könnten milit. Kräfte derzeit einen Lauf und könnten Fakten schaffen
  - Vollständiger Abzug intl. Militär ...
  - Absetzbewegungen bei mit der Republik verbundenen Eliten ...“

Zitat Ende. - Das ist ja dann doch nicht nur nach meiner Einschätzung eine inhaltliche Verkürzung, sondern auch eine qualitative Veränderung der Aussage des BND. Deswegen meine Frage: Erinnern Sie sich noch an den ausführlichen Bericht des BND? Und ist der in dem Entwurf des Protokolls, das Ihnen jetzt vorliegt, vollständig und zutreffend wiedergegeben?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, erst muss ich richtigstellen: Es war nicht auf Intervention des BND, dass dieses ausführliche Protokoll gekürzt wurde auf eine kürzere Wiedergabe, sondern es war ein antizipierter Wunsch des BND durch seinen ehemaligen Vizepräsidenten Ole Diehl. Und die Praxis, die ich mir habe bestätigen lassen von meinen Kollegen aus dem Krisenreaktionszentrum - - Ich habe die gefragt - weiß ich noch genau -: Will der BND wirklich so ausführlich wiedergegeben werden in unseren Protokollen? - Und es hieß: Nein, der BND legt immer Wert darauf, nur sehr kurz, möglichst kurz wiedergegeben zu werden.

Und das habe ich dann mit Frau K. - oder wie immer sie heißt - besprochen, dass wir das kürzen. Dann habe ich das selbst gekürzt, nicht auf Intervention des BND. Das Ganze wird - - Jetzt bewerte ich ein bisschen. Im Interesse des BND wäre es wahrscheinlich heute, wenn das lange Protokoll rausgegangen wäre. Es war aber damals meine Wahrnehmung, dass der BND nur - meine Einschätzung - in seinen Kernaussagen zitiert werden möchte. Und ich predige jetzt als erneuter Vizepräsident des BND und damals als Abnehmer der Berichterstattung des BND, dass der BND wissen muss, dass immer nur Kernaussagen hängen bleiben bei seinen Abnehmern und nicht komplizierte Kippunkte, die das Ganze relativieren.

Ich habe auf meine Kappe damals als Krisenbeauftragter genommen, diese BND-Einschätzung zusammenzufassen. Ich weiß, ich habe jetzt hier die Langfassung, und weiß nicht, wo ich die Kurzfassung habe. Ich habe so einen Kippunkt da auch drin gelassen und habe gesagt: Es sei denn, irgendwas - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, genau.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Aber ich habe nicht die ganzen Kippunkte aufgeführt. Das war aber ich, nicht der BND, der das getan hat.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine Frage ist jetzt: Wenn wir die Beratung des Krisenstabes - nur deswegen; ich erkläre jetzt nur den Hintergrund meiner Frage - abschließend beurteilen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen, müssen wir ja wissen, was wirklich gesagt worden ist, auch in welcher Ausführlichkeit. Und deswegen wiederhole ich meine Frage von eben noch mal: Entspricht die in dem Entwurf des Protokolls der Krisenstabssitzung vom 13.08. wiedergegebene Fassung dem Wortlaut des Berichts des BND? Oder ist es nicht so ausführlich geschildert worden, wie es in dem Protokoll steht, und musste deswegen gekürzt werden?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also das, was in der Langfassung des Protokolls steht, hat sich keiner ausgedacht, sondern das entspricht genau dem, was der BND gesagt hat. Und ich will nicht mal beschwören, dass der BND nicht noch mehr gesagt hat. Den Wortlaut kann ich jetzt nicht sagen, aber es war eine meiner Mitarbeiterinnen, nämlich Frau K., die das zusammengefasst hat, was der BND gesagt hat. Es hat nicht der BND selbst diese Zusammenfassung geschrieben. Insofern: Meine Mitarbeiterin hat - auch meiner Erinnerung nach; aber auch, weil ich sie kenne und schätzen gelernt habe - sich nichts ausgedacht, was hier steht. Das hat der BND so gesagt. Er hat vielleicht sogar noch mehr gesagt. Und ich, Ole Diehl, nehme auf meine Kappe, dass ich dann einen voraus- - falscher Begriff: „vorausseilender Gehorsam“ - - also auch aus gelebter Praxis das weiter zusammengestrichen habe.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also, um es noch mal fürs Protokoll klarzuhaben: An dem, was in dem ausführlichen Protokoll drinsteht - - Oder - ich muss ja offen fragen -: Ist von dem, was in dem abschließenden Protokoll ausführlich drinsteht, etwas falsch?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Meiner Erinnerung nach nicht, aber ich erinnere mich nicht an den genauen Wortlaut des - - Ich weiß auch nicht mal mehr, wie lang es war, aber es waren relativ ausführliche Stellungnahmen oder Briefings des BND in der Krisenstabssitzung am 13.09.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay, vielen Dank. - Dann würde ich mit Ihnen gerne bei der Krisenstabssitzung vom 13.09. bleiben und - vielleicht können Sie sich noch daran erinnern - zu

der Diskussion, wann die Evakuierung beschlossen werden soll. Es steht im Protokoll als „04-L“ wiedergegeben, also Sie:

„Empfehlung, konkrete Evakuierung derzeit noch nicht zu beschließen, aber anzustoßen und vorzubereiten“

Gab es nach Ihrer Erinnerung hierzu abweichende Vorstellungen anderer Teilnehmer der Krisenstabssitzung?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein, und, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, nicht mal des BMI, wo wir das erwartet hatten, weil die Bundespolizei vorher etwas anderes bei uns angelandet hatte per E-Mail und per Telefonaten und so. Auch das BMI hat meiner Erinnerung nach am Ende zugestimmt und gesagt: Wir treten jetzt ein in konkrete Evakuierungsvorbereitungen, aber bestehen jetzt nicht auf einer Evakuierung.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich frage das auch noch mal im Hinblick auf das BMVg. Da heißt es in dem Protokoll:

„Empfehlung, jetzt die Voraussetzung zur Durchführung einer Evakuierungsoperation zu schaffen, damit ein Kräfedispositiv frühzeitig vorbereitet und Ende nächster Woche nach Kabul mit umfangreichen Fähigkeiten ... entsandt werden kann.“

Nur fürs Protokoll: Das ist immer noch MAT A AA-8.06 VS-NfD Blatt 388/389. Meine Frage ist jetzt: Das ist ja nur sozusagen wiedergegeben in dem Protokoll. Hat das BMVg nach Ihrer Erinnerung in dieser Krisenstabssitzung dafür geworben, einen Beschluss über die Evakuierung der Botschaft schon zu dem Zeitpunkt zu treffen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Meiner Erinnerung nach nicht, sondern das war Konsens, dass wir jetzt in die Vorbereitungen eintreten. Und das deckt sich ja auch mit dem, was Sie da gerade vorgelesen haben, dass das BMVg dadurch auch jetzt loslegen konnte mit den Vorbereitungen, nicht mit der Evakuierung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann würde ich gerne für mich dann abschließend noch mal zu der Frage der Vorbereitung der Evakuierung der Ortskräfte miteinander sprechen. Sie haben ja - haben wir vorhin darüber gesprochen - bereits in Ihrem ersten Vermerk vom 27. Juli auf die Lokalbeschäftigten anderer Ressorts hingewiesen. Und in der Folgezeit hat es dann zu diesem Thema ja auch weitere Gespräche gegeben.

Sie haben dann - jetzt muss ich mal eben kurz blättern - in der bereits erörterten Mail vom 11. August mit den Vorschlägen für die Hausbesprechung zu Afghanistan - Sie erinnern sich vielleicht an diese Vorlage - unter anderem auch geschrieben - also das ist MAT A AA-8.11 VS-NfD, Blatt 18; Zitat -:

„Wie „verkaufen“ wir, dass im Falle eine Evakuierung unserer Entsandten nicht alle LB (und auch nicht alle DEU StA, zumindest nicht die Doppelstaatler) das Land verlassen haben werden?“

Zitat Ende. - Meine Frage ist jetzt noch mal: Wie muss ich das verstehen? Sind Sie bereits zu diesem Zeitpunkt davon ausgegangen, dass nicht alle Lokalbeschäftigten das Land verlassen können?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das war dieser Abwägungsprozess zwischen Sicherheit der Botschaft, für die wir originär verantwortlich sind, Sicherheit des Botschaftspersonals und der engeren Mitarbeiter der Botschaft und den ganzen anderen, die in Afghanistan hockten und evakuiert werden mussten. Und in diesem Abwägungsprozess habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass wir dann in der Lage sein müssen - „verkaufen“ ist ein schlechter Begriff -, Kritik dafür auszuhalten, dass wir das deutsche Botschaftspersonal, für dessen Sicherheit ich verantwortlich war, rausgenommen haben, obwohl noch andere Deutsche oder andere Anspruchsberechtigte sich im Land aufhalten. Das habe ich damit zum Ausdruck bringen wollen. Und dass das vielleicht ein bisschen flapsig ist, „verkaufen“ - - meinte ich mit: Wie erklären wir das auch öffentlich und im Bundestag und sonst wo?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wann war nach Ihrer Erinnerung die Entscheidung getroffen, nun doch alle Ortskräfte aller sozusagen in Afghanistan vertretenen Institutionen zu evakuieren?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Am Wochenende, sage ich jetzt mal, weiß ich aber nicht mehr genau, weil uns klar war: Alle Ortskräfte und alle Anspruchsberechtigten, die auf uns von allen Seiten einprasselten, zu evakuieren, wäre eine Mammutaktion. Und ich muss jetzt rückblickend gestehen, dass ich am, sage ich mal, Freitag/Samstag das, was die Bundeswehr dann auf die Beine gestellt hat, über 5 000 Leute rauszufliegen, für nicht realistisch gehalten habe. Punkt. Falsche Betonung.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich versuche, das deswegen ein bisschen zu hinterfragen, weil Sie am 6. August 2021 in der Zusammenfassung der operativen Ergebnisse der Hausbesprechung - das ist MAT A AA-8.41, Blatt 210 - zusammenfassen - Zitat -: „diskrete Thematisierung eines Evakuierungsszenario mit OKs der Botschaft“. Warum sollte am 6. August 2021 die Vorbereitung der Evakuierung der Ortskräfte nur diskret thematisiert werden?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Weil wir damals nur zuständig waren, zu dem Zeitpunkt meiner Erinnerung nach - - noch nur zuständig waren und deswegen auch in erster Linie befasst waren mit den Ortskräften unserer eigenen Botschaft, weil es darum ging, dass wir diese Ortskräfte eben brauchten, solange die Botschaft da ist, weil sie sonst nicht funktioniert, und wir nicht entgegen dem ausgedrückten oder antizipierten Willen anderer Ressorts jetzt sagen wollen: „Das AA fliegt seine Ortskräfte raus“, und die anderen fühlen sich dann auch gezwungen, und es gibt zwischen den Ortskräften vor Ort Gerede oder so. Deswegen „diskret“.

In der Phase war bei uns noch Planung: Wie evakuieren wir die Botschaft? Wie lange brauchen wir, um die Botschaft bis zu diesem Zeitpunkt am Leben zu erhalten, unsere Ortskräfte, und was machen wir dann mit denen? Das wollten wir erst mal diskret machen und noch nicht in einer Krisenstabssitzung. Punkt. Am 6. August.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dann hätte ich meine abschließende Frage doch noch mal. Wir wissen - und ich vermute, Sie auch -, dass zu diesem Zeitpunkt die von Deutschland an den Tag gelegte Diskretion von anderen Nationen nicht gewahrt wurde. Also, wir wissen, dass die Amerikaner, die Niederländer, alle anderen Nationen, sage ich jetzt mal, nicht nur mit der Evakuierung der eigenen Staatsangehörigen, sondern auch sehr umfangreich bereits mit der Evakuierung von Lokalbeschäftigten und ihren Angehörigen begonnen hatten.

Deswegen meine Frage: Nach Ihrer eigenen Schätzung oder der Ihnen mitgeteilten Einschätzung Ihrer Gesprächspartner über die Frage der Notwendigkeit und Richtigkeit der Evakuierung von allen Lokalbeschäftigten: Spielte in dieser Abwägung eine Rolle, dass andere Nationen dieses vermeintlich falsche Signal bereits in das Land gesendet hatten?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Herr Abgeordneter, ich kann mich nicht daran erinnern, dass am 6. August das wirklich schon in größerem Ausmaß von anderen Staaten gemacht wurde. Müsste ich - - also, würde mich wundern, kann ich mich aber nicht dran erinnern. Am 6. August, das ist ja - - Der Prozess nahm dann Geschwindigkeit auf; aber ob da am 6. schon andere ihre Ortskräfte alle evakuiert haben, kann ich mich nicht daran erinnern. Außerdem war tatsächlich die Frage, wann und welche Ortskräfte wir evakuieren, nicht Aufgabe des Krisenbeauftragten oder des Krisenreaktionszentrums, sondern das war - - Letztlich oblag das jedem einzelnen Ressort, was es mit seinen Ortskräften vor Ort machen will und wie lange es glaubt, diese Ortskräfte in Afghanistan noch belassen zu wollen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wenn Sie eine letzte Nachfrage erlauben? Dann bin ich auch ganz durch mit meiner Befragung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wir wissen definitiv: Am 6. August hatte Frankreich bereits seine Ortskräfte evakuiert, und die Amerikaner

hatten ihre Ortskräfte bereits auf die Evakuierung vorbereitet. Deswegen noch mal meine Frage: Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt Kenntnis von dem Verhalten anderer Nationen, und hat das Ihre Entscheidung beeinflusst?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich erinnere mich jetzt daran, dass Frankreich da kaum eine Rolle gespielt hat, weil die kaum welche hatten. Die hatten auch eigentlich kaum einen Footprint in Afghanistan. Die waren nicht einer der Player. Und wir selbst hatten meiner Erinnerung nach auch schon Ortskräfte - - Wir haben es vielleicht nicht „evakuiert“ genannt, aber das Ortskräfteverfahren lief ja schon lange und wurde auch beschleunigt mit - da weiß ich jetzt den genauen Fachbegriff nicht mehr - schnelleren Verfahren, als es davor die Jahre - - Ich habe ja selbst Ortskräfteverfahren in Masar-i-Scharif schon durchgeführt 2015/16.

Also, wir hatten auch schon immer Ortskräfte über das Ortskräfteverfahren - wir haben es nicht „evakuiert“ genannt - - aber außer Landes geholt, viele Ortskräfte; ich weiß die Zahl jetzt nicht. Aber insofern, glaube ich, waren wir da auch nicht anders unterwegs als die Amerikaner. Es mag sein, dass die Franzosen einfach ihren ohnehin begrenzten Footprint in Afghanistan - - Ich meine, mich auch zu erinnern, dass die den schneller beendet haben als wir, aber wir waren auch eine ganz andere Nummer.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechseln wir jetzt wieder zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Wir bleiben noch mal kurz in diesen letzten Tagen, sozusagen vor dem Fall von Kabul und der Krisenstabssitzung. Sie haben das vorhin ausgeführt, wie die Einschätzung des BND war zu der Frage: Wann ziehen die Amerikaner ab? - Wurde diese Einschätzung in der Runde noch mal diskutiert?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Im Krisenstab? Oder - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein, die wurde mit Freude zur Kenntnis genommen, weil sie uns mehr Zeit gab. Also, das ist einfach so: Wenn Sie in so einer Situation sitzen, und einer sagt - - Wenn Sie irgendwie im OP-Saal sitzen, und einer sagt: „Der hat noch drei Jahre zu leben“, dann freut man sich, das zu hören. Wir haben aber unser Handeln nicht anschließend an dieser Aussage des BND ausgerichtet. Wir haben es, also meiner Erinnerung nach, nicht diskutiert, sondern haben gesagt: Och, das ist ein Punkt, auf den - -

Dieses Jubiläum, September 11, auf das waren wir in unseren Erwägungen noch nicht gekommen, hatte ich auch noch nicht in der Zeitung gelesen. Fand ich einen originellen Gedanken, zu sagen: Am September 11, am Jubiläum des September 11 werden die Amerikaner nicht dulden, dass die Talibanfahne über ihrer Botschaft weht. Weiß ich noch genau, dass ich sagte: Och, da bin ich aber noch nicht drauf gekommen. - Ist plausibel, aber es war mir nicht - - also mir als Krisenbeauftragtem und auch allen anderen, die das zu entscheiden hatten, jetzt nicht Anlass, zu sagen: „Jetzt legen wir die Füße in den Schoß, fahren erst mal eine Woche in Urlaub und haben ja noch Zeit“, sondern wir haben trotzdem an dem festgehalten, was wir getan haben.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gleichzeitig ist es ja auch so, dass es in dieser Krisenstabssitzung unterschiedliche Auffassungen zu der Frage gab, ob man jetzt sofort die MilEvak auslöst oder nicht. Zumindest das erweckt ja doch den Eindruck, dass das sehr wohl eine Rolle gespielt hat, dieser Zeitpunkt vom BND.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich kann mich nicht an Streitgespräche darüber erinnern. Wir haben das erörtert gemeinsam und haben am Ende gemeinsam entschieden, dass wir jetzt ganz konkret in Vorbereitungsschritte eintreten, aber dass wir noch nicht eine Evakuierung jetzt durchführen. Und das zeigt nur noch mal wieder, dass dieses Lagebild eben nicht nur auf dem, was der BND sagt, beruht, sondern auf den verschiedensten Faktoren, also auch vor allem auf van Thiel, der ja natürlich weiter einen engeren Zeithorizont oder einen kürzeren Zeithorizont präsentierte, als

der BND das mit dieser Aussage „September 11“ tat. Wobei auch van Thiel meiner Erinnerung nach immer sagte: Wir haben noch bis, ich glaube, 31.08. Zeit oder auf jeden Fall länger als bis übermorgen. Auch van Thiel hat nicht gesagt, wir müssen - - in der Krisenstabssitzung nicht gesagt: Wir müssen morgen oder übermorgen raus.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** Was hat er denn in der Krisenstabssitzung gesagt?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das nicht. Er hat die Situation geschildert. Er hat - - Ich weiß noch, dass ich mich hinterher über mich selbst geärgert habe, dass ich nicht das getan habe, was ich hätte tun sollen, nämlich die Krisenstabssitzung, als es dann an die Botschaft Kabul übergeben wurde - - Traditionell beginnt ein erfahrenerer Krisenstabsbeauftragter, als ich es damals war, mit der Frage: Wie geht es euch? - Ich habe die Frage nicht gestellt, weil ich vorher ständig mit denen in Telefonkontakt war. Aber ich hätte das formalisiert noch mal tun sollen in dieser Sitzung. Habe ich nicht getan; nicht, weil ich nicht wusste, wie es denen geht, und nicht mit ihnen gesprochen hätte, sondern weil mir diese Routine fehlte, sie so zu eröffnen.

Ansonsten hat er sein Lagebild geschildert. Er hat es dramatisch geschildert. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, ob er dieser BND-Einschätzung explizit widersprochen hat; weiß ich schlicht nicht mehr. Aber es ist trotzdem so, dass er auch nicht gesagt hat: „Wir müssen da jetzt raus“, und wir gesagt haben: „Nee, wir zwingen dich, da noch zu bleiben.“ Das nicht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** Ich will noch mal einen Tag zurückspringen. Die Arbeitssitzung in Vorbereitung zu dieser Krisenstabssitzung, die im Auswärtigen Amt stattgefunden hat: Wurde da erörtert, ob der Bundesminister selbst die Krisenstabssitzung am Freitag leiten sollte?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich mich nicht dran erinnern. Also, es war klar, dass sie nicht ich leiten würde, sondern die Staatssekretärin. Ich weiß nicht mehr, ob Thema war, ob der Minister es selbst machen soll.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich noch mal einen neuen Komplex aufmachen, und zwar geht es mir um die ELEFAND-Listen. Wir sind jetzt schon ein paar Tage später. Das ist eine E-Mail, die Sie in cc bekommen haben von Herrn Jokisch - MAT A AA-8.216 VS-NfD, Blatt 88 -:

„Wir arbeiten derzeit die zahlreichen Rückmeldungen auf Elefant-Brief ab und erstellen bereinigte Liste.“

Ich lese jetzt nicht weiter vor. Können Sie einmal erläutern, warum erst ab dem 15.08. die ELEFAND-Liste bereinigt wurde?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, diese Listen waren auch während der Zeit, wo ich da war, schon immer ein großes Thema. Also, „bereinigt“, das Wort kann ich mir jetzt nicht erklären, ehrlich gesagt. Wir haben die ganze Zeit versucht, diese Liste, die ja nicht besonders lang war - - Das haben Sie sicher hier schon erörtert: Die waren irgendwie 100 Leute, knapp unter 100 Leute, glaube ich, noch am 13. Da war uns klar, dass die länger werden würde, und die wurde dann länger. Und ich kann mich jetzt nicht erinnern, was wir in dieser Mail mit dem Wort „bereinigt“ meinten; wahrscheinlich „aktualisiert“, aktualisierte Liste. Was war noch - sorry, Entschuldigung - Ihre Frage?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist beantwortet. - Können Sie erläutern, in den vier Wochen, in denen Sie Krisenstabsleiter waren, was Sie veranlasst haben zum Thema Landsleutbrief?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Das war eine Diskussion. Wir haben einen Landsleutbrief - meiner Erinnerung nach am 11. oder 12. - rausgeschickt, einen weiteren Landsleutbrief. Es war immer so eine Diskussion. Es gibt für Afghanistan eine Reisewarnung, die schärfste Reisewarnung, die auch nur möglich ist. Wir haben immer wieder diskutiert: Muss man, obwohl es eine Reisewarnung gibt und die Leute, die da sind, eigentlich wissen, dass sie da nicht sein sollen - wohlgemerkt: „sollen“, nicht „dürfen“, weil das ist kein Gesetz;

es ist nicht gesetzeswidrig, trotzdem dazubleiben - - Aber es gibt und gab schon länger die schärfste Reisewarnung, die man sich vorstellen kann. Ob und zu welchem Zeitpunkt wir die Leute mit einem Landsleutbrief noch mal verschärft - - auf die Verschärfung der Situation aufmerksam machen, worüber die sowieso alle, die in dem Land waren, im Zweifel besser informiert waren als wir selbst - - Das haben wir dann aber trotzdem getan, einen solchen Landsleutbrief verfasst. Das hat dann, weiß ich noch, ein bisschen gedauert, weil dann irgendwie, glaube ich, noch überlegt wurde - - War das der Asylbericht? Oder das musste irgendwie an demselben Tag passieren, wo dann auch der veränderte - das war eine politische Vorgabe -, wo der verschärfte Asylfragebericht - oder so ähnlich hieß das - rausgegeben wird.

Und ich meine, wir haben am 11. oder 12. dann einen Landsleutbrief, der eigentlich ein - - Ist das das richtige Bild? Nicht ein schwarzer Schwan - - also, der eine Verdopplung ist, rausgegeben und gesagt: Jetzt bitte das Land verlassen. - Ich weiß noch, dass ich damals immer so gesagt habe: Diese Leute jetzt aufzufordern, das Land zu verlassen, ist, als wenn es ein Warnschild gibt: „Warnung - Eis nicht betreten!“, und dann sehen Sie irgendwann: Da sind doch Leute auf dem Eis. Und dann sagen Sie: Jetzt verlassen Sie bitte das Eis. - Das war so eine Analogie, die ich damals gebracht habe, weil die Leute wissen eigentlich, dass es nicht sicher ist, in Afghanistan zu sein. Einige waren da trotzdem. Einige waren da in staatlichem Auftrag. Andere - das waren meistens Doppelstaatsbürger - waren da, weil sie halt in ihrem Eigentum und mit ihrer Familie dort leben wollten. Und wir haben dann diesen Landsleutbrief geschrieben, aber wir hielten diesen Landsleutbrief nicht für das vordringlichste Mittel, sondern das war die Reisewarnung, dass die Leute das Land zu verlassen haben.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche Auswirkungen hatte denn die Verschickung des Landsleutbriefs auf den Zulauf bei der ELEFAND-Liste?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Kann ich mich nicht genau erinnern. Ob danach, nach dem Landsleutbrief,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann massenhaft Leute kamen, kann ich Ihnen nicht sagen. Und vor allem wird man auch nie rausfinden, ob, wenn - - Also, ich weiß, dass dann die ELEFAND-Liste natürlich sich mehr und mehr gefüllt hat. Ob das jetzt kausal zusammenhängt mit dem Landsleutebrief oder damit, dass die Leute ohnehin, weil sie vor Ort waren oder weil sie die - nee, nicht oder - - und weil sie die Medien beobachteten und so wussten, dass die Lage sich verschärft? Ich glaube, dazu brauchen die nicht den Landsleutebrief. Also insofern, dass sich immer mehr dort eintragen - - Oder andersrum: Wenn wir keinen Landsleute- - Meine These: Wenn wir keinen Landsleutebrief rausgeschickt hätten, hätten sich trotzdem immer mehr Leute auf der ELEFAND-Liste eingetragen, weil die Lage sich einfach sichtbar verschärfte, für alle sichtbar.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade gesagt, die Lage hat sich verschärft, und trotzdem gab es im Rahmen der Aufforderung an die Staatsbürger/-innen gar keine Möglichkeit mehr, weiter zu eskalieren in der Sprache. Können Sie das noch mal kurz ausführen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Die Leute wussten, dass die Bundesregierung sie auffordert, nicht in Afghanistan zu sein und nicht - - also nicht nur, nicht nach Afghanistan zu fahren, sondern dort auch nicht zu sein. Das wussten die Leute. Dann kann man jetzt noch sagen - - also eigentlich schon ein Widerspruch in sich, Leuten, die wissen, dass sie dort nicht sein sollen, zu sagen: Jetzt geht bitte raus, weil - - Ja, es ist ein Wider- - Also, ist doppelt gemoppelt, um es so auszudrücken.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es ist, -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Hm? - Aber wir haben es trotzdem - -

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wenn ich das mal kurz sagen darf: Also, das Ordnungsamt macht dann ja nur doppelt gemoppelt.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Weil?

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle wissen, dass man nicht auf dem Radweg parken darf oder so, und trotzdem gibt es Leute - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Die bestrafen es dann ja. Das ist ja jetzt kein Gesetz. Wir haben ja nicht das Instrument, die Leute zu zwingen, rauszugehen, sondern wir haben nur die Möglichkeit, sie nochmals aufzufordern. Und das haben wir dann getan.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, eine Fürsorgepflicht für deutsche Staatsbürger/-innen im Ausland.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja, der wir Genüge - - oder der wir nachgekommen sind durch - - Es gab auch vorher Landsleutebriefe. Ich weiß jetzt nicht, wann der letzte war, aber es war ein bisschen her, und es gab dann irgendwann - - haben wir gesagt: Jetzt müssen wir noch mal einen Landsleutebrief machen, um die Letzten, die dort noch sind, dann aber vor allem auch die Doppelstaatsbürger zu alertieren.

Und ich glaube, dann letztlich war ja - - stand meiner Erinnerung nach in dem Landsleutebrief auch diese Warnung drin, und das ist dann in gewisser Weise neu: Deutschland wird dann irgendwann auch nicht mehr in der Lage sein, euch konsularisch zu betreuen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also, mit diesem Landsleutebrief haben wir im Zweifel nicht - - haben wir meiner Erinnerung nach nicht nur den Leuten gesagt, die Lage wird schärfer - das wussten die selbst -, sondern sie darauf aufmerksam gemacht: Noch gibt es Flugmöglichkeiten, fliegt möglichst jetzt aus, und irgendwann werden wir nicht mehr in der Lage sein, euch konsularisch zu betreuen.

Ich glaube nicht, dass wir das terminiert haben. Also, ich bin ziemlich - - Ich bin sicher, dass wir nicht geschrieben haben: „Ab 27. August sind wir nicht mehr in der Lage, euch zu betreuen“, weil zu dem Zeitpunkt ja nicht klar war, wie lange da noch eine Botschaft - - Wir hatten ja



## Nur zur dienstlichen Verwendung

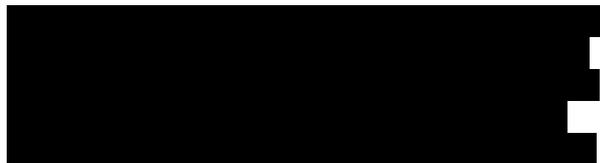
noch nicht mal die Botschaft geräumt. Also, wie lange wir noch in der Lage sein würden, eine restkonsularische Betreuung durchzuführen, wussten wir nicht. Aber wir haben sie mit diesem Landsleutbrief darauf aufmerksam gemacht, dass das bald wegzufallen droht.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde noch gerne auf eine Sache zum Anfang der Befragung zurückgehen - das wäre dann auch mein letzter Teil -, ohne dass ich jetzt das noch mal alles ausführe, was Sie gesagt haben, in der Hoffnung, dass wir es dann auch im Protokoll lesen können.

Sie haben ja vorhin erzählt, dass mit Antritt Ihres neuen Postens klar war, dass Sie in einigen Monaten vielleicht schon wieder ausfallen werden, und dass es dann aber eine Verständigung gab, trotzdem anzutreten und zum 23.08. zu übergeben. Sie haben nicht gesagt - und das würde ich Sie bitten, noch mal zu konkretisieren -, mit wem es diese Verständigung gab.

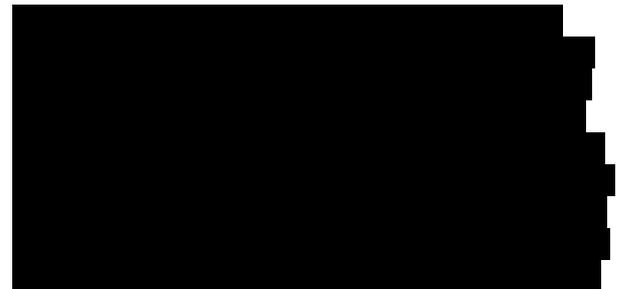
**Zeuge Dr. Ole Diehl:** D1 und Staatssekretär oder Staatssekretärin; erinnere ich mich nicht mehr. Also, D1 ist Abteilungsleiter „Personal“, die mich da eingesetzt hat, und dann aber auch abgestimmt mit dem Staatssekretär, wobei dieses mit dem 23.08. - - Also, das - -

Jetzt komme ich dann doch wieder in das, wo Sie, Herr Vorsitzender, vorhin freundlicherweise gesagt haben, das muss jetzt nicht in jedem Detail vielleicht ins Protokoll. Aber ich wusste, als ich den Job antrat, noch nicht, was jetzt die Therapie sein würde, und wir haben gesagt, ich trete erst mal an. Wir haben nicht bei meinem Dienstantritt schon gesagt: nur bis 23.08.



Und dann haben wir gesagt - - haben die gesagt: Wir haben Ersatz. Die Lage ist jetzt so, dass das nicht Jokisch als dein Vertreter weiter machen kann, sondern wir haben Ersatz. Da ist einer verfügbar, der auch Afghanistan-Erfahrung hat. -

Und dann habe ich mich mit denen darauf geeinigt, dass es vielleicht doof wäre: 



Und das Ganze hat sich dann in der Krise - - Also, er hat dann, glaube ich - - Am Montag, dem 16., ist er da, glaube ich, aufgetaucht bei uns. Dann haben wir das zwei, drei Tage para- - drei, genau - - Tage parallel gemacht. Aber es war sehr schnell klar, dass er das übernehmen konnte und wir dann - - In so einem Prozess muss es dann einer machen, und deswegen habe ich mich dann am 18. - ich weiß nicht mehr, um wie viel Uhr -, schon paar Tage früher, zurückgezogen, habe dann, glaube ich, noch drei Tage Urlaub genommen 



**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke Ihnen. Alles Gute!

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zur AfD.

**Stefan Keuter** (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Diehl, am Montag, dem 16. August 2021, erhielten Sie eine E-Mail von Detlef Wächter, dem Politischen Direktor im BMVg, den wir hier am 16. Mai 2024 als Zeugen befragt haben, zu dem Protokoll einer vorausgegangenen Krisenstabssitzung; Fundstelle MAT A AA-8.11 VS-NfD, Blatt 73. Diese Mail weist Differenzen zwischen dem BMVg und dem AA aus. Wörtlich heißt es - ich zitiere -:

„ ... wir können das Protokoll, wie mittlerweile verschickt, nicht akzeptieren, da nun wirklich gar-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nichts [sic!] davon darin wiederfindet, was ich gestern anliegend übermittelt habe. BMVg betrachtet es insoweit als gegenstandslos.“

Zitat Ende. - Wissen Sie noch, was die strittigen Punkte zwischen BMVg und AA waren?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ein guter - - Nein, ich habe das nicht zu bewerten.

Leider nicht, aber es gab diesen Streit. Ich weiß nicht mehr, es ging irgendwie um Mandatierungen und so, aber ich weiß es nicht mehr. Müsste ich mir angucken.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut, ich möchte es - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Tut mir leid, da kann ich mich nicht dran erinnern. War auch - -

(Der Zeuge blickt zu VLR  
Andreas Gloßner (AA))

Habe ich das - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wünschen eigentlich nur, dass die Zeugen das wiedergeben, woran sie sich erinnern können.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Okay, gut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben das hier nicht zu bewerten.

**Stefan Keuter (AfD):** Können Sie uns generell schildern, was in Ihrer Zeit als 04-L die wichtigsten strittigen Punkte, von denen Sie Kenntnis hatten, einerseits zwischen dem AA und dem BMVg und andererseits zwischen den Ressorts BMI und AA waren?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** BMI und AA, diese Geschichte mit Visa upon Arrival. AA und BMVg erinnere ich mich nicht wirklich an Streitpunkte, außer - - Aber dummerweise fällt es mir tatsächlich nicht ein, ob Sie es mir glauben oder nicht, was da der Streit mit meinem geschätzten Crewkollegen Detlef Wächter noch mal genau war. Aber ich erinnere mich, dass es so ein Hick-

hack gab, über irgendein Protokoll der Krisenstabssitzung mit der Ministerin, glaube ich, am Sonntag. Aber ich weiß es nicht mehr genau.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, Krisenstabssitzung 16.08.2021, das müsste Montag gewesen sein, -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Okay, dann Montag, ja.

**Stefan Keuter (AfD):** - wo die Bundesministerin an einer Sitzung teilgenommen hatte.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ich erinnere mich nicht, was da - - Ich erinnere mich, dass es einen Streit gab, aber ich erinnere mich leider nicht daran, was der Streit war.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut, dann brauchen wir da nicht weiter fragen.

Dann noch ein anderes Thema. Am Montag, dem 16. August 21, um 14.22 Uhr erhielten Sie eine E-Mail vom Referatsleiter AP 05, Andreas Krüger, der anscheinend von der Krisenbesprechung abgekoppelt war. Er sollte unter Zeitdruck - Zitat laut Fundstelle MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 347 - „auf Bitte von 011 der AG Außen der CDU etwas sagen“. - Zitat Ende.

Wissen Sie, ob auch andere Arbeitsgruppen anderer Parteien exklusiv zu den Ereignissen im August 21 in Afghanistan gebrieft wurden und, wenn ja, welche?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Weiß ich nicht. Erinnere ich mich nicht dran.

**Stefan Keuter (AfD):** Inwieweit konnten Sie dem Ansinnen des Kollegen nach zeitnaher Information entsprechen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Da ich mich gar nicht mehr an das - - an den Vorfall erinnere, kann ich das nicht beantworten. Tut mir leid.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut, dann brauchen wir dazu auch nicht fragen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann habe ich noch eine letzte Frage an Sie, eine generelle Frage. Sehen Sie mit Blick auf Forderungen für die Zukunft, das heißt Lessons learned, hinsichtlich der Zusammensetzung und Organisation des Krisenstabes im Auswärtigen Amt Optimierungsmöglichkeiten und, wenn ja, welche?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja. Ich glaube, insgesamt haben die Kollegen, hat das Team funktioniert in dieser wirklich Ausnahmesituation. Wir haben Ausnahme- - also einen - wie soll man sagen? - ausnahmhafte Zusammenhalt dort erlebt. Die Leute, die dort schon waren bei 040, haben gezeigt, was sie können. Sie haben mich als neuen Chef getragen damit auch, haben mich von Anfang an aufgenommen. Das hat super funktioniert. Es gibt sicher - -

Wir haben dann einen riesigen Freiwilligenpool gekriegt im Laufe der Tage, also über den Sonntag vor allem. Sonntag, Montag kamen dann immer mehr Leute aus dem AA. Ich hatte damals den Eindruck, das war alles ganz toll; wir waren alle ganz gerührt. Aber die hätten noch ein bisschen besser eingearbeitet und vorbereitet werden sollen auf so eine Mitarbeit. Es wurde dann teilweise etwas voll und - - ja, etwas voll bei uns im Krisenkeller, so will ich es mal ausdrücken.

Diesen Lessons-learned-Prozess, den habe ich dann nicht mehr mitgestalten können, weil ich dann weg war und auch wirklich ganz weg war und auch bis Mitte Dezember ausgefallen bin. Sonst hätte ich mich daran sehr gerne beteiligt. Aber ich bin sicher, dass es ihn gegeben haben wird und dass das eigentlich gut funktioniert habende Krisenreaktionszentrum daraus noch gelernt haben wird. Aus so einer Krise kann man nur lernen, weil das ist eine absolut ungewöhnliche, außergewöhnliche, ein- - Nee, „einmalige“ traue ich mich nicht zu sagen, weiß man nicht, aber eine außergewöhnliche Großkrise.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Zeuge, ich glaube, es ging eher um Ihre persönlichen Lessons learned. Die Frage ist hier häufiger schon gestellt worden, und so habe ich die Frage eben verstanden gehabt. Sie bezog sich gar nicht auf

den Lessons-learned-Prozess in dem Ministerium, sondern Ihre eigene - - Sie waren selbst gefragt, sozusagen nach Ihren Lessons learned. So habe ich die Frage verstanden. Das ist hier keine ungewöhnliche Frage; die wird häufiger gestellt, und Sie haben die ja beantwortet. - Ja.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Meine persönlichen Lessons learned? Also, fällt mir jetzt gar nicht so viel ein. Also, ich meine, ich habe sicher auch Fehler gemacht - ich erinnere mich jetzt nicht an alle diese Fehler -, aus denen ich gelernt haben werde. Ich war - -

Da erwischen Sie mich jetzt auf dem kalten Fuß. Was ist meine Lessons learned?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein. Ich habe mich falsch ausgedrückt. Es bezog sich auch nicht darauf, was Sie persönlich gelernt haben, sondern es bezog sich darauf - das haben Sie eigentlich eben beantwortet -, was die Lessons learned aus dieser Sache sind sozusagen. Und das haben Sie ja eben beantwortet. Aber es meinte nicht den formellen Prozess im Ministerium, sondern - -

**Stefan Keuter (AfD):** Es zielte darauf ab, ob Sie uns irgendetwas noch mit auf den Weg geben können, wo Sie Schwachstellen erkannt haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Genau.

**Stefan Keuter (AfD):** Erlauben Sie mir eine allerletzte, abschließende Frage. - Sehen Sie irgendwelche Verbesserungen in der Krisenfrüherkennung bei der Bundesregierung?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** In der Krisenfrüherkennung?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist, glaube ich, eine Frage, die außerhalb unseres Zeitraums liegt und auch nicht im Bewertungsmaßstab des Zeugen zu beantworten ist, und insofern kann ich die Frage zurückweisen.

**Stefan Keuter (AfD):** Dann bedanke ich mich ganz herzlich, dass Sie heute hier waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir noch mal zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Diehl, ich würde gerne noch mal nachfragen zu dem, was Sie vorher gesagt haben zu der ersten Krisenstabs-sitzung, wo es ja so war, dass der BND gesagt hat, dass jetzt die Amerikaner erst später evakuieren würden, Sie aber am Ende dann doch die Ent-scheidung getroffen haben, das weiter irgendwie vorzubereiten, gleichzeitig aber natürlich von vor Ort ja doch ziemlich klar die Message war, dass - - von van Thiel, dass die Taliban unmittel-bar dort sind, also dass praktisch die Krisenhaf-tigkeit sehr groß ist. Können Sie sich noch dran erinnern, wie diese unterschiedlichen Lagebilder, die da zusammengekommen sind, in dieser Sit-zung aufgelöst wurden?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Sie haben vorhin mich in Versuchung geführt, darüber nachzudenken, ob wir eigentlich methodologisch sauber arbeiten. Und ich habe darüber jetzt eben noch mal nach-gedacht und gesagt: In so einer Krisensituation können Sie nicht methodologisch sauber arbei-ten, sondern Sie haben verschiedene Lageein-schätzungen, die auf Sie einprasseln, und haben am Ende unter hohem Druck eine Entscheidung zu fällen.

Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, einmal die verschiedenen, sich teilweise wider-sprechenden Lageeinschätzungen, die wir nicht methodologisch gewichten können in so einer Situation, sondern über methodologisch sauberes Herangehen kann man an - das ist jetzt nur nicht hier das Thema - - und zur Krisenfrüherkennung, das kann man methodologisch sauberer machen als in so einer Krisensituation.

Ich weiß, dass wir alle natürlich ein festes - - nicht ein festes, aber ein - - dass wir schon in diese Krisenstabs-sitzung ja nicht alle blank, jung-fräulich reingegangen sind, ohne zu wissen, was da eigentlich alles passiert, sondern die ganzen Lageeinschätzungen lagen uns vorher schon vor, prasselten auf uns ein. Dann kam der BND mit dieser überraschenden Aussage; die war neu.

Dieses Datum September 11 hatten wir noch nicht gehört.

Aber wir haben auf der Grundlage dieser Lage-einschätzungen, die sich verdichteten und die eben sagten, die Taliban sind unterwegs Richtung Afghanis- - Richtung Kabul - - unklar war, wie die Amerikaner reagieren würden, wie lange das also noch - - Keiner hatte mehr geglaubt, dass das zu dem Zeitpunkt - - nie die Botschaft evakuiert werden muss. Das war eine Frage: Wie lange haben wir noch Zeit, und wie viel von den uns aufgetragenen und auch mit Überzeugung durch-gezogenen Vorbereitungen für eine Evakuierung von Ortskräften, Landsleuten und all the rest of it kriegen wir noch hin in der uns verbleibenden Zeit? Das war die Entscheidung, die wir zu tref-fen hatten.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich zitiere oder ich beziehe mich auf das Protokoll der 62. Sitzung, Seite 79, wo wir den Zeugen „Fisch“ hier hatten, von der Bundespolizei, der gesagt hat, sinngemäß, dass durch die - - dass eigentlich vorher sich so in dieser Krisenstabs-sitzung - - na, dass man eher so das wahrgenommen hat, was von vor Ort kam, aber dass dann durch die Aus-sage des BND - wie hat er gesagt? -

„ ... bis zu dem Zeitpunkt, wo es dann zu dieser Aussage“

- des BND -

„kam, und dann kippte das.“

Also, er meinte so die Stimmung in dieser Kri-senstabs-sitzung. Können Sie darauf mal reagie-ren? Haben Sie das auch so wahrgenommen, dass die Stimmung, wie Zeuge „Fisch“ gesagt hat, ge-kippt sei?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein, und das zeigt sich ja auch daran, dass wir schon vor der Krisenstabs-sitzung in der Vorbereitung derselben - - In der Vorbereitungsunterlage, die Jokisch oder ich - - also ich gebilligt habe; ich weiß nicht mehr, wer sie geschrieben hat -, stand ja auch schon drin: Beschluss des Einstiegs in die - der Vorberei-tung - Evakuierung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Es ist nicht so, dass wir ohne die Aussage des BND eine sofortige Evakuierung beschlossen hätten, und dann kam der BND, und dann haben wir gesagt: „Ach nö, dann haben wir doch noch vier Wochen Zeit, wir evakuieren jetzt nicht“, sondern es stand vorher schon im Raum, wenn die Ressorts das mittragen, und da war - - Die Unsicherheit war noch so ein bisschen das BMI, weil wir diese Signale von Dieter Rom- - oder von der Bundespolizei hatten. Aber da das BMI das dann auch mitgetragen hat - - Also, das BMI hätte das vielleicht kippen können; der BND hat mit seiner Aussage das nicht gekippt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay, gut. - Ich würde mich jetzt gerne noch mal dem Dokument zuwenden, über das wir vorher schon ein paar Mal gesprochen haben, diese Vorlage, die Sie erarbeitet hatten, die vom 11.08. Das ist MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 293 bis 298. In dem Dokument „Evakuierungsmöglichkeiten AFG“ wird ja häufig die Notwendigkeit von einem frühzeitigen Handeln betont. Sie haben ja vorher auch öfters von „Prudent Planning“ gesprochen. Was für ein Ziel haben Sie denn mit der Vorlage dieses Dokuments bei der Staatssekretärin Leendertse verfolgt? War das Dokument eine Unterrichtung, oder war das eine Entscheidungsvorlage?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Es war keine Entscheidungsvorlage - dann würde das zur Entscheidung stehen und nicht in der Form gemacht werden -, aber es war schon - das sieht man auch dem Duktus des Dokumentes an - ein Auft-

Ich fange andersrum an. Ich hatte damals ganz konkret Angst davor, dass irgendwann der Flughafen verloren geht; deswegen schreibe ich da ja auch, wir haben gepr- - weil ich auch mit meiner Irak-Erfahrung - - Da haben wir auch immer geprüft: Wie kommen wir hier eigentlich wieder raus, wenn der Flughafen mal dicht ist? Und das war mir wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass alles, was wir tun, davon abhängig ist, wie lange der Flughafen benutzbar ist. Das ist der eine Duktus, eine Sinn dieser Vorlage, darauf

aufmerksam zu machen, dass man das als zwingende Bedingung hat.

Das andere war - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Entschuldigung; wenn ich Sie unterbrechen darf: Welches Ziel haben Sie denn durch diese Unterrichtung mit Blick jetzt zum Beispiel auf den Flughafen dann - - Welchen Zweck haben Sie dadurch verfolgt?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Druck machen, Awareness schaffen, also - - Oder wie soll ich das ausdrücken? Zeigen, wie dringlich das ist, oder zeigen - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wieso haben Sie dann keine Entscheidungsvorlage vorgelegt?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Weil das gar nicht anstand. Auch ich wollte hiermit jetzt nicht erreichen, dass wir jetzt evakuieren, sondern ich wollte damit aufmerksam machen. Ich wollte zeigen, der Staatssekretärin zeigen, dass wir dabei sind, Evakuierungsmöglichkeiten für Afghanistan zu erörtern, dass wir dabei sind, mit anderen Ressorts sie zu besprechen, dass wir dabei sind, das zu planen, und wollte darauf aufmerksam machen, dass es geradezu - - Ich wollte dann noch mal mit der ganzen Auflistung, wen wir alles zu evakuieren hätten, deutlich machen, dass das eine ganze Menge werden würden, und ich wollte aufmerksam machen, dass die Fähigkeit, das überhaupt hinzukriegen, unheimlich abhängig ist von der Nutzbarkeit des Flughafens.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Haben Sie denn - -

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Einfach eindrucksvoller.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Entschuldigung. - Haben Sie denn der Staatssekretärin neben diesem Dokument „Evakuierungsmöglichkeiten AFG“ noch weitere Handlungsoptionen vorgelegt? Wenn ja, welche?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Keine anderen, aber ich stand in ständigem Dialog mit der Staatssekretärin. Aber ich habe jetzt nicht in dieser Vorlage irgendwelche anderen Handlungsmöglichkeiten vorenthalten.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Im Fazit des Textes heißt es:

„Eine Evakuierungsoperation wäre durchführbar, muss jedoch aufgrund der Zeitlinien (Entsendung KUT, Alarmierungszeiten, Flugzeiten, Verbringung von Material ...) frühzeitig entschieden und veranlasst werden.“

Die Situation spitzte sich ja bis zum 11. August, also Datum der Vorlage, auch stark zu. Weiterhin ist im Text die Rede von einer Ausreise von Familienangehörigen, im Vorfeld diese zu evakuieren, also bevor sich die Lage in Kabul zuspitzt. Was hat für Sie in dieser akuten Situation frühzeitiges Entscheiden und Handeln konkret bedeutet?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Lageabhängig. Aber dann zwei Tage später haben wir es ja gemacht. Also, ne, am 13. haben wir dann entschieden einzusteigen. Und wir haben als Krisenstab, ich habe als verantwortlicher Krisenbeauftragter darauf am 11.08. mit dieser Vorlage sicher dazu beigetragen. Aber das hätte die Staatssekretärin auch so gemerkt. Wir waren neben dieser Verschriftlichung eig- - Ich glaube nicht, dass die Staatssekretärin, als sie diese Vorlage gelesen hat, von irgendwas überrascht war, weil wir in ständigem Dialog standen und sie alles im Grunde schon wusste. Wir haben hier alles nur noch mal zusammengeschrieben, um es mal so auszudrücken.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also würden Sie sagen, dass der 13. August frühzeitig war? Weil Sie haben ja viel von „frühzeitig“ gesprochen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Ja, würde ich sagen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Können wir offener fragen, bitte?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wie bitte?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich würde für eine offene Fragestellung plädieren.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ah, okay. Gut.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Sie hatten noch gefragt nach den Familienangehörigen. Das war eine Geschichte, die ich eben auch schon erläutert hatte.

Wir hatten großes Interesse daran, dass unsere Ortskräfte, solange wir die Botschaft - - das entsandte Personal in der Botschaft lassen, dass dann auch die Ortskräfte in der Botschaft bleiben. Und wir wollten sicherstellen, den Ortskräften einen Anreiz geben, indem wir sagen, die Ortskräftefamilien sollten nach Möglichkeit, wenn es denn Visa für sie gibt und es möglich ist, eben schon vorher und nach Möglichkeit kommerziell ausreisen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Mit wie viel Zeit haben Sie denn beispielsweise für die Entsendung vom KUT oder für Alarmierungszeiten, Flugzeiten und Verbringung vom Material gerechnet, als Sie das verfasst haben, weil Sie ja immer von „frühzeitig“ schreiben? Da müssen Sie solche Zeiten ja wahrscheinlich mit einplanen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Tage; aber wie viele, weiß ich nicht mehr. Aber Tage. Uns war klar, als wir dies - - Ich meine, diese Vorlage war ja auch ein Prozess. Das ist das Endprodukt. Dieser ganze Prozess - - An den Punkten, die in der Vorlage drinstehen oder - - ja, Unterrichtungsvorlage drinstehen, wurde schon seit dem 27. Juli immer wieder in allen Gremien bei uns, aber auch darüber hinaus diskutiert.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ein weiterer Textabschnitt aus dem Fazit und der Bewertung, der uns in einer kommentierten und fertigen Version vorliegt, behandelt den Betrieb des Flughafens Kabul. Da haben wir ja schon öfters mal auch drüber geredet.

In dieser kommentierten Version von unbekannter Person - das ist MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 297 -, da heißt es - ich zitiere -:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Der Betrieb des zivilen und militärischen Teils des Flughafens in Kabul sollte nach jetzigem Stand bis“

- und jetzt ist es durchgestrichen -

„~~mindestens Ende des Jahres~~“

- und das ist dann ersetzt durch „Ende August“ -

„Ende August ... sichergestellt sein. Für die Sicherung des Flughafens nach diesem Datum gibt es bislang keine Einigung zwischen TUR, USA und AFG ...“

Und in der fertigen Version wurde dieser Kommentar vollkommen ignoriert und geschrieben - ich zitiere -:

„Der Betrieb des zivilen und militärischen Teils des Flughafens in Kabul sollte nach jetzigem Stand bis Ende des Jahres sichergestellt sein - natürlich vorbehaltlich der Sicherheitslage und fortgesetzter Bereitschaft der Türkei eine Rolle bei der Sicherung des Flughafens zu spielen.“

Das ist MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 297, also das Dokument, über das wir schon gesprochen haben.

Was veranlasste Sie dazu, diesen Kommentar nicht in die fertige Version aufzunehmen?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Also erstens. Das, was Sie mir jetzt vorgelesen haben freundlicherweise, erinnert mich daran, wie dieses „Ende des Jahres“ zustande kam. Das hatte zu tun mit der türkischen Bereitschaft, den Flughafen zu betreiben. Deswegen - - Vorhin war doch in irgendeinem - - Genau, bei Ihnen war das: Wie kommen Sie auf die Idee, der ist bis Ende des Jahres gesichert? - Das war eben auf der Grundlage, dass die Türken bis Ende des Jahres bereit gewesen waren. Ich weiß jetzt nicht mehr, wie sie es manifestiert haben.

Wieso ich diesen Kommentar rausgestrichen habe? Da müsste ich das Dokument noch mal kriegen, bitte; weiß ich nicht mehr. Ich weiß auch nicht mal, ob ich es rausgestrichen habe.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielleicht eine Zwischenfrage - vielleicht können Sie das auch dann gleich anschauen -: Wissen Sie, von wem dieser Kommentar stammen könnte?

(Dem Zeugen werden Dokumente auf einem Laptop gezeigt - Er liest in diesen Dokumenten)

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Aus dem Kopf nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind auch ein bisschen in der Schlusskurve, Frau Kollegin.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Alles klar.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Aber es ist ja umgekehrt. Da hatte ich dann - - In meinem ursprünglichen Entwurf hatte ich geschrieben: „... sollte bis mindestens Ende des Jahres sichergestellt sein“, basierend auf diesem Abkommen mit den Türken - ich nenne es mal „Abkommen“ - oder der Bereitschaft der Türken, ihn bis dahin zu betreiben. Und dann hat mir irgendjemand rein- - oder vielleicht auch ich selbst, weil die Vorlage war ja schon drei - - zwei Wochen unterwegs. Ich weiß nicht mehr, ob ich selbst die Änderung geschrieben habe: Es ist jetzt nicht mehr mindestens Ende des Jahres, sondern jetzt ist es:

„... Ende August (Beendigung der Resolute Support Mission) sichergestellt sein. Für die Sicherung des Flughafens nach diesem Datum gibt es bislang keine Einigung zwischen TUR, USA und AFG ...“

Also, kann ich sogar selbst gewesen sein, weil ich inzwischen - weiß ich aber nicht mehr -, aber weil ich inzwischen Kenntnisse habe, dass dieses „Ende des Jahres“, basierend auf der türkischen Bereitschaft, jetzt durch die Lage überholt war und wir nur noch davon ausgingen: bis Ende August.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine Frage hätten Sie noch, und dann - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das ist lieb. - Hätte man den Zeitpunkt verpasst, an welchem der Flughafen nicht mehr nutzbar ist, wäre eine Evakuierungsoperation nicht mehr möglich gewesen. - Ich zitiere:

„In diesem Fall bliebe alleine die Option auf dem eigenen Compound oder in der US-Botschaft eine Entschärfung der Lage abzuwarten.“

Gab es denn zu diesem Szenario eine Handlungsempfehlung?

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Nein, die Handlungsempfehlung war implizit. Weil das so absurd ist, da auf dem eigenen Compound, wenn die Taliban die Stadt einräumen, einnehmen, zu verwahren [sic!] und zu hoffen, dass alles gut gehen wird, war damit klar: Wir müssen uns am Flughafen orientieren. Wir müssen raus, solange der Flughafen offen ist.

Wir haben nicht erörtert, wie die irgendwie überwintern können. Wir haben nicht vorbereitet, da eine dicke Mauer zu bauen und zu hoffen, da kommen die Taliban schon nicht rüber; haben wir nicht weiter ausgeführt, sondern das ist mehr rhetorisch gemeint: Bleibt nur das Überwintern im talibanbeherrschten Kabul.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich danke Ihnen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir nach Lage der Dinge am Ende der Befragung angekommen.

Herr Zeuge, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Bereitschaft, uns zur Verfügung zu stehen. Die Vernehmung ist formell noch nicht abgeschlossen. Sie kriegen das Protokoll und haben dann 14 Tage Zeit, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen, bevor der Ausschuss dann endgültig das förmliche Ende Ihrer Befragung festlegt.

Ich darf Ihnen persönlich alles Gute wünschen und unterbreche die Sitzung jetzt bis um 16.15 Uhr.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Danke.

(Unterbrechung von 15.36 bis 16.16 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Christina Beinhoff

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort. Ich begrüße unsere zweite Zeugin, Frau Christina Beinhoff, die bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Beinhoff, Sie haben den Erhalt der Ladung am 22. Januar 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Frau Beinhoff, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jede Zeugin und jeden Zeugen vor.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das bedeutet, dass Sie richtige und vollständige Angaben machen müssen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten und laut und deutlich sprechen, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

(Im Sitzungssaal ertönt eine  
Lautsprecherdurchsage)

- Das gehört zur Belehrung nicht dazu, sondern ist zu unserer Information.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, habe ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Ich werde Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Im Anschluss daran werden Sie von den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Haben Sie Fragen zum Ablauf?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen, Ihrem Alter und Ihrem Beruf sowie einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Schönen guten Tag! Ich heiße Christina Beinhoff. Ich bin 57 Jahre alt, bin Beamtin im Auswärtigen Amt, und die Anschrift ist Werderscher Markt 1, 10117 Berlin.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herzlichen Dank, Frau Beinhoff. Sie können jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Vielen Dank, dass Sie mir dazu kurz die Gelegenheit geben. Vielleicht ein paar Worte zu mir selber: Ich bin seit 1999 im Auswärtigen Amt und bin über einen Posten in Südkorea und in Paris ins Auswärtige Amt gekommen, habe dort verschiedene Aufgaben gehabt, war auch mal im Bundesministerium der Verteidigung. Zuletzt im Auswärtigen Amt war ich Beauftragte für Infrastruktur, Haushalt und Sicherheit und bin dann von - das betrifft jetzt den Untersuchungszeitraum - August 2019 bis Januar 2022 als Gruppenleiterin der Gruppe 21 im Bundeskanzleramt tätig gewesen. Ich bin seitdem - im Jobsharing mit meinem Ehemann - Botschafterin in Stockholm.

Vielleicht ganz kurz zum Hintergrund: Die Abteilung 2, die außen- und sicherheitspolitische Abteilung des Bundeskanzleramts, verfügt über drei Gruppen. Ich fange mal an mit der Gruppe 23: Die spiegelt das BMVg - militärpolitische Fragen. Gruppe 22 spiegelt das BMZ, befasst sich daneben aber auch mit bilateralen Beziehungen zu Afrika, VN-Politik und Migrationsfragen. Und die Gruppe 21, also die Gruppe, die ich geleitet habe, ist für alle anderen Länder und die Beziehungen

dorthin zuständig, einschließlich der Sicherheitspolitik und Abrüstung. Das ist also eine ganze Menge. Afghanistan stellte in der Zeit, wo ich im Bundeskanzleramt war, natürlich ein wichtiges Dossier dar.

Ich möchte trotzdem bei der Gelegenheit erwähnen, dass in der Gruppe auch zahlreiche andere Themen liefen, die von großer Bedeutung waren für uns, denke ich. Ich will einmal die N4-Gespräche zu Minsk nennen, die liefen im Referat 212, aber auch Vorbereitung des Deutsch-Französischen Ministerrats, Vorbereitung NATO-Gipfel am 14.06.21, Libyen-Konferenz, Fragen der Sanktionierung von Belarus wegen hybrider Angriffe an der Grenze zu Litauen und dann zu Polen, Vorbereitung des Westbalkan-Gipfels, Fragen mit den USA zu Nord Stream 2. All das waren Themen, die die Gruppe 21 befassten, auch Fragen zwischen Griechenland und der Türkei und der Frage, wann wieder Gespräche zu dem Streit im Mittelmeerraum aufgenommen werden können. Selbstverständlich erstellt die Gruppe 21, da sie für die Länder zuständig ist, dann auch Vorlagen, reisevorbereitende Unterlagen. Da musste ich eben auch zusehen, dass die in der gewünschten Qualität abgeliefert werden. - Vielleicht belasse ich es dabei.

Vielleicht noch ein letzter Hinweis, weil es sein könnte - je nachdem, wozu Sie mich befragen möchten -, dass ich in dem Untersuchungszeitraum - jedenfalls im Jahr 2021 zweimal für eine längere Zeit - nicht im Dienst war: Das ist einmal vom 25. Juni bis einschließlich 8. August und dann ein zweites Mal vom 1. September bis zum 3. Oktober. - Vielen Dank erst mal.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich danke Ihnen und wollte Sie noch darauf aufmerksam machen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, die Fragestellerin oder der Fragesteller Ihnen das, wenn Sie das wünschen, vorlegt, und erspare mir jetzt die Hinweise an die Kolleginnen und Kollegen, wie wir fragen. Zur Not melde ich mich, wenn das erforderlich ist.

Wir beginnen mit der ersten Runde. - Es beginnt die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Yüksel, bitte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Beinhoff, ich finde schön, dass Sie da sind. Noch mal herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie unsere Fragen beantworten. Sie haben ja schon was zu Ihrem Aufgabenprofil gesagt. Ich würde gerne wissen, wie Sie in Ihrer Funktion im Austausch mit der Bundeskanzlerin standen. Können Sie uns dazu was sagen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, sehr gerne. Also, bis zu dem Zeitraum ab August, wo ich dann letztendlich in Charge war für ein paar Wochen, war der direkte Kontakt zur Bundeskanzlerin immer der Abteilungsleiter Herr Hecker, der an Gesprächen teilgenommen hat, an Telefonaten usw., sodass ich eigentlich erst ab dem Moment, wo ich dann sozusagen alleine oder mit vertreten habe, direkten Kontakt zur Bundeskanzlerin hatte.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Können Sie noch mal sagen, ab wann?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Genau. Also, ich muss jetzt selber auf den Zettel gucken, damit ich mir hier nicht widerspreche: Ich hatte ja gesagt, ich war vom 25.06. an im Urlaub - davor war immer Herr Hecker in Charge - und bin dann am 9. August wiedergekommen. Und ab dem Tag - also praktisch genau die Tage, bevor dann die Lage sich so dramatisch zuspitzte in Kabul - habe ich Herrn Hecker, den Abteilungsleiter, dann mit vertreten. Und das bedeutete automatisch, dass ich auch an Telefonaten, an Gesprächen und so etwas dann teilgenommen habe.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Also quasi, nachdem Sie am 09.08. wieder im Dienst waren, häufiger, dass Sie dann daran teilgenommen haben. So verstehe ich Sie.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, das ist richtig. Also, das war dann eben der 9. August bis Ende August. Da hatte ich dann sehr häufig mit der Frau Bundeskanzlerin zu tun.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Können Sie uns auch vielleicht kurz erzählen, welchen Anteil das Thema Afghanistan in Ihrer Arbeitszeit hatte?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Darf ich rückfragen: Meinen Sie jetzt über die ganze Zeit des Untersuchungsgegenstands, also seit Ende Februar 2020?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das fällt mir jetzt schwer, das zu quantifizieren. Es ist auf jeden Fall ein Thema gewesen, was regelmäßig in unseren Runden aufgerufen wurde, gerade weil es ja durch das Doha-Abkommen dann auch große Implikationen für uns hatte, und wir Interesse hatten, dass Conditions-based, also bedingungsabhängig, weiterverhandelt wird. Und deshalb erinnere ich mich, dass das doch häufiger da war. Wir haben aber natürlich auch Vorlagen gemacht. Das zu quantifizieren, vor dem Hintergrund der anderen Dinge, fällt mir schwer. Aber ich kann Ihnen zumindest sagen, dass es doch ein ständiger Begleiter natürlich in unserer Arbeit war.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Also war es so ein Thema wie die anderen Themen auch. Das fiel dann darunter. Es war jetzt kein Fokus auf dem Thema Afghanistan speziell, so verstehe ich Sie.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, das muss man sich so vorstellen: Das ist ja immer so ein bisschen phasenweise auch, also nämlich die Frage: Welche Informationen trägt man erst mal an seinen Abteilungsleiter heran, der dann sozusagen für sich noch mal gefiltert hat, was weitergeht, und wann schreiben wir Vorlagen? Die haben wir - - Entweder auf Weisung des Abteilungsleiters wurden die gefertigt oder auch aus eigener Initiative. Und ich habe jetzt die Akten nicht vor mir, aber ich bin mir sehr sicher, dass wir um die Zeit dieses Doha-Abkommens - davor und auch danach - natürlich Vorlagen gemacht haben, dann immer mal wieder auch Informationen oder auch Vorlagen gemacht haben zur Frage wie: Wie steht es um die Friedensverhandlungen? Wie werden die ausgetragen? Wie sieht die Sicherheitslage aus? Also, es war doch ein ständiger Begleiter. Also, ich würde sagen, das war präsent, auf jeden Fall.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Dann würde ich gerne noch mal wissen, ob es häufig



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vorkam, dass das zuständige Referat 213 Sie über die Lage in Afghanistan informierte. Und gab es in dieser Zeit Rückfragen aus der Leitungsebene zum Thema Afghanistan? Haben Sie dazu was erhalten?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das Referat - - Wir hatten in der Abteilung - jetzt muss ich gerade überlegen, das war ja, genau, zur Coronazeit, aber das hat nichts an unseren Formaten geändert; wir haben dann eher mehr digital gearbeitet - - Aber wir hatten sogenannte Abteilungsstunden unter der Leitung des Abteilungsleiters oder, wenn er nicht da war, einer der von ihm betrauten Gruppenleiterinnen oder meiner Wenigkeit. Und zu diesen Stunden gehörte praktisch immer dazu, dass zu wesentlichen Entwicklungen in den Ländern - - oder wesentliche Fragestellungen vorgetragen werden. Deshalb kann ich Ihnen das jetzt nicht quantifizieren, aber gehe sicher davon aus, dass das regelmäßig vorgebracht wurde.

Außerdem - da kann ich aus eigener Anschauung auch noch berichten -: Ich selber hatte so ein Format, das nannte sich ... (akustisch unverständlich) Call. Das hatte ich von meinem Vorgänger übernommen. Das war immer montags um 12, glaube ich, wo wir allerdings keine sozusagen voll geschützte Leitung hatten. Das war natürlich von Nachteil. Deshalb konnte man auch nicht alles ausbreiten. Aber das war zumindest ein Infoaustausch mit französischen Kollegen, britischen Kollegen, polnischen Kollegen, italienische waren dabei - vielleicht habe ich jetzt einen vergessen -, und da stand Afghanistan genauso wie Syrien auch regelmäßig auf der Tagesordnung.

Und vielleicht sollte ich das noch ergänzen: Da war es dann immer so, dass das Referat - Ihre Frage war nach Herrn Krebber, wie er informiert oder sein Team, die Kollegen, die dort gearbeitet haben - - Die haben dann immer diese Punkte für mich praktisch ganz aktuell vorbereitet, also ein aktuelles Lagebild mir dann mitgegeben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich würde gerne noch mal wissen: Abteilung 1, die auch für Ortskräfteverfahren zuständig gewesen ist: Standen Sie mit

denen regelmäßig im Kontakt, im Austausch mit Abteilung 1?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Erst mal: Der Untersuchungszeitraum fängt ja schon 2020 an; deshalb stand ich eigentlich erst mit der Abteilung 1 in engerem Kontakt, entweder wenn ich Herrn Hecker mal bei einem Jour fixe Afghanistan vertreten habe oder dann ab der Zeit ab August - davor nicht; kann ich mich nicht daran erinnern.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich würde gerne noch mal zu der Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt kommen: Wie haben Sie grundsätzlich die Zusammenarbeit des Bundeskanzleramts mit dem Auswärtigen Amt zum Thema Afghanistan wahrgenommen? Und können Sie auch sagen, wann sich das Bundeskanzleramt aktiv einmischte und die Bundeskanzlerin über die Aktivitäten des Auswärtigen Amtes informierte?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt jetzt aus meiner Sicht - aber ich glaube, das würde das Referat 213 ähnlich sehen - war sehr gut, sehr eng. Auf kurzen Zuruf hat man Informationen bekommen. Man hat sich zurückgerufen. Es war ein sehr kollegialer Umgang, sodass ich da überhaupt nichts zu kritisieren habe. Und wie ich schon sagte, also der Untersuchungszeitraum - - Wenn Sie jetzt konkret fragen würden: „Wann war es sozusagen in der Krisenzeit?“, da könnte ich Ihnen noch ganz präzise Auskunft geben. Jetzt auf den ganzen Untersuchungszeitraum bezogen, gehe ich davon aus - Herr Hecker hat regelmäßig auch mit den Abteilungsleitern im Auswärtigen Amt telefoniert -, dass es da einen Informationsaustausch gab. Ich jedenfalls auf meiner Ebene fühlte mich durch das Referat 213 immer sehr gut informiert; denn die Dinge waren ja sehr diffizil, zumal, als es dann zu dem Doha-Abkommen kam, ging es ja um Afghanistan. Aber es gab dann auch ein Zusammenspiel mit dem für Amerika zuständigen Referat 211, was auch in meiner Gruppe war; denn da ging es ja auch um die Frage der letztendlich Neuausrichtung der US-Außenpolitik. Und ich hatte das Gefühl, es war schwierig, aber uns ist es gelungen, das verständlich auf die wesentlichen Kerne zu reduzieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Gülistan Yüksel (SPD):** Können Sie uns auch noch mal sagen, wie regelmäßig Sie mit den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan, Herrn Potzel und Herrn Wieck, im Austausch standen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, Herr Wieck - ich weiß jetzt nicht mehr genau - kam dann erst - - Im Sommer, glaube ich, 21 hat er dann diesen Posten übernommen. Ich glaube, mit Herrn Wieck hatte ich gar nicht so viel Überschneidungszeit, ehrlich gesagt. Aber das habe ich jetzt auch nicht vorliegen. Es ist nur so ein Gefühl, dass eher Herr Potzel dann Ansprechpartner war. Also, ich kann es auch schlecht quantifizieren. Wenn ich das Gefühl hatte, ich brauche ganz schnell eine Info von seiner Ebene, dann habe ich die bekommen. Ja, und war das jetzt zweimal im Monat, war es nur einmal? Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Aber es war immer sehr unkompliziert. Erst mal: Den ständigen Kontakt hält das Referat 213 mit dem für Afghanistan zuständigen Referat AP 05. Und in der Regel hatten wir da alle Informationen, die wir brauchten. Es gab aber auch sicherlich Situationen, wo ich Anlass hatte - oder vielleicht hat mich Herr Hecker auch darum gebeten, das weiß ich jetzt nicht -, Herrn Potzel direkt anzurufen. Oder ich wollte schnell was wissen, und das Referat war vielleicht nicht erreichbar. Dann habe ich ihn angerufen. Das war immer völlig unkompliziert.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Also, die Infos hatten Sie immer bekommen. Das ist, glaube ich, das Wichtigste. - Ich würde gerne noch mal wissen, ob Ihnen Momente erinnerlich sind, in denen sich das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt nicht einig waren über die Strategie in Afghanistan. Ist Ihnen da etwas in Erinnerung, Momente? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein - ich überlege jetzt -, daran kann ich mich nicht erinnern. Wie ich eingangs schon erwähnte, auf der Staatssekretärs-ebene bzw. Ebene von Herrn Hecker gab es ja Afghanistan, es gab den Sicherheitspolitischen Jour fixe. Also, vor der akuten Krise gab es den Sicherheitspolitischen Jour fixe, wo Afghanistan auch, denke ich mir, regelmäßig auf der Agenda stand. Und dann gab es noch ein Format, auch

auf derselben Ebene, zu den, sage ich mal, Militäreinsätzen. Und das hieß dann, ich glaube, irgendwie Jour fixe Mali/Afghanistan oder Afghanistan/Mali; das weiß ich nicht mehr genau. Und in diesen Gremien wurden letztendlich die Infos abgeglichen. Und da hat man sich auch abgestimmt. Also, ich habe jetzt keine Erinnerung darüber, dass es da einen Dissens gegeben hätte. Also, wenn Sie jetzt nicht irgendwie eine Unterlage zeigen können - - Dann würde ich mir das mal anschauen, sonst ist meine Erinnerung, dass wir da keine Ablagen hatten.

Also, es war immer wichtig, aktuellen Stand zu haben, gerade in dieser Doha-Phase und danach. Da war ja dann auch die Frage, wie gesagt, Verhandlungsort. Und da hat das Auswärtige Amt - - oder: Deutschland hat ja auch eine besondere Rolle gehabt. Da war ein Abgleich notwendig: Wie schaffen wir es auch im NATO-Rahmen dann? Wie schaffen wir es, die Bedingungen, die wir uns wünschen, auch jetzt, nachdem das Abkommen geschlossen war und das eigentlich auch nicht Kern des Abkommens war, dann doch noch mit reinzubekommen mit den Taliban? Also, da spielten wir ganz eng zusammen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Das reicht dann schon. - Gut, dann kommen wir zu den Folgen des Doha-Abkommens. Und da würde ich gerne wissen: Noch bevor die USA und die Taliban am 29. Februar das Doha-Abkommen abgeschlossen haben, wurde die Bundeskanzlerin in einer von Ihnen mitgezeichneten Vorlage über die Vereinbarung informiert. Das ist zu finden auf MAT A BKAm 4.07 VS-NfD, Blatt 11 bis 12. Können Sie uns erläutern, wie Sie dieses Abkommen bewertet haben? Wenn Sie mögen, können wir Ihnen das auch gerne vorlegen.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Das wäre sehr nett, ja.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Also, ich erinnere mich jetzt nicht unmittelbar an diese Vorlage, aber das war ja dann sozusagen unmittelbar, bevor das abgeschlossen worden ist. Und das, was ich von dem Abkommen oder von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Prozess in Erinnerung habe, ist, dass es, glaube ich, auch geheime Anhänge gab. Es war nicht so einfach, überhaupt die Information zu bekommen, was Gegenstand dieses Abkommens ist. Und uns war ja wichtig, dass auch ein bestimmter, sage ich mal, Acquis gehalten wird, also dass es zu einer innerafghanischen Einigung kommt, dass es zu einer Machtteilung kommt, dass auch dafür gesorgt wird, dass die Dinge, die sich in der Verfassung dort geändert haben - die Verbesserungen für die Menschen -, erhalten bleiben und dass es eben einen inklusiven Verhandlungsprozess gibt. Und ich glaube, bis zu dem Moment, bis man alle Informationen hatte, war es nicht ganz klar, wie konditioniert das sein würde. Und ja, ich glaube, wenn ich das jetzt richtig überfliege, dann deutet das ja auch die Vorlage an. Also, ich glaube, wir hatten da wahrscheinlich auch noch nicht alle Informationen. Ich weiß, dass wir dann auch uns bemüht haben oder das Auswärtige Amt, diese Anlagen auch mal zu sehen. Denn es gab ja eigentlich zwei Schienen: Es gab einmal USA-Taliban, und dann gab es ja auch noch USA-Afghanistan. Da ging es auch um Gefangenenaustausch und so etwas. Also, es war nicht eine sozusagen Faktenlage, die uns hundertprozentig befriedigt hätte, aber wir hatten gedacht, es ist wichtig, dass die Frau Bundeskanzlerin darüber informiert wird.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich möchte gerne noch mal auf das Schreiben, was Ihnen vorliegt, eingehen. Am Ende der Vorlage ist nämlich Folgendes festgehalten:

„Wir haben Interesse, dass der Friedensprozess soweit möglich auf solidem Grund steht. Um dies zu beeinflussen, sollten wir unsere Unterstützung für den inner-AFG Dialog fortführen und uns dafür einsetzen, dass die weitere US-Truppenpräsenz eng mit der politischen Lage in AFG verknüpft bleibt.“

Die Bundeskanzlerin hatte den letzten Absatz - den Sie ja vorliegen haben -, also die Verknüpfung von US-Truppenpräsenz in politischer Lage, grün unterstrichen. Genau diese Verknüpfung fehlte aber dann im Doha-Abkommen, in dem als

fester Abzugstermin der 1. Mai 2021 festgehalten worden ist. Wir wissen bereits, dass sich das AA auf verschiedenen Ebenen für diese Konditionierung starkgemacht hat. Meine Frage wäre: Inwieweit hat sich auch das Bundeskanzleramt und in Person auch die Bundeskanzlerin gegenüber den USA dafür eingesetzt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, sagen wir so: Vom Ablauf her ist es jetzt so gewesen, dass die Vorlage auch zurückgekommen ist. Das heißt, das ging dann auch an den Abteilungsleiter - das steht ja auch vermerkt: AL 2 hat Kenntnis -, so dass sozusagen dann, so wie wir gearbeitet haben, praktisch der nächste Schritt gewesen wäre, dass wahrscheinlich Herr Hecker mit dem Auswärtigen Amt das noch mal aufnimmt. Also, ich spekuliere jetzt etwas, aber so sah das aus.

Ich meine, mich auch zu erinnern, dass - aber die Bundeskanzlerin hat so viele Gespräche gehabt - sie auch mit Präsident Trump gesprochen hat und auch genau diesen Punkt sehr deutlich gemacht hat. Ich erinnere mich auch aus Gesprächen mit dem Referat 211 bei mir damals - die für NATO zuständig waren -, dass das auch immer wieder ein Punkt war, den wir in der NATO sehr deutlich gemacht haben. Am Ende konnten wir uns da leider kein Gehör verschaffen - aber das sagte ich ja auch eingangs, dass das ein sehr wichtiger Punkt für uns war. Also, was es jetzt für ein konkretes Follow-up dazu gegeben hat: also bei uns auf jeden Fall mal ein Telefonat mit Trump. Und ansonsten, würde ich denken, so wie die Dinge liefen, wird Herr Hecker dann auch im nächsten Jour fixe - oder vielleicht hat er auch zum Telefonhörer gegriffen da beim Auswärtigen Amt - sozusagen mit dem Auswärtigen Amt das noch mal aufgenommen haben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja, in den Unterlagen haben wir gesehen, dass da diese Gespräche stattgefunden haben. Und Sie haben ja jetzt gerade gesagt, dass es auch stattgefunden hat, dieses Gespräch mit Trump. Ich würde vielleicht noch mal wissen: Ist Ihnen bekannt, in welchem Umfang das Thema zwischen der Arbeitsebene des Bundeskanzleramts und der US-Administration noch mal vertieft thematisiert wurde?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Christina Beinhoff:** Darf ich noch mal zurückfragen: Zwischen Kanzleramt und US-Administration?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dazu kann ich nichts sagen, außer so viel, dass ich persönlich in dieser Sache mit der US-Administration nicht gesprochen habe.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Damit sind wir am Ende der ersten Runde. - Das Fragerecht geht zur CDU/CSU. Herr Kollege Erndl.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Frau Beinhoff! Herzlichen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. - Ich habe noch kurz eine Nachfrage zu dem Fragenkomplex der Kollegin über die Positionen und die Struktur. Waren Sie als Gruppenleiterin 21 grundsätzlich die ständige Vertretung des Abteilungsleiters?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein. Also, das war bis zu meinem Eintreffen, wenn ich so sagen darf, so. Ich habe im August 2019 angefangen und kurz davor - ich kann jetzt nicht sagen, ein paar Wochen davor vielleicht - wurde in der Abteilung 2 eine dritte Gruppenleiterstelle eingerichtet. Die Gruppe nannte sich dann 22. Und in der Zeit davor, bis zur Einrichtung dieser Gruppe, war das so - so jedenfalls habe ich das gehört. Und mit meinem Eintreffen - so erinnere ich mich sehr gut an das Gespräch - wollte Herr Hecker das sozusagen aufheben und wollte seine Vertretung daran festmachen, um welche Schwerpunkte es geht; also, was weiß ich, irgendein Gespräch - er ist im Urlaub - zu Afrika, dass dann der Gruppenleiter 22 mitgeht und nicht ich und ich auch die Vorbereitung natürlich nicht mache.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay, gut, vielen Dank. - So, ich möchte eingehen auf den Themenkomplex Mehrministergespräche, die insbesondere dann ab dem 14. August 21 stattgefunden haben. Können Sie uns bitte kurz das Format dieser Gespräche erläutern? Haben die Kanzlerin

und der Vizekanzler vor allem auch regelmäßig an diesen Gesprächen teilgenommen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, der 14. August, das war ja dann der Samstag. Also, 13. die Krisenstabssitzung, 14. dann das Gespräch. Wer hat daran teilgenommen? Also, ich müsste mir jetzt vielleicht die Unterlagen noch mal angucken, aber die beteiligten Ressorts - - also, ich sage mal: BMZ, BMI, AA, in der Tat Vizekanzler; ich weiß jetzt nicht, ob Chef BK - - vermute ich, müsste ich - - weiß ich nicht mehr - - den Verteiler. Genau, und die Sitz-

Also, ich kann mich noch daran erinnern, weil am 13. war ja die erste Krisenstabssitzung, an der Herr Krebber teilgenommen hatte, der, genau, mich dann debriefte. Ich glaube, dass die Kanzlerin parallel dann auch kontaktiert wurde - so schien mir jedenfalls aus dem Gespräch im Nachhinein - von der Verteidigungsministerin. Und dann haben wir uns an dem 13. sozusagen drangemacht, eine Unterlage zu erstellen. Man muss ja immer Unterlagen erstellen; das kostet ja auch Zeit. Das haben wir am 13. gemacht für das Gespräch am 14., was, glaube ich, nicht von meiner Gruppe terminiert worden ist, wahrscheinlich von Chef BK, ja.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Haben diese Mehrministergespräche dann in dieser heißen Phase die übliche Staatssekretärsrunde ersetzt, damit da direkt Entscheidungen getroffen werden konnten?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, explizit nicht. Allerdings versuche ich mich gerade zu erinnern: Also, es sind ja unheimlich viele Abstimmungsrunden gewesen. Also, ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass in dieser sozusagen ganz heißen, dramatischen Phase es noch separate Staatssekretärsrunden gegeben hat. Also, ja, ersetzen: Also, das war dann ein Format sui generis, was sehr häufig stattgefunden hat. Wir haben ja fast täglich auch Schalten mit den Fraktionsvorsitzenden gehabt, dann, glaube ich, die Minister mit den Oberleuten gesprochen. Genau, dieses Format wurde relativ regelmäßig benutzt in den Tagen, um auch dem Parlament eben den aktuellen Stand auch zu geben und rückzukoppeln.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Darf ich noch mal nachfragen: Die Kanzlerin und auch der Vizekanzler nahmen regelmäßig an diesen Runden teil?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, da würde mir jetzt helfen, wenn ich die Unterlagen mir angucken könnte, weil wir haben ja dafür dann auch Vorbereitungen getroffen. Also, ob jetzt der Vizekanzler da immer dran teilgenommen hat, das weiß ich nicht. Einfach - - da müsste man wahrscheinlich Büro Chef BK fragen, wer da seine Teilnahme zugesagt hat; wurden ja auch teilweise Teilnehmer zugeschaltet. Das kann ich jetzt nicht mit Gewissheit sagen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Bereits im November 2020 gab es auch noch mal so eine Ministerrunde, speziell zum Thema Afghanistan. Können Sie sich noch erinnern, was da Schwerpunkt des Gesprächs war? Ging es da um die Truppenrückverlegung? Ging es um die Szenarien im Allgemeinen? Haben Sie da noch eine Erinnerung?

**Zeugin Christina Beinhoff:** An November 2020 habe ich leider keine Erinnerung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Dann gehen wir noch mal in die heiße Phase. Spätestens ab dem 15. August - Sie haben es gerade auch erwähnt - wurden die Fraktionen auch regelmäßig direkt zu Afghanistan informiert. Die Bundeskanzlerin hat die Vorbereitung dann auch durch ihre Gruppe bekommen. Können Sie sich erinnern, ob der Vizekanzler auch diese Vorbereitung aus dem Kanzleramt bekommen hat, oder wurde der durch sein Haus separat vorbereitet?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben, also, weil ich es nicht weiß. Also müsste ich mir die Akten angucken. Aber so, wie das funktioniert, würden wir jetzt nicht - - oder hätten nicht außerhalb des Kanzleramts Unterlagen rausgegeben. Also, wir haben sozusagen unserer Hierarchie zugearbeitet. Das ist mir jetzt nicht erinnerlich.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Wenn so ein Briefing der Fraktionen stattgefunden hat: Hat

das Kanzleramt hierfür sozusagen die Leitung übernommen, oder lag das bei den einzelnen Ressorts?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Jetzt in der heißen Phase die Gespräche?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Genau.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich würde sagen, das war unter der Leitung der Bundeskanzlerin natürlich, und dann haben die einzelnen Minister vorgetragen zur Lage oder zu den Dingen, die anstanden.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay, vielen Dank. - Ich möchte noch mal kurz dann eingehen auf die Mandatsberatung. Es kam ja dann die Frage auf, wie der rechtliche Rahmen der Evakuierungsoperation sich darstellt. Haben Sie da noch Erinnerung, wie diese Debatte verlief zwischen den einzelnen Häusern? Können Sie das kurz schildern?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich erinnere mich grob an das Gespräch am 14., weil ich da nämlich zugeschaltet war. Und da wurde letztendlich - das Problem, das Thema war völlig klar: § 5 Parlamentsbeteiligungsgesetz ist es, glaube ich - in einer sehr sachlichen Art gesagt: Kann man das RSM-Mandat nehmen: ja/nein? Was spricht dafür, was spricht dagegen? Und dann wurde ganz schnell entschieden - es ging wirklich relativ schnell, nachdem die Argumente genannt wurden -: Wir wollen auf der sicheren Seite sein. Das ist auch letztendlich ein Signal gegenüber den Soldaten, die da hohes Risiko eingehen werden. - Und dann wurden da auch Zeitlinien direkt besprochen, glaube ich, also ganz schnell. Das wird letztendlich geschrieben mit AA und BMVg. Und ich habe auch in Erinnerung, dass gesagt wurde: dann Bundeskabinettsbefassung eben an dem Mittwoch darauf. Das muss ja dann der 18. gewesen sein.

Ansonsten: Im Vorfeld - falls Sie das auch fragen wollten - war ich nicht beteiligt an Diskussionen zwischen den Häusern. Also, das hat mich erreicht im Zuge der Vorbereitung der Unterlagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das sind ja wichtige Fragen, die da zu klären sind.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Genau. - Eine Debatte gab es, soweit das aus den Unterlagen ersichtlich ist, auch um die Formulierung, welcher Personenkreis bei der Evakuierung berücksichtigt werden soll. Können Sie da noch mal Ihre Erinnerungen schildern, von welcher Seite welche Forderungen da eingebracht wurden?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, da muss ich jetzt fast spekulieren: Selbstverständlich deutsche Staatsangehörige, aber es war auch natürlich von Ortskräften die Rede. Aber wer da jetzt was eingebracht hat, das kann ich Ihnen nicht sagen. Auf jeden Fall habe ich das nicht als strittigen Punkt in Erinnerung. Das wurde sozusagen zusammengetragen in der Sitzung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Ich glaube, es ging auch um die Frage, dass auch Menschen mitevakuiert werden sollen, die jetzt nicht explizit Mitarbeiter und Ortskräfte deutscher Organisationen und Institutionen waren, sondern die eben auch sich für unsere Werte exponiert hatten.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, also, ich kann mich nicht erinnern, dass das da Gegenstand war. Aber jetzt, wo Sie das sagen: Das wurde etwas technisch - Sonstige oder so - - Das waren die Menschenrechtsverteidiger, einfache Leute, -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Genau.

**Zeugin Christina Beinhoff:** - die wirklich ihren Kopf dafür hingehalten haben, um die Werte da in Afghanistan zu verteidigen. Und in der Tat, die waren von vornherein mitgedacht. Aber da habe ich jetzt auch nicht in Erinnerung, dass darüber diskutiert wurde, sondern das war relativ konsensual, dass eben diese Gruppen dann mitevakuiert werden können, wenn die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Mhm. - Ich bleibe noch mal bei der Videokonferenz am 14. August. Da halten Sie im Protokoll die Aussage des Außenministers fest, dass die Botschaft noch

„bis Ende August auf dem jetzigen Compound durchhaltefähig sei“. Das findet sich auf MAT A BMVg-4.219 VS-NfD, Blatt 13. Das ist überraschend, weil sowohl Herr van Thiel als auch der Sicherheitsberater an dem Tag bereits die sofortige Evakuierung forderten. Können Sie sich erinnern, ob diese Diskrepanz da auch in dieser Videokonferenz besprochen wurde, oder war die Position von Herrn van Thiel als auch des Sicherheitsberaters da Ihnen bekannt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dürfte ich das Dokument, -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja, selbstverständlich.

**Zeugin Christina Beinhoff:** - das Sie gerade zitiert haben, kurz anschauen?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** 6.4. Das ist der vierte Spiegelstrich auf der ersten Seite.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, da ich davon ausgehe, dass ich gewissenhaft diesen Vermerk geschrieben habe, habe ich die Aussage so verstanden. Jetzt, wo ich das lese: Vielleicht nicht in dem Zusammenhang, aber ich glaube, im anderen Zusammenhang war es auch so, dass wir - - Also, das waren Gespräche, glaube ich, zwischen in der Tat Außenminister und Außenminister Blinken, und das habe ich auch so verstanden gehabt - das kam bei uns so an -, dass diese sogenannte Green Zone eben gehalten wird, ja. Diese Aussage hatte aber keinen langen Haltbarkeitswert; denn die Ereignisse haben sich dann eben ganz anders entwickelt, und ich glaube, das hängt damit zusammen. Das war wahrscheinlich dann der Info- - der Stand in dem Moment und hat sich dann aber sehr schnell verändert. Also, ich glaube - das habe ich in Erinnerung -, dass die USA gesagt haben: Bis Ende August halten wir die Green Zone.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und weil Sie vorher auch gesagt haben, es war eine enge Verbindung zwischen AP 05 und dann Ihrer zuständigen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gruppe: Die ganze Debatte um die konkrete Sicherheitslage vor Ort und was da auch von der Botschaft nach Deutschland kommuniziert worden ist, das hat das Kanzleramt oder hat Sie nicht erreicht.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, wir sprechen ja jetzt hier von dem 14. Und an dem 13. - das war ja der Freitag - gab es ja die erste Krisenstabssitzung. Da gab es nicht unmittelbar ein Protokoll. Ich glaube, ich hatte die Protokolle dann erst Ende August zum ersten Mal gesehen, aber es ist egal, weil Herr Krebber mich debrieft hat. Und deshalb: Ich gehe davon aus, dass er das vollständig gemacht hat. Also, wie gesagt, dann haben die Sachen sich ja beschleunigt. Also, er hatte mich debrieft. Gleichzeitig hat - - Nicht gleichzeitig, aber auf jeden Fall auch am 13. - habe ich irgendwo in Erinnerung - hat auch die Verteidigungsministerin die Bundeskanzlerin angerufen. Und dann - sagte ich ja auch eingangs - haben wir am 13. schon direkt die Unterlage für den 14. vorbereitet. Und am 13.: Jetzt war ich nicht in der Sitzung, aber da, glaube ich, stand im Raum, dass - - Der BND hatte ja auch gebrieft. Und ich glaube, am 15. war - vielleicht kann ich so viel sagen - für alle sehr überraschend, dass die Taliban da tatsächlich über Nacht letztendlich Kabul eingenommen haben.

Also, ich sehe jetzt hier keine Ablage. Also, Krisenstabssitzung, dann haben wir die Unterlagen vorbereitet, und dann, am 14., war dann eben Bezug genommen auf diese Schutzzusage der Amerikaner, die ja diese Green Zone sowieso bewachen. Also, ohne die hätten wir da gar nicht arbeiten können.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Es wurde auch da nicht weiter hinterfragt oder war in dieser Videokonferenz kein Debattenpunkt, dass es da eigene Meldungen zur Sicherheitslage gab, die möglicherweise dieser Aussage widersprachen.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein. Also, auf der anderen Seite war es ja so, dass am 13. - und das, glaube ich, war ja auch bekannt; ich weiß nicht, da müsste ich mir die Unterlage angucken, ob das eventuell sogar nicht schon in der Unterlage steht -, glaube ich, auch britische Kräfte schon

verlegt hatten nach Kabul, also, dass sich das sehr, sehr zuspitzte und man da erste Maßnahmen ergriff. Ich glaube, davon gingen alle aus. Sonst wäre es ja nicht zu dieser Telefonkonferenz gekommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Genau. Deswegen meine Nachfragen, weil natürlich andere Länder da schon weiter waren und diesen Bereich schon verlassen hatten. Okay. - Ich gucke mal auf die Zeit.

Dann würde ich noch mal auf das Thema Charterflüge eingehen. Die Bundeskanzlerin hat schon einige Wochen davor auch das Auswärtige Amt gebeten, Charterflüge zu prüfen. Waren Sie da in der Zeit davor - jetzt muss ich mal gucken: Zeitraum 25.06.; das müsste davor schon gewesen sein - eingebunden in diese Fragen, wie man Ortskräfte aus Afghanistan dann herausbekommt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich war auf jeden Fall in Vertretung für Herrn Hecker in so einem sicherheits- - Wie nannte sich das? Sondersitzung, Sicherheitspolitischer Jour fixe zu Afghanistan oder so. Da war ich mal in Vertretung für Herrn Hecker. Jetzt weiß ich nicht genau, von wann die Bitte ist. Ich habe jetzt nicht in Erinnerung, dass das in der Zeit, also in dieser Sitzung, wo ich daran teilgenommen habe, diskutiert wurde. Da habe ich eher in Erinnerung, dass es um die Fragen ging: IOM-Büro, Annahme von Visaanträgen, Charterflüge nicht.

Ich habe aber - sozusagen weil ich natürlich genau weiß, worauf Sie hinauswollen -, als ich dann wiederkam, also am 8. August, gesehen, dass in der Zeit meiner Abwesenheit das Thema auch in der Sommerpressekonferenz der Bundeskanzlerin - das war, glaube ich, im Juli - eine große Rolle gespielt hat. Aber jetzt sozusagen: Hat es bis zum 25.06. mich befasst? Ich habe daran keine Erinnerung mehr.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Aber dann ab dem 8. August, -

**Zeugin Christina Beinhoff:** Wie sich das dargestellt hat?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** - wie haben Sie das Thema dann behandelt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich habe auf jeden Fall in den Vorgängen gesehen, weil mir auch letztendlich so eine Übergabemappe gemacht wurde, dass es eine Vorlage gegeben hat. Ich habe gesehen, dass die Frage auch im Raum stand, zu prüfen, wer die Kosten übernimmt oder ob die Kosten übernommen werden können. Da habe ich gelesen - aber das ist jetzt wirklich nur Aktenstudium und nicht aus eigener Anschauung -, dass das Auswärtige Amt prüfen wollte, ob das aus Stabi-Afghanistan-Mitteln gezahlt werden kann. Wie das dann ausgegangen ist, weiß ich nicht.

Auf jeden Fall, als es dann zu dieser dramatischen Zuspitzung kam, bin ich mir ziemlich sicher, dass der Außenminister dann - vielleicht sogar in der ersten Krisensitzung, das weiß ich nicht mehr genau, aber in den Tagen herum - letztendlich gesagt hat: Es gibt Charterflüge. - Also, ich habe in Erinnerung; Das ist dann dazu gekommen. Ich glaube, die konnten dann nicht mehr fliegen, weil der zivile Flughafen zu war. Aber sozusagen in der Zeit meiner Abwesenheit hat sich das Thema weiterentwickelt; aber da war ich nicht daran beteiligt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt das Fragerecht zu den Grünen. Frau Kollegin Schäfer.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank, Frau Beinhoff, dass Sie heute bei uns sind. - Ich habe noch mal eine Frage zu dem ganzen Komplex „afghanische Friedensverhandlung, Rolle Deutschlands“. In den Akten haben wir nämlich eine Vorlage des Referats 213 an die Kanzlerin vom 15. Juni 2020; MAT A BKAm-4.07 VS-NfD, Blatt 43 bis 44. Wir bringen Ihnen das einmal vorbei. Da geht es um die Frage nach der deutschen Rolle bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen. Sie haben auch als Gruppenleiterin 21 diese Vorlage abgezeichnet, bis hoch zur Bundeskanzlerin auch gegeben.

In der Vorlage heißt es eben, dass der afghanische Präsident Ghani, der Vorsitzende des Friedensrats Abdullah und der Ex-Präsident Karzai gegenüber dem US-Sondergesandten geschlossen für eine aktive Rolle Deutschlands bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen plädiert haben. Die Kanzlerin hat dann nach unseren Unterlagen am 17. Juni 2020 abgezeichnet und notiert: „aktive Rolle ist OK“. Und Sie haben dann später auf dieses Dokument geschrieben: „Habe AP-B-2, Hr. Potzel, informiert“. Vielleicht können Sie sich den Vorgang noch mal in Erinnerung rufen und einmal überlegen, worüber Sie genau den Herrn Potzel informiert haben; falls Ihnen das noch einfällt.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, an das Gespräch kann ich mich nicht erinnern. Aber ich sagte ja auch eingangs, dass wir da einen ganz unkomplizierten Draht hatten. Und wenn ich mir jetzt die Vorlage angucke, dann steht da „aktive Rolle“ bei den Verhandlungen und als Verhandlungsort mit: „aktive Rolle ist OK“ - - dass ich ihn genau darüber informiert haben werde, dass ich gesagt habe: Bundeskanzlerin - - Also in der Vorlage, in der Bewertung - gehe ich mal davon aus - wird auch abgewogen, wird dann ja erklärt: Was sind die Vorteile, wenn wir uns da ein bisschen mehr exponieren? Was sind die Nachteile? Und das Referat 213 bzw. wir haben ja dann über die Bundeskanzlerin dafür plädiert, dass es natürlich aller Mühe wert ist, da eine aktive Rolle einzunehmen. Und ich gehe davon aus - ich kann mich nicht an das Gespräch erinnern -, dass ich das genau bei Herrn Potzel so hinterlassen habe.

Und ich weiß auch aus Gesprächen, die dann später stattgefunden haben, dass das immer wieder Gegenstand auch war, nämlich die Frage: Wie stehen denn da unsere Chancen? Er hat dann auch mal zurückberichtet, dass er, glaube ich, immer positive Zeichen bekommen hat aus Afghanistan, aber dass die USA da offensichtlich auf der Bremse gestanden haben. Also solche Gespräche erinnere ich noch, aber das war dann nach der Vorlage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das heißt, Sie können sich jetzt auch nicht daran erinnern, was er dann zu dieser Information von Ihnen gesagt hat.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nee, daran kann ich mich nicht erinnern, wie er darauf reagiert hat. Aber da ich mich - jetzt kann ich es nicht mit Datum belegen - doch an Gespräche erinnere, weil das immer wieder hochkam - also, was ist denn mit der aktiveren Rolle, die Deutschland da einnimmt? ich bin mir nicht sicher; müsste mal in die Unterlage für Trump gucken, vielleicht stand das da auch schon drin -: Also, das war auch ein Vorhaben, was wir uns ja zu eigen gemacht haben. Und ich weiß aus Gesprächen mit Herrn Potzel noch, aus Vermerken, die ich gelesen habe, dass das etwas ist, was das Auswärtige Amt da nach bestem Wissen und Gewissen auch versucht hat.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Bewertung innerhalb der Vorlage wird ja empfohlen - also, das ist dann auf dem Blatt 44 -, es dem AA offenzulassen, für welche Rolle es sich dann am Ende entscheidet. Haben Sie sich, falls Sie sich daran erinnern, auch noch darüber mit Herrn Potzel ausgetauscht, und können Sie sich erinnern, wie seine Haltung dazu war?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, also daran kann ich mich nicht erinnern. Ich habe so vage in Erinnerung, dass es so aussah, als würde es auf eine - - Also, es war erst, glaube ich, Norwegen im Gespräch, dann haben wir uns aber wieder ins Gespräch gebracht, haben dann gesagt, dass die Norweger uns ja unterstützen können. Ich glaube, wir hatten den Eindruck - - oder Herr Potzel stand unter dem Eindruck, dass die anderen eher wollen, dass wir so eine Art Sekretariatsfunktion übernehmen. Also, ich kann mich an solche Gespräche erinnern; aber kann Ihnen das jetzt nicht mehr genau belegen, wann das war, zu welcher Gelegenheit.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Und war Ihnen damals bekannt, dass das Auswärtige Amt sich in einer Minister-vorlage vom Referat AP 05 vier Wochen vorher,

also am 18. Mai 2020, zumindest mal ausdrücklich dagegen ausgesprochen hatte, innerafghanische Verhandlungen exklusiv in Deutschland auszurichten, obwohl das von der afghanischen Seite ja immer wieder an das AA auch herangetragen wurde?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Diese Vorlage kenne ich nicht, glaube ich.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dürfte ich sie sehen?

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das können wir auch - -

**Zeugin Christina Beinhoff:** Sonst schaue ich, ob das an mich ging.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das ist MAT AA-8.514 VS-NfD, Blatt 29, 32. Dann können Sie ja vielleicht noch mal kurz gucken, ob Sie sich dran erinnern können.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, das sagt mir nichts, das Dokument.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber den Inhalt kannten Sie? Also, wie das Auswärtige Amt sich vorher positioniert hatte, war Ihnen das zumindest bekannt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, war mir nicht bekannt.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich vermute das, weil, ich meine, in so einer Vorlage hätten wir das, wenn wir es gewusst hätten, wahrscheinlich auch deutlich aufgeschrieben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und können Sie sich noch daran erinnern, welche realen Handlungsmöglichkeiten Sie für eine deutsche Unterstützung der Friedensverhandlungen sahen, jetzt im Kanzleramt, und, ja, welche Erwartungen Sie da hatten?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, es ist ja so, dass wir da über ein sehr gutes Renommee verfügten und immer noch verfügen, vermute ich mal, und wir natürlich auch hinter den USA die zweitgrößten Geber waren und deshalb natürlich ein großes Interesse hatten, dass wir da weiter mit-sprechen können. Auf der anderen Seite war das natürlich nicht einfach, weil wir auch nicht letztendlich konsultiert wurden in den Vorbereitungsarbeiten zu Doha und danach. Und deshalb war das eine ganz schwierige Frage, wie man sozusagen da den Fuß in die Tür bekommt.

Und ich glaube, ich meine, in der Vorlage sagen wir ja, wir wollen das dem Auswärtigen Amt überlassen, weil letztendlich das Auswärtige Amt ja über Herrn Potzel und die anderen Kollegen näher an diesen Verhandlungen da waren\*. Wir hatten ja auch die Verhandlungsteams, das Auswärtige Amt unterstützt mit Berghof. Die waren ständig da, also anders als jetzt das Kanzleramt. Und das ist, glaube ich, aus damaliger Sicht sehr vernünftig gewesen, das dem Auswärtigen Amt, die einfach viel näher dran sind, mehr Detailkenntnisse haben, zu überlassen. Aber unser Anliegen war eben, dass wir unsere Anliegen dort auch vorbringen können.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke schön. - In den Akten haben wir noch eine weitere, von Ihnen auch abgezeichnete Vorlage vom Referat 213 an die Kanzlerin vom 24. März 2021, also nachdem Präsident Biden dann schon im Amt war. Und die Vorlage hat den Betreff „Afghanistan: Jüngste Entwicklungen und Perspektiven“, und die informiert über eine Initiative der amerikanischen Regierung, also des Außenministers Blinken, die Vereinbarung zwischen Taliban und Republik über eine Übergangsregierung vorzunehmen und auch über den Weg dorthin. Also, das ist MAT A BKAm-4.07 VS-NfD, Blatt 67 bis 69. Und da hat die Kanzlerin

grün angemerkt: „Ich finde, dass D hier mitwirken müsste“. Und da hätte ich einmal die Frage, ob Ihnen bekannt war, worauf sich diese Mitwirkung, die die Kanzlerin da angesprochen hat, beziehen sollte. Also mit was oder wie sollte Deutschland mitwirken, aktiv werden?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Daran habe ich keine Erinnerung.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Tut mir leid.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in der Vorlage wird ja auch auf die Signale der USA - - also hinsichtlich von einem Truppenabzug oder eines Verbleibs berichtet und auch schon angedeutet, dass die USA sich da eben eher zurückziehen könnten. Wissen Sie noch, wie Sie damals auf die noch ausstehende US-Entscheidung nach dem Review geblickt haben? Also gingen Sie da von einem Rückzug schon aus?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das, was ich jetzt - - Leider habe ich wirklich keine Erinnerung mehr an diese Vorlage, aber was ich schon noch erinnere, ist: Wir hatten ja seit Januar - - Ab Januar 2021 war ja Präsident Biden im Amt, und wir und sicherlich auch andere Partner hatten gehofft - und so hat die US-Regierung das auch kommuniziert -, dass dieses Doha-Übereinkommen noch mal einen Review - - also dass man das sozusagen noch mal anschaut. Und da haben wir in Gesprächen, gehe ich davon aus, die die Kanzlerin auch geführt hat oder die auch Herr Hecker mit dem amerikanischen NSA dann geführt hat, diese Anliegen eingebracht.

Und die Hoffnung war ja, dass dieses Abkommen dann doch noch mal abgeändert wird, damit man nicht alle Einwirkungsmöglichkeiten aus der Hand gibt; denn das deutete sich ja schon seit Ende Februar an, dass in dem Moment, wo ein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

klares Datum kommuniziert wird, es einfach genügt, dass man eben hinwartet aufseiten der Taliban und sich nicht um diese Friedenslösung bemüht. Und da hingen ja auch unsere, sage ich mal, Erfolge, die wir dann doch in einigen Bereichen erzielt haben mit unserer Hilfe und jahrelangen Unterstützung - - die hingen ja auch daran. Also das kann ich Ihnen dazu sagen: dieser Review-Prozess, die Hoffnung, dass Biden das noch mal anders einschätzen würde, auch noch mal dann anders nachverhandeln würde in gewisser Weise. Und dann, glaube ich, eben ab Mitte April hat er dann ja klar gesagt, dass er ein Abzugsdatum auch verfolgen möchte.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch dran erinnern, wie Sie die Kosten für Biden damals eingeschätzt haben? Weil das steht ja auch schon so ein bisschen in der Vorlage drin, dass er einen verengten Handlungsspielraum durchaus hat, innenpolitisch.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich glaube, dass - - Also, die Biden-Regierung hat natürlich klargemacht, dass sie dieses Abkommen geerbt hat. Das Abkommen war nun mal beschlossen. Auf der anderen Seite: Ich glaube, Biden selber - jedenfalls erinnere ich das aus späteren Gesprächen - war ja schon zu Obama-Zeiten als Vizepräsident sehr skeptisch gegenüber diesem Einsatz; das wussten wir natürlich. Und auch die amerikanische Öffentlichkeit war sehr skeptisch. Also, von daher, wenn Sie mich jetzt fragen zu den innenpolitischen Spielräumen, werden die eher gering gewesen sein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht -

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, den nächsten Fragekomplex schaffe ich eh nicht mehr. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - wechselt zur AfD.

**Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Botschafterin! Auch ich freue mich, dass Sie uns zur Verfügung stehen und schwierige Fragen hoffentlich gut beantworten.

Frau Beinhoff, im vergangenen März hatten wir den früheren Sonderbeauftragten für Afghanistan, Herrn Dr. Wieck, hier zu Gast. Er berichtete uns von seinen Ende Juli 2021 in Kabul geführten Gesprächen, in denen ihm hochrangige Vertreter der Republik Afghanistan gelassen vermittelten, sie würden Kabul und die Republik auf jeden Fall verteidigen. Das Zitat von Herrn Wieck lautete: „Also das habe ich mal so für bare Münze gehalten [sic!], ...“ Das ist Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 21.03.2024, Seite 129; Zitat Ende.

Doch nicht nur diesem Sonderbeauftragten, auch Bundeskanzlerin Merz [sic!] wurde von afghanischer Seite vermittelt, dass die Republik Afghanistan ihre Hauptstadt nicht kampflos an die Taliban übergeben würde. So geht aus MAT A BND-3.209 VS-NfD, Blatt 148, hervor, dass Präsident Ghani höchstselbst der Kanzlerin versprochen hat, die ANDSF, also die afghanischen Streitkräfte, würden Kabul verteidigen und halten. Können Sie uns sagen, wann Präsident Ghani der Kanzlerin dieses Versprechen gab und für wie belastbar man diese Aussage im Kanzleramt gehalten hat und wie belastbar sie auch von Dr. Merkel selbst eingeschätzt wurde?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dürfte ich das Dokument, auf das Sie sich bezogen haben, mal sehen?

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, gerne. Natürlich.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, diese Mail ging nicht an mich, und Sie haben sich ja auch auf Aussagen von dem Kollegen Wieck bezogen. Dürfte ich die noch mal sehen? Weil die sind jetzt hier nicht dabei.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ja, gerne.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, mir sagt das nichts. Wann hat Herr Wieck diese Gespräche geführt? Was sagten Sie?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ende Juli 2021.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, vermute ich, dass ich da nicht im Dienst war. Also mir sagt dieser Vorgang nichts. „Gespräche Wieck“ und - - sagt mir nichts.

**Joachim Wundrak (AfD):** Da kann man nichts machen. - Frau Beinhoff, über die Fokussierung auf und die Bedeutung von medialen Bildern für den Politikstil Angela Merkels ist viel und breit geschrieben und auch geredet worden. Dies ist auch in diesem Untersuchungsausschuss deutlich geworden. So hat uns hier der letzte Befehlshaber des deutschen Einsatzkontingents der Resolute Support Mission, ohne von uns danach gefragt zu werden, von einer Begegnung mit der Bundeskanzlerin berichtet. Wörtlich sagte uns damals General Meyer - Zitat aus dem Protokoll der UA-Sitzung vom 09.02.2024 [sic!], Seite 62; ich zitiere -:

„Das war ein Auftrag, den die Kanzlerin mir persönlich im Januar“

- 2021 -

„oder Dezember“

- 2020 -

„gegeben hatte: Ich möchte kein Bild haben wie in Saigon.“

Zitat Ende. - Frau Beinhoff, können Sie uns sagen, von wem damals die Initiative für das persönliche Gespräch zwischen Frau Merkel und General Meyer ausging und ob sie ihren Auftrag, Saigon-Bilder zu verhindern, auch noch anderen Bundeswehrangehörigen - von der Ministerebene bis in die Generalität - übermittelte?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ich habe von dem General Meyer noch nicht gehört. Mir sagt das nichts.

**Joachim Wundrak (AfD):** Und dann können Sie uns auch nicht sagen, ob es noch weitere persönliche Gespräche zwischen der Kanzlerin und deutschen Befehlshabern - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir fragen bitte anders.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja. - Können Sie uns sagen, ob es noch weitere persönliche Gespräche zwischen Kanzlerin und deutschen Befehlshabern des Einsatzkontingents gegeben hat, oder ist dieses Gespräch mit General Meyer ein Einzelfall gewesen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ich weiß nichts von dem Gespräch mit General Meyer. Vielleicht noch mal der Hinweis: Es gab die Gruppe 23, die zuständig war für das BMVg. Ich weiß nicht, ob der Vorgang dort bekannt ist. Mir sagen diese Gespräche gar nichts.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann wechsle ich das Thema. - Bekanntlich hat die Bundeskanzlerin die Aufweichung der Sicherheitsstandards des Ortskräfteverfahrens und auch die voluminöse Erweiterung des Berechtigtenkreises im Jahr 2021 zur Chefsache gemacht. Dabei lag den Ressorts längst kritisches Wissen vor, die dieses Vorgehen der Regierungschefin in ein schwieriges Licht rücken. So stellte das BMI in einem Sachstandspapier vom 14. Juni 2021 laut MAT A BKAm-3.23 VS-NfD, Blatt 83, dar, dass in den Bundesministerien bis dato überhaupt keine Hinweise dafür vorlägen, dass Ortskräfte, deren Aufnahme nach Deutschland bisher abgelehnt worden war, durch die Taliban verfolgt oder angegriffen würden. Der MAD hat laut MAT A BMVg-4.753 VS-NfD, Blatt 37, bereits im April 2021 festgestellt, dass Ortskräfte von Deutschland trotz jahrelanger Coronafreistellung weiterbezahlt wurden und ihre Freistellungszeit in Taliban-gebieten verlebten, ohne von den Taliban drangsalieren zu werden. Meine Frage: Haben Sie Kenntnisse, ob Frau Merkel dieses in den Ressorts vorhandene Wissen über die Nichtbelangung und Nichtbedrohung von in Taliban-gebieten lebenden Ortskräften gekannt hat?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, Herr Abgeordneter. Die Bundesregierung braucht sich gar nicht melden. Sie kann sich melden; aber ich hätte ohnehin interveniert.

Ich habe vorhin, als Ihr Kollege hier war, darauf hingewiesen, dass, wenn Fragen gestellt werden, der Wertungsteil davon abgetrennt formuliert werden muss. Fragen, die sozusagen mit Wertungen durchsetzt sind, die Ihre Fraktion hat, sind nicht zulässig. Das heißt: Entweder fragen Sie, zitieren dann Ihre Bewertung, oder Sie müssen jeweils eine Form wählen, die die Zeugin nicht zwingt, auf der Basis von Wertungen, die kein Mensch teilen muss und die schon gleich gar nicht irgendwelche Wertungen sind, die hier der Ausschuss getroffen hat, zu antworten. Das kann man so nicht.

Also, meine Bitte ist: Zitate wörtlicher Art unter Hinweis auf die Akten, Fragen in offener Form. Und wenn Sie dann noch Bewertungen abgeben, weil Sie noch Redezeit haben, mögen Sie das tun; aber nicht als Bestandteil der Frage, bitte schön. Sonst kann nämlich die Zeugin nicht antworten und muss das auch nicht, weil sie ihre Erkenntnisse wiedergeben soll und nichts anderes. Das ist der Auftrag, den wir hier miteinander haben. Ich habe das vorhin sehr ausführlich getan; ich weiß nicht, ob Ihre Mitarbeiter Ihnen das berichtet haben. Aber das gilt hier für alle Fragen, und ich bitte Sie, sich daran dann auch in der kurzen Zeit, die Sie jetzt noch haben, zu halten. Die Frage ist jedenfalls so nicht zulässig, und insofern versuchen Sie es neu.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Beinhoff, laut MAT A BKAm-3.30 VS-NfD, Blatt 630, hat die Bundeskanzlerin beim Verfassungsschutz nach der Machtübernahme der Taliban eine Analyse zu den diesbezüglichen Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland angefordert. Diese wurde dann auch vom Ihnen unterstellten Referat 213 mitgezeichnet. Laut diesem Papier hielt es der Verfassungsschutz für möglich, dass nach Deutschland kommende Ortskräfte durch schon in Deutschland lebende Muslime - Zitat - „wegen

der Zusammenarbeit mit westlichen „Besatzungstruppen“ als ... (Ungläubige) an[ge]sehen“ würden, und hielt weiter über die mögliche Entwicklung von Ortskräften in Deutschland fest, dass - und das ist ein Zitat - „Eine Hinwendung zum Islamismus ... bei entsprechender Agitation seitens islamistisch-salafistischer Akteure mittelfristig durchaus ... möglich“ sei - das ist MAT A BKAm-3.30 VS-NfD, Blatt 632; Anlage 53 -; Zitat Ende.

Frau Beinhoff, ist Ihnen bekannt, ob die zitierten Aussagen des von ihr selbst bestellten Verfassungsschutzpapiers die Bundeskanzlerin in der Folgezeit dazu angeregt haben, die weitere Migration von Ortskräften nach Deutschland weniger offensiv anzugehen? Und, wenn ja, woran - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich darf Sie unterbrechen. Diese MAT-Nummer, die Sie genannt haben, die haben wir nicht. Die existiert jedenfalls in den Akten bei uns nicht.

**Joachim Wundrak (AfD):** Haben wir das?

(Dem Sekretariat werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich darf noch mal sagen, was das Problem ist. Wenn wir hier eine Frage stellen, müssen wir in der Lage sein, die Unterlage schnell zu identifizieren, um festzustellen, ob die Frage zulässig ist. Zweitens müssen die Kolleginnen und Kollegen, die es nachvollziehen können müssen, in der Lage sein, das schnell zu tun. Wenn das dann mittendrin in der Frage vorkommt und eine Nummer enthält, die wir nicht haben, dann, muss ich sagen, ist es nicht möglich, darauf zu antworten und die Frage zu bewerten. Das ist das Problem.

Und Ihre Redezeit ist deutlich aufgebraucht übrigens. Insofern tut es mir leid; aber das ist einfach so. Sie müssten versuchen, entweder kürzer zu zitieren oder jedenfalls das so zu machen, dass man eine Frage beantworten kann gestützt auf Dokumente, die wir nachvollziehen können. Sonst geht das im Ausschuss nicht, und ich kann das nicht zulassen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich erlaube Ihnen jetzt, diese Frage noch einmal zu stellen, und dann sind wir mit der Redezeit auch am Ende - und in korrekter Form, bitte.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Joachim Wundrak** (AfD): Das Papier ist jetzt gefunden worden, ja? Okay. - Frau Beinhoff, ist Ihnen bekannt, ob die zitierten Aussagen des von ihr selbst bestellten Verfassungsschutzpapiers die Bundeskanzlerin in der Folgezeit dazu angeregt haben, die weitere Migration von Ortskräften nach Deutschland weniger offensiv anzugehen, und, wenn ja, woran ist das deutlich geworden?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, auch diese Frage enthält - - Ich finde es ein bisschen mühselig; aber dafür werde ich bezahlt. Fragen sind bitte ohne Bewertungen zu stellen, sondern sie sind offen zu stellen. Und Bewertungen können Sie außerhalb Ihrer Frage einbringen. Aber wenn sie als Teil von Bewertungen - - sind, dann sind sie nicht zulässig. Und Ihre Frage enthält Unterstellungen. Die kann man teilen, muss man nicht teilen. Die Zeugin ist nicht verpflichtet, sich damit auseinanderzusetzen.

Und mein Vorschlag ist: Wir belassen es dann für die Redezeit jetzt an diesem Punkt; das Rederecht wechselt zur FDP. Und ich bitte darum, sich im Zweifelsfall noch mal zu informieren über das, was ich hier vorhin in großer Ausführlichkeit zu Beginn der Sitzung aus gegebenem Anlass noch mal vorgetragen hatte, wie Fragen zu stellen sind, damit sie hier zugelassen werden können und beantwortet werden. So geht es jedenfalls nicht. - Das Fragerecht wechselt und geht zur FDP-Fraktion.

**Peter Heidt** (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Beinhoff, hallo auch von meiner Seite aus! Es gab ja im Untersuchungszeitraum unterschiedliche Austauschformate zwischen den Ministerien und dem Bundeskanzleramt, die für die Ressortkoordinierung genutzt wurden. Können Sie für uns einmal darlegen, welche Formate Ihnen selbst in Erinnerung geblieben sind?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, sehr gerne. Also, ich spreche jetzt für die Abteilung 2. Und da fällt mir zu Afghanistan ein erst mal der sogenannte - klingt alles ein bisschen ähnlich; aber, ich glaube, es waren drei verschiedene Formate - Sicherheitspolitische Jour Fixe, wo Afghanistan wahrscheinlich nicht immer auf der Agenda stand, aber häufig; war auf Staatssekretärebene und im Kanzleramt wahrgenommen durch Herrn Hecker. Dann gab es das Format - das hatte ich vorhin schon mal sozusagen kurz apostrophiert mit „Einsatz“ - Jour fixe zu den Einsätzen. Das war Sicherheitspolitischer Jour Fixe Mali/Afghanistan oder andersrum; das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Da ging es um die Einsätze. Das wurde nicht durch die Gruppe 21 vorbereitet, sondern durch die Gruppe 23, aber ressortierte beim AL 2. Und dann gab es seit Frühjahr - also zumindest erinnere ich mich, dass ich daran zweimal teilgenommen habe im Frühjahr, bevor die Situation dann so eskalierte - ein weiteres Format, und das nannte sich dann - ich weiß nicht mehr genau - Sondersicherheitspolitischer Jour Fixe zu Afghanistan. Also, diese drei Runden - Staatssekretär, AL 2 - gab es.

Darüber hinaus gab es - das habe ich jetzt der Aktenlektüre entnommen - ja auch Ressortgespräche zum Thema Ortskräfteverfahren. Das war aber - - ressortierte aber bei der Abteilung 1 im Kanzleramt federführend wegen BMI-Spiegelung. Und, ja, dann gab es in der akuten Krise - da hatten wir vorhin ja schon drüber gesprochen - diverse andere Ad-hoc-Formate: Ministergespräche, Unterrichtungen, Gespräche am Rande vom Kabinett usw.

**Peter Heidt** (FDP): Und an welchen Formaten haben Sie selbst teilgenommen, und, wenn ja, wie regelmäßig, in welcher Form haben Sie teilgenommen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, beim Sicherheitspolitischen Jour Fixe nur, wenn es um Themen ging, die meine Gruppe betrafen, und Herr Hecker verhindert war, sozusagen, sage ich mal, auf Zuruf, also um ihn da zu vertreten. Ansonsten hatte er das wahrgenommen. Bei dem ad hoc eingerichteten Jour fixe zu Afghanistan, den es vielleicht so seit April oder März oder so 21



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gab, habe ich meiner Erinnerung - - zweimal ungefähr teilgenommen. Und dann um den 13., 14., 15. August - haben wir vorhin drüber gesprochen; die Formate, die Unterrichtungen -, da habe ich an einigen teilgenommen, also an den Schalten, Mehrministertelefonkonferenzen, aber auch Fraktionsvorsitzendenunterrichtungen - nicht an den Gesprächen, die am Rande des Kabinetts stattgefunden haben, aber an einigen anderen.

**Peter Heidt (FDP):** Ich verstehe es ja so, dass unterschiedliche Abteilungen an den verschiedenen Gesprächen teilgenommen haben. Und Sie haben das wohl immer intern auch entschieden, wer jetzt nun daran teilnimmt. Es war eher überschaubar. Und wie haben Sie jetzt im Bundeskanzleramt intern da einen Wissensaustausch - - Gab es so eine Art interne Bundeskanzleramt-AG Afghanistan, oder wie haben Sie dann das organisiert?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, wenn ich jetzt bei dem Thema Ortskräfte mal bleibe - das erinnere ich am besten, weil ich eben zweimal da an dieser Sitzung teilgenommen habe -, dann habe ich in Erinnerung, weil das eben ein so relevantes Thema für alle Ressorts und damit auch für das Kanzleramt war, dass das auch Teil der Agenda war von diesen Treffen. Es gab aber, wie ich dann sozusagen bei der Gelegenheit erfahren habe - Ortskräfteverfahren hatten wir ja schon seit 2013, und da gab es immer mal wieder Anpassungsbedarf -, auch Ressortrunden offensichtlich dazu - das habe ich dann im Zuge dieser Vorbereitungen erfahren -, an denen aber die Abteilung 2 nicht teilgenommen hat. Das Kanzleramt spiegelt ja immer die Ressorts. Und das BMI wird gespiegelt von - - oder, ja, wurde, wird gespiegelt von der Abteilung 1. Das heißt, wenn dann BMI zum Beispiel eingeladen hätte zu irgendwelchen Besprechungen, dann ist die Einladung an die Abteilung 1 gegangen.

**Peter Heidt (FDP):** Und Sie haben sich dann intern darüber ausgetauscht, oder wie haben Sie das gemacht?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich kann jetzt nur für die Zeit sprechen, wo ich selber in den

Runden gesessen habe; alles andere wäre Spekulation. Da ist es so gewesen, dass erst mal die Referate 213 bei mir und dann, ich glaube, 123 war es in Abteilung 1 - - haben sich ausgetauscht, und ich persönlich stand, wenn es sozusagen Dinge anzuschieben gab oder zu regeln gab, in Kontakt dann mit Frau Kibele, der Abteilungsleiterin 1.

**Peter Heidt (FDP):** Sie haben schon über die Krisenstabssitzung 13. August gesprochen. Da hat ja jetzt aus dem Bundeskanzleramt nur der Dr. Krebber aus Ihrer Gruppe teilgenommen. Wie kam es dazu, dass nur eine Einzelperson daran teilnimmt? Und wer hat das bestimmt? Haben Sie das bestimmt, oder wer war das?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, das habe ich bestimmt. Und zwar, also, ist es auch normal; denn das - - Herr Krebber ist ja der Referatsleiter für das für Afghanistan zuständige Referat. Ich hatte Ihnen ja vorhin auch versucht zu schildern, welche Themen in meiner Gruppe auch liefen. Zumal war ich - - Dann kam hinzu, dass ich am 13. - - in der Woche jedenfalls habe ich ja den AL 2 vertreten. Es war Urlaubszeit. Der Gruppenleiter 22, der neue, traf erst, glaube ich, ab dem 16. ein. Das heißt, natürlich gibt es dann auch eine Vertretung des Gruppenleiters; aber das war schon relativ dünn besetzt, und es war eine Krisenzeit. Und ich war natürlich als Vertreterin dann für AL 2 auch die unmittelbare Ansprechperson für die Bundeskanzlerin. Und deshalb habe ich entschieden, dass Herr Krebber in diese Krisenstabssitzung geht. Ich habe dann am 15. teilgenommen. Das weiß ich noch; das war ein Sonntag. Da bin ich dann ins AA gefahren.

**Peter Heidt (FDP):** Wie würden Sie denn die Rolle des Kanzleramtes bei dieser Krisenstabssitzung insgesamt bewerten? Weil auch jetzt, bei dem 13. August zum Beispiel, hat es eine Wortmeldung vonseiten des Dr. Krebber nicht gegeben. Also, wie war Ihre Rolle?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das Kanzleramt nimmt an diesen Runden ja teil, um praktisch den neuesten Sachstand zu bekommen. In diesen Krisenstabssitzungen wird das Lagebild ja abgeglichen. Es werden auch Entscheidungen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

getroffen, wie dann am 15. zum Beispiel. Aber da bekommen diejenigen das Wort, die ganz, ganz nah dran sind, also die Kollegen, die vor Ort sind, die Kollegen, die im Auswärtigen Amt Dinge entscheiden, dann BMVg, andere Ressorts; der BND sitzt dadrin. Also, das ist sozusagen für das Kanzleramt eine Möglichkeit, um zu erfahren, wie das Lagebild ist, um dann den neuesten Informationsstand zu haben und dann sozusagen zu gucken, ob es - - wie das an die Leitung, an die Hierarchie bei uns herangetragen wird und ob eventuell sozusagen Dinge zu veranlassen sind. Aber das ist so - - Ich habe selber schon an solchen Sitzungen teilgenommen. Da sitzt man, um vor allen Dingen die neuesten Informationen zu bekommen.

**Peter Heidt (FDP):** Also eine aktive Rolle von Ihnen gab es quasi nicht. - Und Lagebilder sind aus verschiedenen Ressorts ja oft unterschiedlich. Sind die dann am Ende des Tages geeint worden, oder sind die einfach dann im Raum stehen geblieben?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, daran habe ich nicht - - keine Erinnerung. Es gibt ja Protokolle auch zu diesen Krisenstabssitzungen, und die operativen Schritte, die dort ergriffen werden, die ergehen im Konsens. Und ich muss jetzt spekulieren; aber ich glaube nicht, dass es da große Ablagen gab. Also, an diesem 13. jedenfalls wurde ja dann, wenn ich mich recht entsinne, auch schon mal so eine Art Voralarmierung gegeben. Vorbereitende Arbeiten sollten eingeleitet werden. Es sollte ein Krisenunterstützungsteam, was ja Botschaften bei Evakuierungen berät - das sind ja alles so Instrumente, die wir haben - - wurde praktisch auch schon mal losgeschickt bzw. wurde entschieden, dass dieses KUT-Unterstützungsteam sich auf den Weg macht. Also, ich glaube nicht, dass es da große Ablagen gab.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir am Ende der Fragerunde und eröffnen wieder mit der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Yüksel.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Liebe Frau Beinhoff, ich würde gerne jetzt zu Fragen zur Rolle des Bundeskanzleramts beim Ortskräfteverfahren kommen. Und zwar lag

die Zuständigkeit für das Ortskräfteverfahren ja im Bundeskanzleramt, und zwar für die Abteilung 1. Sie haben aber mindestens zweimal im Sicherheitspolitischen Jour Fixe zum Ortskräfteverfahren gesprochen. Ich möchte Sie zunächst mal fragen, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Zusammenhang das Thema „Vereinfachung des Ortskräfteverfahrens“ das erste Mal an Sie herangetragen wurde. Und ab welchem Zeitpunkt war im Bundeskanzleramt klar, dass das bestehende Verfahren dem zu erwartenden Andrang bei Abzug der Bundeswehr nicht standhalten wird?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Darf ich zurückfragen, ob Sie sich auf eine konkrete Unterlage beziehen?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Keine.

**Zeugin Christina Beinhoff:** In Ordnung, ja. - Also, wenn ich jetzt - - Es liegt schon sehr lange zurück; aber wenn ich an diese beiden Sitzungen zurückdenke, an denen ich teilgenommen habe, da ging es - - Also, wir hatten ja ein vereinfachtes Ortskräfteverfahren insofern - also „wir“ jetzt, die Bundesregierung - - indem das Auswärtige Amt ja sehr gut oder hervorragend unterstützt wurde von den Kolleginnen und Kollegen des BMVg in Masar. Da haben die - - Wir hatten ja keine Visa-stelle mehr in Kabul, muss man wissen, seit 2017 wegen dieses Anschlags. Und das Problem bestand, dass eben Visaanträge vor Ort von der Botschaft gar nicht mehr entgegengenommen werden konnten. Deshalb gab es die sehr pragmatische Absprache mit dem BMVg, dass in Masar auf dem Camp Marmal die Bundeswehr uns oder dem Auswärtigen Amt geholfen hat, diese Anträge entgegenzunehmen. Da wurden dann auch - da erinnere ich mich dran, dass der Kollege das in der Sitzung beschrieb - irgendwelche biometrischen Geräte da runtergefahren, und dann wurden die Visa - ich weiß nicht genau, ob das in Istanbul bearbeitet wurde; das hat er alles geschildert - - und zuletzt, glaube ich, noch der Generalinspekteur persönlich, der die Visa dann wieder mit runtergebracht hat. Also, das war - - das lief.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ansonsten erinnere ich sozusagen, als ich dann wiederkam im August, dass auch in der Diskussion war ja - wenn Sie das mit „vereinfacht“ auch meinen -, diese Zweijahresfrist aufzuheben, die ja dann, glaube ich, seit Juni nicht mehr galt für BMVg und die Bundespolizei. Das ist etwas, was ich auch in Erinnerung habe.

In den Sitzungen, in denen ich war, habe ich noch sehr genau in Erinnerung, dass die Ressorts die Frage der Gefährdung, glaube ich, ein bisschen unterschiedlich gewertet haben, was auch nachvollziehbar war. Denn ich erinnere, dass das BMZ jedenfalls im April/Mai herum doch berichtete, dass die Kräfte - - oder dass es dort noch gar keine so großen Gefährdungsanzeigen gegeben hat, anders als beim BMVg. Also, da war eine unterschiedliche Ausgangssituation in den Ressorts. Aber ich erinnere mich, dass in der Sitzung ich darum gebeten hatte, dass man das mal zusammenträgt, einfach damit man Optionen hat und auch das alles mal im Überblick hat, weil mir schien es sonst gefährlich, wenn jeder sozusagen die Dinge anders betrachtet. Und deshalb habe ich in Erinnerung, dass ich in dieser Sitzung darum gebeten habe, dass mal ein Papier zusammengestellt wird, wo das alles mal aufgeschrieben wird, wo man dann auch Vor- und Nachteile sieht, um dann besser in der Zukunft entscheiden zu können.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich weiß nicht, ob Sie sich darauf beziehen: Im Protokoll des zweiten Sicherheitspolitischen Jour Fixe der Staatssekretäre zu Afghanistan am 23. April 21 - das ist zu finden in MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 167 bis 169 - wird als gemeinsames Ziel die „Beschleunigung des Verfahrens für gefährdete OK“ festgehalten. Sie werden dann wie folgt zitiert:

„BK'Am“

- in Klammern: -

„(Beinhof): Bat um Vorlage eines ressortabgestimmten Plans zu OKV bis zur dritten StS-Runde zu AFG.“

Warum war es Ihnen wichtig, dass bis zur dritten Staatssekretärsrunde, also am 4. Mai 21, ein ressortabgestimmter Plan vorgelegt wird? Was sollte der Plan enthalten? Und haben Sie auch vielleicht diese Position vorher mit dem Bundeskanzleramt abgestimmt? Wir können Ihnen auch das noch vorlegen, wenn Sie möchten.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Das wäre nett, wenn ich das noch mal sehen dürfte.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Also, das gemeinsame Ziel, das ist ja Teil des Vermerks. Das lese ich so, dass in der Runde da Konsens bestand, dass man das Verfahren beschleunigt. Und das ist eben genau der Punkt gewesen, den ich auch noch in Erinnerung hatte, nämlich das Thema IOM. Es war ja so, dass, wie ich sagte, die Bundeswehr dem Auswärtigen Amt da sehr gut geholfen hat, aber dann wurde das Camp Marmal ja auch geschlossen im Mai. Das heißt, es bestand die Notwendigkeit, sich Alternativen zu überlegen.

Und jetzt habe ich das nicht dauerhaft verfolgt, aber in dieser Runde wurde darüber berichtet, dass - hier steht es ja sogar - ab dem 15. Mai - ich glaube, es ist dann viel, viel später erst dazu gekommen - IOM praktisch startklar sein sollte, um die Anträge entgegenzunehmen. Und ich glaube, das ist unter „Beschleunigung des Verfahrens - - weil es ja sonst so gewesen wäre, dass die afghanischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger weiterhin ins Ausland hätten reisen müssen. Also, das ist unter diesem Punkt zu verstehen.

Ich habe dann aus meiner Erinnerung - - Dieser ressortabgestimmte Plan zu Ortskräfteverfahren, darum hatte ich gebeten, weil letztendlich: Es ging um Visa upon Arrival. Das war auch so ein Stichwort, was immer wieder kam. Das ging immer hin und her. Das waren verschiedene Dinge, die da sozusagen auf dem Tisch lagen: Visa on Arrival, die Frage Charterflüge - das war später -, aber sollen wir überhaupt - - Sollen wir aktiv an die Ortskräfte herantreten? Sollen wir das - - Wie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sollen wir das kommunizieren? Da waren einfach unterschiedliche Interessen damit verbunden.

Und mir war daran gelegen, dass man einfach sich mal klar wird über die verschiedenen Fallgruppen, die es gab. Also, in der Besprechung hatte ich das Gefühl: Das ist nicht ganz klar. Und deshalb habe ich darum gebeten. Das gab es übrigens gar nicht. Ich glaube, zu der nächsten Besprechung wurde das gar nicht vorgelegt, dieses Papier. Das hatte ich dann, glaube ich, auch noch mal gerügt. Auf jeden Fall war mir das ein Anliegen, dass das mal aufgeschrieben wird, welche Fallgruppen es da eigentlich gibt. Das war, glaube ich, mit „Plan“ aus meiner damaligen Sicht gemeint.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Meine Frage noch, ob Sie die Position zuvor mit dem Bundeskanzleramt abgestimmt haben. Können Sie da auch noch mal was zu sagen? Mit wem haben Sie die Position im Bundeskanzleramt abgestimmt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich war ja da in Vertretung für Herrn Hecker. Und natürlich habe ich mir jetzt dazu keine Weisung eingeholt. Aber ich weiß, dass ich ihn - - Ich habe das als meine Aufgabe, ehrlich gesagt, betrachtet in dem Moment, zu versuchen, dass wir in der Diskussion weiterkommen und dass das einfach klarer wird, das Bild für alle klarer wird. Und deshalb weiß ich, dass ich ihn darüber debrieft habe. Und ich habe auch nicht in Erinnerung, dass er mich dafür gerügt hätte, sondern dass dann - - Ich glaube, irgendwann wurde das Papier auch vorgelegt. Aber dann war ich da nicht mehr in diesen Sitzungen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** In den Unterlagen auf MAT A AA-9.56 VS-NfD, Blatt 21, 23 wird wie folgt festgehalten - Ihrer Bitte zur Vorlage des ressortabgestimmten Plans zum Ortskräfteverfahren kommen die Ressorts nicht nach; das hatten Sie ja auch eben gesagt -, aber in dieser Vorlage wird festgehalten:

„**BK-Amt** bemängelte, dass trotz Absprache bei letztem Jour Fixe noch kein Konzept für OKV vor-

liege. Es sei unbedingt erforderlich, dass nun sehr zügig die Optionen aufgezeigt würden, ebenso deren jeweilige Kosten, finanziell wie politisch.“

Was waren aus Ihrer Sicht die Hauptgründe dafür, dass sich die Ressorts so schwergetan haben und nicht zu einer gemeinsamen Lösung gekommen sind? Ist Ihnen auch vielleicht bekannt, mit welcher Intensität das Bundeskanzleramt dann in der Folge darauf gedrängt hat, dass in den Ressortarbeitsgruppen endlich eine gemeinsame Lösung gefunden wird? Auch diese Unterlagen können wir Ihnen vorlegen, wenn Sie das wünschen.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das Dilemma war ja klar, und es war auch ein echtes Dilemma: Deutschland hat Afghanistan sehr viel Unterstützung geleistet. Es sind sehr viele Gelder in die Hand genommen worden. Wir haben gute Fortschritte erreicht. Und letztendlich ging es doch darum, diese Erfolge auch zu sichern und, wie es sozusagen hieß, nicht jetzt mit wehender Fahne Afghanistan zu verlassen, sondern weiterwirken zu können in den Bereichen, wo es eben den Ressorts vertretbar erschien.

Und ich glaube, dass einfach die Betrachtungslage da zu dem Zeitpunkt im Mai unterschiedlich war in den Ressorts. Es hat ja letztendlich für alle die Möglichkeit bestanden, Gefährdungsanzeigen zu stellen; so war ja dieses Ortskräfteverfahren. Also, man musste ja erst bei seinem Arbeitgeber so eine Gefährdungsanzeige stellen. Und ich habe in Erinnerung - ich kann es jetzt nicht beziffern, aber ich habe in Erinnerung -, dass in einer dieser Besprechungen das BMZ auch gesagt hat, dass es aus deren Bereich kaum Gefährdungsanzeigen bislang gegeben hat.

Und die Sorge war einfach, dass, wenn jetzt praktisch zu viele aus dem Bereich der anderen Ressorts davon Gebrauch machen, sich das rumspricht letztendlich und dass dann die Arbeit der Entwicklungshilfeorganisationen und der Mittler dort nicht fortgesetzt werden kann; denn wir sind ja hochgradig abhängig von den Ortskräften.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, das war letztendlich das Dilemma, und ich konnte das auch persönlich sehr gut nachvollziehen. Bloß lag ja auch ein bisschen in der Luft, dass sich die Situation sehr dynamisch entwickelt. Und da fand ich es irgendwie wichtig, dass man sich mal überlegt, welche Gruppen es gibt, unter welchen Voraussetzungen man dann was machen will und welche Schritte dann zu ergreifen sind. Und das war der Hintergrund.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich würde jetzt noch mal auf den 13. August 21 zu sprechen kommen. In einer von Ihnen vorgelegten Gesprächsvorbereitung, wie gesagt, am 13. August 21 - nachzulesen in MAT A BK Amt-3.18 VS-NfD, Blatt 67 bis 61 - für eine Telefonschalte der Bundeskanzlerin am Samstag, den 14. August 21, also für den Tag, bevor Kabul fiel, ist Folgendes zum Ortskräfteverfahren festgehalten:

*„Insgesamt scheint das bisherige Verfahren deutlich zu langsam - jedenfalls angesichts der jetzigen massiven und extrem raschen Verschärfung der Sicherheitslage - und zu sehr von Ressortinteressen geprägt. Eine klare Zuteilung der FF an ein Ressort (AA) und eine Bitte an die anderen Ressorts, AA vollumfänglich zu unterstützen und insb. bürokratische Überlegungen hintanzustellen, ist äußerst dringlich. Ziel muss sein, so viele OK wie möglich mit ihren Familien, soweit eine Ausreise aus AFG möglich ist, schnellstmöglich auszufliegen bzw. ihnen die Ausreise zu ermöglichen (bspw. durch Visum bei Ankunft).“*

Jetzt waren seit Ihren beiden Interventionen in den Sicherheitspolitischen Jours fixes Ende April und Anfang Mai schon mehr als drei Monate vergangen. Dennoch hatten sich die Ressorts auf keine Beschleunigung des Verfahrens einigen können, und anscheinend gab es auch keine klare Zuteilung der Federführung an ein Ressort. Das Bundeskanzleramt hat mit dieser Gesprächsunterlage selbst festgestellt, dass das bisherige Verfahren deutlich zu langsam und zu sehr von Ressortinteressen geprägt ist.

Jetzt meine Frage: Können Sie vor dem Hintergrund dieser eigenen Bewertung des Bundeskanzleramts nachvollziehen, dass sich beispielsweise der im BMVg für Ortskräfte zuständige Referent gewünscht hätte, dass das Bundeskanzleramt mehr eingegriffen hätte? Denn wir hatten den Zeugen B■■■■ hier, der im Ausschuss sagte - nachzulesen im endgültigen Stenografischen Protokoll 20/36 I, Seite 50 -:

„Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, dass das Bundeskanzleramt an der einen oder anderen Stelle regulierend eingegriffen hätte. Natürlich war das im Sinne des BMVg - oder wäre gewesen.“

Können Sie uns sagen, warum es dem Kanzleramt nicht gelang, diesen Ressortkonflikt früher zu lösen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dürfte ich vielleicht die erste Unterlage, aus der Sie zitiert haben, sehen?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Entschuldigung, wie war noch mal Ihre Frage?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Warum es dem Kanzleramt nicht gelang, diesen Ressortkonflikt früher zu lösen.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Das vermag ich nicht zu sagen. Die Vorlage ist vom 13. Und meiner Erinnerung nach ist entweder an dem Tag oder an dem 15. - - Dann wurde, glaube ich, das Okay gegeben für Visa on Arrival. Das ist das, was ich noch in Erinnerung habe.

Und, wie gesagt, was da im Monat Juli - da würde ich noch mal mich drauf beziehen - an Diskussionen gelaufen ist, das weiß ich nicht.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich glaube, der Kollege hat dazu noch mal eine Nachfrage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben ja jetzt erwähnt, dass in dem Zwischenzeitraum, also zwischen den Monaten im Frühjahr und diesem Zeitpunkt im August, dieses Problem nicht weiter behandelt worden ist, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe. Gab es keine Initiativen aus dem Bundeskanzleramt, sich mit diesem Problem weiter zu beschäftigen? Oder wurden solche Initiativen, wenn es sie dann gegeben haben sollte, von den anderen Ressorts nicht weiterbearbeitet? Können Sie da diesen Zeitraum für uns anschaulich noch mal füllen, was zwischen Frühjahr und August 2021 von Ihrem Haus getan wurde, um das Ortskräfteverfahren weiterzubetreiben?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, da komme ich jetzt an meine Grenzen, weil ich mich erinnere, dass es ein Papier, ein abgestimmtes Papier, gegeben hat, ich meine, so im Mai irgendwann vielleicht, Ende Mai oder so, und dass da verschiedene Szenarien auch besprochen wurden, also praktisch: Wann wird was getriggert? Wann macht man was? Und dann muss es natürlich noch getriggert werden. Aber auf jeden Fall wurde das aufgeschrieben. Da war ich aber mit dieser Frage dann nicht mehr befasst, sondern dem Thema bin ich dann wieder begegnet, als ich dann eben im August auch wieder im Dienst war.

Und noch mal: Da liefen Ressortrunden, aber die wurden von der Abteilung 1 bestückt. Also, es tut mir leid, dass ich da nicht präzise antworten kann, aber so war es.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Uns geht es ja auch tatsächlich darum, eben genau diese Situation herauszuarbeiten, wer wann wo was genau wusste. Darum die Anschlussfrage: Wenn die Abteilung 1 in dieser Zwischenzeit dafür zuständig war und ursprünglich dafür zuständig war, gab es da zwischen Ihrer Abteilung, Ihrer Gruppe, und der Abteilung 1 einen regelmäßigen Informationsaustausch zu diesem Thema? Oder ging das dann nur in den Handlungssträngen in der Hierarchie, praktisch in der Vertikale?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich kann jetzt nur für mich sprechen. Wie vorhin schon gesagt: Als ich im August dann zurückgekommen bin und den Abteilungsleiter vertreten habe, habe ich

persönlich regelmäßig mit Frau Kibele gesprochen, wenn Anlass dazu bestand. Wir waren beide in den ND-Runden; da sozusagen haben wir uns sehen können. Es gab aber auch sonst immer wieder Gelegenheit, sich auszutauschen. Wie häufig das war, weiß ich jetzt nicht. Aber das waren ja Gespräche, die ich, wenn ich nicht den AL vertreten habe, sonst auch nicht geführt habe. Deshalb erinnere ich mich dadran.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Um den Punkt noch abzuschließen: Gab es denn dann von den anderen Ressorts, so wie der Zeuge B [REDACTED] das hier mit dem von der Kollegin vorgetragenen Zitat erwähnt hatte, nicht nur in den jeweiligen Ressorts intern die Überlegung: „Was könnte das Bundeskanzleramt tun, um diese Konflikte aufzulösen?“, sondern wurde das auch von den einzelnen Ressorts tatsächlich an das Bundeskanzleramt herangetragen? Kam mal jemand aus dem BMVg und sagte: „Vielleicht seid ja ihr die Richtigen im Bundeskanzleramt“ und: „Könnt ihr diese Situation lösen?“? Gab es solche Initiativen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Daran habe ich keine Erinnerung. Ich habe nur Erinnerungen aus den Besprechungen, aus denen ich teilgenommen habe, wo praktisch jedes Ressort den Sachstand aus seiner Sicht geschildert hat. Ich habe aber nicht in Erinnerung, dass es konkrete Bitten gegeben hätte, jedenfalls nicht an die Abteilung 2.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Damit sind wir am Ende der - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Eine Abschlussfrage, dann wären wir durch. Ganz kurz?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ganz kurz.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ganz kurz. - Weil Sie gerade von Ihrer eigenen Erinnerung sprechen: Sie haben an einer Telefonschalt am 14. August teilgenommen und berichten auch daraus; MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 106. Wenn Sie sich an diese Telefonschalt erinnern, bezieht sich meine Frage nur auf einen Teilpunkt: Hat die Bundeskanzlerin in dieser Schalt ihre Ministerinnen und Minister darum gebeten - wie in der Gesprächsvorlage, über die wir vorher diskutiert



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben -, das AA vollumfänglich zu unterstützen und bürokratische Überlegungen hinsichtlich des Ortskräfteverfahrens hintanzustellen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich habe vorhin - ich weiß nicht mehr, von wem - hier die Mail vorgelegt - - Beziehen Sie sich auf die Mail vom 14. August, die ich geschrieben habe an Herrn Hecker? Weil da fasse ich nämlich - - Darauf muss ich mich jetzt abstützen, weil ich sonst keine darüberhinausgehende Erinnerung habe. Da habe ich eine Mail geschrieben zu den Ergebnissen dieser Telefonkonferenz.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ja, es handelt sich genau um diese Mail, die an Herrn Hecker ging und dann noch an verschiedene andere Personen in Kopie.

(Die Zeugin liest in den ihr  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Genau, da hatte ich um 9.44 Uhr am 14. August - - Ja? - Genau. - So, und letztendlich über diese Punkte hinaus habe ich da keine Erinnerung.

(Die Zeugin liest weiter in  
den ihr zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

Also, ich habe das zusammengefasst, was ich da gehört habe. Es ging um das Mandat. - Ich glaube - - Ach ja, Charterflüge kamen da auch auf. - Genau, der Hinweis, dass die nächste Woche fliegen sollen. - Ich habe jetzt, wenn ich es halt so angucke, in Erinnerung, dass das ein sozusagen sehr operatives Gespräch war.

Also, ich habe nicht in Erinnerung, dass es da Anlass gegeben hätte oder dass ich selber den Eindruck gehabt hätte, dass die Notwendigkeit bestanden hat, darum zu bitten, dass jetzt nicht bürokratisch verfahren wird. Wir befanden uns ja schon mitten in der Krise. Da wurden einfach schnell die Dinge, die da geklärt werden mussten, geklärt. Da gab es meines Erachtens gar keinen Anlass, dazu noch mal zu mahnen - wenn ich Sie richtig verstanden habe. Sonst hätte ich es auch vermerkt, wenn die Bundeskanzlerin das

gesagt hätte. Aber das Gespräch habe ich als unheimlich konstruktiv in Erinnerung; Wer macht was? Wie kommen wir jetzt hier zum guten Ergebnis alle zusammen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wer jetzt was macht, ist klar. Das ist der Kollege Erndl. Der hat nämlich jetzt das Fragerecht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Beinhoff, ich möchte noch mal zurückkommen auf die Telefonkonferenz am 14. August und die Frage der Mandatierung versus Abstützung auf dem RS-Mandat. Die Kanzlerin vertrat ja die Position, dass man ein neues Mandat braucht, weil sich das Parlament ohnehin mit der Frage auch befassen wird. Können Sie sich noch erinnern, welche Position die anderen Minister da vertreten haben und der Vizekanzler?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich kann mich nicht daran erinnern. Ich lese nur, dass ich geschrieben habe:

„- Mandatierung (Abstützung auf formell bis 31.1.22 gültiges RSM-Mandat (so Präferenz Bundesminister Maas und Scholz) bzw. Neumandatierung“

Ich habe in Erinnerung, dass das kurz angerissen wurde. Und ich glaube, rechtlich ist das auch völlig in Ordnung, wenn man das tut. Das ist eine politische Frage, ob man noch mal ein neues Mandat macht. Und ich habe das als wirklich völlig unkontrovers in Erinnerung.

Also, ich glaube, wenn man rein völkerrechtlich argumentiert, dann hätte man sagen können oder hat man sagen können: Wir haben da ein Mandat. In dem Mandat stand ja sogar drin, dass die Botschaft geschützt wird und dass auch die Bundeswehr hilft bei Evakuierung und so; das stand ja alles schon drin. Von daher: Ich persönlich konnte das sehr gut nachvollziehen. Und ich glaube, rechtlich wäre das okay gewesen, aber eben politisch eine ganz andere Frage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und da gab es keine großen Diskussionen, sondern das haben alle mitgetragen, und gesagt: Ja, das ist jetzt wichtig, dass wir der Bundeswehr den Rücken stärken und dann eben natürlich das Parlament auch einbinden, aber dass wir das alles sozusagen ganz wasserdicht machen; wir haben hier nichts zu verstecken und werden hoffentlich auch unterstützt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Sie haben es so festgehalten, dass der Vizekanzler und der Außenminister beim bestehenden Mandat bleiben wollten und die Verteidigungsministerin und die Kanzlerin ein neues Mandat bevorzugt haben. Nach dem Telefonat: Ging es dann trotzdem mit der Neumandatierung weiter, oder haben die Häuser Finanzministerium und Außenministerium da noch weiter ihre Einwände geltend gemacht oder ihre Bedenken geltend gemacht?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, gar nicht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich glaube, dass dann auch in der Krisenstabssitzung am 15., an der ich teilgenommen habe - müsste ich mir das Protokoll noch mal angucken -, sofort gesagt wurde: Das ist jetzt die Zeitlinie. Der Text wird ganz schnell erarbeitet zwischen AA und BMVg, und am Mittwoch wollen wir das im Kabinett haben. Und genau so ist es gekommen. Es wird nicht mehr diskutiert.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut, vielen Dank. - Ich möchte kurz auf die internationale Abstimmung eingehen. Am 16. August, Frau Beinhoff, rief Sie die Bundeskanzlerin direkt an und teilte Ihnen mit, dass sie am gleichen Tag mit dem französischen Präsidenten Macron, dem britischen Premierminister Johnson und dann am Tag darauf mit US-Präsident Biden telefonieren wollte. Einen Vermerk dazu oder die E-Mail, die diese Information wiedergibt, findet sich auf MAT A BKAm-3.21 VS-NfD, Blatt 19. War es der übliche Weg, dass die Bundeskanzlerin direkt bei Ihnen anrief und dann auch proaktiv diese Gespräche einforderte?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich überblicke natürlich jetzt wirklich nur wenige Wochen, wo ich in dieser Rolle war und eben an Gesprächen noch teilgenommen habe. Und das war völlig normal. Ich war dann auch an dem 17. - - Es sind unheimlich viele Gespräche gelaufen, an denen ich auch alle - - An allen Gesprächen habe ich teilgenommen. Und sie hat dann entweder im Nachgang zu diesen Telefongesprächen gesagt: Ja, ich möchte jetzt gerne hier mit dem und dem sprechen, habe die und die Möglichkeiten, bitte darum kümmern. - Also, ich erinnere mich jetzt nicht an den Anruf, aber auf jeden Fall entsprach das ihrer Arbeitsweise und überrascht mich nicht.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Hat die Bundeskanzlerin da auch dann gleich erläutert, was das Ziel des Gesprächs - - warum sie das führen wollte und in welche Richtung da auch die Vorbereitung gehen sollte?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das habe ich jetzt nicht in Erinnerung, ob sie da jetzt konkrete Wünsche geäußert hat. Ich weiß jetzt - - Ich stand wirklich häufig da mit ihr im Kontakt, aber kann das jetzt auch nicht belegen. Ich weiß nicht, ob wir nach der Schalte vielleicht noch mal telefoniert haben oder am Freitag.

Auf jeden Fall, was ja im Raum stand, war die Frage: Wie machen es die anderen? Wie kann man sich unterstützen? Das waren ja die Fragen, die da auf dem Tisch lagen. Und gibt es auch - denke ich mir, war auch sicherlich Thema - irgendeine Möglichkeit, dass wir auch über den 31.08. hinaus auf die USA bauen können, ja oder nein? Das hat sich dann, glaube ich, erst später entschieden, beim G-7-Treffen, dass das nicht der Fall war. Aber das waren so die Themen.

Also, ich erinnere es nicht genau, ob sie da Vorgaben gemacht hat oder ob es irgendwie auf der Hand lag, was da besprochen werden soll.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Wer war dann konkret für die Vorbereitung dieser Gespräche zuständig?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, bei den Namen, die Sie genannt haben: Macron: Referat 211, Johnson: 211, Biden: 211. Und dann funktioniert es so, dass dann das Referat 211 den, sage ich mal, ersten Aufschlag macht und dann zu dem Punkt Afghanistan, der wahrscheinlich der größte Punkt ist, das Referat 213 bittet, da zuzuliefern. Aber manchmal gibt es bei diesen Gesprächen, häufig gibt es bei diesen Gesprächen dann auch noch andere Themen. Und da muss man dann eben gucken, dass die richtigen Referate da zuliefern. Aber da wird sicherlich 213 maßgeblich gefordert gewesen sein.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und wie ist das Auswärtige Amt in diese Vorbereitung eingebunden? Oder ist das Auswärtige Amt in diese Vorbereitung eingebunden?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, bei der Erstellung der Unterlagen ist das Auswärtige Amt nicht eingebunden. Was allerdings übliche Verfahrenspraxis ist, ist, dass man - jetzt vielleicht nicht gerade an diesen Tagen, weil da, gehe ich davon aus, hatte das Länderreferat alle Infos; das waren ganz kurze Wege; die haben ja immer alles mitgeplottet - - Aber sonst bei Vorlagen kann es schon sein, dass das Referat sich dann noch mal einen Input holt, aktuelle Sachstände anfordert. Das ist eigentlich so das übliche Verfahren.

Ich vermute aber mal sehr stark: Das war alles so eng getaktet, dass das vielleicht in dem Fall nicht unbedingt stattgefunden hat - im Vorhinein. Also, auf jeden Fall werden oder wurden - ich muss jetzt für die Vergangenheit sprechen - Vorlagen oder Gesprächsunterlagen nicht abgestimmt - im technischen Sinne - mit dem Auswärtigen Amt.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Sie haben gerade gesagt, Sie haben an den Gesprächen teilgenommen. Gab es dann im Nachgang der Gespräche eine Information an das Auswärtige Amt? Wie erfolgte das?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, da kann ich jetzt auch nur für die Gespräche sprechen, an denen ich teilgenommen habe.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja, bleiben wir gerne bei diesen konkreten Gesprächen.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Genau. Also, es war wahnsinnig hektisch in der Zeit. Deshalb kann ich sicher sagen, dass ich nicht die Zeit hatte, zu jedem Gespräch zu debriefen, sondern das bei den Referaten abgeladen habe, die wesentlichen Inhalte - die müssen dann ja auch dann immer wieder mit den Informationen arbeiten -, und dann das letztendlich - -

Also, vielleicht habe ich mit den Referaten darüber gesprochen, welche Infos ans Auswärtige Amt gegeben werden; das kann ich mir vorstellen. Ich sozusagen bin ja auch aus dem Auswärtigen Amt. Das funktioniert nicht immer gleich gut. Manchmal wünscht man sich im Auswärtigen Amt, dass man da mehr bekommt. Aber mir sind jetzt keine Beschwerden aus der Zeit in Erinnerung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Haben Sie noch eine Erinnerung an die zentralen Punkte dieser Gespräche, da speziell am 16. August?

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Entschuldigung. Zentrale - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort. Bitte schön.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Also, zentrale Punkte, glaube ich, Gesprächsthemen kann man erwähnen, aber ins Detail könnten wir bei diesem Einstufungsgrad nicht gehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das war sozusagen ein leitender Hinweis. Und in dem Sinne haben Sie jetzt das Wort für die Antwort. - Bitte.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, es war Lageabgleich. Es ging aber auch darum, zu gucken - ich glaube, es stand eine Vorbereitung von einer Innenministerkonferenz -, dass man da an einem Strang zieht. Das galt natürlich nur für Macron, nicht für Johnson und Biden; das ist auch klar.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bei den USA wird es darum gegangen sein, zu danken für die große Unterstützung - denn ohne die Amerikaner hätten wir das ja alles gar nicht machen können -, zu gucken, wie streng der Termin 31.08. ist.

Bei Johnson: Johnson, UK, die hatten damals den Vorsitz bei G 7. Ich müsste mir die Unterlage angucken, aber ich vermute, dass es auch darum gegangen ist: Wird es ein G-7-Treffen geben - gab es dann später, aber das war am 16.08. noch nicht terminiert -, und welche Themen sollten da besprochen werden?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung. Nur dass wir das richtig verstanden haben: Mit „wie streng der Termin“ ist, meinten Sie, ob der noch verschiebbar ist? Ist das das, was Sie meinen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, Flughafen. Bezogen auf den Flughafen? - Ja, genau.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Die Kanzlerin hat auch mit Regierungschefs dann in der Region gesprochen, insbesondere mit dem usbekischen Präsidenten. Können Sie sich erinnern oder stimmt es, dass diese Initiative auch von der Bundeskanzlerin selbst ausging?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Das kann ich bejahen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Kennen Sie den Anlass für diesen Gesprächswunsch?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, es ist ja so gewesen, dass die Bundeswehr - da lief ja gerade die Evakuierungsmission, war gerade der erste oder zweite Tag - - dass die Evakuierungsmission ja über Usbekistan lief. Die Bundeswehr ist da praktisch hin- und hergeschuttlet von zunächst einem Flughafen, der ziemlich weit außerhalb lag, ist meine Erinnerung. Und ja, glaube ich, das war Anlass genug, um mit dem Präsidenten zu sprechen, um sicherzustellen, dass die Evakuierungen dann auch bis zum 31. eben weitergeführt werden können und mit Unterstützung der Usbeken.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Und gab es dann tatsächlich auch Verbesserungen dieses Transits, Vereinfachungen im Prozess? Hat das Gespräch konkrete Auswirkungen gehabt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, weil, glaube ich, zu dem Zeitpunkt - also, es war ja ganz zu Beginn - ein anderer Flughafen, der aber ganz weit außerhalb lag - und es war alles sehr beschwerlich -, benutzt wurde. Und dann konnte auf Taschkent, glaube ich, zurückgegriffen werden.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Ein paar Tage später, am 23. August, informierte Sie das Büro der Bundeskanzlerin über einige Gedanken der Kanzlerin, darunter die Aufforderung, die weitere Evakuierung der Ortskräfte müsse politisch stärker durchdacht werden. War das auch ein üblicher Weg, auf dem Sie Gedanken der Bundeskanzlerin erhielten? Und dazu gibt es auch ein Dokument: MAT A BKAm-3.21 VS-NfD, Blatt 54. Das können wir auch gerne vorlegen.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Entschuldigung, könnten Sie Ihre Frage noch einmal kurz wiederholen?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Also, die Frage war: War das auch ein üblicher Weg, auf dem Gedanken der Bundeskanzlerin übermittelt wurden an Sie, dass das Büro in dieser Art Mitteilungen macht?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich würde sagen, das war eher eine Ausnahme. Wenn ich jetzt die Mail hier so lese, würde ich sagen, das war eher eine Ausnahme, -

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** ... dass die Bundeskanzlerin - -

**Zeugin Christina Beinhoff:** - dass Frau Baumann anruft und diese Punkte mitteilt. Wobei, wenn ich jetzt die Mail genau lese, dann ist ja - - Also, ich kann mich nicht mehr daran erinnern, aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau S [REDACTED], offensichtlich die Kollegin, die bei 213 da arbeitete, sagte ja, dass die Aspekte der Ressortbesprechung - „Wie evakuieren?“, „Wen evakuieren?“ -, dass das Teil der Besprechung sein würde. Das waren jetzt also keine Vorgaben von Frau Baumann, sondern ich lese das so, dass Frau Baumann gesagt hat: Also, da mal genau anhören morgen bei der Besprechung. - Aber ich habe an der Besprechung dann selber auch nicht teilgenommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay. - Die Gespräche, auch mit dem usbekischen Präsidenten und all die Vorgänge, die die Bundeskanzlerin initiiert hat in dieser Phase: War das auch die übliche Vorgehensweise, dass diese Impulse direkt von der Kanzlerin kamen, oder war das etwas, was besonders für diese Krisenzeit war?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, Krisen gibt es immer, aber in, sage ich mal, normaleren Zeiten gab es natürlich auch die Möglichkeit - davon haben wir auch Gebrauch gemacht -, über den Weg einer Vorlage Vorschläge zu machen für Gespräche und das zu begründen. Die Möglichkeit gibt es immer. Wie das in der Zeit lief, als Herr Hecker letztendlich als AL 2 aktiv war, das kann ich Ihnen nicht sagen, da fehlt mir die Anschauung.

Aber jetzt in den Wochen, wo ich mit der Bundeskanzlerin noch enger zusammengearbeitet habe, lief das eigentlich die ganze Zeit so, dass sie letztendlich immer aus den Gesprächen dann überlegt hat: Wie kann man das jetzt weiterführen? Wen braucht man jetzt, um Dinge voranzubringen? - Das ging sehr stark von ihr aus. Und wir haben - - Oder: Sie, nicht wir, sondern sie hat eine unglaubliche Menge an Telefonaten und Gesprächen geführt in diesen, weiß ich nicht, anderthalb, zwei Wochen, so wie ich das erinnere.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Ich möchte noch einen kurzen Themenkomplex aufnehmen in der verbleibenden Zeit, und zwar gab es dann im weiteren Verlauf, Ende August, plötzlich ein Angebot Russlands zur Evakuierung deutscher Staatsbürger. Und dazu gibt es auch einen Hinweis auf MAT A AA-8.230 VS-NfD,

Blatt 252. Und es gibt auch noch eine weitere Vorlage: MAT A BKAm-3.12 VS-NfD, Blatt 82. Können Sie uns kurz darstellen, wie Sie von diesem Angebot erfahren haben und wie der Ablauf da genau war?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Wäre es möglich, dass ich mir das kurz anschauere?

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja, ist schon unterwegs.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, meine Erinnerungen sind da nicht besonders weitgehend. Ich glaube, es ging darum, dass die - - vielleicht Mitarbeiter von Entwicklungshilfeorganisationen, glaube ich, selber in Erfahrung gebracht haben - aber da mag ich mich täuschen -, dass es da vielleicht eine Möglichkeit gibt. Und ich glaube, dass ich die Informationen von der Bundeskanzlerin selber bekommen habe. Also, ich kann mich nicht erinnern, dass an mich jemand herantreten wäre.

(Die Zeugin liest weiter in  
den ihr zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

Ja, die Informationen habe ich von der Bundeskanzlerin bekommen, die dann auch darum gebeten hat, dass ich mich kümmere - was ich auch gemacht habe.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem Krisenreaktionszentrum, wo ja alle Fäden zusammenliefen. Ja, das macht - - Ich weiß jetzt nicht, warum ich Herrn Zimmermann angesprochen habe; weiß ich nicht. Welche Funktion - - S 05. Keine Ahnung. Also, 04 auf jeden Fall ist Leiter Krisenreaktionszentrum, Herr Zahneisen. Aber vielleicht hat Herr Zimmermann im Krisenreaktionszentrum ausgeholfen; das weiß ich jetzt - - das kann ich jetzt nicht mehr rekonstruieren.

Auf jeden Fall war das eine Bitte. Und es bezog sich, glaube ich, auf Entwicklungshelfer. Und ich weiß auch, dass ich mit unserem Botschafter in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Moskau dazu gesprochen habe. Am Ende hat das aber nicht geklappt, weil, glaube ich, das Problem war, dass diese Leute irgendwo hätten rausgeholt werden müssen, also praktisch mit Spezialkräften, sage ich jetzt mal. Ich weiß nicht, ob es wirklich darum ging. Aber es scheiterte letztendlich, glaube ich, daran, dass diese Personen dann nicht sicher zum Flughafen gekommen sind. Und dann hat sich das leider - - konnte das nicht weiterverfolgt werden.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Es ging um 100 Plätze, glaube ich.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir wieder zu den Grünen. Frau Kollegin Schäfer.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Liebe Frau Beinhoff, am 16. Juni 2021 werden Sie in einer E-Mail von der Abteilungsleiterin 1 über die Ergebnisse einer Besprechung am Rande des Kabinetts zwischen der Kanzlerin, der Verteidigungsministerin, dem Außenminister, dem Chef Bundeskanzleramt und der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ und dem BMI-Staatssekretär informiert. Da ging es um die Entscheidung, die sogenannte Zweijahresfrist für Ortskräfte des BMVg und des BMI auf 2013 zu erweitern.

In dem Debriefing heißt es - und das ist die MAT-Nummer MAT A BKAm-3.37 VS-NfD, Blatt 262 -:

- „- BKin lehnt ab, dass die GIZ OK in die Erweiterung bis 2013 einbezogen werden, weil die GIZ OK nicht so gefährdet, wie die OK für Polizei und Bw; BMZ hat akzeptiert
- daher: Diskussion nur für OK von „Polizei und Bw“;
- BKin: OK für BMVg seit 2013; BKin: gerne auch Polizeikräfte

ab 2013; d.h. diese OK können Gefährdungsanzeige stellen, wird geprüft, bei positiver Prüfung, Einreise möglich“

Können Sie uns vielleicht sagen, auf welchen Erkenntnissen die Einschätzung der Bundeskanzlerin beruhte, dass die Ortskräfte der GIZ nicht so gefährdet seien wie andere Ortskräfte?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, das kann ich nicht. Ich sehe hier unten: „Jan, gerne ergänzen.“ Da war auch AL 2 beteiligt. Ich war an diesen Diskussionen nicht beteiligt.

Ich kann vielleicht nur wieder zurückkommen auf meine Teilnahme an einem dieser Sicherheitspolitischen Jours fixes. Das war aber - wir reden jetzt von Juni - im Mai. Und das habe ich ja vorhin auch geschildert. Da habe ich in der Tat in Erinnerung, dass das BMZ selber vorgetragen hat, dass im Bereich des BMZ noch kaum Gefährdungsanzeigen gestellt worden sind. Aber das war wahrscheinlich mehr als einen Monat davor. Diese Diskussion habe ich persönlich nicht mitverfolgt.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Gut. - Dann würde ich jetzt noch mal kurz zurückkommen zu diesem Komplex Charterflüge. Da ist ja den Akten zu entnehmen, dass auch das Bundeskanzleramt mehrfach mit den Fragen „Charterflüge für afghanische Ortskräfte“ befasst war, auch Sie selbst mit Ihrer Abteilung, obwohl ja die Federführung für das Ortskräfteverfahren bei der BMI-bezogenen Abteilung 1 lag.

Am 23. April 2021 haben Sie ausweislich der Akten an der Sondersitzung des Sicherheitspolitischen Jour fixe teilgenommen. In dem Vermerk des AA zur Sitzung ist unter „3. OKV“ festgehalten - ich zitiere MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 170 bis 172 -:

„Konsens: Bisherige Kriterien des OKV (u.a. Gefährdungsanzeige



## Nur zur dienstlichen Verwendung

innerhalb von 2 Jahren, Einzelfallentscheidung, Def. Kernfamilie)“

-wahrscheinlich „Definition Kernfamilie“, also „Def.“ abgekürzt -

„bleiben bestehen. Keine ges. Flugzeuge/Charter für OK's. Bessere Abstimmung der Kommunikation zu OKV notwendig. Grundsätzlich großzügige Linie angesichts moralischer Verpflichtung.“

Können Sie uns vielleicht noch mal kurz die damaligen Überlegungen in der Runde darlegen und wie es dann zu diesem Konsens, der ja auch so benannt wird, kam?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, an die Diskussion zu dem Punkt habe ich keine Erinnerung mehr. Was ich allerdings weiß - und das steht jetzt hier nicht drin; aber ich glaube, das war auch Hintergrund -: dass es am 26. April ja auch noch Linienflüge gab. Und es war ja auch durchaus - - Das war ja so, dass wir ja - - Bis zur Einnahme Kabuls durch die Taliban waren ja, weiß ich nicht, knapp 2 000 Ortskräfte ungefähr ausgerüstet. Und deshalb vermute ich, dass hier steht „keine gesonderten Flugzeuge/Charter für OK's“, weil es eben noch funktionierende - Turkish Airlines war das, glaube ich - Linienflüge gab. Das ist jetzt meine Vermutung.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ich erinnere mich an die Diskussion zu dem Punkt nicht. Aber Charterflüge kosten ja auch was. Und wenn es Linienflüge gab, dann stellt sich natürlich die Frage: Wer übernimmt dann die Kosten? Aber das ist eine andere; die wurde da nicht diskutiert.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay, also daran können Sie sich schon noch

erinnern, dass das nicht diskutiert wurde, wenn ich es richtig verstanden habe?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Was meinen Sie jetzt?

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mit den Kosten.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein. Also nein, ich kann mich nicht erinnern, dass das diskutiert wurde.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Und wie kann ich mir das dann vorstellen? Also waren Sie dann oder das Kanzleramt Teil dieses Konsenses, oder waren sie tatsächlich einfach Zuhörende oder Moderatorin, die dann nach dem Ressortprinzip die anderen - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Können wir das bitte anders fragen? Wenn Sie einfach fragen, welche Rolle die - -

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay, gut. - Also: Welche Rolle hatten Sie dann als Kanzleramt in diesem Termin, auch bezogen auf diesen Konsens, der da eben dann so festgehalten wurde?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich bin in Vertretung in die Sitzung gegangen und hatte jetzt keine Weisung, wenn ich das so sagen darf, von meinem Vorgesetzten, zu diesem Punkt irgendwas zu sagen. Und in dem Moment, wo sich die Ressorts einig sind und es keinen zwingenden Grund gibt, da sozusagen gegenzuhalten, dann hört man in dem Moment zu und nimmt zur Kenntnis, dass es einen Konsens gibt.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay, gut. Danke schön. - Dann kommen wir noch mal zu einem anderen Punkt. Und zwar wurden Sie am 21. August 2021 von Herrn Plötner, dem damaligen Politischen Direktor und Abteilungsleiter 2 des AA, offensichtlich zunächst angesprochen und dann angeschrieben, weil sich das Auswärtige Amt darüber geärgert hatte, dass es bei der schriftlichen Unterrichtung der Obleute des Verteidigungsausschusses durch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das BMVg eben keine Beteiligung des Auswärtigen Amtes oder auch keine Informationen an das Auswärtige Amt vorher gegeben hatte; das ist MAT A BKAm-3.37 VS-NfD, Blatt 199 bis 207. Vielleicht können Sie uns da einmal schildern, woran Sie sich da noch erinnern, bzw. welche inhaltlichen Kritikpunkte Herr Plötner da vorgebracht hat.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
blättert in diesen  
Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, die Unterlage, glaube ich, muss ich mir jetzt nicht durchlesen. - Ich erinnere mich nicht an das Gespräch mit Herrn Plötner, aber ich habe das ja sofort weitergegeben an den Kollegen Marx, der - ich vermute mal, ich weiß es nicht genau, sonst hätte ich den Gruppenleiter 23 direkt draufgenommen - wahrscheinlich zu der Zeit den Gruppenleiter 23, der das BMVg spiegelt in der Abteilung 2 - - mich da beteiligt - - und auch Herrn Krebber, bei dem ja auch die Fäden zu Afghanistan irgendwo zusammenliefen - -

„... nicht informiert ... nicht  
beteiligt worden ... Nehme ich  
mit Hr. Wächter auf.“

Ja, ich vermute, dass ich es gemacht habe.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und können Sie sich noch dran erinnern, ob es da um inhaltliche Kritikpunkte ging oder um Kritikpunkte beispielsweise am Verfahren oder um etwas anderes?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Da habe ich leider gar keine Erinnerung dran.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann vielleicht noch mal kurz zum Thema Krisenstabssitzungen. Aus den Akten haben wir entnommen, dass Sie bis zum 22. August 21 nicht wussten, dass von den Krisenstabssitzungen reguläre Protokolle bzw. Vermerke angefertigt worden sind. In einer E-Mail an die Abteilungsleiterin 1, Frau Kibele, schreiben Sie

nämlich am 23. August 2021 um 0.11 Uhr -  
MAT A BKAm-3.18 VS-NfD, Blatt 101 bis 102 -:

„Liebe Babette, es gibt - was ich  
auch erst seit gestern weiß - wohl  
diese Protokolle aus dem Krisen-  
stab im Nachgang, meist 1 Tag  
später.“

Heißt das, dass Sie bis zu diesem Tag, also dem 23. August 21, dann keine Protokolle der Krisenstabssitzungen kannten?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, wenn ich die Mail lese, dann war das so. Was ich allerdings auf jeden Fall auch sagen möchte, ist, dass das nicht heißt, dass ich nicht informiert worden bin. Herr Krebber hat mich da - der hat ja meistens teilgenommen, so jedenfalls meine Erinnerung - immer umgehend informiert über die Punkte, die er für wesentlich hielt. Aber dass es das in Schriftform gibt, das habe ich erst an diesem Tag erfahren.

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und können Sie sich noch dran erinnern, wie Ihnen das aufgefallen ist?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Wahrscheinlich, weil ich eins bekommen habe, also vermute ich jetzt mal, und dann gedacht habe: Oh, wenn es jetzt zu der Sitzung eines gibt, warum gibt es zu den anderen keins? - Und dann, glaube ich, haben die Kollegen mir das zugeschickt. Und dann habe ich es, glaube ich, weitergeleitet, ne?

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und können Sie sich noch dran erinnern, was Sie unternommen haben, um den Informationsfluss dann gegebenenfalls noch mal anzupassen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich habe das - - Genau, da ist auch die Mail. Ich würde jetzt sagen, ich hätte wahrscheinlich Herrn Krebber gebeten, darauf zu achten, dass wir die Protokolle



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kriegen, und dass er es auch verteilt. Und dann habe ich geschrieben:

„Lieber Daniel,

Bitte die Protokolle der Krisenstabssitzungen sofort an mich, Fr. Kibele, Hr. Geismann, Carsten Maas“

- der war auch Abteilung 6, glaube ich -

„Und Büro ChefBK ...“

Genau, das ist praktisch die Bitte, die ich da formuliert habe. Und dann schreibt er: „Okay, 20.8. ist das letzte Protokoll ...“ Und dann hat er das übermittelt, und dann war das geregelt, die Frage.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann hätte ich zum Abschluss einfach nur noch die Frage, wie Sie sich auf die Befragung heute vorbereitet haben.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, ich habe Akteneinsicht nehmen können in die Unterlagen, die Ihnen vom Kanzleramt übermittelt wurden, gehe ich mal davon aus, oder dem Auswärtigen Amt; da weiß ich jetzt nicht, wie die Verfahren sind.

**Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, vielen Dank.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Gerne.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke schön. - Bevor ich das Fragerecht weitergebe, will ich nur noch einmal erläutern, damit das nicht sozusagen falsch verstanden wird: Wenn wir Fragen stellen: „Antworten Sie mit a, b oder c“, dann ist das schwierig, weil wir eigentlich wollen, dass offen geantwortet wird und nicht Antworten nahegelegt werden. Und es ist eben leichter, dann offen zu fragen. Das ist der Grund, warum ich da zwischendrin immer mal darum bitte, dass wir offener fragen. Dann können die Zeugen sich so erinnern, wie sie sich erinnern wollen.

Jetzt wechselt das Fragerecht zur AfD.

**Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Beinhoff, ich komme zurück auf die letzte Runde. Da hatte ich mich bezogen auf MAT A BKAm-3.30 VS-NfD, Blatt 630 f.; das ist das Analysepapier des Verfassungsschutzes auf Anforderung der Bundeskanzlerin.

Laut diesem Papier hielt es der Verfassungsschutz für möglich, dass nach Deutschland kommende Ortskräfte durch schon in Deutschland lebende Muslime - Zitat - „wegen der Zusammenarbeit mit westlichen „Besatzungstruppen“ als ... (Ungläubige)“ angesehen würden, und hielt weiter über die mögliche Entwicklung von Ortskräften in Deutschland fest, dass - Zitat - eine „Hinwendung zum Islamismus ... bei entsprechender Agitation seitens islamistisch-salafistischer Akteure mittelfristig durchaus möglich“ sei. - Zitat Ende.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Frau Beinhoff, ist Ihnen bekannt, ob die zitierten Aussagen des von ihr selbst bestellten Verfassungsschutzpapiers die Bundeskanzlerin in der Folgezeit dazu angeregt haben, ihre Haltung zur weiteren Migration von Ortskräften nach Deutschland zu überdenken?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Das Papier sehe ich zum ersten Mal. Das ist eine Vorlage des Referats 132, das eben BMI bzw. Verfassungsschutz spiegelt. Das Referat 213 hat mitgezeichnet, aber ich kenne das Papier nicht. Und mir ist auch nicht bekannt, welche Schlussfolgerungen die Bundeskanzlerin aus diesem Papier gezogen hat.

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und Mutmaßungen über die Haltung der Bundeskanzlerin anzustellen, ist nicht die Aufgabe der Zeugin. Herr - -

**Joachim Wundrak** (AfD): Ich möchte trotzdem da weitermachen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Im Augenblick habe ich das Wort.

**Joachim Wundrak (AfD):** Bitte?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Im Augenblick habe ich das Wort. - Herr Gloßner.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich wollte nur kurz darauf aufmerksam machen, dass die Zeugin ja eine Aussagegenehmigung hat, und von der Aussagegenehmigung sind Aussagen zu dienstlichen Tatsachen in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich gedeckt. Die Frage zielte, glaube ich, auf Inhalte ab, die nicht im dienstlichen Zuständigkeitsbereich der Zeugin lagen. Also sind sie nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Selbst jenseits dieser Feststellung hätte man die Frage so nicht beantworten können. Deswegen hatte ich interveniert. Aber Sie können gerne fortfahren.

**Joachim Wundrak (AfD):** Im selben Papier des Verfassungsschutzes ist auch davon die Rede, dass während der Evakuierungsmission auch solche Afghanen nach Deutschland gekommen sind, die zuvor bereits aus Deutschland abgeschoben worden sind, weil sie hier bei uns Frauen und Kinder vergewaltigt haben. Das ist die gleiche MAT-Nummer: MAT A BKAm-3.30 VS-NfD, Blatt 631. Ist Ihnen bekannt, ob die Bundeskanzlerin dieses Resultat der Evakuierungsmission als Fehler erkannt und bedauert hat?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung. Also, es ist ja mühselig, aber wir versuchen das noch mal ganz einfach miteinander: Sie zitieren aus einer Vorlage, und die Frage, die Sie stellen können, lautet: Haben Sie Kenntnis darüber, ob es dazu eine Reaktion der Bundeskanzlerin gegeben hat?

Das kann man fragen; das ist eine zulässige Frage. Die Frage, wie Sie sie stellen, ist nicht zulässig. Ich mache das gerne mit Ihnen so lange, bis wir es haben. So kann man fragen. Wenn Sie das wollen, dann tun Sie das bitte. So kann ich die Frage nicht zulassen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Beinhoff, laut MAT A BKAm-3.10 VS-NfD, Blatt 46, begleiteten Sie die Kanzlerin in den Tagen der Kabuler Evakuierungsoperation bei ihrem Staatsbesuch in Moskau. Sie sollen auch hier bei einem Gespräch zugegen gewesen sein, das Frau Merkel mit Präsident Putin und Minister Lawrow führte. Frau Merkel adressierte dabei eine Bitte an Putin und Lawrow - ich zitiere nun wörtlich aus dem Gesprächsvermerk -:



**VLR Andreas Gloßner (AA):** Entschuldigung, wir bräuchten da die MAT-Nummer. Ich muss da reinspringen; es tut mir sehr leid. Aber wir bräuchten unbedingt die MAT-Nummer, damit wir das sehen können und beurteilen können, ob das unter Schutzbedürftigkeit gehört.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die MAT-Nummer, ne?

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Genau.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das wollte ich gerade sagen. Noch mal: -

**Joachim Wundrak (AfD):** Noch mal?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - Das Problem ist: Wir müssen die MAT-Nummer haben, um reinzusehen zu können. Uns war jetzt nicht klar, auf welche MAT-Nummer sich das bezieht. Herr Gloßner hatte das nicht verstanden.

**Joachim Wundrak (AfD):** MAT-A BKAm-3.10 VS-NfD, Blatt 46.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay.

**Joachim Wundrak (AfD):** Aber das hatte ich ja erwähnt.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja, also, es tut mir leid. Es geht um den Vermerk einer Besprechung auf höchster Ebene. Also das müssten wir, wenn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es ins Detail geht, in eingestufte Sitzung machen. Und ich bitte darum, nicht zu zitieren, auch wenn das als NfD eingestuft ist; aber wir hatten uns ja vorbehalten, reinzuspringen, wenn es um den Schutz bilateraler Beziehungen geht. Also, vielleicht kann man das mit stillem Vorhalt machen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist in der Tat die Praxis, die wir bezogen auf solche Gespräche hier bisher hatten. Stiller Vorhalt ist eine Möglichkeit, die Sie wählen können, wenn Sie wünschen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann verzichte ich auf diese Frage. - Frau Beinhoff, Sie haben sowohl für das am 14. August 2021 per Telefon durchgeführte Mehrministertgespräch mit der Kanzlerin - das ist MAT-A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 106 - als auch für die Krisenstabssitzung vom 15. August 2021 - MAT-A BKAm-3.30 VS-NfD, Blatt 564 - zusammenfassende Vermerke geschrieben. In beiden Vermerken konnten wir keinerlei Hinweise darauf finden, dass es auf höchster Regierungsebene ein Problembewusstsein dafür gab, dass das Ausfliegen von Tausenden Afghanen mittels Bundeswehrmaschinen auf rechtlich tönernen Füßen stand.

So sagte Dr. Jens Jokisch, Leiter des Krisenreaktionszentrums im AA, vor diesem Untersuchungsausschuss diesbezüglich aus - Zitat aus dem Protokoll der Sitzung vom 30.03.2023, Seite 85 -:

„Der Grundsatz ist - und das hat auch die Bundeswehr immer ganz klar gesagt -: Ortskräfte evakuieren wir nicht in unseren Fliegern; das ist nicht unser gesetzlicher Auftrag. - Das hat sie gesagt ... Das spiegelt eben auch die Rechtslage wider.“

Zitat Ende. - Gegen Mittag des besagten 15. August warnte dann auch der deutsche Sonderbeauftragte Jasper Wieck laut MAT A AA-8.312 VS-NfD, Blatt 39, mit Blick auf das nun geplante Ausfliegen von Afghanen durch die Bundeswehr vor einem Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Bekanntlich

wurden dann auch durch die Bundeswehr Tausende Afghanen nach Deutschland geflogen, die weder Ortskräfte waren noch zu den sogenannten besonders schutzbedürftigen Personen zählten.

Auf welcher - das ist meine Frage, Frau Beinhoff - verfassungsrechtlichen Grundlage wurden aus Ihrer Sicht damals Tausende Afghanen, die weder Ortskräfte noch Schutzbedürftige waren, von der Bundeswehr aus Kabul ausgefliegen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Zu dieser Frage kann ich leider nichts beitragen, weil dieses Thema mir nicht in Erinnerung ist. Also, ich kenne auch die Aussage von Herrn Wieck nicht; die hat mich nicht erreicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich unterbreche noch mal kurz - halten Sie mal die Zeit an - für zwei Bemerkungen.

Erstens. Man kann zu den Inhalten solcher Gespräche in etwas allgemeinerer Form fragen. Das haben die Kollegen Röwekamp und Erndl vorhin gemacht. Also es gibt die Möglichkeit; das kann man so machen. Aber dann beinhaltet es das, was eben von Herrn Gloßner gesagt worden ist. Dann kann man damit umgehen.

Und das Zweite ist. Das Problem an dieser Frage jetzt war, dass sie mit einer Wertung verbunden war, die man nicht teilen muss. Man hätte die Zeugin Beinhoff fragen können: Kennen Sie die verfassungsrechtliche Grundlage? - Oder: Welche verfassungsrechtliche Grundlage hatte die Entscheidung oder der Vorschlag? - Das kann man fragen.

Ob Ihnen das gefällt oder nicht, ist mir, ehrlich gesagt, schnurz. Ich sage Ihnen: So kann man fragen. Aber die Bewertung als Teil der Frage ist nicht zulässig, sondern man muss offen fragen: Kennen Sie die Bewertung? - Oder: Auf welcher verfassungsrechtlichen Grundlage ist das entschieden worden nach Ihrer Kenntnis? - Das kann man fragen, und die Bewertung können Sie dann selbst ziehen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Das ist wörtlich meine Frage, Herr Vorsitzender.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein, Sie haben nicht das Wort. - Die Frage, so wie sie gestellt war, implizierte eine wertende Feststellung, was diese Rechtsgrundlage angeht. Die Frage, die Sie stellen können, ist: Auf welcher Rechtsgrundlage ist das nach Ihrem Kenntnisstand geschehen? - Das kann man fragen. Wenn Sie das fragen möchten, kann die Zeugin antworten, wenn sie das beantworten kann. - Bitte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, ich bin der Meinung, dass ich genau das wörtlich so gefragt habe, bitte auch die Zeugin, das so zu beantworten.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Die Frage nach der Rechtsgrundlage kann ich Ihnen nicht beantworten. Mir ist nicht bekannt, auf welcher Rechtsgrundlage die Evakuierung von Ortskräften passiert ist.

**Joachim Wundrak (AfD):** Können Sie uns denn sagen, ob es diesbezüglich im Kanzleramt Sorgen vor einer späteren Befassung des Bundesverfassungsgerichtes gab?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dazu möchte ich noch mal auf die Zuständigkeiten verweisen: Verfassungsrechtliche Fragen und andere Dinge dieser Art nach Rechtsgrundlagen liefen nicht in der Abteilung 2. Das war nicht meine Zuständigkeit.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wobei ich schon sagen muss - ich muss jetzt da mal andersrum argumentieren, wenn man die Frage stellt, ob Ihnen das bekannt ist, dass es solche Diskussionen gab -: Aus Ihrer Zuständigkeit heraus können Sie schon antworten, ob Ihnen das bekannt war - ja oder nein -; das kann man, glaube ich, schon beantworten.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ich antworte: Mir war diese Diskussion nicht bekannt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Beinhoff, in den Vormittagsstunden des 15. August 2021 erhielten Sie laut MAT A BKAm-3.37 VS-NfD, Blatt 170,

eine E-Mail von Thorsten Marx, dem Leiter des Referats 232. Marx schrieb Ihnen wörtlich - Zitat -:

„Insgesamt sind wir jetzt wohl leider an dem Punkt, den es aus Sicht BKin anfangs des Jahres unter allen Umständen zu verhindern galt.“

Zitat Ende. - Frau Beinhoff, bei welcher Gelegenheit und in welchem Rahmen hat die Bundeskanzlerin zu Beginn des Jahres 2021 darauf gedrungen, das im August 2021 dann doch eingetretene Szenario „unter allen Umständen zu verhindern“? Wissen Sie, welche Kenntnisse die Kanzlerin im Januar 2021 dazu gebracht hatten, einen völligen Zusammenbruch der Republik Afghanistan als realistisches Szenario einzuschätzen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Fragen kann man in dieser Form beide auch nicht zulassen. - Es ist wirklich sehr, sehr mühselig. Ich bitte darum, Fragen zu stellen, die darauf hinauslaufen, welche Kenntnisse die Zeugin hat, und nicht, wie sie mit bestimmten Bewertungen, die auch in dieser Frage wieder enthalten waren, die man nicht teilen muss - - Ich weiß nicht, was so schwer ist, da eine neutrale Frage zu stellen. Die Zeugin kann über ihre Kenntnisse antworten, bei welchen Gelegenheiten das gewesen ist, und dann mögen Sie Schlussfolgerungen ziehen. Aber schon die These - Sie unterstellen ja der Kanzlerin, dass sie das mit einem bestimmten Motiv getan habe - muss die Zeugin nicht teilen, und so kann sie darauf auch nicht antworten. Deswegen: Stellen Sie die Frage bitte offen, dann kann ich sie zulassen. Sonst kann ich sie nicht zulassen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Beinhoff, haben Sie Kenntnisse über intern von der Bundeskanzlerin geäußerte Kritik an einzelnen deutschen Ressorts oder Akteuren bezüglich deren Handlungen in der Afghanistan-Politik?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können Sie beantworten.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, habe ich nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ihre Zeit ist zu Ende, und der Kollege von der FDP, Herr Heidt, hat jetzt das Wort. - Wir sollten dann relativ bald mal zu einer Pause schreiten, habe ich das Gefühl. Ich glaube, ein bisschen Sauerstoff in diesem Raum ist wahrscheinlich hilfreich. - Herr Kollege Heidt.

**Peter Heidt (FDP):** Da haben Sie auf jeden Fall recht, Herr Vorsitzender. Vielen Dank. - Uns liegt in MAT A BK Amt-3.40 VS-NfD, Blatt 52 bis 53, eine Vorbereitung des Bundeskanzleramts auf die Abteilungsrunde am 9. August für Sie vor. Zu diesem Zeitpunkt konnten die Taliban ihr Einflussgebiet bereits erweitern. Wer hat denn an dieser Abteilungsrunde teilgenommen, und wie häufig fanden diese Abteilungsrunden statt?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Dürfte ich die Unterlage kurz sehen, bitte?

**Peter Heidt (FDP):** Natürlich. Ja, klar.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Die Abteilungsleiterrunde war ein Format unter der Leitung von ChefBK. Meiner Erinnerung - ich hoffe, ich täusche mich nicht - hat sie zweimal in der Woche stattgefunden, offensichtlich montags - aber das hätte ich jetzt auch nicht mehr gewusst - und, ich glaube, donnerstags. Und an der Runde haben alle Abteilungsleiter/-leiterinnen teilgenommen. Und da ich am 9. August ja den AL 2 vertreten habe, bin ich dann hingegangen, genau, und habe mir da - das war mein erster Arbeitstag - sozusagen den neuesten Sachstand geben lassen, mit dem Ziel, das dort in der Runde dann vorzutragen.

**Peter Heidt (FDP):** In dem Briefing steht:

„Inzwischen können die TLB ihr Einflussgebiet auf die folgenden Provinzhauptstädte ausdehnen (aber ob dies auf Dauer sein wird, bleibt abzuwarten – die Kontrolle über Räume zu konsolidieren ist

anspruchsvoller, als diese zu erobern): ...“

Wie haben Sie die sich schnell zuspitzende Lage damals eingeschätzt? Und wie hat Ihre Gruppe damit gerechnet, dass die Taliban in kürzester Zeit Kabul erreichen würden?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das war ja, wie gesagt, mein erster Arbeitstag nach ein paar Wochen Abwesenheit, wo die Dinge sich sehr rasant entwickelt hatten. Und wenn ich versuche, mich da jetzt noch mal zurückzuerinnern: Da musste ich erst mal wieder auf den neuesten Stand kommen. Also, ich glaube nicht, dass ich in dem Moment verschiedene Szenarien im Kopf hatte, sondern ich musste erst mal ein Gefühl für die Lage kriegen.

Und dann gab es ja auch fortlaufend in der Woche BND-Unterrichtungen. Das sind ja auch immer wichtige Bestandteile so für das Lagebild. Also, an dem Tag auf jeden Fall und auch noch weiter im Laufe der Woche war klar: Die Lage spitzt sich zu. Aber es war unklar, ob Kabul fallen würde.

**Peter Heidt (FDP):** Welcher Handlungsbedarf wurde denn dann in der Abteilungsleiterrunde abgeleitet? Vielleicht noch die Frage: Haben Sie diese Abteilungsleiterrunden als produktiv erlebt?

(Die Zeugin liest in den ihr  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeugin Christina Beinhoff:** Sorry, ich wollte mir nur noch mal hier den Vermerk anschauen. Also, ich kann mich nicht erinnern, ob es in der Abteilungsleiterrunde da eine konkrete Bitte gegeben hat. Das kann ich Ihnen nicht sagen. - Und was war Ihre zweite Frage? Ob das produktiv war?

**Peter Heidt (FDP):** Wie produktiv die waren, diese Runden.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, das sieht jeder anders. Für mich war es auf jeden Fall sehr wichtig und gut, in diesen Runden zu sein, weil man



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eben aus erster Hand dann auch aus den anderen Abteilungen zweimal die Woche unterrichtet wurde. Also, ich habe davon sehr profitiert - wie die anderen das gesehen haben, weiß ich nicht -, weil es ja doch immer Querverbindungen gab. Also wenn zum Beispiel Abteilungsleiter oder Vertreterin des Abteilungsleiters 5, der für Europapolitik zuständig war, berichtet hat, da gab es sehr häufig Überschneidungen mit Themen, die in meiner Gruppe liefen. Und das fand ich sehr hilfreich.

**Peter Heidt (FDP):** Das Briefing bezieht sich auch auf die US-Luftunterstützungen, welche im Kampf gegen die Taliban ja bereits 2015 und 2016 im Kunduz eine Schlüsselrolle gespielt haben und auch in dieser Situation eine Rolle spielen sollten. Inwiefern wurde das dann auch in der Abteilungsleiterrunde thematisiert?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Daran habe ich keine Erinnerung.

**Peter Heidt (FDP):** Und dann in MAT BKAm-3.40 VS-NfD, Blatt 55, liegt uns ein Mailbericht eines Ihrer Mitarbeiter vor, welcher Sie über die Krisenstabssitzung vom 13. August 2021 informiert. Sie haben an der Sitzung, soweit ich weiß, nicht teilgenommen. Wissen Sie noch, warum Sie nicht teilgenommen haben?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, weil ich in der Woche ja den Abteilungsleiter vertreten habe und Erreichbarkeit für die Leitung des Kanzleramts und natürlich vor allen Dingen für die Bundeskanzlerin gewährleistet sein musste. Und so eine Krisenstabssitzung, die findet ja im Krisenkeller des Auswärtigen Amtes statt. Da darf man keine Handys reinnehmen. Man ist da überhaupt nicht erreichbar. Und der neue Gruppenleiter 22 war noch nicht da. Deshalb habe ich den Referatsleiter, der am nächsten mit seinem Team an dem Thema dran ist, gebeten, diese Sitzung wahrzunehmen. Das ist auch nichts Ungewöhnliches.

**Peter Heidt (FDP):** Ich habe mich da schon gefragt: Sie haben ja eine Zeit lang diese Doppelbelastung gehabt. Und dann haben Sie auch schon gesagt: Der andere Gruppenleiter fehlte

auch noch. Wie haben Sie das damals empfunden in dieser Krisensituation? War das für Sie leistbar, oder haben Sie das Gefühl gehabt: Eigentlich ist das jetzt in der Situation eine Nummer zu groß oder zu viel?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Zweite, das streichen wir bitte komplett. Der erste Teil reicht.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Der erste Teil war, wie ich das empfunden habe?

**Peter Heidt (FDP):** Die Belastung.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Die Belastung. Gut. - Also, da denkt man nicht drüber nach. Mir war bekannt, wie die Situation sein wird. Das ist auch, ehrlich gesagt, ganz normal. Es war Sommer. Um den Sommer herum wird im Auswärtigen Amt - wir nennen das „einheitlicher Versetzungstermin“ - rotiert. Das heißt, da gibt es Versetzungen rein, da gibt es Versetzungen raus. Das ist etwas, was ganz normal ist für uns, auch wenn es nicht angenehm ist. Und deshalb bin ich mit der Situation umgegangen.

**Peter Heidt (FDP):** Um zurückzukommen auf diese zitierte MAT-Nummer: In dem Bericht schrieb Ihr Mitarbeiter, es gebe für die Evakuierung der Botschaft in Kabul ein „Zeitfenster wohl mindestens bis Ende August“. - Wissen Sie, auf welcher Grundlage Ihr Mitarbeiter diese Schlüsse gezogen hat?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Das ist jetzt eine Vermutung. Aber jetzt suche ich gerade meine eigene Mail vom Tag darauf, am 14.

(Die Zeugin liest in ihren Unterlagen)

Das Thema hatten wir vorhin:

„Auf Frage der BKIn nach dem Botschaftsbetrieb ...“

- usw. -

„sagte BM Maas, dass dies derzeit geprüft werde, jedoch die Bot-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schaft (u.a. wegen einer Schutz-  
zusage durch US-Kräfte ...) bis  
Ende August ... durchhaltefähig  
...“

Also, ich gehe jetzt davon aus, dass der Punkt, der da am 14. angeführt wurde, also dass die USA für die Sicherheit der Green Zone suchen, auch am Freitag so angesprochen wurde. Jedenfalls ist das meines Erachtens derselbe Sachverhalt.

**Peter Heidt (FDP):** Wissen Sie noch, inwiefern die Informationen bei Ihnen Handlungsbedarf ausgelöst haben?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Wie ich vorhin schon geschildert habe: Nach der Krisenstabssitzung hat Herr Krebber mich debrieft. Und jetzt kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen, wann wir das entschieden haben und ob ich mit der Kanzlerin zwischendurch telefoniert habe. Das weiß ich alles nicht.

Fakt ist jedenfalls: Wir haben eine Unterlage vorbereitet für ein Ministergespräch am nächsten Morgen. Ich glaube, das hat sogar sehr früh stattgefunden. Wir haben uns unmittelbar - - Oder: Die Kollegen haben sich unmittelbar an die Arbeit gemacht. Also, von daher leite ich von der Krisenstabssitzung ab, dass wir den Eindruck haben - und die Kanzlerin sicherlich auch -, dass sie da jetzt mit den Ministern sprechen will, um die notwendigen Schritte einzuleiten.

**Peter Heidt (FDP):** Ich will noch zu einem anderen Thema kommen. Sie hatten vorhin schon mal die Frage der Neumandatierung besprochen. Da gibt es eine Mail - MAT A BKAmT-3.37 VS-NfD, Blatt 156/157 - vom 14. August 21. Nach der Telefonkonferenz zwischen Merkel, Scholz, Maas, Seehofer, Jäger, AKK schreiben Sie:

„Mandatierung (Abstützung auf formell bis 31.1.22 gültiges RSM-Mandat (so Präferenz BM Maas und Scholz) bzw. Neumandatierung (so AKK): BKin zieht, wie AKK, neues Mandat vor; Debatte im Parlament werde ohnehin kommen.“

Haben Sie damals an dieser Telefonkonferenz selbst teilgenommen?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ja, habe ich. Deshalb habe ich auch diesen kurzen Vermerk schreiben können.

**Peter Heidt (FDP):** Ich sehe das hier schon als unterschiedliche Positionierungen. Also, das sind ja schon deutliche Abweichungen. Können Sie das erklären - aus Ihrem Fachwissen heraus -, dass diese Minister so unterschiedlich da gedacht haben?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, war das ein sehr sachliches Gespräch, meiner Erinnerung nach. Rechtlich - jedenfalls erinnere ich mich, dass wir oder ich eine Kurzbewertung des völkerrechtlichen Referats des Auswärtigen Amtes bekommen hatte -, ich glaube, rechtlich, völkerrechtlich, hätte das noch gültige RSM-Mandat das abgedeckt, das erlaubt. Also, ich glaube, rechtlich war das völlig in Ordnung.

Die Frage, die eben in dieser Runde dann auch noch mal diskutiert wurde - - Aber eigentlich wurde sie gar nicht diskutiert. Es wurden die Argumente ausgetauscht, und im Grunde war dann klar: Wir machen ein neues Mandat. Das wurde meines Erachtens dann nicht mehr hinterfragt. Es war ja eine politische Entscheidung. Ich glaube, rechtlich wäre es in Ordnung gewesen, aber das sollte eben politisch noch mal entsprechend, ja, unterstrichen werden.

**Peter Heidt (FDP):** Es ist ja dann damals auch diskutiert worden, ob das in einem Umlaufverfahren entschieden wird oder eben im Kabinett. Am Ende ist es wohl im Kabinett entschieden worden. Wissen Sie noch die Hintergründe, also warum man das nicht im Umlaufverfahren gemacht hat, sondern in der Kabinettsitzung?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

**Peter Heidt (FDP):** Wie sah denn Ihre inhaltliche Arbeit für das Evakuierungsmandat in der Kabinettsitzung aus?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Christina Beinhoff:** Ich persönlich habe gar keine Rolle in der Kabinettsitzung. Ich gehe sehr stark davon aus - ich weiß es aber nicht -, dass ich an der Kabinettsitzung am 18. teilgenommen habe. Aber man ist da Zuhörer und hat da keine Rolle als Beamtin.

**Peter Heidt (FDP):** Wie viel Zeit hätte ich noch? - Okay. Sie haben das nicht signalisiert.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut.- Sie waren so im Eifer, dass ich gedacht habe, in der letzten Runde ist das - - Wir waren ja ein bisschen großzügig vor dem Hintergrund, dass ich wahrgenommen hatte aus den Fraktionen, dass weitere Runden nicht erforderlich sind. Deswegen war ich ein bisschen großzügiger. - Bevor Sie sich empören: Sie habe ich noch nicht gefragt. Die anderen Fraktionen sind gefragt worden. Haben Sie noch Fragen?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, natürlich.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So natürlich ist das nicht. Aber dann dürfen Sie noch ein paar Fragen stellen. - Damit wir das in dieser Runde besser hinkriegen: Am besten sind Fragen, wo der Zeugin keine Antwort nahegelegt wird und man den Eindruck erweckt, dass einen die Antwort interessiert. Das würde ich als generelle Leitlinie praktisch finden, wenn wir so fragen. Vielleicht schaffen wir das noch. - Dann haben Sie jetzt das Wort, bitte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Danke auch für die Hinweise. - Frau Beinhoff, laut MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 243, wurde am 22. August 2021 in einem Mehrministergespräch entschieden, im Ortskräfteverfahren das Jahr 2013 nun auch als Bezugsgröße für die Ortskräfte der Entwicklungszusammenarbeit anzulegen. Der Zeuge Helmut Fischer hat diesem Ausschuss allerdings eine andere Version darüber dargelegt, wie es zu dieser folgenreichen und auch brisanten Entscheidung vom 22. August gekommen ist. Fischer sagte uns, dass dies - und das ist ein Zitat -

„die Bundeskanzlerin am Abend des 22.“

- August -

„verfügt hat.“

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** ... (akustisch unverständlich)

**Joachim Wundrak (AfD):** Noch mal akustisch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Worauf bezieht sich das, was Sie gerade vortragen? Die Protokollfundstelle brauchen wir - - Fischer.

**Joachim Wundrak (AfD):** Protokoll UA-Sitzung vom 27.04.2023.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Besten Dank.

**Joachim Wundrak (AfD):** Seite 121; das hätte ich aber jetzt im nächsten Satz gesagt. Okay. - Die Zeugin Hammerschmidt, UAL im BMZ, bestätigte, dass diese horrende Ausweitung des Berechtigtenkreises eben nicht unter Abwägung von Sachargumenten, unter Einbindung des zuständigen Ministers Müller beschlossen wurde, sondern offenbar auf eine einsame Entscheidung der Kanzlerin zurückzuführen ist. Zitat Hammerschmidt:

„Die Entscheidung von der Bundeskanzlerin, das war seinerzeit ein Anruf, wo sie unseren Minister“

- das ist BMZ-Minister Müller, CSU -

„angerufen hat und gesagt hat: So, für euch ...“

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich bin ein sehr geduldiger Mensch, Herr Abgeordneter. Aber ich sage jetzt zum fast zehnten Mal: Wenn Sie Zitate vorzulesen beabsichtigen, muss vorher die Fundstelle genannt werden, damit man in der Lage ist, das nachzuvollziehen. Weil wenn Sie die aneinanderreihen und irgendwann kommt dann auch noch mal die Quelle, kann das niemand nachvollziehen. Dann bin ich nicht in der Lage, die Zulässigkeit festzustellen, und die anderen sind nicht in der Lage, zu folgen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Joachim Wundrak** (AfD): Das wäre mein letzter - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, das nützt uns aber nichts, wenn das am Ende kommt, weil man das nicht nachvollziehen kann. Es muss nachvollziehbar sein. Und das bedeutet - ich will es noch mal sehr simpel sagen -: Man nennt die MAT-Nummer; dann wissen alle, worauf man sich bezieht, und können hineingucken.

(Dr. Tabea Goldboom  
(BKAm) meldet sich  
zu Wort)

Dann stellt man eine Frage ohne Wertung, und dann kommt die Antwort. Am einfachsten ist es, man stellt sie hintereinander. Wenn Sie es aber vorziehen, das in einer Frage zu tun, dann müssen zwischendrin Pausen sein, sodass man das finden kann; wenn Sie so mit Ihrer Zeit umgehen wollen.

**Joachim Wundrak** (AfD): Also, ich beziehe mich auf das Protokoll der UA-Sitzung vom 25.04.2024, Seite 133; Anlage 43.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dieses Protokoll enthielt die Wertungen nicht, sondern muss entweder wörtlich zitiert werden - - Auch das habe ich vorhin gesagt: Die Vermischung von Fragen mit Wertungen ist nicht zulässig. Ich kann das jetzt jedes Mal so machen; dann ist Ihre Zeit zu Ende. Aber warum kann man nicht eine Frage stellen und wörtlich zitieren, vorher die MAT-Nummer sagen und, wenn Sie dann Wertungen anschließen wollen, das am Ende tun? Aber bitte nicht als Teil der Frage, weil sonst nämlich der Eindruck entsteht - ich will Ihnen ganz genau sagen, warum wir das nicht zulassen können -, dass wir uns hier Wertungen zu eigen machen in diesem Ausschuss, die wir uns nicht zu eigen machen wollen. Sondern es ist das Recht Ihrer Fraktion, hinterher Wertungen abzugeben. Und dann rutscht das unter, und dann heißt es: Der Ausschuss hat doch Folgendes festgestellt. - Das hat er nicht. Das ist der Grund, warum wir hier so strikt miteinander verfahren.

**Joachim Wundrak** (AfD): Ich danke für Ihre Hinweise. Aber ich muss darauf bestehen: Ich habe ein Zitat - und das ist ein kurzes Zitat - dann mit der Fundstelle versehen, und ich habe noch keine Frage gestellt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und mit einer Wertung versehen, die dadrin war. So, wir haben jetzt - -

**Joachim Wundrak** (AfD): Ich kann die Wertung nicht sehen.

(Nicolas Zippelius  
(CDU/CSU): „Folgeschwere Entscheidung! - Weiterer Zuruf: „Einsame Entscheidung“!“)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** „Einsame Entscheidung“ haben Sie gesagt. Ich will das eigentlich auch, ehrlich gesagt - - Ich bin ein sehr geduldiger Mensch, aber ich will das auch - - Sie sollten das auch bei mir nicht überstrapazieren. Ich interveniere jetzt einfach. Sie haben die Gelegenheit, die Frage neu zu stellen, und zwar bitte so in der Reihenfolge, wie ich das eben gesagt habe. Und dann kann die Zeugin versuchen, darauf zu antworten.

**Joachim Wundrak** (AfD): Also, ich muss noch mal darauf bestehen, Herr Vorsitzender. Ich habe noch keine Frage gestellt. Ich habe bisher nur zitiert.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber Sie haben eben nicht wörtlich zitiert.

(Nicolas Zippelius  
(CDU/CSU): Das ist Teil  
der Frage!)

- So ist es. - Aber wir brauchen das jetzt hier gar nicht zu diskutieren.

(Zuruf der Abg. Mechthilde  
Wittmann (CDU/CSU))

Sie können es gerne wiederholen, wenn Sie das wollen. Sonst entziehe ich Ihnen das Wort, und wir sind am Ende. - Bitte. Sie können die Frage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch einmal stellen, in korrekter Form, wenn Sie das wünschen. Aber ich diskutiere das jetzt eigentlich nicht weiter.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann stelle ich die Frage direkt, Frau Beinhoff: Können Sie uns sagen, weshalb in den Unterlagen des Kanzleramts davon die Rede ist, dass die Ausweitung der Frist für BMZ-Ortskräfte auf das Jahr 2013 während eines Mehrministergesprächs am 22.08. beschlossen worden ist? Und was wissen Sie über die Reaktion des Ministers Müller auf die ihm von Angela Merkel selbst mitgeteilte Entscheidung der Kanzlerin? Gab es hier einen Protest oder eine Widerrede von Minister Müller?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die letzten paar Worte vergessen wir wieder. Und den Teil davon - „was ist Ihnen bekannt?“ -, können Sie gerne beantworten, wenn Sie das können.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Also, mir ist nur in Erinnerung, dass die Entscheidung getroffen wurde mit dem Inhalt, dass auch ehemalige Ortskräfte oder Ortskräfte, die für das BMZ oder seine Mittlerorganisationen gearbeitet haben, bis zurück ins Jahr 2013 Gefährdungsanzeigen stellen können bzw. den Wunsch äußern können, evakuiert zu werden. Wann diese Entscheidung getroffen wurde und wie Minister Müller darauf reagiert hat, weiß ich nicht. Ich kenne nur das Ergebnis.

**Joachim Wundrak (AfD):** Sind Ihnen kritische Stimmen aus den betroffenen Ressorts oder auch aus dem Kanzleramt zu der Entscheidung der Kanzlerin, die Frist für Ortskräfte des BMZ auf 2013 auszuweiten, bekannt geworden?

**Zeugin Christina Beinhoff:** Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Beinhoff, die Zeugin Hammerschmidt hat diesem Ausschuss mitgeteilt, dass Angela Merkel höchstselbst am 22. August 2021 verfügte, die 2013er-Frist nun auch auf Ortskräfte des BMZ auszuweiten; das war ja Gegenstand der vorigen Frage. Dabei hatte es bereits Ende Juni 2021 Sicherheitsgarantien der Taliban für die Ortskräfte der deutschen EZ gegeben, die nicht nur von der GIZ als belastbar

eingeschätzt worden sind; das ist MAT A GIZ-3.37, Blatt 48 f.

Dr. Julius Spatz, Abteilungsleiter der GIZ, hat uns dann berichtet, dass sich die GIZ gleich nach dem Fall von Kabul erneut schriftliche Sicherheitsgarantien von den Taliban besorgte und die Ortskräfte der deutschen EZ dadurch besser geschützt waren als die normale afghanische Bevölkerung; das ist das Protokoll der UA-Sitzung vom 06.07.23, Seite 78. Auf die Frage, warum man bei der GIZ von der Belastbarkeit dieser Sicherheitsgarantien ausging, stellte Dr. Spatz klar - und das ist ein Zitat -:

„Weil - das ist jetzt wahrscheinlich hart für einige zu akzeptieren - die Taliban sich an das, was sie sagen, halten.“

Protokoll der UA-Sitzung vom 06.07.23, Seite 104. - Frau Beinhoff, ist Ihnen irgendein Sachargument bekannt, das Angela Merkel für ihre Entscheidung vom 22.08.21, die 2013er-Frist nun auch auf Ortskräfte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Auch das ist eine Frage, die wir so nicht zulassen können, die so nicht gestellt werden kann.

(Zuruf der Abg. Sara Nanni  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN))

Ich begründe das jetzt nicht mehr, sondern ich habe es jetzt hinreichend dargestellt, wie Fragen gestellt werden müssen. - Die Frage muss die Zeugin nicht beantworten.

**Joachim Wundrak (AfD):** Frau Beinhoff, laut MAT A BKAm-4.10 VS-NfD, Blatt 19, sollen Sie am 18. August 2021 von Beate Baumann - das ist die Büroleiterin von Frau Merkel - dazu aufgefordert worden sein, die Regierungserklärung Angela Merkels für die Plenardebatte am 25.08.21 zur Mandatierung der militärischen Evakuierungsoperation vorzubereiten. Eine Woche später versuchte Frau Merkel dann vor dem Bundestag, gleich zu Beginn ihrer Rede, emotional



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für das Mandat zu werben - Zitat -: „Wir werden“ - und das ist das Protokoll der Plenardebatte der 238. Sitzung vom 25.08.21 - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich unterbreche noch mal. Es ist heute irgendwie Schwerstarbeit, ist mein Eindruck, aber ich will das noch mal sagen: Es gibt verschiedene Formen, Fragen zu stellen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich habe noch keine Frage gestellt.

(Unruhe - Zuruf der Abg.  
Mechthilde Wittmann  
(CDU/CSU): Eine  
Bewertung!)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein, aber Sie haben - - Regelmäßig bauen Sie sozusagen bewertende Zusammenfassungen - so möchte ich es mal nennen - ein von Dingen, die Sie zitieren. Die Zeugin muss dann mit einem Sammelsurium von verschiedenen Quellen, bewertenden Zusammenfassungen, teilweise Zitaten und teilweise Quellen, die erst am Ende genannt werden, operieren. Das kann kein vernünftiger Mensch leisten, und das ist auch in der Form nicht zulässig. Und es ermöglicht uns dann übrigens auch nicht - und mir persönlich -, zu klären, ob das zulässig ist oder nicht.

Ich will das noch mal sagen: Fragen sollten so gestellt werden, dass als Erstes klargestellt wird, worauf sich das bezieht, dass das alle nachvollziehen können - auch die Bundesregierung und die Befragte -, dass - zweitens - wenn auf die Dokumente Bezug genommen wird, wörtlich zitiert wird und nicht bewertende Zusammenfassungen Teil dieses Komplexes sind und dass dann eine Frage gestellt wird, die offen ist und nicht eine Antwort nahelegt. Und wenn Sie dann in Ihrer Redezeit, die Sie haben, noch Bewertungen abgeben wollen, sind Sie frei darin; so viel Redezeit haben Sie ja nicht, aber das ist Ihr Bier.

Das ist das, worüber wir hier reden. Und wenn eines dieser Dinge verletzt ist, unterbinde ich das. Und das mache ich jetzt, bei diesem Mal, noch mal. Sie haben jetzt noch eine halbe Minute

Zeit. Wenn Ihnen noch eine vernünftige Frage einfällt, können Sie die stellen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ich verzichte auf die Frage, weil ich in den 30 Sekunden dieses nicht bewerkstelligen kann.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann sind wir am Ende der Befragung angekommen. - Frau Beinhoff, ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung gestanden haben, und weise Sie darauf hin, dass Sie das Protokoll bekommen und noch 14 Tage Zeit haben, dann gegebenenfalls Korrekturen anzubringen. Der Ausschuss entscheidet dann anschließend formal darüber, Ihre Befragung auch förmlich zu beenden.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und unterbreche die Sitzung bis 19.40 Uhr. - Ich bitte darum, den Saal zu lüften und freue mich auf das Wiedersehen.

**Zeugin Christina Beinhoff:** Vielen Dank.

(Unterbrechung von  
19.13 bis 19.47 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Dr. Claudia Warning

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, Sie haben sich erholt. Ich setze die Sitzung fort und begrüße unsere dritte Zeugin, Professor Claudia Warning, die bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Professor Warning, Sie haben den Erhalt der Ladung am 5. Januar bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, der uns bekannte Rechtsanwalt Professor Alexander Ignor, Platz genommen. Herr Professor Ignor, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Da Sie schon mehrfach im Ausschuss waren, gehe ich davon aus, dass Sie Ihre Rechte und Pflichten kennen, und erspare mir die Hinweise darauf, die ich ansonsten vortrage.

Das ersetze ich aber dadurch, dass ich noch einen Hinweis geben möchte, den ich in der Sitzung eben hätte geben wollen, nämlich, dass in diesem Ausschuss Rederecht die Abgeordneten, die Vertreter der Bundesregierung und die Zeugen haben. Sonst niemand. Das wollte ich nur mal ausdrücklich hier festhalten.

Frau Professor Warning, ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin vor.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach

§ 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Dies gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt gegeben worden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, Herr Vorsitzender. Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Ich weise Sie eigens darauf hin, dass es sich um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt: Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44



## Nur zur dienstlichen Verwendung

des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie Fragen zu diesen Hinweisen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wenn ich Zweifel habe, darf ich meinen Rechtsbeistand und unsere Beauftragte fragen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich habe Sie akustisch nicht verstanden. Entschuldigung.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Entschuldigung. - Falls ich zu diesem Sachverhalt Fragen habe, darf ich meinen Rechtsbeistand bzw. unsere Beauftragte fragen, nicht wahr? - Gut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ihr Rechtsanwalt ist für alle prozeduralen Verfahrensfragen zuständig. Dafür ist er da, und dafür kann er die Rolle auch wahrnehmen, und dann muss gegebenenfalls eine kleine Pause gemacht werden. - Gut.

Ich komme jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Ich werde Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen, und dann haben Sie zu Beginn der Vernehmung zur Sache nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend - oder wenn Sie darauf verzichten - werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Haben Sie noch Fragen zum Ablauf?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann darf ich Sie jetzt bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Claudia Warning. Die ladungsfähige Adresse ist das BMZ. Mein Alter ist 61 Jahre, und ich war Ministerialdirektorin im BMZ bis kurz nach dem Regierungswechsel 22. Ich bin jetzt im einstweiligen Ruhestand, und in diesem einstweiligen Ruhestand beschäftige ich mich vor allem als Präsidentin von Care Deutschland - das sehen Sie mit im Paket - und als Honorarprofessorin an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Daneben habe ich andere, nicht zahlreiche, aber einige Ehrenämter in Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit und der Behindertenhilfe. Ich denke, das sind so die wesentlichen Rahmenbedingungen.

Ich habe mich nach dem Ausscheiden aus dem BMZ nicht mehr mit Afghanistan beschäftigt. Das gehört nicht zu meinem aktuellen Aufgabenfeld. Ich habe aber in Vorbereitung dieser Sitzung noch mal praktisch die Unterlagen durchgesehen, die auch Sie kennen, also sozusagen die Unterlagen aus dem Postfach, das damals von mir angefertigt wurde. Und meine Antworten heute stützen sich auf der einen Seite auf meine Erinnerungen und auf der anderen Seite auf diese Unterlagen, die Sie auch kennen.

Ich denke, das ist so das Wesentliche. Ich habe nicht vor, ein zusammenhängendes Eingangsstatement zu machen. Ich vermute, dass Sie schon eine ganze Menge gehört haben, und will deswegen gerne auf Ihre Fragen antworten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Die BMZ-Adresse ist uns bekannt, sodass wir darauf verzichten, das jetzt unmittelbar zu Protokoll zu nehmen. - Gut.

Dann will ich Sie gern noch darauf hinweisen: Wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, dann werden Sie erleben, dass die Abgeordneten in vorbildlicher Weise erstens die MAT-Nummer nennen, auf die sich das bezieht, und zweitens Ihnen die Unterlage gerne zur Verfügung stellen, sodass Sie sie einsehen können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann haben wir, glaube ich, alle Präliminarien erledigt. Wir beginnen mit der SPD-Fraktion und dem Kollegen Nürnberger. Bitte schön.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Zeugin! Vielen Dank, dass Sie heute hier sind und bereit sind, unsere Fragen zu beantworten.

Nachdem Sie schon erklärt haben, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben, kann ich diese Frage weglassen und würde Sie als Erstes gerne danach fragen, ob Sie uns erläutern können, welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten mit Ihrer Funktion als Abteilungsleiterin, unter anderem für die Region Asien im BMZ, einhergegangen sind und wie Sie die ausgeübt haben.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Vielen Dank. - Ja, ich war die Abteilungsleitung 3 - so nennt sich das -, die zuständig war für die Regionen Lateinamerika, Naher Osten, Asien, Südosteuropa, und zusätzlich war ich zuständig für die Unterabteilung, die meiner Abteilung angehangen war, also Zivilgesellschaft und Kirchen. Das heißt, bei mir liefen zusammen die regionalen Politikgestaltungen für die Länder in meinem Aufgabenbereich und die Frage halt der Zusammenarbeit und Beförderung der Zivilgesellschaft in Deutschland.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Mit Ihrer Arbeit ging sicher auch eine Zusammenarbeit mit anderen Ressorts in der Regierung einher. Ich würde Sie daher gerne fragen, mit welchen Personen Sie im BMI, im Auswärtigen Amt, im BMVg und im Bundeskanzleramt in regelmäßigem Austausch und Kontakt standen, auch im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, die wichtigsten Ansprechpartner für mich waren im BMI die Frau Busch, im Auswärtigen Amt die Frau Sorg, unter anderem kurz auch der Herr Eick, heißt er, glaube ich, der Abteilungsleiter für Recht. Im Bundeskanzleramt hatte ich nicht sehr häufig Austausch auf meiner Ebene, der Herr Hecker, hieß er, glaube ich, war ja dann sozusagen der Ansprechpartner auf der Seite, und im BMVg nur

im Rahmen der Ressortbesprechungen, also nicht in bilateralen Gesprächen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie uns etwas erläutern, wie die ressortübergreifenden Besprechungen abgelaufen sind, an denen Sie auch teilgenommen haben? Wie häufig fanden diese statt, insbesondere natürlich immer im Hinblick - das ist die Einschränkung, die ich gern noch einmal wiederhole - auf unseren Untersuchungsgegenstand und damit im Hinblick auf die Verhältnisse und Ihre Tätigkeit des BMZ in Afghanistan?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Sie wissen und kennen: Es gab die Staatssekretärsrunde zu Afghanistan und Mali. Die fand regelmäßig, ich glaube, einmal im Monat statt. Dort habe ich ab und an den Staatssekretär vertreten, aber nicht regelmäßig. Es gab dann in der Endphase, sage ich mal, so ab Mai, Juni etwa, sehr regelmäßige wöchentliche Treffen im Bundeskanzleramt - Sicherheitspolitischer Jour fixe -, die auch durch den Staatssekretär wahrgenommen wurden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Obwohl ich einige Jahre jünger bin als Sie, würde ich Sie trotzdem bitten, ein bisschen lauter zu sprechen, weil ich mich schwertue, Sie zu verstehen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Entschuldigung. Das will ich gerne versuchen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn Sie das jetzt in einer ersten allgemeinen Frage so generell beantworten könnten: Gab es in der Zusammenarbeit zwischen diesen Ressorts im Zeitraum - da würde ich mich etwas beschränken; denn sonst wird die Frage zu ausufernd - in den Monaten vor der Durchführung der Evakuierungsoperation unterschiedliche Sichtweisen zwischen Ihnen und insbesondere dem AA und dem BMI, vielleicht auch noch des BMVg?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Unterschiedliche Sichtweisen? Insgesamt? Oder haben Sie präzise Vorstellungen, zu welchen Themenfeldern?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir können das an verschiedenen Punkten festmachen. Ich würde zu-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nächst einmal, weil das auch dann der Schwerpunkt der Befragung sein wird, Sie gerne fragen, wie sich das im Hinblick auf das Ortskräfteverfahren und mögliche Änderungen an dem selbigen dargestellt hat.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, danke schön. - Das Ortskräfteverfahren, wissen Sie, ist ja 2013 eingeführt worden; 2017 gibt es eine schriftliche Verfahrensfestlegung. Wir haben uns, ich sage einmal, im Laufe des Verfahrens 2021 damit immer weiter befasst unter dem Gesichtspunkt - erstens -: Wer wird davon erfasst? Also, die schriftliche Niederlegung war nicht in jedem Falle uneindeutig. Ich nenne ein Beispiel: Die Frage der Zuwendungsempfänger, ob sie beispielsweise ebenfalls berechtigt sind, ihre Ortskräfte zu melden, ja oder nein, war einer der Diskussionspunkte.

Ein zweiter Diskussionspunkt war - und das wissen Sie - die Frage: Halten wir uns an die Zweijahresfrist, die vereinbart worden ist? Da gab es aus dem BMVg den Wunsch, diese Zweijahresfrist zu verlängern auf das Jahr 2013, also rückwirkend auf das Jahr 2013. Da gab es auch unterschiedliche Einschätzungen dazu, wie damit umzugehen ist.

Ich glaube, das sind zwei der, ich sage einmal, entscheidenden Punkte, die wir diskutiert haben.

Ein dritter Punkt. Das bezieht sich aber nicht auf das Ortskräfteverfahren proper, also nicht auf diese Festlegungen, die wir in den Papieren niedergelegt haben, sondern auf die Frage, wie wir dann eine Ausreise organisieren. Da gab es den Wunsch - das wissen Sie auch -: Charterflüge. Es gab den Wunsch aus dem BMVg, Charterflüge einzusetzen, während wir im BMZ, aber auch das AA der Auffassung waren, solange Linienflüge gehen, sollten Linienflüge genutzt werden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke für diese allgemeine Darstellung. - Ich hätte jetzt noch eine Frage zu den internen Abläufen bei Ihnen im Haus: Können Sie uns darstellen, wie die Abstimmungen Ihrer Arbeit mit der Unterabtei-

lungsleiterin Frau Hammerschmidt, dem Referatsleiter Fischer und Herrn Staatssekretär Jäger abgelaufen sind?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Es gab regelmäßige Abstimmungen mit dem Referat 312 und Frau Hammerschmidt, in der letzten Phase praktisch stündlich, hätte ich beinahe gesagt. Also, das wurde immer dichter, diese Abstimmungsrunden, mit dem Staatssekretär ebenfalls. Auch in der, ich sage einmal, heißen Phase August waren die auch täglich und mehrfach täglich. Davor gab es relativ dichte Abstimmungen zwischen unserer 312, also Herrn Fischer, Frau Hammerschmidt und mir, insbesondere zu den Fragen, die dann eben schon mal aufgerufen wurden, und dann immer wieder Rückkopplung an den Staatssekretär.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich habe in diesem allgemeinen Bereich noch zwei Fragen. Mich würde jetzt interessieren, wie in Ihrem Haus und auch von Ihnen ganz persönlich im Laufe von Juli/August 2021 die Entwicklung der Sicherheitslage eingeschätzt wurde. Haben Sie dazu Informationen durch Ihre nachgeordneten Organisationen, wie zum Beispiel die GIZ, oder auch durch das Ihnen bekannte Risk Management Office erhalten? Und können Sie uns darstellen, wie Sie in Ihrer Funktion die Entwicklung der Sicherheitslage erfahren, erlebt haben?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Sie wissen, das ist dynamisch gewesen. Wir hatten - - Sie fragen nach Juli/August: Mit zunehmendem Zeitverzug, spätestens am 15.08., war klar, dass die Sicherheitslage sich deutlich zugespitzt hatte. Wir wussten aber vorher, dass die Taliban Teile Afghanistans wieder unter ihre Kontrolle gebracht haben, und zwar zunehmend. Es gab durchaus unterschiedliche Einschätzungen zu der Frage: Wie weit wird das gehen? Wie weit können die afghanischen Streitkräfte dem standhalten? Und wie schnell würde ein Vorrücken der Taliban sein?

Quellen sind das Auswärtige Amt, Quellen sind aber auch die Berichte der Dienste, und Quellen sind auch unsere Befragungen des Risk Management Offices, die uns natürlich immer dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

unterrichtet haben, wenn sie gesagt haben: Wir müssen an der und der Stelle die Arbeit einstellen. Es gab frühzeitig dann auch die Weisung des Staatssekretärs, dass wir da, wo Taliban die Provinzen eingenommen haben, nicht mehr weiterimplementieren. Das heißt, wir haben dann jeweils die Implementierung an den Stellen eingestellt, wo wir wussten, dass Taliban an der Macht sind.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielleicht habe ich Sie auch nur falsch verstanden, aber ich möchte zur Präzisierung noch nachfragen: Diese unterschiedlichen Einschätzungen der Sicherheitslage, beziehen sich die auf die verschiedenen Quellen innerhalb und außerhalb Ihres Hauses? Oder, um genau, präzise zu fragen: Gab es auch innerhalb Ihres Hauses durchaus unterschiedliche Einschätzungen der Sicherheitslage und ihrer Entwicklung?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, ich kann mich nicht erinnern, dass wir da unterschiedliche Einschätzungen gehabt hätten. Wir haben uns miteinander beraten und haben versucht, zu einer Lageeinschätzung zu kommen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Unter Einbeziehung aller Quellen, die Ihnen zur Verfügung standen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben es bereits angedeutet, aber ich frage Sie trotzdem noch einmal ganz konkret: Zu welchem Zeitpunkt war Ihnen klar und hatten Sie ausreichende Informationen, dass eine Machtübernahme der Taliban, auch was die Hauptstadt Kabul betrifft, bevorsteht? Wann wurden Sie darüber informiert?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich würde sagen: 13.08. war es klar, zur Krisensitzung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Auf Grundlage welcher Information? Oder wer hat Ihnen diese Informationen übermittelt?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das war eine Diskussion innerhalb der Krisensitzung der Bundesregierung am 13.08.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Unsere berühmte Samstagssitzung. Gut.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wie nennen Sie die?

(Heiterkeit der Zeugin)

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das spielt auch, glaube ich, keine wirkliche Rolle. - Wie schaut es mit der Zeit aus? - Okay.

Dann würde ich mich - wir haben das ja bereits angerissen - jetzt gerne intensiver und im Detail auf die Frage der Evakuierung von Ortskräften fokussieren. Sie haben ja schon angedeutet, wie sich hier die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts dargestellt hat und dann tatsächlich hier auch die eine oder andere Meinungsverschiedenheit bestanden hat.

Ich darf Sie mit einem Zitat konfrontieren aus MAT A BMZ-3.142 VS-NfD\_Austausch, Blatt 530, in dem Sie sich in Bezug auf den für die zu evakuierenden Ortskräfte anzuwendenden Schlüssel pro Ressort bei Bundesminister Müller am 18. August dafür eingesetzt haben, dass der im Krisenstab vorgeschlagene Schlüssel angepasst wird - wie gesagt, wir können Ihnen das auch gerne vorlegen -:

„Da wir eine sehr große Gruppe (potentiell rund 8000 Personen) haben und AA-Gruppe kleiner ist, müsste es einen anderen Schlüssel geben.“

Können Sie sich erinnern, ob dieser Schlüssel infolge Ihrer Intervention angepasst wurde, und gegebenenfalls, wann?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Dürfte ich das noch mal sehen?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Herzlichen Dank. - Meines Wissens ist das nicht angepasst worden, und zwar deswegen nicht, weil die Frage der Evakuierung am Flughafen - - durch die Lage rund um den Flughafen und die Durchlässigkeit der Schleusen am Flughafen eine solche, ich sage einmal, Quotierung gar nicht mehr möglich war. Also, die Frage, wer reinkam, war nicht mehr nach Quoten geregelt, sondern die Frage, steht da jemand und kann hereingelassen werden - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke sehr. - Am gleichen Tag, am 18. August, kommt es auch zu einer Beschwerde von Referatsleiter Fischer bei Ihnen; ich beziehe mich hier auf MAT A BMZ-3.142 VS-NfD\_Austausch, Blatt 548. Er kritisiert das mit dem BMI und dem AA abgestimmte Papier „Verfahren und Kriterien zur Aufnahme in Fluglisten für Evakuierungsflüge“, in dem die BMZ-Passagen fehlen würden. Sie reagieren sofort wie folgt: „Sollte es sich hier um ein Versehen handeln, gut und ok, ist heilbar. Sollte es um“ eine „systematische Vernachlässigung unseres Ressorts“ gehen, „dann eskalieren wir sofort!“ - Können Sie uns beschreiben, wie in der Folgezeit dieses Problem behandelt wurde?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. - Darf ich das auch noch einmal sehen, bitte?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Herzlichen Dank. - Ich habe das Datum nicht im Kopf, deswegen weiß ich bei meiner Antwort jetzt nicht, ob es vorher oder nachher passiert ist. Ich habe den Staatssekretär darauf angesprochen bzw. angeschrieben - vermutlich haben Sie das auch gesehen -, dem ich gesagt habe: Achtung, Herr Staatssekretär, wir hatten Quoten verabredet, und mein Eindruck ist, dass diese Quoten nicht eingehalten werden. - Er hat mir daraufhin kurz, knapp zurückgeschrieben, dass es inzwischen andere Realitäten vor Ort gäbe - das war ein Zweizeiler -, und mich anschließend angerufen und mir erläutert, was ich eben auch schon mal gesagt hatte, dass so, wie es am Flughafen abläuft, diese Verabredung in der Form gar nicht eingehalten werden kann, aber dass er natürlich

schon darauf achten würde, wenn es geht, dass unsere Ortskräfte mit Berücksichtigung finden.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Mhm. Danke sehr. - Einen Tag später, am 19. August, schreiben Sie eine Antwortmail an den Referatsleiter 320 im BMZ, zu finden unter MAT A BMZ-3.142 VS-NfD\_Austausch, Blatt 610 bis 615. Es geht darin um ein Schreiben für Ortskräfte, mit dem diese ihre Tätigkeit für das BMZ bestätigen lassen können. Die Frage stellt sich: Warum wurde dieses Schreiben erst zu diesem Zeitpunkt vorbereitet bzw. darüber entschieden, ein solches Schreiben zu erstellen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Auch das würde ich gerne noch mal sehen, wenn ich darf.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Herzlichen Dank. - Ja. Das geht zurück auf den Tatbestand, den ich gerade eben schon mal erläutert hatte. Es gab eine Weile lang eine Diskussion über die Frage: Sind Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen, die Zuwendungsempfänger des BMZ sind, berechtigt, im Ortskräfteverfahren teilzunehmen? Das schriftlich niedergelegte Ortskräfteverfahren hat darin formuliert gehabt, dass es Zuwendungsempfängern - - Da wurden einzelne genannt und andere eben auch nicht. Daraufhin haben wir im BMZ die Sache diskutiert und auch der Leitung vorgelegt und gesagt, wir sind der Auffassung, dass dieser Text nicht hinreichend definiert, und haben gesagt, dass diejenigen NGO, die mit Wissen und Willen der Bundesregierung und festzumachen an der Frage: „Implementieren sie mit staatlichen Geldern?“ - - ebenfalls hier Zugang haben können.

Wir haben dann - - Am 15., 16., als das losging, kamen natürlich dann die Rückfragen, und daraufhin haben wir dieses Schreiben an die Nichtregierungsorganisationen verfasst, damit sie wissen: Erstens. Sie haben einen Zugang, und zweitens: Wie wird das dann geregelt, also wie ist das Prozedere?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf in der verbleibenden Zeit noch folgende Frage stellen: Am 21. August 21 schreiben Sie an den Staatssekretär Jäger in MAT A BMZ-4.40 VS-NfD, Blatt 400:

„... knapp 1700 Personen sind bisher von Bundeswehr ausgeflogen worden, es ist kein Fall einer EZ Ortskraft bekannt. Die Argumentation, es würde bei der Evakuierung nicht nach Ressorts unterschieden, zieht nicht ...“

Und weiter:

„Die KfW hat sich an unsere Verabredung (wir informieren, sobald wir Plätze bekommen) nicht gehalten und zur Selbsthilfe gegriffen. Hoffentlich wird es diesem Kontingent heute gelingen, in den Flughafen und raus aus Kabul zu kommen. Damit aber ist de facto unsere Vorgehen und unsere Verabredungen nicht mehr tragfähig.“

Können Sie uns diese Kritik näher erläutern?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, das ist das Schreiben, von dem ich gerade eben sagte: Ich weiß nicht, an welchem Datum ich das rausgesendet habe, wo ich unter dem Eindruck stand, dass die Ortskräfte des BMZ nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Und dann ist das, was Sie hier oben ja auch sehen, diese von mir gerade eben geschilderte kurze Bemerkung des Staatssekretärs, das dann noch mal per Telefon unterlegt wurde, wo er mir sagte: Frau Warning, das ist mit der Realität vor Ort nicht abgleichbar.

Bis zu diesem Moment hatte ich den Eindruck: Wir müssen aufpassen, dass unsere Ortskräfte in gleicher Weise, also entsprechend den Anteilen an den zu transportierenden Ortskräften, Berücksichtigung finden müssen. - Soll ich noch etwas zu der KfW-Geschichte sagen?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gerne.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Die KfW hatte ja mit relativ wenigen Ortskräften - ich meine, so zwischen 70 und 80 Ortskräften - sich eigenständig entschieden, ihre Ortskräfte in das Hotel Baron zu bringen, das sozusagen direkt an das Flughafengelände angrenzt, um von dort aus auf das Flughafengelände zu kommen - was ihr gelungen ist -, sodass die Ortskräfte der KfW tatsächlich in einem dieser Flieger dann ausgeflogen wurden und damit nach meiner Erinnerung alle Ortskräfte der KfW in Deutschland angekommen sind.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht zur Union, und der Kollege Zippelius ist mal wieder dran. Bitte schön.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Professor Warning, vielen Dank, dass Sie heute hier sind und wir bezüglich des Sachverhalts die Befragung durchführen können.

Ich beziehe mich gleich auf MAT A BMZ-3.42 VS-NfD\_Austausch, Blatt 5 bis 7 und zusätzlich im Anschluss auf MAT A BMZ-3.42 VS-NfD\_Austausch, Blatt 34 bis 40. In den Akten des BMZ finden wir sehr frühe Einschätzungen, wie sich die Lage in Afghanistan entwickeln könnte. Am 26. Februar 2020 schreibt das Referat 312 eine Lagebeurteilung an den Minister, ein Truppenabzug ohne Friedensschluss führe zu einem „Auseinanderfallen der afghanischen Armee“. Die erste MAT-Nummer.

Dann im Anschluss, am 30. März 2020, heißt es in einer Leitungsvorlage, dass ein dauerhafter Konflikt oder eine Machtübernahme durch die Taliban die wahrscheinlichen Szenarien seien. Das ist dann die zweite genannte MAT-Nummer.

Einfach mal Ihre Perspektive dazu: Ganz zu Beginn haben Sie, hat Ihr Haus im Jahr 2020 den Zusammenbruch der bestehenden staatlichen Strukturen in Afghanistan als wahrscheinlich erachtet oder betrachtet?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Es war eine Frage des Szenarios, verschiedener Szenarien, die wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchdiskutiert haben. Wir haben, glaube ich, die längste Zeit ein Szenario für wahrscheinlich gehalten, dass es zu einer Power Sharing kommen wird. Wir hatten auf den Friedensprozess gesetzt - wie andere auch - und hatten aber für uns frühzeitig überlegt: Was bedeutet es - wahrscheinlich haben Sie da auch eine Ministervorlage -, sollten die Taliban Teil der Regierung werden? Das war sozusagen das Szenario, was wir für wahrscheinlich gehalten haben, und zwar durch das Jahr 2020 und auch noch gut bis ins Jahr 2021 hinein.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Hatten Sie und das Haus diese Einschätzung für sich exklusiv, oder haben andere Ressorts das geteilt?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, ich versuche das gerade zu rekonstruieren in meinem Kopfe. Ich würde sagen: Andere Ressorts haben das geteilt. Ich könnte Ihnen jetzt keine Akten dazu nennen, wo das war; aber das war, denke ich, Common Sense und auch, soweit ich das überblicken kann, in der Gebergemeinschaft. Das war ja nicht nur sozusagen eine deutsche Einschätzung, sondern wir haben natürlich immer versucht, im Rahmen der EU und der Gebergemeinschaft zu Erkenntnissen zu gelangen: Wie wird das denn mal aussehen? Und Sie wissen: Im November gab es die große Geberkonferenz, die im Prinzip auch ein solches Szenario unterstellt hat.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Hat sich das Entwicklungsministerium frühzeitig auch auf solche ungünstigen Szenarien, also zum Beispiel eine Machtübernahme der Taliban oder einen dauerhaften Bürgerkrieg, vorbereitet?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wir haben sehr frühzeitig überlegt: Wie gehen wir mit unserem Projektportfolio um? Und wir haben sozusagen im Laufe der Zeit immer weiter geguckt: Wie können wir - das war die Grundüberlegung - und, wenn ja, in welcher Art eine weitere Unterstützung Afghanistans im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aufrechterhalten, und wie passt unser Portfolio zu einer Regierungsbeteiligung der Taliban? Ich weiß das Datum nicht genau, aber es gab eine klare Angabe: Staatssekretär - keine Implementierung in Talibangebieten, also

da, wo Taliban Provinzen zurückerobert hatten. Und wir haben immer weitergeguckt: Wir können wir unser Portfolio darauf ausrichten?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Wir haben hier von mehreren Zeugen bereits auch die Aussage erhalten, dass Entwicklungszusammenarbeit auch in instabilen Ländern oder unter Krisenbedingungen stattfindet. Deswegen meine Frage: Wollte das Ministerium, das BMZ, die Zusammenarbeit in Afghanistan in jedem Fall fortsetzen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Die Frage ist, was „in jedem Fall“ ist. Ich versuche, Ihnen das zu schildern. Unsere Grundüberlegung war: Wir wollen weiterhin in Afghanistan arbeiten - es gibt dafür verschiedene Gründe; wenn Sie sie hören wollen, kann ich sie gerne ausführen - und haben dann überlegt: Wie können wir das machen? Aber die Grundannahme war, dass wir weiterhin in Afghanistan arbeiten wollen. Das hat sich im Laufe der Zeit verändert unter dem Gesichtspunkt: Wer wäre unser Gegenüber?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Genau. Dazu hätte ich dann eine Frage: Hat man perspektivisch auch mit einer Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit unter einer Talibanregierung geplant und, wenn ja, wie konkret waren diese Planungen oder Überlegungen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Zunächst sind wir davon ausgegangen, dass es im Zuge eines Friedensprozesses oder eines Aushandlungsprozesses zu einer Regierung kommt, an der Taliban beteiligt sind, und hatten, ich sage einmal, sicherlich durch das ganze Jahr 2020 hindurch dafür auch Kriterien genannt und haben gesagt: Wir brauchen ein Gegenüber, was eine legitimierte Regierung ist - ob mit oder ohne Talibanbeteiligung, aber eine Legitimation. - Das war eine der Überlegungen.

Eine zweite Überlegung war die Sicherheitsüberlegung. Also, es muss garantiert werden, dass Sicherheit da ist. Wir hatten aber auch - - Da befinden wir uns sozusagen im Einklang mit der gesamten Gebergemeinschaft; ich erwähnte gerade



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eben schon mal die Geberkonferenz vom November: 66 Staaten, 32 multilaterale Organisationen haben ein klares Bekenntnis zur Weiterarbeit in Afghanistan ausgesprochen. Das war Ende 2020.

Dann hat sich das sozusagen weiter verändert, und zwar wurde mehr und mehr deutlich, dass wir vermutlich damit rechnen müssen, dass es eine legitimierte Regierung, wie wir uns das vorstellten, so nicht geben würde. Und wir haben dann überlegt: Was und wo wollen wir weiterarbeiten? Die Richtung war klar. Wir haben gesagt: Wir würden weiterhin implementieren wollen über Nichtregierungsorganisationen, also regierungsfern ohne sozusagen den Regierungspartner, den man in der staatlichen Zusammenarbeit normalerweise hat, und zweitens über multilaterale Organisationen.

Die UN ist ja mit relativ vielen spezialisierten Organisationen auch über die Talibanzeit hinaus im Land gewesen und hat weiter implementiert. Das war so die Grundidee. Die Überlegung war, zu sagen: Wir waren 19, 20 Jahre dann ein gutes Stück des Weges gegangen. Wir haben einiges erreicht, und wir wollen diese erreichten Ergebnisse nicht sozusagen aufgeben. Zumindest wollen wir versuchen, sie zu halten, und wir wollen auch mit diesem Bekenntnis, wie gesagt, das nicht nur Deutschland ausgesprochen hat, sondern die gesamte Gebergemeinschaft, ein Stück Stabilisierung deutlich machen und nicht sagen: Wir gehen jetzt mal raus aus diesem zivilen Engagement, auch dann, wenn beschieden oder entschieden wurde, dass die militärische Zusammenarbeit endet.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Okay. - Haben Sie oder das Haus die Entwicklungszusammenarbeit auch als Mittel gesehen, um die afghanische Regierung in den Gesprächen mit den Taliban unterstützen zu können?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ja. - Waren Entwicklungsgelder so etwas wie Verhandlungsmasse für Zugeständnisse der Taliban bei den Verhandlungen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Bei welchen Verhandlungen? Bei den Friedensverhandlungen?

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ja.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Da ich nicht dabei war, kann ich es nicht so eindeutig sagen. Ich weiß aber - und das finden Sie auch in den Akten -, dass der Sonderbeauftragte Potzel schon Ende 2020 auf unser Haus zugekommen ist und gesagt hat, erstens habe er den Eindruck, dass die Taliban durchaus interessiert waren an der Entwicklungszusammenarbeit - auch ein naheliegender und plausibler Gedanke -, und zweitens, dass man mit den Taliban auch darüber reden müsse, dass das nicht nur einfach sozusagen freie Gelder wären, sondern wie Entwicklungszusammenarbeit denn funktioniere. Da ist, wie gesagt, das AA schon frühzeitig auf uns zugekommen.

Sie wissen vielleicht auch, dass - ich versuche das jetzt einmal zeitlich einzuordnen; ich kann es nicht hundert Prozent beschwören - irgendwo Anfang September 21 auch aus dem Hause des AA von der Leitung gesagt wurde: Wir machen weiter. - Das war dann gar nicht mit uns abgesprochen in dem Moment. Aber ja, wir haben sozusagen gehofft, dass mit der Entwicklungszusammenarbeit die Möglichkeit besteht, auch zu stützen, was bisher an positiven Dingen gelaufen ist.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ganz kurz: Im September 21 wurde vom AA gesagt: Wir machen weiter. - Weiter womit?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Mit der Entwicklungszusammenarbeit.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Okay, gut, nur zur Konkretisierung.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Also, auf das Datum würde ich mich jetzt nicht festlegen wollen. Nach meiner Einschätzung muss das so im September gewesen sein. Kann man nachgucken.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ich komme nun auf den Dezember 2020 zu sprechen. Es handelt sich hierbei um MAT A BMZ-4.25 VS-NfD,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Blatt 525 bis 529. Am 21. Dezember 2020 macht Staatssekretär Jäger den Vorschlag, Einfluss auf die Taliban in Doha zu nehmen. Der Plan ist zum damaligen Zeitpunkt, dass das BMZ gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt in Doha auf die Taliban zugehen soll und versuchen soll, mehr Kooperation bei den Friedensverhandlungen zu erreichen.

Wir können Ihnen das auch gerne vorlegen, wenn Sie es zur Sicherheit für sich gerne zum Nachschauen hätten. Machen wir gerne.

Ich führe so weit kurz weiter. Wenn ich das richtig sehe, ging es zum damaligen Zeitpunkt darum, den Taliban klarzumachen, dass Entwicklungsprojekte nicht automatisch kommen, sondern auch an Bedingungen geknüpft sind. Wir legen Ihnen das jetzt erst einmal kurz vor.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, danke schön. - Das ist das, was ich gerade eben schon versuchte darzustellen: dass der Sonderbeauftragte Potzel sozusagen mit diesem Gedanken auf uns zukam und, wie Sie ja gesehen haben, dass wir versucht haben - oder vorhatten, nicht versucht haben -, in den Gesprächen mit den Taliban deutlich zu machen, dass es eben nicht frei Haus Mittel gibt. Sie sehen ja hier auch meine Paraphe, wo ich geschrieben habe:

„Dabei muss klar sein, dass es keinerlei Vorentscheidung für eine eventuelle Förderung einer Regierung ist, an der ggf. Taliban beteiligt sind.“

Das heißt, an der Stelle immer noch mal den Vorbehalt: Wir wollen weitermachen. Wir müssen gucken, wie sich das entwickelt, und vor allen Dingen müssen wir gucken, in welcher Art und Weise sich die Taliban verhalten.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** In der Vorlage heißt es auch - ich zitiere -:

„Daher verbietet sich für uns als Repräsentanten einer zwar interessegeleiteten, aber auch wertorientierten Entwicklungszusammenarbeit jedwede Instrumentalisierung deutscher Unterstützung zur Forcierung schneller Ergebnisse bei den Friedensverhandlungen.“

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Können Sie ungefähr auch die Seite benennen?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ich suche es heraus. Eine Sekunde. - Letzte Seite.

(Die Zeugin blättert in den  
ihr zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** So, und wo da etwa? Entschuldigung, wenn ich nachfrage.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ist es bei Ihnen angestrichen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, hier gibt es ein Anstreichen. Warten Sie mal.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Letzte Seite, mit Bleistift: „Daher verbietet sich für uns als Repräsentanten ...“

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Sie sprechen hierbei von einer „Instrumentalisierung“. Also, ich frage ganz gezielt, weil da „Instrumentalisierung“ steht: Hatten Sie den Eindruck, dass das Auswärtige Amt oder andere auf eine solche Instrumentalisierung abzielen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein. Nein, also nicht im Sinne von: Wir instrumentalisieren das und versuchen dadurch, die Friedensverhandlungen zu beschleunigen: Hier das Geld, da der Frieden sozusagen.

Ich glaube, die Grundidee war: Wir können mit diesen Mitteln und der Konditionalisierung dieser Mittel eventuell erreichen, dass die Taliban



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bereit sind, Maßnahmen für die Bevölkerung zuzulassen, die sie vielleicht auch nicht zulassen würden - ein Beispiel ist: Mädchen in Schulen; das war ein großes Thema -, wenn wir ihnen sagen, dass das unsere Bedingung ist, mit der wir arbeiten.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Und inwieweit wollte man den Taliban dann in den Gesprächen etwas Positives in Sachen Entwicklungszusammenarbeit anbieten?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich gucke mal eben auf das Datum hier. 21. Dezember 2020. Da haben wir noch keine sozusagen konkreten Angebote unterbreitet, sondern die Grundidee war, glaube ich, zu sagen: Liebe Taliban, ihr müsst verstehen, dass Entwicklungszusammenarbeit Konditionen beinhaltet, und zwar nicht nur auf Projektebene, sondern Konditionen auf einer Makroebene. Wir haben mehrfach auch in der Gebergemeinschaft über mögliche Kriterien und Konditionen gesprochen. Wahrscheinlich sind ihnen diese, ich sage einmal, Gymnich-Konditionen, so nennen wir die - - die allerdings, zeitlich gesehen, deutlich später sind als hier diese 2020. Diese Konditionen haben sich im Laufe der Zeit immer noch mal ein bisschen angeglichen an die Dynamik.

Aber es war immer die Idee, zu sagen: Legitimation, Inklusivität, Sicherheit, keine Terrorunterstützung - das sind solche typischen Kriterien, die wir immer wieder versucht haben deutlich zu machen und, ich sage es noch einmal, auch im Rahmen der Gebergemeinschaft deutlich zu machen, damit die Taliban wissen, unter welchen Bedingungen überhaupt eine internationale Förderung möglich sein würde.

Wir sind - jetzt greife ich ein bisschen vor, mache einen Zeitsprung auf die Zeit nach der Übernahme der Taliban - da, das Auswärtige Amt, konkret mit den Taliban im Gespräch gewesen in der Bildungsförderung. Und da ging es in der Kondition ganz klar um die Frage: Werden Mädchen miteinbezogen, und dürfen Frauen auch Lehrerinnen sein?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das war Frage-recht der Union. - Wir wechseln zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Warning, ich interessiere mich erst mal für eine Vorlage: MAT A BMZ-3.142 VS-NfD\_Austausch, Blatt 121. Meine Mitarbeiterin ist auch schon auf dem Weg, um Ihnen das vorzulegen. Das ist eine Leitungsvorlage von Herrn Fischer an Sie vom 6. August 2021, in der er darum bittet, bei Herrn Jäger darauf hinzuwirken, dass das Personal für das Ortskräfteverfahren aufgestockt wird, damit man für den Worst Case vorbereitet sei und seiner Fürsorgepflicht für die Ortskräfte gerecht werden könne. Ich zitiere aus dieser Vorlage. Da sagen Sie:

„In der Konsequenz läuft das **BMZ Gefahr, der Fürsorgepflicht gegenüber den lokalen Beschäftigten der Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht gerecht zu werden. Mit Blick auf unsere Verantwortung, aber auch die entstehenden „offenen Flanken“ gegenüber Parlament und Medien ist dies nicht tragbar.“**

Können Sie mir ein Stück weit einordnen, wozu diese Vorlage diente und wieso die jetzt an diesem Zeitpunkt, Anfang August, war?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Sie hatten, denke ich, aus den Zahlen gesehen, dass wir in den Jahren vor 21 eine relativ kleine Anzahl von Ortskräfteverfahren hatten, die wir auch mit dem vorhandenen Personal stemmen konnten. Es hat sich dann im Jahr 21 eine Größenordnung von rund 60 Verfahren bis Mitte des Jahres ergeben. Und so wie sich das entwickelte, mussten wir annehmen, dass es dann auch mehr Verfahren würden, und es war klar, dass wir das mit dem vorhandenen Personal nicht stemmen können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben hier hintendran ja auch die entsprechenden Listen gesehen, die versuchen, darzustellen: Wie viel Arbeitszeit braucht man für einen solches Verfahren, und wie groß wäre denn in einem Worst Case, wenn alle Ortskräfte einen Antrag stellen würden - das heißt, wir sind da von 90 Prozent ausgegangen -, dann der Zeitbedarf, den wir haben? Und es war klar: Wir müssen vorsorglich aufstocken. Sie wissen, dass dann ja auch eine Taskforce beschlossen wurde mit 20 Mann, die auch eingerichtet wurde.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, diese Taskforce würde mich auch noch mal interessieren, dass Sie vielleicht ein Stück weit die Arbeit der Taskforce beschreiben im Sinne von Erwartungen und was dann geleistet werden konnte, bei allem Respekt auch davor, was geleistet wurde.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, herzlichen Dank auch für den Respekt. Ich glaube, den darf man durchaus vor den Kollegen haben. - Wir hatten schon vor dem 13.08. aufgrund dieser Überlegungen, die ich dann auch mit der Leitung natürlich geteilt habe - - Ich war ja nicht in der Lage, Personal zuzuweisen; das ist dem Staatssekretär vorbehalten. Aber wir hatten da schon klar, dass wir aufstocken müssen, haben das auch schon vor dem 13.08. getan und sind dann sehr schnell nach dem 13.08. hochgegangen auf die Sollstärke und haben auch eine gute Unterstützung im Haus bekommen.

Was war die Aufgabe? Erstens. In der Zeit der Evakuierungsphase gab es - - Sie haben wahrscheinlich diese Grafik gesehen, dass wir so eine ganz leicht ansteigende Kurve der Anträge hatten, die am 15.08. so nach oben ging. Das heißt, ab dem 15.08. kamen praktisch alle auf uns zu und wollten in dieses Verfahren - - Nein, das stimmt nicht ganz: Es kamen viele auf uns zu, die in dieses Verfahren aufgenommen wurden, und es gab zahlreiche Anfragen. Und es gab ja dann ein ressortgemeinschaftliches Verfahren, wie wir das machen wollten. Das heißt, wir sind auch, ich glaube, ab dem 15. oder ab dem 16.08. von der Einzelfallprüfung übergegangen zu einem Listenverfahren, weil wir annahmen, also die Grundannahme war: Jeder, der jetzt Ortskraft ist

in dieser Situation, ist latent gefährdet. - Also, wir haben keine Einzelfallprüfungen mehr gemacht.

Aufgabe der Kolleginnen und Kollegen war es, zusammen mit den Ressorts die Daten der Ortskräfte aufzunehmen - Passdaten, Familiengrößen usw. usf., Arbeitgeber; also, es gibt eine lange Liste der Daten, die dort aufgenommen wurden -, diese Daten zusammenzustellen auf einer Liste, die allen Ressorts zu eigen war, sie dann ans BMI und AA weiterzuleiten, um dann die Klärung zu bekommen für die Aufenthaltsgenehmigung. Das lief sehr schnell in der Zeit der Evakuierungen. Das lief sozusagen über Nacht für Tausende. Legen Sie mich nicht auf den Tag genau fest, aber bis Anfang September haben wir für rund 11 000 Menschen eine solche Aufenthaltsgenehmigung ausgesprochen.

Das heißt, wir haben aufgenommen, wir haben überprüft. Wir mussten ja überprüfen: Handelt es sich hierbei um die Kernfamilie? Das ist das, was das Aufenthaltsgesetz zulässt. Es gab, wie Sie wissen, zahlreiche Einzelfälle. Es gab zahlreiche Härtefälle, die beschaut und beguckt werden mussten. Es mussten Plausibilitätsprüfungen durchgeführt werden. Ein Beispiel ist, dass einer der Arbeitgeber aus dem NGO-Bereich lauter Familien mit zehn Kindern meldete. Die wurden dann auch im Januar und im Mai geboren. Also, solche Dinge kamen auf uns zu, womit man dann umgehen musste: „Was ist das?“, wo man noch mal rückfragen musste, ob das plausibel ist. Und das lief sozusagen rund um die Uhr. Wir haben im Schichtbetrieb gearbeitet, sieben Tage die Woche, um das hinzubekommen.

Das ist die Zeit der Evakuierung. Und wir hatten am Ende, denke ich, die allermeisten Ortskräfte aus dem Bereich der GIZ, der KfW, die dann ja schon draußen waren, und der Nichtregierungsorganisationen - - Da kamen immer noch mal Nachmeldungen, aber die sind so um den - - Ich würde mal sagen, spätestens erste Hälfte September waren wir relativ sicher, dass wir alle erfasst hatten, die da reinkamen.

Dann: Taskforce. - Wollen Sie weiterhören? Soll ich weiterreden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das war sozusagen die erste Phase. - Die zweite Phase war dann die Frage: Wie gehen wir mit den Ortskräften um, die vor 2019, zwischen 2013 und 2019 - -

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außerhalb der Zweijahresfrist.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Genau, außerhalb der Zweijahresfrist. Denn dann wurde ja am 09.09. wieder zum Einzelfallverfahren übergegangen ressortgemeinschaftlich, und dann wurden diese Fälle aufgearbeitet. - Das war die eine Aufgabe.

Die zweite Aufgabe war, unendlich viele Anfragen von außen, einschließlich Presse, zu beantworten. Wir hatten in den Posteingängen, die wir dafür eingerichtet hatten, in den Anfangsphasen zwischen 800 und 1 000 E-Mails pro Tag, und dann im Laufe des Septembers wurden das weniger; ich würde mal sagen, 400, 500 am Tag. Wir hatten unendlich viele Presseanfragen, wo wir immer wieder Daten bestätigen mussten. Wir haben versucht, ein Reporting-System aufzubauen, damit wir überhaupt wissen, wie die Zahlen sind. Sie haben das bestimmt gesehen, die 17-Uhr-Listen, dass wir versucht haben, um 17 Uhr einen Cut zu machen und zu sagen: Wo stehen wir jetzt? Und wir haben dann ab Mitte September nicht mehr nur die Frage gestellt: „Wen haben wir erfasst?“, sondern zusätzlich die Frage gestellt: „Wer ist eigentlich in Deutschland angekommen?“

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie dann auch abgeglichen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das haben wir dann versucht abzugleichen, genau. - Das Ganze wurde dann auch ressortgemeinschaftlich gemacht, wo es dann ressortgemeinschaftlich auch eine entsprechende Liste gab, die Ihnen auch vorliegt.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde mich interessieren, wie denn dann

die Kommunikation auf der anderen Seite war, also hinsichtlich der Fürsorgepflicht. Wissen Sie, wie die Informationen bei den Ortskräften waren, auf der anderen Seite sozusagen, wie oder wann es los- oder weitergeht? Also, meine Ursprungsfrage war ja: am 6. August, wo wir ja dann den Bedarf festgestellt haben, die zusätzlichen Stellen angefordert haben. Können Sie uns jetzt, wo Sie uns schon die eine Seite geschildert haben, vielleicht noch mal aus der Perspektive der Ortskräfte schildern, wie sich das darstellte?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das ist nicht ganz einfach, weil ich ja keine Ortskraft war; aber ich versuche mal, was ich weiß. Das größte Kontingent waren die Ortskräfte der GIZ, die schon frühzeitig, also 15., 16., 17., 18. August herum, gefragt haben: Was passiert jetzt mit uns? Und es gab entsprechende Mitarbeitertreffen, die der Landesdirektor der GIZ mit denen durchgeführt hatte, um ihnen zu sagen, wie das Verfahren funktioniert. Sie wissen auch, dass einige der Ortskräfte eher gesagt hatten, sie wollen in Afghanistan bleiben, und die Frage von der GIZ auf uns zukam: Wie machen wir das? Also: Wie gehen wir mit der Frage „Weiterzahlung Gehalt“ um? Wie gehen wir mit Fragen derjenigen um, die dableiben wollen, wie können wir die unterstützen? Und wie melden wir diejenigen, die sich entscheiden, auszureisen?

Viele von denen hatten keine Pässe, und eine ganze Reihe von Ortskräften hatte noch nicht mal eine sogenannte Tazkira, also den Personalausweis der Afghanen, was ein Problem war, wo die GIZ frühzeitig - was Sie auch wissen - versucht hat, eine Gefahrenabschätzung zu machen, zu sagen: Wer von unseren Ortskräften könnte denn gefährdet sein? Es ist ja sehr unterschiedlich, ob ich, ich sage mal, als Journalist oder als Koch bei der GIZ arbeite. Also, die GIZ hat für sich selber versucht, da Abschätzungen zu machen: Wer ist eigentlich aus unserer Sicht gefährdet?

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich denn da noch mal nachfragen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eigentlich nicht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In der nächsten Runde. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir danke, Frau Professor Warning, dass Sie heute hier mitarbeiten und mitwirken. - Ich möchte zur Gefährdung von Ortskräften noch mal nachfragen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Dr. Rohschürmann, der Leiter des RMO, des Risk Management Office, der GIZ in Afghanistan, sagte hier im Ausschuss am 27.04.2023 - das ist das Protokoll der 34. Sitzung, Seite 28 -, dass ihm bis heute keine Fälle bekannt seien, „in denen eine Ortskraft aufgrund ihrer Tätigkeit für uns getötet oder zu Schaden gekommen wäre“. - Zitat Ende.

Herrn Schäfer-Gümbel haben wir hier im Untersuchungsausschuss am 25.04.2024 befragt. Er sagte - das ist im Protokoll der 72. Sitzung, Seite 72 f. -:

„Und das ist auch der Sachstand, der mir vorliegt.“

Ich beziehe mich auf die Aussage von Rohschürmann.

„Und ich habe keine anderen Hinweise, die mich zu einer anderen Einschätzung kommen lassen ...“

Zitat Ende. - Meine erste Frage an Sie, Frau Professor Warning: Haben Sie Kenntnisse über politisch motivierte Übergriffe oder gar Tötungen von Ortskräften der EZ im Untersuchungszeitraum und, wenn ja, in welcher ungefähren Größenordnung?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Was die Frage der GIZ-Ortskräfte angeht, ist bis auf eine Ausnahme, wo ich irgendwo Kenntnis hatte, dass

zwei Wächter verprügelt worden sind - - Ansonsten aber ist das der Stand meines Wissens, den Sie da gerade zitiert haben. Wir haben in den Besprechungen mit den DOen, die wir am Anfang mehrfach am Tag und ansonsten jeden Tag abgehalten haben, immer die Frage gestellt: Gibt es Übergriffe? Antwort: Nein.

Was es allerdings gab, waren Besuche der Taliban in den Büros, sowohl bei der KfW als auch bei der GIZ, mit Nachfragen nach Pässen - auch mehrfach -, was die Ortskräfte durchaus verstört hat. Das kann man sich gut vorstellen. Wir wissen auch, dass es Übergriffe bei einer NGO gegeben hat - mit Toten -, die allerdings nicht in unseren Zuwenderkreis gehört und die relativ - - also die nicht in der Zeit ab der Übernahme der Taliban Kabuls, sondern - - Ich versuche gerade, das einzuordnen; deswegen überlege ich einen Moment.

**Joachim Wundrak (AfD):** Mhm.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das muss in der ersten Hälfte 21 gewesen sein. Es findet ein Hinweis darauf statt in den Unterlagen, wo es um die Frage der unterschiedlichen Gefährdungslage zwischen Ortskräften des BMVg und des BMZ geht, also die Frage: Sind eigentlich Ortskräfte der EZ mehr oder weniger gefährdet als eine Ortskraft des BMVg? An der Stelle ist mir bekannt, dass es dort Tötungen gegeben hat, ja.

**Joachim Wundrak (AfD):** Wir wissen - und das ist Ihnen sicherlich auch bekannt -, dass es drei Stufen von Gefährdungskategorien gegeben hat. Frau Ministerialdirigentin Hammerschmidt, damals Ihnen unterstellte Unterabteilungsleiterin, sagte hier am 25.04.2024 - das ist ein Zitat aus dem Protokoll der 72. Sitzung, Seite 126; ich zitiere -:

„... objektiv hat sich ja auch im Nachhinein herausgestellt, dass die Ortskräfte objektiv nicht gefährdet gewesen sind, die in unseren Vorhaben tätig waren.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben ja eben schon ausgesagt, es gab nach Ihrer damaligen Auffassung eine latente Gefährdung - keine direkte, sondern eine latente Gefährdung - von Ortskräften durch die Taliban, die konkret aus der Tätigkeit für die deutsche EZ resultierte. Können Sie uns darstellen, auf welchen Tatsachen diese Annahme einer latenten Gefährdung beruht?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich meine nicht, dass ich gesagt hatte, es gab die latente Gefährdung, sondern dass wir mit dem Übergang vom Einzelverfahren zum Listenverfahren am 15. oder 16. August dieses unterstellt haben, eine latente Gefährdung, weil zu diesem Zeitpunkt keiner von uns wusste, wie das dort weitergehen würde. Niemand wusste das. Wir wussten aber, dass es durchaus viel Panik gab; die Bilder haben wir alle gesehen. Insofern war diese Einschätzung - und das gilt nicht nur für die EZ-Ortskräfte, sondern das gilt ja für alle Ressorts, dass dieses Listenverfahren für alle Ressorts zu diesem Zeitpunkt eingeführt wurde - anders als beim Einzelverfahren, wo wir diese drei Kategorien hatten. Ich glaube, damit ist das beantwortet.

**Joachim Wundrak (AfD):** Habe ich das richtig verstanden: Die Einführung des Listenverfahrens hat damit die Einstufung in diese drei Stufen der Gefährdung ersetzt?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Richtig. Und zwar: In diesem Zeitraum vom 15. oder 16. August bis zum 9. September gab es ein Listenverfahren für alle Ortskräfte aus allen Ressorts und nur für die Ortskräfte, die in den letzten zwei Jahren - - also nicht die Ortskräfte 13 bis 19, sondern 19 bis 21.

**Joachim Wundrak (AfD):** Das heißt also, es gab keine Prüfung von Kriterien, sondern einfach nur die Unterstellung: Es existiert eine latente Gefährdung für Ortskräfte, weil wir jetzt mit dem Listenverfahren arbeiten.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Richtig. Und wie ich vorhin auch schon mal ausführte, gab es durchaus dann eine Plausibilitätsprüfung der uns gemeldeten Ortskräfte, der uns von den Arbeitgebern gemeldeten Ortskräfte, wo wir zumindest

von allen Arbeitgebern die Bestätigung abverlangt haben, dass es ihre Ortskräfte sind, also dass nicht sozusagen eine Selbstmeldung stattfinden kann, und wo wir uns von den Arbeitgebern haben bestätigen lassen, dass die dazugehörigen Familien die richtigen sind. Deswegen hatte ich dieses Beispiel genannt von der Familie mit den Kindern, die im Januar und im Mai von der gleichen Frau geboren wurden, wo wir also sozusagen noch mal Plausibilitätsprüfungen hatten: „Können die Angaben so, wie sie uns gegeben worden sind, stimmen?“, und wo wir dann noch mal hinterherrecherchieren mussten, wie diese Angaben zustande gekommen sind.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Müller-Rosentritt.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ich schließe mich auch dem Dank der Vorrednerinnen und Vorredner an. - Ich beziehe mich auf MAT A BMZ-4.38 VS-NfD, Blatt 152. Das ist eine E-Mail von Frau Hammerschmidt, in der diese an Frau Warning und den Referatsleiter Szenarien schrieb. Ich komme nun zu dieser E-Mail in der Frage. In einer Mail vom 5. August 2021 - das ist diese besagte Mail - informierte Sie Ihre Kollegin Hammerschmidt über ein Telefonat mit der Abteilungsleiterin B. des BMI - Zitat -:

„Frau Busch wollte sich beraten zu der Frage „worst case“ Szenario und wer legt das fest. Wir stimmten überein, dass das nicht jedes Ressort für sich tun kann, sondern es eine ressortabgestimmte Entscheidung geben muss. ...“

Sie bat das BMZ hier auch um Unterstützung, da wir durch unsere DOs und NROs nah an der ZG sind und eher den „Zeitpunkt und/oder Kriterien“ erkennen würden ...“

Meine Frage an Sie: Hatte Sie die Bitte seitens des BMI verwundert?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das noch mal sehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ja, selbstverständlich.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, danke. - Nein, das, denke ich, war nicht weiter verwunderlich, weil wir mit dem RMO der GIZ natürlich eine hochkompetente Stelle vor Ort hatten, die uns auch vor Ort Informationen und eine Einschätzung geben konnte, wie sie die Gefahrenentwicklung sieht. Insofern, glaube ich, ist das - - Also, es hat mich nicht verwundert. Das ist die Antwort auf die Frage.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Okay. Aber wäre denn für solche Szenarien nicht zum Beispiel der Bundesnachrichtendienst, BMVg oder das Auswärtige Amt der wesentlich geeignetere Ansprechpartner gewesen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Kann ich nicht sagen, weil das ist ja schon sozusagen eine Wertungsfrage. Ich kann sagen, dass wir mit Zugängen zur Zivilgesellschaft und mit Zugängen zum RMO auch eigene Beiträge zu einer solchen Lageeinschätzung liefern konnten. Wer da geeigneter ist oder nicht, das müssen, glaube ich, Sie entscheiden.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Vielen Dank. - Wissen Sie, ob Frau Busch nur das BMZ diesbezüglich um Unterstützung bei der Definition der Trigger gebeten hat oder auch andere Ressorts oder Behörden?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das weiß ich nicht.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Okay. - Ich hatte ja nach diesem ressortgemeinsamen Findungsprozess gefragt. Wie sah der ressortgemeinsame Findungsprozess für die Triggerpunkte des Notfallszenarios denn aus?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Der ist - - Ich versuche das gerade zu rekonstruieren in meinem Kopf. Wenn ich es richtig erinnere - diese Einschränkung muss ich jetzt leider machen -, ist

diese Frage auf den Staatssekretärsrunden debattiert worden mit Zulieferungen aus den Häusern. Also, einer der Triggerpunkte, die ich erinnere, war die Frage: Gibt es Flugverkehr, also kann man raus? Weitere Fragen - - Ich müsste es nachgucken. Irgendwo gibt es sozusagen eine Liste dieser Triggerpunkte. Aber das ist einer, den ich erinnere, weil er meines Erachtens auch durchaus relevant ist, nämlich: Kann man im Zweifelsfall das Land verlassen, wenn man es will und kann?

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Können Sie sich noch daran erinnern - wenn ja -, wie lange diese Einigung gedauert hat?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Auf die Triggerpunkte selber -

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ja, auf die Trigger -

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** - oder die Auslösung des Triggers?

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ja, genau, Letzteres.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Die Auslösung des Triggers war sicher am 13.08. Also, da bin ich sicher, dass an dem Punkt jedem klar war: Das waren jetzt unsere Trigger.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Weil Sie angeboten hatten, die Frage zu beantworten, ohne dass ich das gefragt habe, würde ich trotzdem Ihr Angebot gerne annehmen: Der Findungsprozess auf die Triggerpunkte, wie lange, welchen Zeitraum hat das ungefähr gedauert?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Da würde ich jetzt spekulieren. Ich kann es nicht mehr genau erinnern; das tut mir leid.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Vielen Dank. - Es schien, als sei für die Mitarbeitenden des BMZ sowie die eingesetzten Organisationen sehr wichtig gewesen, ein Go für die Alternativszenarien zu bekommen. In der Befragung von Frau Hamerschmidt wurde über die Alternativszenarien



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gesprochen; ich zitiere hier auch aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll unter der gleichen MAT-Nummer. Frau Hammerschmidt erwähnte - Zitat -:

„... natürlich habe ich das Go nicht alleine gefällt, sondern habe mit Sicherheit da mit Frau Warning drüber gesprochen ...“

Meine Frage an Sie: Haben Sie sich tatsächlich gemeinsam mit Frau Hammerschmidt abgesprochen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das sehen?

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ja, auch das ist kein Problem.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich bin nicht ganz sicher, auf welchen Vorgang sich das tatsächlich bezieht.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Können Sie mir noch mal ungefähr den Findungsort hier sagen? Wo etwa ist das?

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Auf Seite 146.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Auf Seite 146, ja.

(Ein Mitarbeiter der FDP-  
Fraktion begibt sich zur  
Zeugin und zeigt ihr eine  
Stelle in den Unterlagen)

Jetzt muss ich nämlich gucken, worauf sich das Go bezieht.

(Die Zeugin liest in den ihr  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

Moment. Ich versuche gerade, rauszufinden, welche Alternativen gemeint sind.

(Die Zeugin blättert in den  
ihr zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ich kann auch noch mal zur Ergänzung, wenn Sie das mögen, aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll - das ist das gleiche Blatt; aber das haben Sie auch vorliegen - die Zeugin Frau Hammerschmidt zitieren, weil das ja quasi - -

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich verstehe die Frage an der Stelle nicht, weil ich versuche, rauszufinden - wir haben ja mehrfach Alternativen zu verschiedenen Sachverhalten -, welchen Sachverhalt Sie hier ansprechen. Ich weiß einmal eine alternative Fragestellung, die wir Anfang der Evakuierungsphase hatten, nämlich die Frage: Gibt es für Ortskräfte, die in Afghanistan bleiben wollen, eine Alternative, also eine andere Schutzform als das, was wir anbieten, nämlich nicht die Evakuierung, sondern die Aufnahme in der Bundesrepublik? - Ist es das, was Sie meinen?

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ja.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Okay. - Das ist nicht nur mit mir besprochen worden. Also, wenn es um den Sachverhalt geht, ob wir andere Möglichkeiten haben, Schutz zu gewähren oder Unterstützung zu gewähren als die Ausreise in die Bundesrepublik: Ja, das ist mit mir besprochen worden, und nicht nur mit mir, sondern auch mit dem Staatssekretär.

Wir haben ja dann verschiedene Festlegungen gemacht. Die eine Festlegung ist, dass wir erst mal keinen Ortskräften kündigen, sondern dass wir das Gehalt weiterzahlen - was schon mal wichtig ist. Und das Zweite ist, dass wir ihnen auch angeboten haben, sie weiterhin finanziell zu unterstützen, wenn sie sich entscheiden, nicht diesen Weg anzutreten, sondern zu sagen: Ich kann hier und will hier mit meiner Familie in Afghanistan nach einer anderen Alternative suchen.

Das ist im Vorfeld - - Das ist von der GIZ als Problem an uns herangetragen worden, und wir haben es dann relativ kurzfristig, wenn ich es richtig erinnere, über dieses Wochenende, was da zwischen den Krisenstabssitzungen und dann der militärischen Evakuierung lag, entschieden zusammen mit dem Staatssekretär und der GIZ übermittelt, damit sie bei der von mir vorhin



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon erwähnten Mitarbeiterversammlung der GIZ diese Optionen auch darstellen kann. Und Sie haben in den Unterlagen ja auch den Kurzbericht der GIZ über diese Versammlung bekommen: dass es nämlich gut aufgenommen wurde von den Ortskräften.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Jetzt haben Sie gerade gesagt, dass auch weitere Alternativszenarien besprochen wurden. Das, was Sie beschrieben haben, hat mich in einem besonderen Maße interessiert. Aber auch hier würde ich Ihr Angebot gerne annehmen: Gibt es weitere Alternativszenarien, die Sie besprochen haben, an die Sie sich erinnern können?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich überlege gerade. - Im Hinblick auf die GIZ: Das waren die beiden Optionen. Bei den NROs war es nicht so schnell zu entscheiden, weil wir gucken mussten: „Wie gehen wir damit um, also, was lässt das Zuwendungsrecht zu?“ usw. Da haben wir ja dann die Entscheidung getroffen, dass die NROs, denen wir ja auch dann sehr schnell gesagt haben: Keine weitere Implementierung zurzeit - - Es gab ja erst mal so einen 14-Tage-Stopp; das haben Sie auch in den Unterlagen gesehen. Wir haben den NROs aber gesagt: „Ihr dürft weiter Gehälter zahlen, und ihr dürft weiter die laufenden Kosten wie Miete usw. zahlen“, weil noch keiner zu dem Zeitpunkt wusste: Wie geht es eigentlich weiter? Aber klar war: Man kann jetzt nicht sozusagen einen Komplettstopp dieser Projekte machen mit all den Folgen auch für die Ortskräfte. Das ist im Falle der NROs nicht so frühzeitig. Das liegt bestimmt vier, fünf Tage irgendwie dazwischen in der Größenordnung, weil wir da die Rechtslage noch mal prüfen mussten.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Da ich ja damals selbst im Auswärtigen Ausschuss war, genau in dieser Zeit, interessiert mich die nächste Frage wirklich im höchsten Maße auch persönlich: Was waren denn die ausschlaggebenden Punkte für die Entscheidung, da wirklich das Go zu geben?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das Go für was?

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Für die Evakuierung. Das Go für die Menschen, zu sagen: Die Ortskräfte dürfen jetzt auch ausreisen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Na ja, ich versuche, zu präzisieren, was ich verstehe.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Ja. - Sehr diplomatisch.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Mit der Bewilligung dieser Aufenthaltsgenehmigung nach § 22 Aufenthaltsgesetz war für die Ortskraft und ihre Kernfamilie die Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland garantiert. Das inkludiert nicht das Recht auf Beförderung oder Evakuierung, ja? Das ist erst mal nur das Recht: Sobald ihr deutschen Boden betreten sozusagen, habt ihr das Aufenthaltsrecht.

Wir haben ja die militärische Evakuierung gehabt. Alle die, die einen solchen Nachweis hatten, die kriegten - - Ich sprach gerade eben schon mal über die Masterlisten, die dann sozusagen von BMI und AA bewilligt wurden in dieser heißen Phase, die dann wieder zurückgemeldet wurden an die Arbeitgeber, sodass die Ortskräfte im guten Falle das erstens wussten und es zweitens schriftlich hatten und drittens sich auch an den Flughafen begeben konnten, um zu sagen: Ich bin hier. - Es war schwierig genug, sie dann reinzukriegten in den Flughafen. Das heißt, dieses Go - ihr könnt zum Flughafen kommen - war implizit im Prinzip gegeben dadurch, dass sie diese Zusage hatten, die wir ja sehr schnell - ich sagte es ja gerade eben: über Nacht sozusagen - haben realisieren können.

Es war darüber hinaus verabredet worden, wenn klar war, dass Flugkapazitäten da sind, dass man an den Flughafen rankommt, dass man durch die Gates durchkommt usw., die Ortskräfte angerufen werden sollten. Das aber liegt außerhalb meines Erfahrungsbereiches. Da war ich nicht involviert in die Frage: Wer kriegt wann welchen Anruf? Die Listen sollten am Flughafen vorliegen, sodass man - aber da wissen Sie vermutlich mehr als ich jetzt nach den Befragungen - abgleichen konnte - das war zumindest mal die Vorstellung -: Die stehen auf der Liste, und hier kommen sie mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ihrem Nachweis. Und wenn das matcht, dann sind sie sozusagen mit auf dem Flieger, wenn Platz ist.

Gleichzeitig aber war klar, dass diejenigen, die selbständig ausreisten und sich dann bei einer deutschen Botschaft meldeten, ebenfalls diesen Schutz bekommen. Das ist sehr viel in Islamabad passiert. Das ist aber auch in Teheran passiert und an anderen Orten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt wechselt das Fragerecht.

**Frank Müller-Rosentritt (FDP):** Vielen Dank. - Und auch keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir beginnen in der zweiten Runde wieder von vorne beim Kollegen Nürnberger von der SPD-Fraktion.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Danke auch für Ihre Ausdauer, Frau Zeugin. Ich kann mir vorstellen, dass es nicht ganz einfach ist, die vielen Sprünge mitzumachen.

Auch ich muss einen tun, und zwar zurück zum 22. August 2021, als die Frau Bundeskanzlerin Merkel - nachzulesen in MAT A BMZ-3.143 VS-NfD Austausch, Blatt 43 - entschieden hat, dass auch für die Ortskräfte des BMZ eine Beschäftigung seit 2013 maßgebend sei. Können Sie uns kurz erläutern, wie Sie diese Entscheidung aufgenommen haben und wie Ihre Reaktionen darauf waren?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das auch noch mal sehen, bitte?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Wenn ich dazu ein bisschen weiter ausholen darf: Wir hatten ja im Vorfeld diese Diskussion in den Ressorts geführt und hatten immer darauf aufmerksam gemacht, dass angesichts der Tatsache, dass wir seit 2001 im Land sind, erstens das Datum 2013 für uns kein natürliches Datum

war, anders als im BMVg. Zweitens hatten wir darauf hingewiesen, dass, wenn man das macht, wir auch nur per Hochrechnung sozusagen sagen können, dass gut und gerne 10 000 Ortskräfte plus Familien, also rund 50 000 Menschen, dann zusätzlich in diesen Kreis der Berechtigten hineinfallen würden. Und wir hatten immer gesagt: Es wäre gut, wenn wir eine ressortgemeinschaftliche Festlegung des Berechtigtenkreises hinbekommen. Das ist sozusagen die Vorgeschichte.

Dann ist diese Entscheidung getroffen worden. Für uns war klar, dass wir jetzt sozusagen genau das vergegenwärtigen müssen: dass nämlich Ortskräfte aus diesen Jahren berechtigt sind und wir damit das Verfahren noch mal deutlich auszuweiten haben. Das hat finanzielle Auswirkungen, das hat rechtliche Auswirkungen, das hat Ressourcenauswirkungen, was die Personalressourcen angeht.

Es war auch klar, dass wir diesen Teil des Verfahrens erst nach dem Ende dieser Evakuierungsphase - - Es war ja am 22.08. schon vorherzusehen, dass das Ende kommen würde und dass es bald kommen würde und dass wir diese Ortskräfte jetzt nicht auch noch in diese heiße Phase mit hineinnehmen können, sondern erst nach Ende des sogenannten Listenverfahrens. So viel war klar.

Und dann bedeutete das - Sie hatten mich ja nach der Taskforce gefragt -, dass wir als Taskforce noch mal überlegen mussten: Wie gehen wir jetzt damit um? Welche Spielregeln werden aufgestellt? Wie werden die Verfahren dazu aufgesetzt? Wie läuft das dann ab? Das war für uns dann sozusagen eine neue Aufgabe.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Sie haben jetzt gerade das Wort „Spielregeln“ verwendet. Dazu habe ich auch eine Nachfrage bzw. die Überleitung zu meiner nächsten Frage: Nach Aktenlage - MAT A BMZ-4.43 VS-NfD, Blatt 202 - erging dazu am 23. August 21 eine Weisung von Herrn Staatssekretär Jäger, die Erweiterung des Berechtigtenkreises, also was diesen zeitlichen Rahmen betrifft, im Hinblick auf andere Kriterien eng auszulegen und auf Härtefälle zu begrenzen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau Hammerschmidt erläuterte das in ihrer Anhörung - ich beziehe mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/72, Seite 133 - wie folgt:

„Die Aufweichung der Zweijahresfrist ist für uns nicht so bindend wie für andere, weil wir einfach andere Zeiträume haben.“

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Gut, zu der Aussage von Frau Hammerschmidt kann und will ich nix sagen, also „Bindung“ oder nicht. Sie fragten ja im ersten Teil nach der Auslegung der Zweijahresfrist, richtig?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Na, meine Frage, die ich noch gar nicht gestellt habe, lautet nämlich - ich brauchte noch ein bisschen zur Formulierung - :-

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ach, so. Entschuldigung. Ich hatte es implizit schon gehört.

**Jörg Nürnberger (SPD):** - Ist Ihrer Auffassung nach diese Entscheidung von Staatssekretär Jäger als eine Abweichung oder eine Einschränkung der Weisung von Bundeskanzlerin Merkel zu verstehen? Oder wie war Ihre Einschätzung?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Meine Einschätzung: Nein, es ist keine Abweichung. Warum? Wir haben uns natürlich im Vorfeld, als die Diskussion lief, gefragt: Wie schätzt man eigentlich die mit der Anstellung induzierte Gefährdung einer Person ein, die, ich sage mal, im Jahr 2013 irgendwo für die GIZ gearbeitet hat, dann aber nicht mehr, und zehn Jahre später sagt: „Weil ich damals dort gearbeitet habe, bin ich heute gefährdet“? Wie macht man das eigentlich?

Das war sozusagen diese Grundüberlegung: Wie stellt man sicher, dass man diejenigen, die tatsächlich genau deswegen gefährdet wären - - Es geht ja nicht um die Frage: „Bin ich allgemein gefährdet, weil ich in einem Kriegsgebiet lebe?“, sondern: „Bin ich deswegen gefährdet, weil ich für eine deutsche Institution gearbeitet habe?“ Gleichzeitig würde aber eine solche Öffnung der Frist vielleicht den einen oder anderen ermuntern, zu sagen: Bin gefährdet. - Also, wie kann ich

sozusagen feststellen, dass es tatsächlich passiert, diese Gefährdung, und ihn dann auch schützen? Und wie kann ich - das Wort, das mir jetzt auf den Lippen liegt, will ich gar nicht nennen - diejenigen herausfiltern, die eben deswegen nicht gefährdet sind? Denn deswegen gibt es diese Frage der strengen Auslegung.

Ich sage mal, es war wirklich die Frage: Wie können 13er-, 14er-Mitarbeiter heute noch - - Also, wie weiß ein Taliban, dass er 14 in irgendeiner Provinz bei uns in einem Lehrerprojekt gearbeitet hat, und was bedeutet das? Würde deswegen ein Taliban ihn dann an Leib und Leben gehen, weil das 14 passiert ist? Das muss man ja erst mal sozusagen plausibilisieren. Auf diese Fragestellung bezieht sich das hier. Insofern die Antwort: Nein, ich halte das nicht für ein Abweichen davon, sondern die Frage ist: Wie übersetze ich das in administratives Handeln?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Noch eine sehr konkrete Frage im Anschluss: Ist Ihnen bekannt, dass ähnliche - - Oder andersherum formuliert: Ist Ihnen bekannt, dass andere Ressorts die gleichen oder ähnliche Auslegungsbestrebungen für diese Vorschrift gehabt haben? Hat das jedes Ressort nach seiner eigenen Entscheidung gehandhabt, oder gab es da eine einheitliche Linie zwischen den Ressorts?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Meines Wissens gab es keine einheitliche Linie, aus dem einfachen Grunde - zumindest was das BMVg angeht, ist mir das erinnerlich -, dass es einige Hundert waren, anders als bei uns, wo es einige Tausend waren. Das heißt, das ist eine ganz andere Aufgabenstellung an der Stelle.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Gerne.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank für diesen Themenbereich. - Ich würde jetzt auf ein Thema gerne eingehen - ich glaube, es war der Kollege Zippelius, der es bereits angesprochen hat -, und zwar die Diskussion über die Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit im Blick auf die Zukunft.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aus dem Referat 312 stammt ein Papier zur strategischen Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit des BMZ in Afghanistan vom 15. Februar 2021, unter MAT BMZ-3.141 VS-NfD\_Austausch2, Blatt 277. Dort steht beispielsweise:

„Die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans ist auch nach zwanzig Jahren internationaler militärischer und ziviler Intervention von Instabilität und Unsicherheit geprägt.“

Ich darf weiter zitieren auf Blatt 278:

„Auf die Reduzierung des Gewaltniveaus ... und den innerafghanischen Friedensprozess ... hat das BMZ keinen spürbaren Einfluss.“

Wie bewerten Sie zu diesem Zeitpunkt, im frühen Jahr 2021, den Zustand der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan? Teilen Sie die Einschätzung, die in diesem Papier veröffentlicht wird?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das Papier noch mal sehen?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt)

- Ich danke. - Ist das hier oben die Anstreichung? Auf Seite? Darf ich das noch mal nachfragen?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Bei mir hat es die Nummerierung 277 in Rot und 278 in Schwarz.

(Die Zeugin blättert in den  
ihr zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Können Sie mir die roten Zahlen bitte noch mal nennen? - Entschuldigen Sie, aber ich müsste es sehen.

(Gülistan Yüksel (SPD):  
Oben rechts 271!)

- 271 oben rechts.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es ist ja ein sehr ausführliches Dokument.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, ich habe es gefunden; ich lese es gerade. Danke.

(Die Zeugin liest in den ihr  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

So, ich habe es jetzt gelesen. Darf ich die Frage noch mal hören? Entschuldigung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ob Sie diese Einschätzung aus Ihrer Sicht teilen in den Punkten, die ich zitiert habe.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. - Damals war die Frage: Was haben wir bisher erreicht, und was können wir noch erreichen? Und ja, die Einschätzung war: Wir haben einiges erreicht, aber es ist noch ein weiter Weg zu gehen in diesem hier unsicheren Umfeld.

Ich glaube, es gibt ein Papier, was wahrscheinlich am besten wiedergibt, wo wir uns sahen im Zielerreichungskorridor dessen, was wir gemacht haben. Das ist ein Papier, das dürfte in der Endfassung so auf den Mai datieren. Das nennt sich Bilanzpapier, das hat verschiedene Versionen, und dieses Bilanzpapier ist aus meiner Sicht die beste Einschätzung unserer damaligen Sicht auf die Dinge. Und das hier, das sind sozusagen Vorläufer auch zu diesen Überlegungen.

Der Minister hatte immer wieder gefragt: Was haben wir denn erreicht in Afghanistan? - Und nicht nur der Minister, auch die Öffentlichkeit hatte das zu dem Zeitpunkt schon gefragt. Und wir haben es dann auch versucht, für uns noch mal klarzubekommen, zumal - das wissen Sie auch - wir ungefähr zu diesem Zeitpunkt die Ergebnisse der Metaevaluierung bekamen, die wir in Auftrag gegeben hatten, und zwar über das gesamte Afghanistan-Engagement der Gebergemeinschaft, nicht Deutschlands, der Gebergemeinschaft.

Also insofern: Das sind verschiedene Bausteine - Evaluierung, unsere eigenen Einschätzungen, die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachfragen -, wo wir uns versucht haben zu vergewissern: Wo stehen wir, was haben wir geschafft, und wo wollen wir eigentlich noch hin?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich darf aus dem gleichen Dokument das Blatt 279 [sic!] zitieren, wo zu den angedachten Prioritäten der afghanischen Bevölkerung Folgendes zitiert wird:

„Bei aller Heterogenität der afghanischen Gesellschaft scheint der Wunsch nach physischer Sicherheit maßgeblich bei der Mehrheit der Afghaninnen und Afghanen ... Anders als noch in den 90er Jahren bieten [die Taliban] der Bevölkerung (Schatten-)staatliche Dienstleistungen an, die funktionsfähig sind - und füllen damit ein Vakuum, das die afghanische Regierung durch mangelhafte Funktionsfähigkeit und fehlende Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung selbst geschaffen hat.“

Wenn ich dieses Papier jetzt weiterdenke aus dem Referat 312, stellt sich mir die Frage: War dann denkwürdigerweise für die Zukunft eine Zusammenarbeit zumindest mit Teilen der Taliban nicht unbedingt notwendig, zumal die Feststellung lautet: „Die Bevölkerung in Afghanistan hat Vertrauen in die Taliban“?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Zum Teil.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Zum Teil.

(Die Zeugin blättert in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich habe jetzt leider dieses Blatt 279 nicht vorliegen, ich habe nur bis 277.

(Gülistan Yüksel (SPD): Das ist aber auf der anderen Seite!)

Ich denke, ich habe es aber gehört. - Ihre Frage war, bitte?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Angesichts einer derartigen Lageeinschätzung, die sich dann auch in dem Enddokument ähnlich wiederfindet, musste man davon ausgehen, dass eine zukünftige - - Ich formuliere andersherum: Musste man dann davon ausgehen, dass die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit ohne eine wie auch immer und auf welchem Niveau ausgestaltete Zusammenarbeit mit Elementen der Taliban überhaupt nicht vorstellbar war? - Noch mal andersrum formuliert, ausschließend formuliert.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, ja, jetzt habe ich die Frage, glaube ich, verstanden. Ich denke nur nach sozusagen. Ich versuche, es auch noch mal in eine zeitliche Reihenfolge zu bekommen. - Wir haben relativ früh, so ich das erinnere, diese Option: „Was bedeutet es, wenn die Taliban in Teile der Regierungsverantwortung kommen, und wie arbeiten wir dann zusammen?“, diese Frage, diskutiert, weniger unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit als unter dem Gesichtspunkt: „Wenn sie unsere legitimierten Partner wären, wie würden sie sich dann verhalten als Partner in einer Verhandlung über Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit?“ Also insofern war, glaube ich, diese Überlegung: „Was ist, wenn die mit dabei sind, und wie verhalten wir uns dann?“ relativ frühzeitig, zumindest im Jahr 2021 - und das hier datiert ja Februar 2021 -, immer eine Denkfigur, die wir mit dabei hatten. Und ich sage es noch mal: Das ist keine deutsche Spezialität, sondern das war in der gesamten Gebergemeinschaft natürlich die Frage: Wie geht man dann damit um?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Ich möchte jetzt die uns verbleibende Zeit in dieser Runde nutzen, Ihnen vielleicht schon einige abschließende Fragen zu stellen.

Wir stellen gerne auch jedem Zeugen zum Ende der Befragung die Frage, was ihre ganz persönlichen Lessons learned aus diesen, zumindest was den Untersuchungszeitraum betrifft, sehr turbulenten und am Ende sehr schwierigen zwei Jahren waren für Sie als Mitarbeiterin des BMZ.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich würde mal zwei benennen. Das eine: Zieldefinition, sowohl



## Nur zur dienstlichen Verwendung

als EZ als auch als in diesem Ausnahmefall eines vernetzten Ansatzes, den wir ja sonst nicht kennen. Das war schon eine Singularität, was wir da in Afghanistan gemacht haben. Das wäre für mich insgesamt für die EZ noch mal eine Fragestellung: Können wir viel besser deutlich machen, was wir von unserem Einsatz erwarten und das entsprechend auch monitoren? Wir haben in Afghanistan übrigens ein unvergleichliches Monitoring gehabt - das kennen Sie auch, also das gab es -; aber wenn man sich anguckt, wie heute so die Debattenlage ist, dann scheint mir doch deutlich zu sein, dass nicht klar genug die einzelnen Politikteile, die dort eine Rolle gespielt haben, mit einer klaren Zieldefinition reingegangen sind. - Erstens.

Zweitens. Wenn man das Ortskräfteverfahren anguckt, würde ich heute sagen: Wir hätten früher ressortgemeinschaftlich viel deutlicher die Details festlegen müssen. - Ich sagte gerade eben: Wir hatten keine Klarheit darüber, wer denn jetzt von den Zuwendungsempfängern - - Schon allein der Text war nicht eindeutig. Wir mussten also sozusagen mitten in der Dynamik eine Festlegung machen. Es gab keine Frage: Was passiert eigentlich, wenn ...? Wie werden die Kosten getragen? Aus welchem Titel? Und wie macht man das eigentlich? Also es gab diverse operative Probleme, die wir im Tun mitentwickeln mussten unter großem zeitlichem Druck, die nicht frühzeitig antizipiert waren, von niemandem, weil, ich glaube, auch niemand wirklich dieses Szenario für sich klar hatte. Also das wäre für mich ein Learning, wenn man so was noch mal machen sollte - ob man es machen sollte, das müssen Sie entscheiden -; aber wenn man so was machen sollte, dann müssten auch frühzeitig für ein Worst-Case-Szenario die ganzen administrativen Festlegungen eigentlich da sein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Der Kollege bekommt eine letzte Abschlussfrage. Bitte schön.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke für die Benevolenz. - Ich möchte Sie vielleicht ein bisschen provokativ zum Abschluss noch auf eine Ihrer Bemerkungen hinweisen. Niedergelegt in MAT A BMZ-4.37 VS-NfD, Blatt 149 [sic!], schreiben Sie

im Bezug zu einer Vorbereitung der Bilanzdebatte „20 Jahre Afghanistan-Engagement“, Herbst 21, am 27. September:

„... hätten wir all das Geld, welches in das Militär gesteckt wurde in die EZ gesteckt, wären wir heute vielleicht ein ganzes Stück weiter.“

Können Sie uns den Hintergrund Ihrer Äußerung und die Bedeutung erläutern?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ah ja. - Es sind ja sehr hohe Mittel, höhere als die der Entwicklungszusammenarbeit, in die militärische Intervention geflossen. Das ist ja als These formuliert - es gibt keinen Beleg dafür -, und die These kann man haben. Man kann sich fragen: Was passiert eigentlich, wenn wir an bestimmten Stellen höhere Mittel aufwenden, um zivile Ziele zu erreichen? Ich kann das nicht abschließend beantworten, Sie können es wahrscheinlich auch nicht, keiner von uns. Aber diese These darf man aufstellen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Der Kollege Zippelius hat sich schon gefreut, und jetzt ist er dran.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Frau Professor Warning, ich möchte auch einfach weitermachen beim Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und beziehe mich auf das Frühjahr 2021 und hierbei dann im Verlauf auf MAT A BMZ-4.15 VS-NfD, Blatt 367 bis 371. Und die Überlegungen zur Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit wurden im Frühjahr 2021 konkreter. Es geht um eine Ministervorlage vom 15. März 2021. Darin heißt es, dass in allen Szenarien - Bürgerkrieg, Emirat, Einbindung der Taliban in die Regierung - eine Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit möglich sei. Dabei wurden allerdings auch Mindeststandards definiert: demokratisch legitimierte Regierung, Bekenntnis zu Menschen- und Frauenrechten, Schutz von Mitarbeitern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Deswegen meine Frage an Sie: Für wie realistisch haben Sie eine Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit bei diesen Kriterien gehalten angesichts des zu erwartenden Machtgewinns der Taliban?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Kann ich das noch mal sehen, bitte?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ja, sehr gerne. Bringen wir Ihnen.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wie realistisch habe ich das gesehen? Ich denke schon, dass es zu diesem Zeitpunkt mit allen drei Szenarien eine realistische Perspektive war, zu sagen: Wir können und wir sollten weitermachen. Erstens: Wir haben Implementierungspartner; immer ganz wichtig. Zweitens: Es gibt hohe Bedarfe. Und, drittens, konnten wir zu dem Zeitpunkt nicht übersehen - und die Taliban sind ja auch kein einheitliches Gebilde -: Würden Taliban sich bei Regierungsbeteiligung, bei irgendeiner Beteiligung im Rahmen der EZ bereiterklären, auf solche Bedingungen einzugehen? Insofern: Ja, wir haben das für realistisch gehalten.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Weil Sie sagen, Sie haben es für realistisch gehalten; bzw. wenn das problematisch schien, ob sich die Taliban - kein einheitliches Gebilde - an solche Standards halten würden: Hat das BMZ damals dann die Position vertreten, dass Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan unter einem Talibanregime deutlich zurückgefahren werden müsste?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich muss noch mal reingucken, aber ich bin ziemlich sicher, dass wir zu diesem Zeitpunkt noch davon ausgegangen sind, dass es kein Rein-Taliban-Regime geben würde, sondern dass es zu einer Regierungsbeteiligung in irgendeiner Form käme.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ich beziehe mich nachfolgend auf MAT A BMZ-3.135 VS-NfD, Blatt 460, und zwar: Anfang August schreiben

das BMZ und das Auswärtige Amt ein Papier zum weiteren Vorgehen bei der Entwicklungszusammenarbeit. Darin heißt es dann unter anderem, dass man Einzelfallentscheidungen treffen müsse, wenn es um die Einstellung von Projekten geht, und man grundsätzlich neu entscheiden müsse, wenn die Taliban die Regierung übernehmen sollten. Und Sie, Frau Professor Warning, bemerken in diesem Papier oder auf diesem Papier, besser gesagt - ich zitiere -:

„Mittel- und langfristig muss die  
EZ in den Friedensverhandlungen  
ein „Preisschild“ erhalten ...“

Was bedeutet das?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich es nochmal sehen?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ja, klar.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, genau. Hier in diesem Papier wird ja darüber nachgedacht, dass wir - und das haben wir zu diesem Zeitpunkt meines Erachtens schon getan - unser gesamtes Portfolio Projekt für Projekt durchgehen, um zu gucken: Sind sie durchführbar oder nicht und, wenn ja, unter welchen Bedingungen? Das heißt, da war nicht unbedingt die Gesamtfrage: „Machen wir EZ weiter?“, sondern: „Was geht, und was geht nicht?“ Auf geografischer Ebene: Sind diese Projekte in Gebieten, wo die Taliban heute schon sind? Sind sie staatsfern, sind sie staatsnah? Was bringt das für die Bevölkerung?

Das heißt, wir haben damals schon das gesamte Portfolio gescreent, aber immer im Hinblick auf die Zielsetzung: Wir wollen, wenn es irgend geht, die EZ weiterführen. - Und da habe ich - das ist ja das, was Sie hier wissen wollen - geschrieben - - Also, was ich damit meinte, ist: Wir können sozusagen nicht pauschal sagen: „Wir machen mal weiter“, sondern wir müssen auch in Friedensverhandlungen Taliban deutlich machen, dass das an Bedingungen geknüpft ist und dass wir nicht unter allen Bedingungen bereit sind,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das weiterzuführen. Zu dem Zeitpunkt war meines Erachtens schon klar, dass die Taliban durchaus interessiert waren an der EZ.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Mussten die Taliban also einen Preis dafür zahlen, damit deutsche Entwicklungsprojekte weitergehen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Der „Preis“ - in Anführungszeichen - ist natürlich kein finanzieller Preis, sondern diese Kriterien, die sie ja kennen, die ich auch mehrfach schon genannt habe: dass ihnen bewusst ist, dass es nur funktioniert, wenn sie mit diesen Kriterien uns Deutschen, uns, der Gebergemeinschaft, entgegenkommen.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Also diese Bedingungen, zum Beispiel Menschenrechtsstandards und Weiteres, um das zu konkretisieren.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Menschenrechtsstandards, Sicherheit, demokratisch legitimiert usw. usf. Die sind ja mehrfach jetzt schon genannt worden. Genau.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Gut. - Ich würde gern auf das Thema Ortskräfte zu sprechen kommen mit Ihnen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Gerne.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Es gab bis Sommer 2021 unterschiedliche Ansichten: BMZ hatte die Einschätzung, dass seine Ortskräfte vor Ort gebraucht werden und auch keiner besonderen Gefährdung unterliegen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Mhm.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Verteidigungsministerium sah seine Ortskräfte unter einer zunehmenden Dominanz der Taliban als gefährdet an und wollte sie daher möglichst unkompliziert ausreisen lassen.

Haben Sie die Lage damals so wahrgenommen, oder hat sich das Ihnen anders dargestellt?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, das war die Wahrnehmung.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Wie haben Sie als Abteilungsleiterin die Aktivitäten des Verteidigungsministeriums - Stichwörter: Pauschal Aufnahme, Ausweitung der Zweijahresfrist, Charterflüge und Weiteres - bewertet?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wir hatten Sorge, dass wir unterschiedliche Signale senden. Also, bei allem Respekt für die Sorgen der Kollegen aus dem BMVg hatten wir gleichzeitig die Sorgen, dass wir möglichst einheitliche Signale auch nach Afghanistan und in die Öffentlichkeit in Afghanistan senden. Sie wissen, dass die Frage der Ausweitung - - Da hatte ich gerade eben schon zu ausgeführt: Frage „Umfang“ und: „Wie stellt man eigentlich fest, ob jemand aus 2014 noch gefährdet ist?“, was für uns deutlich schwieriger zu beurteilen war als für ein BMVg. Die Frage war: Wie schnell und unkompliziert - - Sie wissen, dass das BMVg schon vor uns zu einem sogenannten beschleunigten Verfahren übergegangen ist und vor Ort, was wir nicht konnten, mit Soldaten - ich glaube, es war in Masar, aber das würde ich nicht beschwören wollen - diese Prüfung durchgeführt hat und da auch schon ein vereinfachtes Verfahren hatte, was für uns zu diesem Zeitpunkt auch schon deswegen nicht nahelag, weil die Anzahl der Gefährdungsanzeigen, die uns vorlag, das nicht indizierte. Das indizierte sich erst am 15.08. Also insofern war unsere Sorge, dass wir möglichst einheitliche Signale senden und nicht das Signal senden: „Wir verlassen das sinkende Schiff“, mit allen Folgen, die wir ja auch schon hier diskutiert haben.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ich komme im Folgenden auf die Zahlen in den „Ressortgemeinsamen Factsheets“ zum Ortskräfteverfahren zu sprechen. Und das betrifft dann zwei MAT-Nummern; einmal, für März 2020, ist das MAT A BMI-3.02 VS-NfD, Blatt 29 bis 31, und für August 2021 ist es MAT A BMI-3.05, 836 bis 838.

Wenn man sich diese „Ressortgemeinsamen Factsheets“ zum Ortskräfteverfahren ansieht, fällt auf, dass zwischen März 2020 und Anfang 2021 gerade einmal 30 Ortskräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit eine Gefährdungsanzeige gestellt haben. Von diesen 30 Ortskräften waren



## Nur zur dienstlichen Verwendung

am Ende nur drei konkret und acht latent gefährdet, also in fast anderthalb Jahren nur elf festgestellte Gefährdungen im BMZ-Bereich. - Sie haben es vor sich liegen. Brauchen Sie kurz? Also, das ergibt sich aus dem Delta.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, ich sehe es.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Spiegelt das die Erfahrung wider, die Sie im Ministerium hinsichtlich einer berufsbedingten Gefährdung von Ortskräften der Entwicklungszusammenarbeit hatten?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, das haben wir heute schon mehrfach angesprochen, dass unser Eindruck war - und ja nicht nur unser Eindruck, sondern der Ortskräfte selber -, dass die Gefährdungslage für unsere Ortskräfte bei Weitem nicht so hoch war.

Ich bin nicht sicher, ob Sie mal ein Beispiel einer solchen Gefährdungsanzeige und der Datenlage gesehen haben. Darin mussten die Ortskräfte deutlich machen, warum sie sich für gefährdet einstufen, was die Belege dafür sind, und das musste plausibilisiert werden - und Sie sehen ja: es gibt da auch eine Ablehnungsquote -, was dem Beauftragten, in dem Fall Herrn Fischer, den Sie kennen, oblag, zu prüfen: Ist das, was hier dargestellt wurde, tatsächlich, erstens, plausibel und, zweitens, eine Gefährdungslage? Eine schwierige Aufgabe; aber das entspricht unserem Bild, was wir von der Lage vor Ort hatten.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Also, diese Strategie des BMZ, die Ortskräfte möglichst vor Ort zu belassen, basierte die dann seinerzeit auch auf der Annahme, dass eine Gefährdung vertretbar oder gering sei zum damaligen Zeitpunkt?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich würde es anders formulieren. Ich würde sagen, dass das ein Entscheidungskriterium war. Hätten wir den Eindruck gehabt, dass unsere Ortskräfte massiv gefährdet wären, hätten wir andere Vorschläge unterbreitet. Aber den Eindruck hatten wir nicht.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Anderer Vorhalt, und zwar: Anfang Juni 2021 schlägt die damalige

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer vor, die Zweijahresfrist zur Berücksichtigung von Gefährdungsanzeigen für Bundeswehrortskräfte bis 2013 zurück auszuweiten. Wir sprechen hier von MAT A BMZ-3.43 VS-NfD\_Austausch, Blatt 339 bis 341. Ihr damaliger Minister widerspricht in einem Brief, und zwar mit dem Argument, man sei zwar in der Verantwortung für die Ortskräfte, aber auch in Verantwortung, das Erreichte in Afghanistan zu erhalten. Dazu müsste man einen Exodus der Afghanen verhindern, die vor allem am meisten zum Aufbau beitragen können. Der Entwurf dieses Schreibens stammt aus Ihrer Abteilung.

Meine Frage dazu: Gab es Anfang Juni 2021 die Sorge im BMZ, dass man die Projekte nicht weiterführen kann, weil eine Ausreise von Ortskräften drohte?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wir hatten Sorge, dass, wenn ein Pauschalsignal gesendet würde, dass wir Ortskräfte auch der EZ - ich unterscheide jetzt noch mal gegenüber anderen Ortskräften - als so gefährdet ansähen, was wir nicht taten, dass dann sozusagen so eine Sogwirkung entsteht, in der sich dann Ortskräfte der EZ auch entscheiden, zu sagen: Vielleicht bin ich ja auch gefährdet. - Diese Sogwirkung ist ja am Ende auch entstanden; das ist ja passiert.

Uns war auch klar, dass eingearbeitetes Personal vor Ort notwendig ist, um die Projekte durchzuführen. Und das sind ja nicht unsere Projekte; das sind ja Projekte der Afghanen, die Afghanistan voranbringen wollen. Und das war auch eines der Motive, wo wir sagen: Es ist relativ viel schon erreicht, und man sollte versuchen, entweder Erreichtes zu erhalten oder Schlimmeres zu verhindern, indem man auch vor Ort weiter implementieren kann.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Aber bezüglich des Themas Zweijahresfrist hätte die Entscheidung die Ortskräfte des BMZ ja zuerst gar nicht betroffen, sondern nur die Ortskräfte der Bundeswehr. Warum war das BMZ trotzdem dagegen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wir wollten eine Ungleichbehandlung - so stellte sich das für uns



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dar - verhindern. Wir hatten die Einschätzung, dass eine solche pauschale Annahme, dass, aus egal welchem Ressort, Ortskräfte so stark gefährdet wären, dass es um Leib und Leben geht, nicht den Realitäten entsprach. In dem Brief sehen Sie ja auch, dass der Minister an Frau Kamp-Karrenbauer geschrieben hat mit der Bitte, sich zu verständigen, was denn die gemeinsame Linie sein könnte, also sozusagen noch mal um den Austausch der Argumente zu bitten, um zu einer solchen Linie zu kommen, die dann ja am Ende gekommen ist, aber nicht durch sozusagen den Austausch zwischen den beiden Ministern, sondern im Kabinett.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Okay. - Am 16. Juni 2021 entscheidet die damalige Bundeskanzlerin in einem Mehrministergespräch, dass die Zweijahresfrist für Bundeswehr- und Polizeiortskräfte verlängert werden soll. Sie - es handelt sich um MAT A BMZ-4.18 VS-NfD, Blatt 712 bis 715 - haben Kenntnis von diesem Gespräch erhalten, an dem die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Flachsbarth teilgenommen hatte. Und in der Ergebniszusammenfassung heißt es dann - ich zitiere -:

„Nach Auskunft von Frau PStS'in Flachsbarth hat Frau BK'in festgestellt, die OK der Bundeswehr und des BMI seien höher gefährdet als die nationalen Beschäftigten anderer Ressorts und der EZ, die in den Bereichen Stabilisierung, Wiederaufbau und Entwicklung tätig seien. Die Gefährdungssituationen seien gerade nicht identisch und folglich das Ansinnen des BMVg nachvollziehbar.“

Zitat Ende.

Ist es eine Entscheidung, die die Bundeskanzlerin persönlich getroffen hat?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** So habe ich das verstanden. Also, ich habe genau diesen Informationsstand, den Sie da auch jetzt zitiert haben. Ich war bei dem Gespräch nicht dabei, und ich habe mit Frau Flachsbarth über dieses Gespräch

nicht gesprochen, sondern mir liegt diese eben zitierte E-Mail vor.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Hat das BMZ bzw. Ihre Abteilung in einer Vorlage mal begründet, warum die Ortskräfte in der Entwicklungszusammenarbeit hoch gefährdet waren?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich verstehe die Frage nicht, denn ich hatte ja - - Also, wir haben gesagt: Wir müssen davon ausgehen, dass, wenn eine Gefährdungslage daliegt, sie auch bei der EZ daliegen kann. Wir sind aber grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Gefährdungslage nicht so war, dass man das auf diesen Zeitraum 13 bis 19 auszuweiten hätte. Also unsere Einschätzung der Gefährdungslage war: Man kann gefährdet sein, wenn man Ortskraft der EZ ist, man kann gefährdet sein, wenn man Ortskraft der Bundeswehr ist; aber wir gehen grundsätzlich davon aus, dass diese Gefährdungslage erst mal nicht so hoch ist, dass man nicht weiterarbeiten kann.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechseln wir jetzt zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Warning, ich würde gerne da weitermachen, wo wir vorhin stehen geblieben sind, und das war meine Nachfrage, inwieweit die Vorgaben zum OKV-Verfahren vom BMZ gegeben wurden oder inwieweit die GIZ dort eben auch selber Möglichkeiten hatte, das einzuschätzen. Vielleicht können Sie mich da ein Stück weit aufklären.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Entschuldigung, das war gerade eine Konzentrationsschwäche. Sie fragen?

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten ja unser Gespräch, das ja der Herr Vorsitzende dann unterbrochen hat, an dem Punkt geführt, wo Sie gesagt haben: Das ist in der Verantwortung des BMZ, und das andere kann die GIZ zum Beispiel in dem Ortskräfteverfahren selbst dann beitragen oder Kriterien entwickeln oder festlegen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nee, ich fürchte, das ist ein Missverständnis. Das Ortskräfteverfahren an sich ist ressortgemeinschaftlich abgestimmt. Das ist keine Sache der GIZ gewesen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und was für einen arbeitsteiligen Anteil hatte die GIZ dann in dem Verfahren? Vielleicht können Sie es mal schildern.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Das galt nicht nur für GIZ, sondern das gilt für alle Arbeitgeber von Ortskräften vor Ort. Die waren diejenigen, die die Gefährdungsanzeigen aufnehmen mussten, aufbereiten und uns zur Verfügung stellen mussten, sodass wir dann über diese Fragen hier dann bescheiden können. Das heißt, insofern hatte jeder Arbeitgeber die Möglichkeit, diese Gefährdungsanzeigen - - Ich bin nicht sicher, aber ich glaube, es ist passiert, dass Arbeitgeber gesagt haben: Ja, sehe ich auch so. - Die wurden ja auch befragt im Verfahren. Also auch ein Arbeitgeber konnte und sollte sagen, ob er das so sieht.

Ich glaube, wir waren stehen geblieben bei dieser Frage: Hat die GIZ eine eigene Einschätzung dazu, ob es da Ortskräfte gab - von den 1 100 etwa, die zu dem Zeitpunkt dort beschäftigt waren -, die aus Einsicht der GIZ vielleicht besonders gefährdet waren? Und das hat stattgefunden. Also die GIZ hat, nachdem wir gesagt haben: „Okay, wenn es jetzt wirklich hart auf hart kommt, wer ist es denn, der gefährdet ist? Sind es alle 1 100, oder sind es andere?“, daraufhin eine Einschätzung dazu abgegeben, wer aus ihrer Sicht in besonderer Weise gefährdet war. Und wir reden über den August, also wir reden jetzt nicht über die - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja, genau, wir sind im August. - Und ich würde gerne noch mal da über die GIZ hinaus die KfW mit reinbringen und sage dann erst mal die MAT-Nummer, damit die Kollegen unserem Gespräch auch folgen können: MAT A BMZ-3.107 VS-NfD\_Austausch, Blatt 50. Wundern Sie sich nicht: Die rote Nummer ist dann 46; das Rote fällt einem ja immer intensiver auf.

Und während meine Mitarbeiterin kommt, lese ich einfach oder zitiere aus dieser Vorlage. Die stammt von dem Herrn Steyer von der KfW, und der sagt:

„Nach unserer Einschätzung sind nahezu alle (aktuellen und ehemaligen) oben genannten MA“

- Mitarbeiter -

„der FZ als gefährdet anzusehen, da sie in ihren Communities als (oft langjährige) MA“

- Mitarbeiter -

„einer deutschen, regierungsnahen Institution bzw. eines von Deutschland geförderten, regierungsnahen Projekts bekannt sind, unabhängig von der jeweiligen Rolle im Team oder Vorhaben.“

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Und das ist jetzt mal so eine Einschätzung, wie ich sie vorhin verstanden habe - aber korrigieren Sie mich, wenn ich es anders verstanden habe -, die eben sagt: Alle sind gefährdet, ich sage mal, weil in den Communities, in den Dörfern, selbst da, wo die gearbeitet haben - auch in Projekten, die jetzt vielleicht nicht auf den ersten Blick so typisch erscheinen -, je kleiner der Ort, umso mehr kennt sich jeder. - Das wäre für mich jetzt auch noch mal interessant, was diese Einschätzung dann für Konsequenzen hat, die hier von dem Herrn Steyer genannt wird.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Es hatte ganz praktische, operative Konsequenzen, die ich vorhin schon benannt habe: dass nämlich die KfW in eigener Entscheidung ihre Mitarbeiter in das Hotel Baron am Flughafen gebracht hat und von dort aus auf den Flughafen evakuiert hat, was ich übrigens erst erfahren hatte, nachdem es passiert war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. Das habe ich so weit verstanden. - Dann habe ich noch eine Vorlage. Das ist eine Mail von Herrn Jäger an Sie; das ist MAT A BMZ-4.43 VS-NfD, Blatt 214. Meine Mitarbeiterin legt Ihnen das gleich auch vor. Wundern Sie sich nicht: Rot ist da wieder die 212, aber unsere Aktenführungsnummer ist die kleine, schwarze 214.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Und da interessiert mich besonders in dieser Mail dieser Teil, der sich beschäftigt mit dem Thema - was Sie ja gerade mit den Kollegen auch schon hatten - der Auslegung der Ansage, sage ich mal, der Bundeskanzlerin durch den Staatssekretär, die Fälle vor 2019. Da ist ja hier aufgeführt, wie Sie dies anwenden wollen. Und da würde mich jetzt interessieren, warum das jetzt so abweichend gemacht wurde und wie diese Kriterien, die hier unter den Nummern 1 bis 4 aufgeführt sind, entstanden sind.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich knüpfe noch mal an vorherige Gesprächsgänge an. Ich hatte es vorhin schon mal versucht darzustellen, dass für uns die Frage stand: Wie kann man eigentlich feststellen, dass Menschen, die mehr als zwei Jahre nicht mehr bei uns beschäftigt sind und zum Teil bis zu neun, zehn Jahren nicht mehr beschäftigt sind, tatsächlich aufgrund dieser damaligen Tätigkeit gefährdet sind? - Das war das eine.

Das ist ja hier der 24. August, das heißt zwei Tage vor Ende der deutschen Evakuierungsmaßnahme. Es war also klar, dass alle diese Menschen nicht mehr auf irgendeinen Flieger kommen würden. Das heißt, es war nicht der Moment, den wir ja vorher hatten: Können wir ganz schnell sicherstellen, dass diese Menschen eventuell in die Lage versetzt werden, in die Evakuierung mit reinzukommen? - Das war keine Option zu diesem Zeitpunkt. Also es war auch nicht der Druck da, zu sagen: Wir müssen es jetzt ganz schnell machen. - Und es war, dass, was damals so diese latente Gefährdung, die wir für aktive Ortskräfte

im Listenverfahren angenommen haben - - uns klar war, dass das für Ortskräfte, die länger zurückliegen und nicht mehr aktiv bei uns arbeiten, nicht so einfach zu beantworten ist. Insofern: Einzelfallprüfung. Und das war übrigens ressortgemeinschaftlich. Das ist jetzt keine Warning-Idee, sondern das war eine ressortgemeinschaftliche Linie, wo wir gesagt haben: Nach dem muss wieder zum Einzelverfahren zurückgekehrt werden; aber - das war auch eine der Linien - das Einzelverfahren muss auch dann schneller ablaufen, als es vorher abgelaufen ist. Also die Frage: Wie können wir das Einzelverfahren, was vor dem Listenverfahren liegt, noch mal so vereinfachen, dass es schneller geht?

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Das war jetzt nicht ein Zurück auf Los, und das - - Aber Sie haben auf die Frage vom Kollegen Nürnberger - - haben Sie halt gesagt, dass die Weisungslage und dieses Verfahren sich nicht widersprechen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich fürchte, ich habe die Frage nicht verstanden.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na, diese Weisungslage, das auf 2013 zurückzusetzen sozusagen oder die Frist um - - vor 2019 bis 2013 zu erweitern, was die Bundeskanzlerin gesagt hat. Da haben Sie auf die Frage von dem Kollegen Nürnberger, inwieweit diese Aussage von Herrn Jäger, dass „wir das so nicht anwenden wollen“ - - dass das kein Widerspruch war, sondern dass es ja erst operationalisiert werden sollte, -

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - wie Sie es anwenden.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Genau. Und das ist schon - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nicht das Ob, sondern das Wie. Genau. Und ich habe verstanden, dass das diese Operationalisierung ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das ist der erste Schritt.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und da sehen Sie keinen Widerspruch? Oder was ist der zweite Schritt? Oder wie geht es dann weiter?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nee, das ist der Schritt der Operationalisierung. Das wird ja hier auch draus - - das einige grundsätzliche Ausrichtungen. Und daraus ist tatsächlich ja ein Verfahren entwickelt worden, was auch ressortgemeinschaftlich abgestimmt war.

Also, das sind die Eckpunkte eines solchen Verfahrens: also wieder Einzelfallverfahren, kein Listenverfahren usw.; Gefährdung muss individuell begründet und belegt werden, also anders als im Listenverfahren. Das sind Punkte, die sozusagen hier noch mal niedergelegt werden als der Startpunkt eines neu aufzusetzenden Verfahrens.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und dann würde mich noch interessieren mit den Listen: Sie haben ja gesagt: Es gab dieses Verfahren; das haben wir dann auch nicht unterbrochen, sondern wir haben erst mal diese Zweijahresgruppe, sage ich mal, abgearbeitet, weil die ja war dringlich, und die brauchten wir auch für die Evac-Maßnahme.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und vielleicht können Sie da noch mal aufbereiten oder uns mitteilen, weil Sie sagten schon: „Wir wüssten vielleicht mehr bei den Listen“, wie denn von Ihrer Beobachtung her, ich sage mal, die Listen, soweit Sie den Weg kennen - - dass Sie uns den mal mitteilen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Also, wenn wir - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wo sind die entstanden? Wo sind die hingegangen? So in etwa.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ach so. - Es gab ressortgemeinschaftliche Abstimmungen über

den Inhalt der Listen, sprich: Welches sind die Kategorien, die abgefragt werden? Die Arbeitgeber: Denen haben wir diese Listen zur Verfügung gestellt und gesagt: „Wenn ihr Ortskräfte habt, dann bitte nach diesem Verfahren melden, mitsamt der Bestätigung, dass es tatsächlich eure Ortskräfte sind“; das hatte ich vorhin schon mal geschildert. Dann wurden die Listen in unserem Haus fertiggemacht, an das AA und an das BMI gesendet. Die haben zum einen gesagt - - Also beide mussten zustimmen. Dann kamen die Listen an uns zurück, und wir haben die wieder an die Arbeitgeber gegeben und ihnen gesagt: Diese sind jetzt sozusagen anerkannt, diese sind nach § 22 Aufenthaltsgesetz anerkannt; gebt das bitte euren Ortskräften, möglichst mit Aktennummer, damit diese mit diesem Nachweis, dass sie anerkannt sind, entweder sich am Flughafen einfinden oder, was das viel realistischere Szenario war, sich an einem anderen Ort, beispielsweise Islamabad, Teheran usw., einfinden. Dann gab es die Verabredung, wenn sie sich in den Botschaften einfinden, dass dann die Botschaften den weiteren Weg begleiten, was sie getan haben.

Also wie gesagt: Wir haben es an vielen Stellen gehabt. - So.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank zunächst. - Nächste Runde machen wir weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wechseln zur AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Professor Warning, ich möchte nachfragen zum Wandel der politischen Interessenlage im BMZ im Untersuchungszeitraum.

Die Unterabteilungsleiterin Hammerschmidt sagte hier im Untersuchungsausschuss am 25.04.2024 - das ist das Protokoll der 72. Sitzung, Seite 127 - auf die Frage, ob die EZ in Afghanistan bleiben wollte - Zitat -:

„... weil wir immer gesagt haben: Wir bleiben, wir bleiben in Afghanistan. - Das war ja sozusagen auch die Grundlage gewesen, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir gesagt haben, wir wollten keine Abweichung von der Zweijahresfrist ...“

Zitat Ende. - Können Sie uns noch mal bitte die Entwicklung/Modifizierung auf der Zeitachse dieser politischen Interessenlage des BMZ im Zuge des Untersuchungsausschusses darstellen?

Wie kam es - - Was triggerte nach Ihrer Erinnerung diesen Wandel innerhalb des BMZ von: „Wir wollen mit der gesamten EZ vor Ort bleiben“, bis hin: „Wir holen jetzt alle Ortskräfte raus“? Und welche Auswirkungen hatte das jeweils auf die Lieferfähigkeit der EZ?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Okay. - Ich würde das anders einschätzen. Ich glaube nicht, dass es zu einem Wandel gekommen ist in der Einschätzung „Wir wollen EZ weitermachen“. Ich glaube, das ist durchgängig der Wunsch gewesen und die Absicht gewesen.

Die Frage: „Was passiert mit den Ortskräften, die sich am 15.08. angesichts der Lage am Flughafen in Kabul, die wir alle kennen, und dessen, was da noch an Reaktionen aus den Ortskräften kam - - darstellte?“, war klar: dass diese Ortskräfte, wenn sie - -Also da kam dieses Listenverfahren. Es gab Menschen, die sich dort gemeldet haben über ihre Arbeitgeber, und es gab auch Menschen, die sich nicht gemeldet haben; das muss man ja auch deutlich sagen. Das war aber nicht sozusagen ein Wandel in der Einschätzung „Wir würden gerne EZ weitermachen“, sondern das war die dem Moment geschuldete, der aktuellen Situation geschuldete Einschätzung: „Jetzt ist es Zeit, diesen Ortskräften über ein Listenverfahren die Möglichkeiten des Schutzes zu geben.“

Wir haben parallel - und das hatten wir mehrfach ja auch schon gesagt - immer versucht, weiterhin eine Einschätzung dafür zu bekommen: Gibt es tatsächlich Übergriffe? Das hatten Sie, glaube ich, auch schon mal zitiert. Gibt es tatsächlich Übergriffe? Das heißt, wir haben in diesem Verfahren schon versucht, klarzuhaben: Wie sieht es denn

nun wirklich aus? Was ist antizipierte Bedrohung? Was ist echte Bedrohung? Und was kommt dabei heraus?

Und das konnte man ja auch erst so im Laufe der Zeit - - So allmählich kristallisierte sich das heraus, am 15.08./16.08. Wenn da auf einmal Taliban im Büro stehen und sagen: „Gebt mal eure Pässe her“, kann ich eine Reaktion der Ortskräfte schon gut verstehen, wenn die sagen: Das gefällt uns jetzt nicht mehr.

So. Und Sie werden auch in den Unterlagen sehen, dass auch im September wieder diese Debatte lief: Wie kann es denn gehen? Wie kann man denn über NGOs? Es gab dann eine zweite Debatte, die ja über die Frage getriggert war: Wie gehen wir denn mit den Nachbarländern um, die ja jetzt auf einmal auch sozusagen alle Flüchtlinge aufnehmen? Wie gehen wir mit den humanitären Bedarfen um? Und es gab ja dann diese Debatte: Wie können wir denn schnell auch humanitär eingreifen? Da stand damals dieser Betrag von 600 Millionen im Raum.

Das heißt, es gab nach meiner Einsicht zu keinem Zeitpunkt den Punkt, wo wir gesagt haben: „Wir machen nicht weiter“, sondern wir haben immer geguckt - deswegen ja auch erst mal nur die Zweiwochenfrist -, zu sagen: Wir stoppen jetzt alles für zwei Wochen, und dann gucken wir mal, wie sich das aussortiert. - Wir haben ja nicht gesagt, wir stoppen und packen ein.

Und wir hatten auch aus der NGO-Szene von mehreren die Rückmeldung: Wir wollen weitermachen. - Das geht auch. Wir hatten auch Besuch von den Taliban, die uns gesagt haben: Macht mal schön weiter. - Also, solche Rückmeldungen kriegten wir ja auch. Selbst NGOs, deren Mitarbeiter sich gemeldet hatten, haben kurz danach gesagt: Und wir werden wieder Anträge von euch stellen, weil wir glauben, dass wir weitermachen können.

Also, es war aus meiner Sicht kein Wandel des grundsätzlichen Wunsches, weiterzumachen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, vielen Dank für die ausführliche Darstellung. - Sie hatten den 15.08.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

so als den Triggerzeitpunkt genannt. In einer von Ihnen gebilligten Leitungsvorlage an Minister Müller vom 12.08. - das ist MAT A BMZ-3.142 VS-NfD, Blätter 206 bis 208 - wurde festgehalten, dass das AA und BMI einen Vorschlag für ein vereinfachtes und beschleunigtes Ortskräfteverfahren erarbeiten für den Fall eines sogenannten Triggerbeschlusses. Das ist ein feststehender Begriff wohl offensichtlich gewesen.

Der Herr Fischer, der Referatsleiter 312, sagte hier im Untersuchungsausschuss am 27.04.2023 zu dieser Umstellung des Regel-OKV zum Listenverfahren - das ist im Protokoll der 34. Sitzung, Seite 81, und ich zitiere -:

„... nach meiner Erinnerung ... ist eine solche Entscheidung ... für das BMZ ... nicht mehr formal getroffen worden, sondern am 15. August war jedem klar: Jetzt wenden wir dieses vereinfachte und beschleunigte Verfahren an ...

... wir haben dann ab dem 15. August so gearbeitet, in der Annahme, dieser Beschluss“

- Triggerbeschluss -

„ist quasi unausgesprochen ... getroffen worden ...“

Meine Frage ist: Gab es nach Ihrer Erinnerung doch so einen konkreten Triggerbeschluss? Gab es eben konkret innerhalb des BMZ eine formale Weisung bezüglich der Umstellung auf das Listenverfahren? Und die Frage ist: Wer hat letztendlich diese Entscheidung getroffen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das noch mal sehen, bitte?

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Ja. - So. Hier kommen ja auch die - - Ich hatte ja vorhin versucht, mich zu erinnern, was die Trigger waren. Es ist verabredet worden unter den Staatssekretären - und das ist keine BMZ-

Entscheidung, sondern eine ressortgemeinschaftliche Entscheidung -, dass die hier aufgeführten Trigger, wenn sie denn erfüllt wären - - Das ist dann der Triggerbeschluss, der dann bedeutet: Jetzt müssen wir auf ein anderes Verfahren umsteigen.

Und ich hatte vorhin diese Sitzung vom 13.08. erwähnt, Krisenstabssitzung im AA, wo eigentlich allen klar war, dass jetzt ein anderer Moment eingekommen ist. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass die Staatssekretäre gesagt hatten: „Ach, übrigens, wir hatten doch einen Triggerbeschluss; der ist es jetzt“, sondern es war einfach klar: Wir schicken Flugzeuge nach Kabul, wir fangen eine Evakuierung an.

Also, das waren ja die Debatten, die wir da geführt haben. Insofern ist es auch nach meiner Erinnerung kein ressortgemeinschaftliches „Achtung, das ist jetzt der Triggerbeschluss“, sondern das war das implizit. Es war jedem klar in dem Moment.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Wir sind am Ende dieser Befragung und kommen zur FDP.

**Peter Heidt (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Warning, gemäß MAT A BMZ-4.38 VS-NfD, Blatt 151, haben Sie bzw. eines Ihrer Referate Mitte Juni mit der Beantragung von Unterstützungskräften bei der Verwaltung des BMZ losgelegt. Ist das korrekt? Können Sie sich dran erinnern? Und wie genau unterscheiden sich die am 5. Juli geforderten Aushilfskräfte Afghanistan von der letztendlich zustande gekommenen Taskforce?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das noch mal sehen, bitte?

**Peter Heidt (FDP):** Auf jeden Fall.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Danke.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ja, genau. - Wir hatten - ich weiß gar nicht, wo - im Laufe des Abends ja schon mal diese Frage gestellt, wie wir mit diesen Worst-Case-Szenarien: „Was ist, wenn alle Ortskräfte, 90 Prozent, die wir haben, einen Antrag stellen würden?“ - - und uns klar war: Selbst wenn die nicht kommen: Wir werden mit den jetzigen Personalressourcen nicht zurande kommen. - Und wir haben zwei Sachen gemacht. Wir haben sozusagen den ganz schnellen Weg: „Wir brauchen jetzt sofort eine Aushilfskraft“ - das ist das, was Sie hier haben -, und zweitens die Debatte mit dem Staatssekretär: Müssen wir nicht eine Taskforce einrichten?

Also, das ist sozusagen ein erster Schritt gewesen, um Personal aufzustocken, ein Schritt, der schnell und unbürokratisch geht, weil es dafür einen - - sozusagen einen Personenkreis gibt. Und dann als Zweites kam dann der Schritt: Wir richten eine Taskforce ein.

**Peter Heidt (FDP):** Wissen Sie noch, wie der Prozess zur Einstellung der Aushilfskräfte ablief damals? Also: Wie lange dauerte der Prozess?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Zu dieser Aushilfskraft ist es ja gar nicht mehr gekommen. Der Beschluss zur Taskforce-Einsetzung ist ja viel, viel schneller gekommen.

Und wir haben - wenn Sie das wissen möchten, wie wir die Taskforce eingerichtet haben - zunächst mal aus meiner Abteilung Leute abgestellt. Wir haben gesagt: „Ihr seid jetzt sozusagen der Nukleus der Taskforce“, und haben dann mit allen Abteilungsleitern geredet und haben gesagt: „Ihr müsst bitte Leute abstellen“, und wir haben uns dann drauf verständigt, was übrigens vorher als Verfahren in einem anderen Fall einer Taskforce schon mal passiert ist, dass man sagt: Man schreibt aus, freiwillig. Und wir hatten sehr viele Meldungen aus dem Haus, sehr schnell, die gesagt haben: Ich bin bereit, mitzuarbeiten.

Das ging in Tagen, also von einem auf den anderen Tag sozusagen, dass wir dann die Taskforce haben aufstocken können, beginnend mit sozusagen den eigenen Ressourcen der Abteilung 3 und dann mit den Ressourcen anderer Abteilungen, die dazukommen.

Meines Wissens ist diese Aushilfskraft nie eingestellt worden, weil sich die Ereignisse sozusagen darüber dann hinwegentwickelt haben.

**Peter Heidt (FDP):** Okay. - In der Befragung mit der Frau Hammerschmidt stellte sich heraus, dass Sie seinerzeit eine Übersicht dazu gefordert hatten mit folgendem Inhalt - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sind Sie bitte so freundlich, beide, und sprechen ein bisschen mehr ins Mikrofon? Es wird jetzt so leise, dass man es nicht mehr gut versteht.

**Peter Heidt (FDP):** Entschuldigung; Sie haben recht, Herr Vorsitzender.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Peter Heidt (FDP):** In der Befragung mit Frau Hammerschmidt stellte sich heraus, dass Sie seinerzeit eine Übersicht dazu gefordert hatten mit folgendem Inhalt - Zitat aus der Befragung mit Frau Hammerschmidt; vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/72, Seite 157 -:

„Wie lange braucht es dann von der Beantragung, und welche Arbeitsschritte müssen bei uns erledigt werden?“

Zu welchem Ergebnis kamen Sie hier? Wann haben Sie diese Übersicht angefragt?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich habe sie angefragt, genau. Ich kann Ihnen das Datum dazu nicht - - Ich kann mich nicht erinnern. Aber als klar war, wir müssen handeln - wann immer das war; das war natürlich irgendwann Mitte 21 -, habe ich gesagt: „Wie lange dauert es denn? Was sind die Verfahrensschritte?“, damit man eine Einschätzung dafür hat: Wie schnell können wir reagieren?

**Peter Heidt (FDP):** Die Frau Hammerschmidt kommentierte den Vorgang damals bereits mit den Worten, dass das BMZ bei diesem Tempo keine gute Figur als BMZ abgeben werde.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Genau.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Peter Heidt (FDP):** Bei welchen Stellen haben Sie auf die Dringlichkeit der Lage hingewiesen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wir sind mit dieser Analyse, mit dieser Schlussfolgerung, die ich teile oder die ich sogar beschrieben habe - ich weiß es gar nicht, aber ich teile diese Einschätzung -, zum Staatssekretär gegangen und haben gesagt: Wir haben ein Problem. Das ist das Verfahren; das sind die Zeitabläufe. - Selbst wenn große Teile des Verfahrens gar nicht in unserer Hand lagen - Visa und Sicherheitsüberprüfung, also BMI und AA -, war aus unserer Analyse der Teil, den wir - nämlich die Gefährdungsanzeige und die Überprüfung derselben - - waren wir für einen Fall, wo wir mehr als bisher an Gefährdungsanzeigen haben, nicht gerüstet personell.

Und das haben wir der Leitung, also dem Staatssekretär, auch mitgeteilt, und der hat ja auch reagiert.

**Peter Heidt (FDP):** Dann noch mal ein bisschen ein anderes Thema. Da geht es um MAT A BKAm-3.59 VS-NfD, Blatt 192 bis 193. Am 24. August 2021 nahmen Sie an einer Ressortbesprechung mit dem Titel „Schutzbedürftige AFG - Kommunikationslinien“ teil. In dem inoffiziellen, Bundeskanzleramt-internen Protokoll der Sitzung gibt es eine Passage, die sich auf Sie persönlich bezieht - ich zitiere -:

„Fr. W... sprach von BK'in-Wunsch, auch für BMZ-OK das Verfahren auf Fälle seit 2013 zu erweitern, der informell an BMZ herangetragen worden sei, ihr sei noch [sic!] keine Weisung bekannt. → K... K...“

- das ist wohl Frau Klee -

„hat Frau P... gebeten, das gegenüber BMZ klarzustellen. Hinweis: K...“

- also Frau Klee -

„Laut Fr. P... schlechte Kommunikation innerhalb BMZ, sie klärt.“

Können Sie uns einmal die damalige Situation darstellen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das noch mal kurz sehen?

**Peter Heidt (FDP):** Auf jeden Fall.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Danke schön.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Gut, das sehe ich heute auch zum ersten Mal; das ist schön.

**Peter Heidt (FDP):** Ist immer wieder schön, was Neues zu erkennen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, ja, das ist gut. Und wenn ich Frau W. bin, ist das auch gut.

Ich glaube, wir haben es heute hier auch in den Vorlagen schon mal gesehen: Die Entscheidung der Bundeskanzlerin - an dem 22. war das, glaube ich - ist mir über diese E-Mail, die wir gerade gesehen haben, mitgeteilt worden. Ich hätte aus meiner Erinnerung keine andere Quelle, außer der Bestätigung dann: Ja, das ist so. - Aber ich habe nirgendwo aus meiner Erinnerung eine schriftliche Weisung: „Achtung, es ist jetzt wie folgt“, sondern das ist über diesen E-Mail-Verkehr gekommen. Und darauf, denke ich, spreche ich hier an.

**Peter Heidt (FDP):** Also, wenn ich das richtig einordne, hat es am Tag vorher - das wäre dann der 23. August 2021 - eine Weisung gegeben von dem Staatssekretär Jäger aus dem BMZ, die Bitte der Kanzlerin sei möglichst eng auszulegen.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Mhm.

**Peter Heidt (FDP):** War das dazu Ihnen, also auf der Arbeitsebene BMZ, bekannt gewesen? Beziehungsweise: Wann wurde im Kanzleramt bekannt, dass Staatssekretär Jäger Weisung gab, den Wunsch der Kanzlerin bewusst eng auszulegen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Sie haben jetzt gefragt, wann das im Kanzleramt bekannt war?

**Peter Heidt (FDP):** Ja.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das weiß ich nicht. Also was da im Kanzleramt an Informationen vorlag zu, kann ich nicht sagen. Aber diese Frage der engen Auslegung habe ich, glaube ich, heute schon zweimal versucht zu erläutern.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist wahr, und deswegen brauchen Sie es auch nicht ein drittes Mal zu tun.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wiederholen die Dinge nicht dreimal, weil das ja im Zweifelsfall auch Widersprüche erzeugt, was wir nicht wollen. Und insofern ist das dann im Protokoll nachzulesen.

**Peter Heidt (FDP):** Ich werde dem Vorsitzenden nicht widersprechen. - Im zweiten Teil des Zitats weisen Sie darauf hin, dass das BMZ Ihnen gegenüber geäußert hat, dass es schlechte Kommunikation innerhalb des BMZ gebe.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Hier drin?

**Peter Heidt (FDP):** Mhm. - Wie würden Sie das kommentieren wollen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Moment; ich muss es erst finden. Sagen Sie mir ungefähr, wo die Fundstelle ist?

**Peter Heidt (FDP):** Oh, da muss ich selbst suchen. Dann suchen wir gemeinsam.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wer sucht, der findet.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ah, hier:

„Hinweis: Klee: Laut Fr. P. [REDACTED] schlechte Kommunikation innerhalb BMZ ...“

Da müssen Sie Frau P. [REDACTED] fragen.

**Peter Heidt (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können wir nicht mehr, weil wir am Ende dieser Runde sind. Und ich habe verstanden - nach dem, was ich aus den Fraktionen gehört habe -, dass es nur noch Restfragen gibt. Die sammeln wir jetzt ein. - Und die SPD-Fraktion?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Für die SPD-Fraktion kann ich sagen, dass wir keine Restfragen mehr haben, -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Okay.

**Jörg Nürnberger (SPD):** - es sei denn, der Herr Vorsitzende behält sich eine Frage vor.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nein. - Was der Vorsitzende noch tut - das wollte ich einfach mal schon den ganzen Abend schon mal sagen, weil ich es heute noch nicht getan habe -: mich bei unseren Stenografen zu bedanken, die das immer alles hier mitstenografieren, was wir tun.

(Beifall)

Und bei denen, die hier mit Abstand am gesündesten leben - das sind die Läuferinnen und Läufer, die Ihnen immer die Vorlagen bringen -, will ich das heute auch mal tun. - So, nun geht es weiter mit der CDU/CSU-Fraktion. Sie haben noch Fragen?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ja. - Danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

Frau Professor Warning, in der letzten Runde hatte ich Sie gefragt; da ging es um Anfang Juni 2021 - Thema: Man müsse einen Exodus der Afghanen verhindern, die am meisten am Aufbau dazu beitragen. - Da ging es um diesen Entwurf des Schreibens, und Sie hatten dann gesagt, na ja, man wolle eine Sogwirkung verhindern, damals auch eine Ungleichbehandlung. Die Gefährdungslage stand jetzt da nicht im Vordergrund, weil man die für Ortskräfte der EZ als geringer eingeschätzt hat als BMVg zum Beispiel. Und wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben dann, einfach um das noch mal zurückzuführen, von diesem Zitat gesprochen - ich zitiere noch mal: das war damals unter MAT A BMZ-4.18 VS-NfD, Blatt 712 bis 715 -:

„Nach Auskunft von Frau PStS'in Flachsbarth hat Frau BK'in festgestellt, die OK der Bundeswehr und des BMI seien höher gefährdet als die nationalen Beschäftigten anderer Ressorts und der EZ, die in den Bereichen Stabilisierung, Wiederaufbau und Entwicklung tätig seien. Die Gefährdungssituationen seien gerade nicht identisch und folglich das Ansinnen des BMVg nachvollziehbar.“

Zitat Ende. - Was Sie so bestätigt auch hatten!

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Was genau hatte ich bestätigt?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Also, ich hatte Sie gefragt, ob diese Entscheidung die Bundeskanzlerin demnach persönlich getroffen hat. - Ja?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Genau. - So. Und nach dieser Entscheidung der Bundeskanzlerin - deswegen habe ich das jetzt noch mal gefragt -, die Zweijahresfrist für die Bundeswehr- und Polizeikräfte auszuweiten, erstellt Ihre Abteilung für Staatssekretär Jäger eine Vorlage; das ist MAT A BMZ-3.40 VS-NfD\_Austausch, Blatt 136 bis 140.

Wir bringen Ihnen auch gegebenenfalls immer alles auch nach vorne.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, das wäre schön.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Bringen wir. - Denn darin heißt es auf Seite 2 - kündige ich schon jetzt an -, das Entwicklungsministerium, also das BMZ, habe sich gegen eine Ausweitung der Frist für Bundeswehr- und Polizeikräfte ausgesprochen. Weiter heißt es dort, dass es nicht

nachvollziehbar sei, warum Ortskräfte der Entwicklungszusammenarbeit weniger gefährdet sein sollen und daher außen vor bleiben.

Ich gebe Ihnen gerne kurz die Zeit, dass Sie es sich ansehen können.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, ich glaube, das Thema hatten wir - -

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

Ach, so. Ja. - Entschuldigung. - Okay.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Genau, es handelt sich um Bundeswehr- und Polizeikräfte aus 2013. Können Sie uns sagen, welche Überlegungen Ihrer Abteilung zu der Entscheidung geführt haben?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Zu der Entscheidung?

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Einschätzung. - Entschuldigung, das ist Quatsch: Einschätzung.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Zu der Einschätzung. - Ich habe es ja im Laufe des Abends mehrfach versucht zu erläutern. Für uns war die Frage: „Wer ist wie gefährdet, sowohl bei uns als auch in den anderen Ressorts?“ natürlich ständig eine Frage, und wir hatten die Einschätzung, dass es wichtig ist, alle Ortskräfte in gleicher Weise zu behandeln. - Erstens. Und wir hatten - zweitens - den Eindruck - das hatte ich auch schon mehrfach erwähnt -, dass die Gefährdungslage nicht durchgängig ist, sondern Einzelfälle, die wir ja auch belegen konnten, wo wir auch Verfahren durchgeführt haben, aber eben nicht pauschal für alle.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich will nicht unterbrechen, aber es ist in der Tat so, dass die Zeugin das schon, ich glaube, mindestens dreimal exakt so dargestellt hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ich gehe jetzt weiter darauf ein. Verstehe ich, Herr Vorsitzender; nur dass es im Zusammenhang erfasst ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Aber ja, verstehe ich. - Denn es geht ja dann um den 21. Juni 2021, warum man dann davon ausgeht, dass die eigenen Ortskräfte genauso gefährdet seien wie die Ortskräfte von Bundeswehr und Polizeiprojekt, und das aus dem Grund. Hat sich die Gefährdungslage für die Ortskräfte im Juni 2021 erhöht? Denn gerade Anfang Juni 2021 spricht sich das BMZ ja noch vehement gegen eine Ausweitung der Zweijahresfrist aus. - Deswegen einfach noch mal zur Konkretisierung.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Die Frage müsste ich bekommen.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Hat sich die Gefährdung für die Ortskräfte im Juni 2021 erhöht?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nicht pauschal. - Nicht pauschal. Sie können die Anzahl der Gefährdungsanzeigen sehen, die am 30.06., ich sage mal, um die 60 lagen, für den Zeitraum 1. Halbjahr, und dann leicht nach oben gegangen sind, aber nur leicht nach oben gegangen sind. Sie sind nach oben gegangen nach dem 15.08., und da ganz massiv. Also es gab keine Indikation, dass wir eine flächendeckende Gefährdung unserer Fachkräfte hatten oder dass es eine massive Zunahme an Gefährdungen gab - zu diesem Zeitpunkt, Juli.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Dann abschließend einfach noch mal für mich auch zur Erläuterung, warum sich das BMZ dann gegen die Ausweitung der Zweijahresfrist ausgesprochen hat.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Herr Vorsitzender, habe ich das schon erklärt?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist jetzt mehrmals gefragt worden und auch mehrmals beantwortet worden. Ich verstehe die Frage von Herrn Zippelius so, dass er sich noch mal spezifisch auf

den Zeitpunkt bezieht, dass im Grunde genommen die Gefährdung der Sicherheitslage nach dem, was Sie gesagt haben, eigentlich erst Mitte August eingetreten ist, aber die veränderte Einschätzung schon Ende Juni gekommen ist. So habe ich die Frage von Herrn Zippelius verstanden. So interpretiert er diese Fakten und fragt Sie, ob das korrekt ist und, wenn ja, warum.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, nein, wir sind zu Juni - - Jetzt habe ich es auch verstanden, danke schön. - Zum Juni-Zeitpunkt sind wir immer noch davon ausgegangen, dass es keine flächendeckende massive Gefährdung der Ortskräfte gibt, abzulesen unter anderem an Anzahl der Ortskräfteselbstanzeigen der Gefährdung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber ihr erstes Kriterium, was sie genannt hat, war natürlich auch die Gleichbehandlung, und das hat ja die Zeugin vorhin auch erwähnt. Sie hat mehrere Kriterien genannt, -

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Genau.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - und das war das Erste, was sie in dem Kriterienkatalog genannt hat.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Damit erledigt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Okay. - Dann sind wir bei Bündnis 90/Die Grünen. Frau Bayram.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Warning, ich würde Ihnen jetzt mal ein Dokument vorlegen lassen; MAT A BMZ-4.39 VS-NfD, Blatt 18. Und während das auf dem Weg ist, lese ich vor, weil das ist eine ganz kurze E-Mail von der Frau Hammerschmidt, auch an Sie adressiert, also in cc:

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

„Heute hat eine Telko mit BK'in  
stattgefunden zum Thema OK inkl  
Flüge.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich möchte Sie bitten, eine Prioritätenliste von 300 OK zu erstellen, die, falls es zum Flug kommt, als erste ausgefliegen werden sollten.

Lieber Herr S██████, würden Sie uns bitte berichten, wie die OK heute auf unser Angebot der Abfindungen reagiert haben und ob die Schätzung (30 bis 60%) stimmt, die ggfs nicht ins Verfahren gehen.“

Und dazu hätte ich zunächst die Frage: Waren Sie bei diesem Telefonat mit der Bundeskanzlerin zugegen, oder sind Sie darüber informiert, was da besprochen wurde?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, ich war nicht zugegen.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Informiert, was da besprochen wurde?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nur das, was Sie hier vorgelesen haben. Das ist auch meine Information.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und dann interessiert mich: In der E-Mail - - Die Frau Hammerschmidt bittet ja die GIZ darum, eine Prioritätenliste von 300 zu erstellen, falls es zum - - War das eine Weisung der Kanzlerin, oder steht das im Zusammenhang mit dem Telefonat mit der Kanzlerin?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein. Also, ich hatte ja vorhin versucht, zu erläutern, dass bei dieser Krisenstabssitzung - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielleicht darf ich kurz weiterfragen, weil der Vorsitzende ist immer so streng mit der Zeit: Was war mit der Prioritätenliste gemeint, die in dieser Mail ist, und wie sollte diese Priorisierung halt vorgenommen werden? Gab es dafür Kriterien?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Wir hatten ja vorhin schon drüber gesprochen, über diese 300, wo wir nach der Sitzung 13.08. - und ich hatte es gerade eben schon mal erläutert; das war im Raum jedem klar: Jetzt wird es schwierig - - nach dieser

Sitzung, und das ist Samstag, der 14., wir darüber ein Gefühl bekommen wollten: Wer wäre es denn aus Sicht der GIZ - nicht die Selbstanzeige der Ortskräfte, sondern kann die GIZ aus ihrer Kenntnis heraus gefährdete Ortskräfte, beispielsweise weil sie bestimmte Aufgaben erfüllen - - Ich hatte gerade eben mal als ein Bild den Koch genannt, der vielleicht nicht so gefährdet ist wie ein Journalist oder so was. Wir haben also die GIZ gebeten: Gebt doch mal eine Einschätzung! Wer wäre es denn, der aus eurer Sicht gefährdet ist in einer Weise, dass er ausgefliegen werden sollte?

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die sollten dann auch möglichst die Kriterien dazu sagen sozusagen, von der GIZ aus dann?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja. Sie sehen ja, was - - Diese E-Mail - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Und möglichst dann mit der Zahl 300. Gut, vielen Dank. Das habe ich jetzt verstanden.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, von unserer Seite keine Vorgaben gegeben.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Dann wäre ich noch dankbar, wenn Sie diesen Teil der Abfindungen noch mal erläutern.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Es ist ja über dieses Wochenende - das haben Sie auch in den Unterlagen - von der GIZ die Frage an uns herangetragen worden: Was machen wir mit diesen Personen, die in Afghanistan bleiben wollen? Wie wird das Arbeitsverhältnis weitergeführt, ja oder nein? Und bekommen Sie eine finanzielle Unterstützung, sich, ich sage mal, in Afghanistan in Sicherheit zu bringen? - Und das ist das, was hier - - Genau. Dann haben wir der GIZ, die das an uns herangetragen hat, das grüne Licht gegeben und gesagt, das dürfen sie mit ihren Ortskräften verhandeln. Dann kam es zu dieser Mitarbeiterversammlung, die ich auch schon mal erwähnt hatte heute Abend, und wir wollten das Ergebnis dieser Mitarbeiterversammlung hören, um zu hören, wie groß - - also um eine Einschätzung zu bekommen: Um welche Größenordnung handelt es sich denn hier?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Was hat denn der Herr S [REDACTED] nach dieser Mail geantwortet? Wissen Sie das noch?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich kann es nicht im Detail - - Es gibt eine Mail, die nach der Versammlung gekommen ist und gesagt hatte: Insbesondere dieses Angebot ist positiv aufgenommen worden, weil es für die Ortskräfte Alternativen schafft.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Jetzt würde ich Ihnen gerne noch mal vorlegen lassen MAT A BMZ-4.43 VS-NfD, Blatt 171.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

Dort würde ich Sie bitten, am Ende der Seite - - Der Satz fängt an mit: „Dabei ist von der GIZ vertraglich sicherzustellen ...“ und endet mit: „...verbindlich und unwiderruflich erlischt“. Das ist Blatt 171 in unserer und in diesem roten 169. Da geht es um diese Bleibprämie, die Inanspruchnahme der - - in diesem Text wird jetzt „Sonderabfindung“ genannt.

„... Anspruch auf spätere Aufnahme in das Ortskräfteverfahren verbindlich und unwiderruflich erlischt.“

Manche Zeitungen haben ja seinerzeit das auch Sterbepremie genannt, weil da so ein bisschen dieser Zum-Tod-zurücklassen-Gedanke dahintersteht. Können Sie das vielleicht noch mal erläutern, was es damit aus Ihrer Sicht auf sich hatte?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, das kann ich gerne. Zu diesem Zeitpunkt war die Überlegung: Was passiert eigentlich, wenn Personen aus dem Ortskräftebereich sagen: „Ich nehme diese Unterstützungsleistung, und anschließend lasse ich mich ausfliegen“, also sozusagen doppelt? Das war so eine Überlegung, die wir hatten. Wir haben aber relativ schnell - - Von dieser Erstüberlegung: „Wie gehen wir eigentlich damit um, wenn jemand sagt: ‚Erstens das und zweitens das?‘“, sind wir sehr schnell abgewichen - bzw. nicht abgewichen, sondern haben sozusagen eine

andere Lage gehabt, indem wir gesagt haben: Nein, sollte sich die Gefährdungslage verändern zu dem Zeitpunkt, wenn diese Ortskräfte diese Alternative wählt, aber dann feststellt: „Ich bin dennoch gefährdet“, dass wir sie dann selbstverständlich in das Ortskräfteverfahren im Sinne der Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen. - Da gibt es auch viele Schriftwechsel hin und her, die Sie wahrscheinlich auch haben, über diese Frage: „Wie geht man mit dem Problem um?“, um dann festzustellen: Da können wir eigentlich gar nicht richtig mit umgehen, sondern das muss anders gehandhabt werden. - Also, das ist sozusagen der Beginn einer Überlegung, die in einer ganz anderen Rechtslage und Debatte endete.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dazu gab es ja dann auch Rechtsgutachten und Ähnliches.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Genau.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Genau. Und deswegen: Mich interessiert halt wirklich, was denn dieses „unwiderruflich erlischt“ - das klingt ja hart und herzlos - - was damit gedacht war und wo es dann endete.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, das endete ja sehr schnell, nachdem klar war: Das kann man so gar nicht handhaben, weil wir in einer so dynamischen Lage sind, dass sich eine solche Gefährdungslage im Zweifelsfall auch verändern kann. Wir reden über den - ich weiß gar nicht, welches Datum das ist -

(Die Zeugin liest in den ihr  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

13.08., 14.08, also noch mitten in den Evakuierungsphasen, ja, wo wir alle versucht haben, festzustellen: Wo stehen wir denn eigentlich? - Und das hier ist sozusagen ein Anfang einer Überlegung, die aus dem Gedanken entstanden ist: Wenn die Alternativen wollen, wie stellen wir sicher, dass es nicht zu Missbrauch kommt? - Und dann haben wir festgestellt: Es geht gar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht. Das wollen wir dann auch gar nicht, wenn sich die Gefährdungslage verändert.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt nur die praktische Frage: Gab es denn Missbrauchsfälle, -

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder war das eher so eine theoretische Überlegung, die dann irgendwann aufgegeben wurde, weil - -

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Irgendwann relativ schnell, wie Sie wissen.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, es gab keine - - Also, aus meinem Wissen gibt es keine Missbrauchsfälle dieser Art. Aber natürlich muss man so was mit bedenken.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Vielen Dank. - Dann habe ich noch eine Frage: Wie wurde denn eigentlich während der Evakuierungsmission gewährleistet, dass GIZ-Ortskräfte zum Flughafen kamen? Haben Sie dazu Informationen?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Es gab keine Abholung oder gesicherte, begleitete Abholung, weil es keine Möglichkeit dazu gab. Das ist mein Wissensstand. Und ich hatte das ja schon mal erläutert, dass diejenigen, die diese Aufnahmegenehmigung haben und es zum Flughafen geschafft haben und dann auch reingekommen sind, auch dann transportiert worden sind. Aber der Punkt von der Wohnung, oder wo immer die sich aufhielten, bis zum Flughafen konnte nach meinem Wissensstand nicht begleitet werden. Unsere Soldaten waren alle im Flughafen.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und dann habe ich noch, jetzt ganz anderes Thema: Entwicklungszusammenarbeit mit Taliban. Wurde in Ihrem Haus im Unter-

suchungszeitraum geprüft, ob Entwicklungszusammenarbeit auch unter den Taliban weitergehen könnte?

(ORRn Henrike Herz  
(BMZ): Herr Vorsitzender!)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ja, aber ich glaube, das hatten wir mehrfach diskutiert hier. Also ich glaube, ich habe es mehrfach dargestellt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht trotzdem das Wort dazu. - Bitte schön.

**ORRn Henrike Herz** (BMZ): Ich wollte auch nur darauf hinweisen, dass wir auch diese Frage schon mehrfach diskutiert hatten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, das ist wahr. Die Freude, die Fragen zu wiederholen, hat ein bisschen zugenommen.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt, das wurde tatsächlich heute schon einige Male diskutiert. Dann wären das so weit meine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bevor ich das Wort weitergebe, wollte ich auf einen Punkt hinweisen, weil, Frau Kollegin Bayram, mir aufgefallen ist, als Sie über diese finanzielle Abfindung gesprochen haben, Sie sozusagen ohne Anführungszeichen die Begriffe gebraucht haben. Da wollte ich nur darauf hinweisen, dass der Zeuge Schäfer-Gümbel, der der zuständige Vorstandssprecher der GIZ ist, deren Idee das ja war, das hier ausdrücklich zurückgewiesen hat in seiner Stellungnahme, die sich im Protokoll wiederfindet. Das wollte ich hier nur der guten Ordnung halber anmerken. - Weil Sie diese Begriffe verwendet haben ohne Anführungszeichen.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Begriffe hat die Presse verwendet, und die habe ich hier wiedergegeben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, aber Sie haben sie ohne Anführungszeichen verwendet. Deswegen wollte ich sagen: Der Zeuge Schäfer-Gümbel



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hat die zurückgewiesen hier. - Das war nur ein Informationshinweis. - So, jetzt sind wir bei der AfD.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Professor Warning, noch mal zur Ausweitung des Ortskräfteverfahrens auf das Jahr 2013: Sie erhielten am 22.08. - da lief schon die Evakuierung - eine Weisung aus dem Büro des Staatssekretärs, das entsprechend der Entscheidung der Bundeskanzlerin das Ortskräfteverfahren nun mit Frist 2013 durchgeführt werden soll. Das ist MAT A BMZ-3.142 VS-NfD, Blatt 767. Einen Tag darauf, also am 23.08., schrieb Staatssekretär Jäger an Sie - und das ist MAT A BMZ-4.43 VS-NfD, Blätter 202 bis 204; ich zitiere -:

„Morgen sollten wir bitte sprechen über die künftige Anwendung des revidierten OKV. Die Dinge scheinen mir hier im Ressortkreis aus dem Ruder zu laufen. Wir laufen Gefahr, dass am Ende zu viele und die falschen nach Deutschland kommen...

Aufnahmezusagen müssen ggf. auch zurückgenommen werden.“

Zitat Ende. - Haben Sie die Befürchtung Ihres Staatssekretärs damals geteilt, dass die Dinge aus dem Ruder laufen? - Können Sie auch was dazu sagen, auf welcher Grundlage - oder Informationen - der Staatssekretär Jäger diese Befürchtung oder Schlussfolgerung zog?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, ich fürchte, da müssen Sie den Staatssekretär zu fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das werden wir tun. Beschränken Sie sich auf den ersten Teil der Frage.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Das hatte ich auch schon mal versucht zu erläutern. Die Situation im BMZ war rein quantitativ eine völlig andere als in den anderen Ressorts. Das heißt, bei uns war nach Schätzungen, die wir damals hatten, Minimum mit 10 000 grundsätzlich antragsberechtigten Ortskräften zu rechnen. Und das

hatte ich auch schon erläutert: Die Frage war: Wie stellen wir eigentlich fest, dass Ortskräfte aus dem Jahr 2013, 2014, 2015 usw. tatsächlich gefährdet sind aufgrund dieser Tätigkeit jetzt im Jahr 2021? - Das war für uns eine durchaus veritable Herausforderung.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank. - Haben Sie Kenntnis über Fälle, in denen tatsächlich die Falschen, also Unberechtigte, über das Ortskräfteverfahren des BMZ nach Deutschland gekommen sind? Wenn ja, können Sie ungefähr die Größenordnung angeben?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein, habe ich keine Kenntnisse darüber.

**Joachim Wundrak (AfD):** Keine Kenntnisse?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann Fragen zu den sogenannten Sonderzahlungen für Ortskräfte: Uns liegt eine GIZ-interne Mail vor, aus der hervorgeht, dass es zwischen Ihnen und Ihrer Unterabteilungsleiterin Hammerschmidt einen Dissens gab. Das ist ein Zitat aus MAT A GIZ-4.58, Blatt 104, nach meiner Kenntnis vom Abteilungsleiter Spatz an BM [sic!] Schäfer-Gümbel. Ich zitiere:

„Im BMZ ist zur Frage der Sonderzahlung ... für die nationalen Mitarbeitenden in Afghanistan ein offener Machtkampf zwischen Frau AL Warning und Frau UAL Hammerschmidt ausgebrochen. Frau AL Warning stellt sich ... auf den Standpunkt, dass „diese Sonderzahlung tot sei“, ... Frau AL Warning hat hierzu als vorbereitende Unterlage für das heutige Telefonat zwischen Herrn StS Jäger und Ihnen“

- das ist der Minister Schäfer-Gümbel -

„ein Papier geschrieben, das sie - mit Verweis auf den kommenden Untersuchungsausschuss - Herrn StS Jäger nur händisch übergeben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und nicht mit Frau UAL Hammerschmidt teilen wird. Herr StS Jäger scheint offen für die Position von Frau AL Warning zu sein.“

Zitat Ende. - Können Sie sich erinnern, was in dem übergebenen Papier stand?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Darf ich das mal sehen? Das habe ich, glaube ich, noch nie gesehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Schäfer-Gümbel war übrigens nicht Minister, sondern Vorstandsmitglied; aber das nur zur Korrektur des Protokolls.

**Joachim Wundrak (AfD):** Entschuldigung, Sie haben mehr als recht.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Sie  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Also, das hier sehe ich zum ersten Mal. Ich weiß nicht, was der offene Machtkampf sein soll. Mir ist kein offener Machtkampf zwischen mir und Frau Hammerschmidt bekannt. Ich weiß nicht, was Frau Hammerschmidt dazu gesagt hat. Ich weiß, dass es eine Debatte oder eine Überlegung gab. Wann war das? - 8. September. Zu diesem Zeitpunkt gab es relativ flächendeckend eine Registrierung der Ortskräfte im Listenverfahren, und ich erinnere mich, dass ich mit Frau Hammerschmidt darüber gesprochen habe, dass, wenn die Fachkräfte ja jetzt im Listenverfahren drin sind und registriert und eine Aufnahmezusage erhalten haben, das Thema „Sonderzahlung“ eigentlich keine Rolle mehr spielt. Das Zitat hier weiß ich nicht - „tot sein“, keine Ahnung.

An eine Unterlage, die ich Herrn Staatssekretär nur händisch übergeben will, kann ich mich nicht erinnern.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann ist das so.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Also, da müssten Sie Herrn Spatz fragen, was er damit meint. Weiß ich nicht.

**Joachim Wundrak (AfD):** Okay. - Aus den Beweismaterialien ist ersichtlich, dass Sie häufiger mit Bundesminister Müller - da kommt die Verwechslung her - direkten dienstlichen Kontakt hatten. Aufgefallen ist uns, dass diese dienstliche Kommunikation seitens des Ministers über das Mitarbeiter-Postfach MA 03 seines Abgeordnetenbüros stattfand. Das ist belegt in MAT A BMZ-4.45 VS-NfD, Blatt 119 f. Können Sie mir sagen, weshalb auf diesem Wege dienstlich mit dem Minister kommuniziert wurde?

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Ich überlege gerade, ob das eine bewusste Entscheidung war oder ich sozusagen „Müller“ angetippt habe, also im E-Mail-Programm, und das dann ausgewählt ist. Wahrscheinlich das. Kann ich Ihnen nicht sagen, also weiß ich nicht, warum das - - Ich vermute, dass es die hinterlegte Adresse in meinem E-Mail-Fach war; aber das kann ich nur vermuten.

**Joachim Wundrak (AfD):** Okay. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mit dieser schweren Frage endet Ihr Teil. - Und last but not least der Kollege Heidt.

**Peter Heidt (FDP):** Wir sind mit allen Antworten von Ihnen sehr zufrieden und bedanken uns, dass Sie so lange ausgehalten haben, wünschen Ihnen einen wunderschönen Abend, und auch allen anderen wünschen wir einen wunderschönen Abend.

**Zeugin Dr. Claudia Warning:** Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie schaffen es, sich beliebt zu machen.

(Heiterkeit - Zuruf: Er  
gibt alles!)

Frau Zeugin, ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung gestanden haben. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie das Protokoll bekommen und 14 Tage Zeit haben, gegebenenfalls Korrekturen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vorzunehmen. Erst dann wird die Befragung abgeschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Und für die Kolleginnen und Kollegen muss ich sagen: Die Vorfreude ist diesmal nur kurz. Wir sehen uns schon in der nächsten Woche wieder. Die nächste öffentliche Beweisaufnahmesitzung ist am Donnerstag, den 13. Juni, um 12 Uhr vorgesehen. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend, was immer Sie damit anfangen.

(Schluss: 22.54 Uhr)

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Dr. Ole Diehl

Nur zur dienstlichen Verwendung

**Betreff: 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages**  
**Hier: Protokollkorrekturen des Zeugen Herrn Dr. Ole Diehl**  
**Bezug: Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/76, Zeugenvernehmung vom 06.06.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Dr. Schultheiß,

Deutscher Bundestag 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode Ausschussdrucksache 20(27)408 19.06.2024
---

vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen stenografischen Protokolls (20/76) meiner Vernehmung vom 06.06.2024.

Ich bitte - wie von Herrn Dr. Stegner angeboten – um Schwärzung der Passagen, in denen ich für die Öffentlichkeit nicht bestimmte persönliche Details vorgetragen habe (siehe S. 11 linke Spalte bis S. 12 linke Spalte, zweiter Absatz sowie S. 47).

Darüber hinaus sind keine Protokollkorrekturen erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Dr. Ole Diehl, 60 Jahre alt. Was war es noch? Beruf: Vizepräsident derzeit des Bundesnachrichtendienstes. Ladefähige Anschrift: Chausseestraße, BND. Reicht das? - Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Herr Dr. Diehl, Sie können jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wenn ich darf, würde ich jetzt nicht im Zusammenhang reden über den Untersuchungsgegenstand, sondern darüber, wieso ich nur für vier Wochen oder einen Monat Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes war, weil ich glaube, dass das sowieso viele hier wissen.

Es war bei mir so: Ich bin Karrierediplomat, komme aus dem Auswärtigen Amt, war erst Generalkonsul 15/16 in Masar-i-Scharif. Dann war ich Vizepräsident drei Jahre lang des Bundesnachrichtendienstes. Dann war ich Botschafter in Bagdad.

Im Anschluss war für mich vorgesehen - und wurde ich dann auch -: Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes. Ich brachte, wie ich in meinen Vorposten genannt habe, einiges mit für diesen Posten als Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes - das war eigentlich eine natürliche Wahl -, habe mich auf diesen Job gefreut

[REDACTED]  
[REDACTED] also entweder der Leiter des Krisenreaktionszentrums, also Herr Jokisch, mich dann vertritt oder, wenn das je nach Krisenentwicklung notwendig ist, dann jemand anders die Stelle übernehmen würde.

Ich habe den Posten dann angetreten, ich glaube, am 21. Juli, als Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes, als Leiter 04, [REDACTED]

[REDACTED] Und dann haben wir uns darauf geeinigt, dass ich eben abgelöst werden würde durch den zur Verfügung stehenden und mit Afghanistan-Erfahrung gesegneten Kollegen Zahneisen. Eigentlich war vorgesehen, das am 23.08. zu machen. Der Verlauf der Krise, über die wir gleich noch sprechen werden, hat dann dazu geführt - das war auch sowieso vorgesehen -, dass Herr Zahneisen am Montag, dem 16., glaube ich, schon kam und mit mir erst parallel lief und wir dann innerhalb von zwei, drei Tagen festgestellt haben, dass in der Arbeitsintensität, die da stattfand, eben es unsinnig ist, zwei Krisenbeauftragte parallel laufen zu haben. Dann habe ich bis Mittwoch, den 18., den Job nur ausgeführt

[REDACTED] und danach dann auch nicht mehr mit diesem Untersuchungsgegenstand zu tun gehabt, weil ich dann eben ausgefallen bin, mehrere Monate ausgefallen bin. - Das wollte ich einfach nur, weil viele von Ihnen das sowieso wissen, glaube ich, hier transparent noch mal sagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung



So viel vielleicht einleitend nicht wirklich zum Untersuchungsgegenstand; aber ich fand es trotzdem sinnvoll, weil viele von Ihnen das wussten und denken: „Was ist denn das für einer, der das nur vier Wochen gemacht hat?“ und so. Wollte ich klarstellen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, Herr Zeuge. - Ich würde anregen wollen für das Protokoll, dass wir diese Stellen im Protokoll schwärzen, denn Sie haben ja Details vorgetragen, die, glaube ich, nicht in die Öffentlichkeit gehören. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie so transparent mit uns umgehen, aber das ist ja - - Ich wünsche Ihnen auch persönlich alles Gute, wenn ich das sagen darf, im Namen des Ausschusses. Und wir werden das bei der Form der Befragung heute auch versuchen so kurz wie möglich zu machen. Aber wir werden anregen, dass das im Protokoll - es wird ja erstellt - dann am Ende geschwärzt wird, sodass das nicht nachlesbar ist bei der Veröffentlichung.

Die Mitglieder des Ausschusses haben die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Und wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird Ihnen die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Aus gegebenem Anlass möchte ich noch mal ein paar Bemerkungen zu den Aktenvorhalten machen. Wir haben uns darauf verständigt, dass zunächst die MAT-Nummern genannt werden. Das ist erforderlich, damit man das bezeichnete Dokument auch finden und anschauen kann. Nur dann ist es nämlich möglich sowohl für die Bundesregierung, gegebenenfalls Einwände zu erheben, als auch für die Fragenden, sich zu orientieren, aber auch für den Vorsitzenden, zu entscheiden, ob Dinge zulässig sind oder nicht. Danach kann zitiert werden.

Es ist auch möglich, mehrere MAT-Nummern hintereinander zu nennen. Aber wenn man das tut, jeweils mit der nötigen Pause, die erforderlich ist, um das zu finden. Wer seine Redezeit so nutzen möchte, dem ist es unbenommen, das zu tun. Ich sage nur: Das Herunterrattern von MAT-Nummern hintereinander, ohne dass man es nachvollziehen kann, ist nicht zulässig, sondern es muss schon so sein, dass man in der Lage ist, das zu identifizieren. Wir nehmen da nicht übertrieben viel Zeit, aber so, dass man jedenfalls gucken kann, worum handelt es sich. Das muss möglich sein.

Hinzu füge ich, dass nach dem Nennen der MAT-Nummern die Zitate kommen, möglichst wörtlich. Im Anschluss an das Zitat wird eine Frage formuliert, die keine Bewertung enthält. Fragen, die mit Bewertungen vermischt werden, sind unzulässig. Sie dürfen hier gerne als Abgeordnete Ihre Bewertung vornehmen, sooft und solange Sie wollen - in Statements; aber die Vermischungen mit Fragen sind unzulässig. Wenn Sie also unbedingt eine Bewertung abgeben wollen, tun Sie das im Anschluss an die Antwort des Zeugen, wenn Sie noch Zeit haben, oder wann auch immer, aber jedenfalls nicht vermischt mit Fragen.

Ich sage das ausdrücklich deswegen, weil das nicht nur dem dient, dass wir hier miteinander vernünftig arbeiten können - und die meisten halten sich daran ja auch -, sondern weil ich das in dem Sinne auch unterbinden werde, wenn es anders gehandhabt wird, damit wir nicht Antworten bekommen, die auf Missverständnisse beruhen, oder die Bundesregierung an ihren Rechten gehindert wird oder die Ausschussmitglieder an ihren Rechten gehindert werden oder aber ich zu falschen Beurteilungen komme, was die Zulässigkeit von Fragen angeht, was ich ungern möchte, weil ich als Ausschussvorsitzender auch einen Qualitätsanspruch an meine eigene Arbeit habe.

Insofern ist das das Verfahren, was wir so praktizieren werden, und zwar in aller Konsequenz. Ich hoffe, dass das auf Verständnis aller Fraktionen stößt und wir dann - und ich sage das für den Kollegen Erndl übrigens gleich mit - bei der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch nicht mal die Botschaft geräumt. Also, wie lange wir noch in der Lage sein würden, eine restkonsularische Betreuung durchzuführen, wussten wir nicht. Aber wir haben sie mit diesem Landsleutebrief darauf aufmerksam gemacht, dass das bald wegzufallen droht.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich würde noch gerne auf eine Sache zum Anfang der Befragung zurückgehen - das wäre dann auch mein letzter Teil -, ohne dass ich jetzt das noch mal alles ausführe, was Sie gesagt haben, in der Hoffnung, dass wir es dann auch im Protokoll lesen können.

Sie haben ja vorhin erzählt, dass mit Antritt Ihres neuen Postens klar war, dass Sie in einigen Monaten vielleicht schon wieder ausfallen werden, und dass es dann aber eine Verständigung gab, trotzdem anzutreten und zum 23.08. zu übergeben. Sie haben nicht gesagt - und das würde ich Sie bitten, noch mal zu konkretisieren -, mit wem es diese Verständigung gab.

**Zeuge Dr. Ole Diehl:** D1 und Staatssekretär oder Staatssekretärin; erinnere ich mich nicht mehr. Also, D1 ist Abteilungsleiter „Personal“, die mich da eingesetzt hat, und dann aber auch abgestimmt mit dem Staatssekretär, wobei dieses mit dem 23.08. - - Also, das - -

Jetzt komme ich dann doch wieder in das, wo Sie, Herr Vorsitzender, vorhin freundlicherweise gesagt haben, das muss jetzt nicht in jedem Detail vielleicht ins Protokoll. Aber ich wusste, als ich den Job antrat, noch nicht [REDACTED] und wir haben gesagt, ich trete erst mal an. Wir haben nicht bei meinem Dienstantritt schon gesagt: nur bis 23.08.

[REDACTED]

Und dann haben wir gesagt - - haben die gesagt: Wir haben Ersatz. Die Lage ist jetzt so, dass das nicht Jokisch als dein Vertreter weiter machen kann, sondern wir haben Ersatz. Da ist einer verfügbar, der auch Afghanistan-Erfahrung hat. -

[REDACTED]

Und dann war eben abgemacht, der fängt am 23.08. an, und dann war er aber verfügbar. Und dann wurde eben auch schon - - Ich weiß nicht mehr genau, wann es war. Irgendwann Anfang August, [REDACTED] dass der dann aber auch noch ein paar Tage vorher mit mir mitläuft, damit ich ihn, wo ich ja selbst erst gerade eingearbeitet war, ein bisschen einarbeite und wir ein bisschen nebeneinanderher laufen. Und das Ganze hat sich dann in der Krise - - Also, er hat dann, glaube ich - - Am Montag, dem 16., ist er da, glaube ich, aufgetaucht bei uns. Dann haben wir das zwei, drei Tage parallel gemacht. Aber es war sehr schnell klar, dass er das übernehmen konnte und wir dann - - In so einem Prozess muss es dann einer machen, und deswegen habe ich mich dann am 18. - ich weiß nicht mehr, um wie viel Uhr -, schon paar Tage früher, zurückgezogen, habe dann, glaube ich, noch drei Tage Urlaub genommen [REDACTED]

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich danke Ihnen. Alles Gute!

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zur AfD.

**Stefan Keuter (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Diehl, am Montag, dem 16. August 2021, erhielten Sie eine E-Mail von Detlef Wächter, dem Politischen Direktor im BMVg, den wir hier am 16. Mai 2024 als Zeugen befragt haben, zu dem Protokoll einer vorausgegangenen Krisenstabssitzung; Fundstelle MAT A AA-8.11 VS-NfD, Blatt 73. Diese Mail weist Differenzen zwischen dem BMVg und dem AA aus. Wörtlich heißt es - ich zitiere -:

„... wir können das Protokoll, wie mittlerweile verschickt, nicht akzeptieren, da nun wirklich gar-

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der  
Zeugin Christina Beinhoff

Zeugin Beinhoff

Deutscher Bundestag 1. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode Ausschussdrucksache 20(27)407 17.06.2024
---

Kommentare zum Auszug aus dem Stenografischen Protokoll der 76. Sitzung des 1. Untersuchungsausschuss S. –

Seite	Originalzitat	Kommentar
67, linke Spalte, 2. Absatz	„...und die anderen Kollegen näher an diesen Verhandlungen da waren“.	Bitte „da waren“ durch „dran waren“ ersetzen.